



27. Oktober 1930

MAX COHEN • DAS POLITISCHE GEBOT

KURZ vor Mitternacht fand am 18. Oktober im Deutschen Reichstag die Abstimmung statt, die der Regierung Brüning den Erfolg, die Möglichkeit weitem Wirken brachte. Mit der ansehnlichen Mehrheit von 82 Stimmen wurden alle gegen den Bestand des Kabinetts gerichteten Anträge abgelehnt, und der Reichstag (der in der Woche vom 13. bis zum 18. Oktober sein Ansehen nicht erhöht hat) wurde bis zum 3. Dezember ausgeschaltet. Die Reichsregierung hat dadurch die Zeit gewonnen die von ihr angekündigten Gesetzentwürfe auszuarbeiten. Die eigentliche Entscheidung wird erst fallen, wenn diese Entwürfe dem Reichstag vorgelegt werden. Alle die Erörterungen und Sorgen um die formalpolitische Seite des Regierens, um Verfassungsmäßigkeit, ja um den Parlamentarismus überhaupt, braucht man einstweilen nicht fortzuführen. Man weiß jetzt, daß es sich um die Substanz der Politik handelt, nicht um die Art, wie sie zustande kommt. Die Not hat diese Einsicht erzwungen.

Man wird anerkennen müssen, daß Heinrich Brüning das, was er sich vornahm, auch wirklich durchführte. Alle diejenigen, die nach dem Wahlergebnis seine Regierung schon gescheitert sahen, ihr schon mitleidige Nachrufe schrieben, haben sich zunächst einmal gründlich geirrt. Das muß der Unbefangene feststellen. Aber er darf sich auch über die materielle Tragweite des Regierungssiegs nicht täuschen. Vorläufig ist das, wofür Brüning eine Mehrheit fand, nur ein Programm, und in der Hauptsache in sehr vagen Umrissen. Es ist allenfalls ein Gesetzgebungsgefäß, und es kommt darauf an, mit welchem Inhalt es nun wirklich gefüllt wird. Doch da es eben die unmittelbare wirtschaftliche Not war, die Brüning zu dem rein sachlichen Vorgehen, ohne Rücksicht auf Parteikonstellationen, brachte, darf man annehmen, daß nun auch wirklich das geschieht, was unserer Wirtschaft in dieser schwersten Krise aufhelfen könnte, daß also alle Maßnahmen lediglich von ihrer produktiven Seite her geprüft werden, und daß man nicht etwa die Gelegenheit benutzt, um antisoziale Maßnahmen durchzudrücken oder geschehen zu lassen. Opfer wird man freilich verlangen müssen, aber nur solche, die der Gesamtwirtschaft Deutschlands gebracht werden, nicht Opfer, die der sozial stärkere Teil der Bevölkerung aus dem sozial schwächern herauspressen will. Wenn die Regierung Brüning dies als unverrückbare Maxime aufstellt wird sie ihrem formalen Erfolg vom 18. Oktober einen materiellen Erfolg im Dezember

anfügen können. Kann man dessen sicher sein, dann (nur dann) wird das deutsche Volk auch die schweren Übergangsmomente ertragen. Die Tatsache, daß 4 Tage nach der Reichstagsentscheidung Genosse Carl Severing auf neue das preußische Innenministerium übernahm, nunmehr also die von ihm geschaffene republikanische Polizeigewalt wieder in seiner Hand hat, darf dann auch dem deutschen Volk die Zuversicht geben, daß dieser Übergangsprozeß nicht durch zwecklose Gewaltakte unterbrochen wird.

Was zu geschehen hat, ist klar: Es handelt sich vor allem um rücksichtslose Beseitigung einer unverantwortlichen Finanzmißwirtschaft. Ohne sie keine Gesundung. Sie ist die Voraussetzung jeder produktiven Arbeit in Deutschland. Schafft man sie, so kann man an die von der Innenwirtschaft gestellten Aufgaben herangehen. Deren wichtigste ist die Beseitigung der Not der Landwirtschaft. Man darf, um dieses Ziel zu erreichen, vor entscheidenden Maßnahmen, auch vor solchen, die den städtischen Konsumenten vielleicht verstimmen, nicht zurückschrecken. Es bedeutet wirklich keine Zumutung an die deutsche Bevölkerung, wenn man von ihr verlangt, daß sie, bevor Nahrungsmittel aus dem Ausland eingeführt werden, zunächst das ißt, was auf deutschem Boden gewachsen ist. Brüning hat diese Notwendigkeit in seiner Rede scharf hervorgehoben. Stellt man normale Verhältnisse in der Landwirtschaft her, so hat man auch das beste Mittel der daniederliegenden Industrieproduktion Hilfe zu bringen. Was die Landwirtschaft an heimischen Industrieprodukten verbraucht, ist sehr viel größer als der städtische Zeitungsleser gemeinhin annimmt. Und sie braucht, was besonders zu betonen ist, neben Konsumgütern eine Fülle wichtiger Produktionsmittel, wenn sie ihre eigene Arbeit richtig durchführen will. Also eine Einfuhr von Agrarprodukten ist nur dann zulässig, wenn sie unbedingt als Ergänzung der deutschen Agrarproduktion notwendig ist. Aber wie kann man es verantworten, daß etwa deutscher Roggen unverbraucht daliegt, verkommt oder unrationell verwandt wird, während ausländischer Weizen eingeführt wird? Es wird wirklich kein Naturrecht verletzt, wenn man den deutschen Städtern, wenn man sogar den Reisenden in den Speisewagen der Eisenbahn zumutet Roggenbrot zu essen. Sofern aber außerdeutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht entbehrt werden können, sofern sie vielleicht den heimischen als Beimischung dienen mögen, soll man sie nicht von Übersee sondern aus europäischen Ländern beziehen. Damit arbeitet man der kommenden europäischen Zusammenarbeit vor. Einer Zusammenarbeit, die auf Gegenseitigkeit beruht, in der es weder Herren noch Knechte gibt. Während bei der Einfuhr von Übersee in naher oder ferner Zeit der Wirtschaft Deutschlands die Gefahr der Abhängigkeit droht, da man auf der andern Seite auf uns nicht angewiesen ist.

Und hier, von der Agrarpolitik ausgehend, kommen wir auf den entscheidenden Punkt auch der Politik der Regierung Brüning: nämlich auf ihre außenpolitische Fundierung. Die besten innenpolitischen Maßnahmen schweben in der Luft, wenn nicht die Grundlage der Europaarbeit in Deutschland geschaffen wird. Es muß gerade jetzt, da 107 Nationalsozialisten in den Reichstag eingezogen sind, besonders hervorgehoben werden: Nur engste Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich ist die Voraussetzung für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volks. Die Agitation gegen den Youngplan, die das Kernstück der ganzen Wahlagitation bildete, ist durch die grundsätzlich falsche außenpolitische Orientierung nicht

nur der Nationalsozialisten sondern eigentlich so ziemlich aller anderen Parteien ihres möglichen Sinns beraubt worden. Man wendet sich, um die "Tributlasten" loszuwerden, mit voller Lungenkraft gegen Frankreich, so als ob Frankreich gezwungen werden könnte uns von ihr zu befreien. Ganz abgesehen von der grotesken Verkennung der Machtverhältnisse in Europa, die in dieser Auffassung liegt, will man nicht sehen oder verschleiern es, daß Frankreich gar nicht in der Lage wäre uns die eigentlichen Lasten vom Hals zu nehmen. Es ist eben ein wirklicher Volksbetrug, wenn man den stimmungsmäßig urteilenden Wählern einredet, wir seien frei, wenn unsere Verpflichtungen gegen Frankreich zerrissen würden. Man sucht dem deutschen Volk geflissentlich die Tatsache zu verschweigen, daß der weitaus größte Teil der Zahlungen, die Deutschland zu leisten im Youngplan übernommen hat, in die Vereinigten Staaten von Amerika fließt. Der Betrag, den Frankreich erhält, ist nur der Zahlungsdienst für den von Frankreich selber vorgenommenen Wiederaufbau seiner im Krieg verwüsteten Gebiete. Er dürfte kaum größer sein als die Zinsen, die das deutsche Volk für fremde Kredite deshalb zahlen muß, weil mindestens 10 Milliarden Reichsmark von Deutschen (und manche Patentpatrioten dürften sich darunter befinden) außer Landes gebracht worden sind. Nicht die Wiedergutmachungspflicht ist es, die die deutsche Wirtschaft so schwer bedrückt. Sondern es sind die Summen, die darüber hinaus an Amerika gezahlt werden sollen. Und dies, ohne daß es wirtschaftsethisch zu rechtfertigen wäre. Hat man wirklich vergessen, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika keine Verwüstungen wiedergutzumachen sind, sondern daß Deutschland diesem einzigen Kriegsgewinner unter den Nationen gewaltige Summen nur deshalb zahlen soll, weil er auf die Rückzahlung der an die Alliierten geliehenen Gelder nicht verzichten will, obgleich diese Alliierten eben ihm in einem gemeinsam geführten Krieg assoziiert waren? Diese schwerste Bedrückung Deutschlands durch die Vereinigten Staaten hindert den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht sich in der amerikanischen Presse bei den Geldfürsten der Welt anzubiedern und die Erregung gegen Frankreich zu steigern, deren Ergebnis doch nur wieder gegen Deutschland ausschlagen wird. Warum dieses Wettkriechen vor der großen angelsächsischen Weltmacht? Man hat das deutsche Volk in die Stimmung versetzt zu glauben, daß man Amerika als Kreditgeber unbedingt brauche. Abgesehen davon, daß eine solche Tatsache für alle diejenigen, die die Zinsknechtschaft überhaupt beseitigen wollen, kein Motiv sein dürfte sich die politische Richtung vorzeichnen zu lassen, ist es auch gar nicht wahr, daß wir auf die Vereinigten Staaten als Geldgeber angewiesen sind. Ist es nicht ein Widersinn, daß in unserm nächsten Nachbarland Kapital vorhanden ist, das produktive Anlage sucht, während bei uns die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag wächst, weil kein Kapital vorhanden ist, mit dessen Hilfe man Arbeit schaffen könnte? Wenn wir die notwendigen Kredite in Frankreich aufnehmen könnten, brauchten wir auch nicht zu befürchten, daß Deutschland in Abhängigkeit von einer fremden Macht gerät. Bei einem Schuldnerverhältnis zu Amerika ist diese Gefahr sehr wohl vorhanden. Eine Gemeinschaft mit Amerika, das ein Weltreich für sich ist, bedeutet für Deutschland, diesen Einzelstaat, doch nicht viel mehr als eine *societas leonina*. Halten wir uns an Amerika, so wird das Aufblühen der deutschen Wirtschaft immer nur in dem Maß gestattet als es den angelsächsischen Mächten paßt. Eine dauernde Niederhaltung Deutschlands wäre das Ergebnis. Ganz anders bei

einer Zusammenarbeit mit Frankreich. Hier handelt es sich wirklich um wechselseitige Beziehung. Denn beide Länder hätten dann die Aufgabe sich gegenseitig zu ergänzen. Aber freilich, langfristige französische Anleihen kann Deutschland nur bekommen, wenn Frankreich davon überzeugt ist, daß man bei uns eine wirkliche dauernde wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit im Auge hat. Das ist die wahre Sicherheit, die Frankreich von Deutschland gegeben werden könnte. Wir wissen, und auch in Frankreich weiß man, daß große Kreise der deutschen Wirtschaft die Notwendigkeit eines Zusammengehens mit der französischen einsehen, und wir brauchen gar nicht daran zu zweifeln, daß sich diese Auffassung, eben weil ihre objektive Begründung sich mit jedem Tag der Wirtschaftsnot immer stärker erweist, auch in ganz Deutschland durchsetzen wird. Und doch muß man dies gerade heute in voller Schärfe betonen, da vollkommene Unkenntnis außenpolitischer Zusammenhänge im Begriff ist neues Mißtrauen, neuen Haß zwischen den beiden Völkern zu säen, die das Schicksal Europas in ihren Händen tragen.

Man kann feststellen, daß trotz den deutschen Wahlen maßgebende französische Stimmen darauf hinweisen, wie wichtig die Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs für den europäischen Wiederaufbau ist. Auf einige charakteristische Äußerungen solcher Art sei kurz hingewiesen.

Der französische Handelsminister Pierre Etienne Flandin erklärte einem Vertreter des Berliner Tageblatts in Genf, man kenne in Frankreich die Schwierigkeiten, unter denen die deutsche Wirtschaft leidet. Aber Deutschland und Frankreich hätten ein gleiches Interesse an der Entwicklung des europäischen Markts, das Problem der Entwicklung Mittel- und Osteuropas sei daher eine gemeinsame deutsch-französische Aufgabe. Der französische Minister wies deutlich darauf hin, daß Frankreich zu ihrer Lösung Kredite zur Verfügung stellen könne. Und er schloß mit der folgenden Bemerkung: »An dem Tag, an dem ein jeder in Deutschland wie in Frankreich begreifen wird, daß französisch-deutsche Zwietracht nur Ruin und Elend herbeiführen können, und daß die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Festland die Bedingung der wirtschaftlichen Erholung Europas ist, wird ein großer Schritt zurückgelegt sein nicht nur auf dem Weg des Friedens sondern auch auf der Bahn des Fortschritts, nicht mit Reden oder Straßenumzügen vorbereitet sondern durch die wirkliche Hebung der Wohlfahrt der arbeitenden Klassen.«

Ein weiterer wichtiger Beweis für den Wunsch Frankreichs mit Deutschland zusammenzuarbeiten ist der Bericht, den die aus Parlamentariern und Regierungsvertretern zusammengesetzte Kommission zur Kontrolle der deutschen Reparationslieferungen erstattet hat. Er weist darauf hin, daß zahlreiche Städte, Departements und selbst einzelne Kolonien durch den Rückgang der deutschen Sachleistungen geschädigt würden, da es ohne diese nur schwer möglich sei die begonnenen Arbeiten fortzuführen. Dazu muß das folgende gesagt werden: Die Form der Sachlieferungen ist die Methode, die es Deutschland am leichtesten macht seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, weil die die deutsche Währung unter Umständen gefährdenden Transferschwierigkeiten fortfallen. Sie hat aber für Deutschland auch noch andere Vorteile. Einmal den, daß auf diese Weise französische Produzenten deutsche Produktionsmittel und andere Waren erhalten, die sie sonst nicht bezogen hätten, deren Weiterbezug aber, auch außerhalb der Reparationsleistungen, wahrscheinlich ist. Sodann ist ein Teil der deutschen Sachlieferungen von

den Empfängern weiterveräußert worden, zum Teil auch in außereuropäische Länder. Auch wenn man die Menge dieser Waren gar nicht als sehr groß schätzt, ist es doch sicher, daß auf diese Weise deutsche Erzeugnisse in Märkte gelangen, die uns sonst wohl ganz unzugänglich blieben. Die Reparationsleistungen sind daher, soweit sie in Sachlieferungen ausgeführt werden, ein keineswegs zu unterschätzendes Mittel der deutschen Industrie neue Absatzmöglichkeiten zu verschaffen. Vermutlich ein viel besseres Mittel als man in Deutschland selber es weiß. Denn sonst hätte England, das seine Interessen gut kennt und zu wahren versteht, keine Veranlassung gehabt bei der Neureglung der Reparationen durch den Youngplan das schärfste Geschütz gegen die deutschen Sachlieferungen zu richten. Großbritannien, das ein wiedererstarkendes Deutschland auch heute wieder, wie vor dem Weltkrieg, als Rivalen empfindet, wußte sehr genau, was es tat, als es durch den Schatzkanzler Philip Snowden eine beträchtliche Herabsetzung der in Sachleistungen lieferbaren Reparationssumme erzwang und es außerdem durchsetzte, daß jährlich eine weitere Kürzung des Sachlieferungsbetrags bis zum endgültigen Fortfall nach 10 Jahren erfolgte. In den Sozialistischen Monatsheften ist seinerzeit die schwächliche Haltung der deutschen Vertretung gegen diese britische Forderung scharf kritisiert, und es ist darauf hingewiesen worden, wie falsch es sei sich allen englischen und amerikanischen Wünschen gegenüber gefügig zu zeigen, da die natürlichen Interessen Deutschlands nicht den angelsächsischen sondern den kontinentaleuropäischen gleichlaufen.

Auch die Ausführungen, die Aristide Briand während der letzten Völkerbundstagung in Genf bei einem Empfang von Vertretern internationaler Frauenverbände über die Stellung Frankreichs zu Deutschland machte, zeigen klar, welche außerordentliche Bedeutung der französische Außenminister guten deutsch-französischen Beziehungen für den Frieden Europas beimißt.

Und schließlich sei noch die Rede erwähnt, die der sozialradikale Abgeordnete Pierre Cot am 16. Oktober auf einem von der Deutsch-Französischen Gesellschaft in Berlin veranstalteten Ausspracheabend hielt. Cot hob hervor, der allergrößte Teil des französischen Volks, und das werde besonders in der französischen Provinz immer aufs neue bekräftigt, wünsche dringend mit dem deutschen Nachbarn in Frieden und Freundschaft zu leben. Er betonte ausdrücklich, daß man in Frankreich die schwierige Lage Deutschlands würdige und deshalb in Ruhe abwarte, ob das Wahlergebnis wirklich eine Schwenkung der deutschen Außenpolitik im antifranzösischen Sinn mit sich bringen werde. Aus der Rede Cots konnte man ebenso wie aus dem Verlauf des Kongresses der Sozialradikalen Partei in Grenoble den Eindruck gewinnen, daß die weit überwiegende Mehrheit des französischen Volks die Verständigung mit Deutschland will, ohne jedoch zu verkennen, daß gewisse Vorkommnisse der letzten Zeit in Deutschland sie erschweren könnten.

Es wäre das größte Verhängnis, wenn man jetzt, da die Entwicklung in Frankreich so weit gediehen ist, nun in Deutschland sich alte Erbfeindgeschichten aufs neue erzählen ließe. Noch schlimmer wäre die Verblendung, wenn man glaubte, man brauchte eine neue kriegerische Auseinandersetzung mit Frankreich nicht zu fürchten, da man auf die Unterstützung der beiden angelsächsischen Mächte rechnen und auch der Hilfe des bolschewistischen Rußlands und des fascistischen Italiens gewiß sein dürfte. Nun, angelsächsische Hilfe ist uns noch niemals gut bekommen. Wir wissen aus zahlreichen Bei-

spielen der Nachkriegszeit, wie wir immer ganz sicher auf England rechneten und uns dann immer wieder plötzlich allein sahen. Was das bolschewistische Rußland betrifft, so kommt es militärisch ernsthaft überhaupt nicht in Betracht; das hat sich schon im Russisch-Polnischen Krieg gezeigt, und mittlerweile ist die Entwicklung in Rußland noch immer weiter abwärts gegangen. Und Italien? Glaubt man wirklich, daß Mussolini nicht weiß, daß die Zukunft Italiens nur in einem starken Europäischen Kontinent gesichert ist? Für ihn kann Deutschland wohl ein momentanes Hilfsmittel der Politik sein, aber nie ein Bundesgenosse, für den oder mit dem gemeinsam man Krieg führt. Vielleicht darf man die Vielzuvielen, die nichts lernen und so schnell vergessen, die heute daher der italienischen Unterstützung in einem Konflikt mit Frankreich gewiß zu sein glauben, an den "Verrat" Italiens im Weltkrieg erinnern, für den man ihm damals ewigen Haß schwor. Ich habe im Jahr 1913 in einer Besprechung der dem Reichstag zur Beratung überwiesenen Militärvorlage im Vorwärts darauf hingewiesen, daß im Kriegsfall keine italienische Flinte für Deutschland losgehen werde. Das zu erkennen war gar nicht schwer, wurde aber von den deutschen Außenpolitikern, die zu jener Zeit wie auch heute Außenpolitik nach "Patentlösungen" treiben, nicht geglaubt. Vielleicht nützt es heute etwas mehr, wenn man darauf hinweist, daß die Revisionsinteressen Italiens ganz andere sind als die des Deutschen Reichs. Nein, wenn Deutschland einmal ernsthaft in angelsächsisch-bolschewistisch-italienischer Gemeinschaft gegen Frankreich loszuziehen gedächte, würde es schnell ohne Deckung dastehen. Will es wirklich berechnete Revisionswünsche erfüllt sehen, so kann es dies nur in einer deutsch-französischen Wirtschaftsgemeinschaft. Diese Revision wird ihre natürliche Folge sein, weil sie eben dem beiderseitigen Interesse entspricht; nur vereitelt man sie, wenn man sie als *Vorbedingung* für eine Kooperation stellt.

Man höre auf einen Ersatz für das zu suchen, was nun einmal notwendig ist. Man kommt dann nur auf alte, längst unbrauchbare Rezepte zurück. So propagiert man neuerdings in manchen Ecken der deutschen Politik die sogenannten Südostpläne, die nichts anderes sind als das gute alte Mitteleuropaprojekt Friedrich Naumanns vom Kriegsjahr 1916. Nun, im Krieg, eingeschlossen rechts und links, konnte man auf manches verfallen. Aber jetzt sollte sich der Horizont geweitet haben. Jetzt sollte man erkannt haben, daß der Krieg eben deshalb nur entstehen konnte, weil die kontinentaleuropäische Gemeinschaft, die hier schon vor dem Krieg propagiert wurde, 1914 eben nicht bestand. Ganz gewiß gibt es Möglichkeiten für Deutschland mit Zentral- und Südosteuropa wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Aber nicht als Mittel gegen Frankreich oder auch nur als Ersatz für deutsch-französische Zusammenarbeit. Alles, was sich in Zentral- und Südosteuropa jetzt an wirtschaftlichen Vereinigungen anzubahnen scheint, sind eben Ansätze für den kontinentaleuropäischen Zusammenschluß überhaupt. Und genau so wie die Kleine Entente politisch von Frankreich nicht zu trennen ist, werden Wirtschaftsabmachungen jener Staaten unter einander und mit anderen zustande kommen, wenn sie mit Unterstützung Frankreichs geschehen.

Während der furchtbaren Jahre des Weltkriegs ist in den Sozialistischen Monatsheften die östliche Orientierung als Rettung Deutschlands gezeigt worden. Dieser Gedanke wurde damals von allen als absurd abgelehnt: von den Siegfriedenspolitikern, die zerschmettern und annectieren wollten, und

ebenso von den Verständigungspolitikern, die nur über den Kanal starteten und England zu versöhnen suchten. Die Friedensproklamation der revolutionären russischen Regierung des Frühjahrs 1917 bot Deutschland die Möglichkeit die entscheidende Wendung zu machen. Sie wurde absichtlich versäumt. Man wollte Rußland niederwerfen, Teile Rußlands abtrennen, man wollte Ostannexionen, nicht Ostorientierung. Man steuerte auf Brest Litowsk und landete in Versailles. Man fuhr die falsche Straße, die Deutschland nahe an den Untergang brachte. Heute muß Deutschland zu seiner Rettung und zur Sicherung seiner Zukunft den Europaweg gehen, der nur über die stärkste Kontinentalmacht, über Frankreich, führt. Wieder gibt es große Kreise, mächtige Gruppen in Deutschland, die nichts davon wissen wollen, die Feindschaft dem Nachbarn predigen, mit dem uns Zusammenarbeit verbinden soll. Hört die deutsche Politik auf sie, so kann Europa nicht zu einer den anderen großen Imperien ebenbürtigen Wirtschaftseinheit werden. Aber am aller-schlimmsten ist es dann um Deutschland bestellt, dessen Wirtschaft ihr natürliches Ausbreitungsgebiet nicht gewinnen kann.

Der Weg aus der aktuellen Wirtschaftskrise ist für Deutschland kein anderer als der, der auch zu seiner endgültigen Gesundung und dauernden Gesundheit führt. Es wird sich erweisen, ob die Regierung Brüning sich dieses unlöslichen Zusammenhangs bewußt ist.

MAX KLESSE · WARUM ES SO KOMMEN MUSSTE, UND WIE ES NUN GEHEN SOLL



OR 2½ Jahren wurde hier gesagt: »Schließlich stirbt jede Verfassung von innen ab, wenn sie nur eine bequeme Lebensform für politische Spießbürger bedeutet, ohne die sozialen und nationalen Grundfragen zu lösen. Hat das laissez faire der liberalen Wirtschaft mit ihren zerstörenden Folgen für die Industriearbeiterschaft diese in eine Kampfstellung zum alten Staat getrieben, so muß das laissez faire in wichtigen Lebensfragen das Volkes ... weite Schichten, insbesondere des Landvolks und der Intelligenz, in Opposition treiben.«¹ In der Tat, der 14. September 1930 durfte nicht überraschen.

Wie kam es? Tiefste Verstimmung und Niedergeschlagenheit, Hoffnungs- und Mutlosigkeit bis zur Verzweiflung hatten sich weiter Kreise der ältern Generation, besonders auf dem Land und im Osten, bemächtigt, wachsende Wut und Empörung der jüngern Generation, die sich in allen Parteien von der Mitgestaltung und Mitverantwortung ausgeschaltet glaubte. Aus zahlreichen Quellen gespeist schwoll dieses "malaise républicain" zu einem die ganze staatliche Ordnung gefährdenden Strom an, der das große politische Meer und die zahlreichen Lokalteiche und ihre Fischer zu beunruhigen beginnt. Die Vertrauenskrise, die anfangs nur das hinter den Kulissen, in den Fraktionszimmern kuhhandelnde, in "Interessentenhaufen" zersplitterte Parlament bedrohte, wächst sich zu einer Staats- und Verfassungskrise aus, und zwar nicht ohne Schuld der Parlamente oder vielmehr des Einkammersystems, wie gerade der Sozialist und Republikaner zugeben muß, dem Republik und Volksstaat Herzenssache sind. Aus der höchsten gesetzgebenden Versamm-

1) Siehe Klesse Mehr sozialistische Bevölkerungspolitik, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 319.

lung wurde ein schlecht funktionierender politischer Jahrmarkt, der nicht einmal seine Hauptaufgabe erfüllt hat: die Einnahmen und Ausgaben in ein vernünftiges und für den Steuerzahler erträgliches Verhältnis zu bringen. Ist es doch zu einem großen Teil die unverantwortliche Ausgabenwirtschaft unserer Parlamente aller Grade, die uns in die Finanznot hineingeführt hat, indem sie Ausgaben bei leeren Kassen und ohne Deckung bewilligten und immer wieder bewilligten, bis sie schließlich abdankten, um die ehrwürdigen Parteibanner von unpopulären Steuern reinzuerhalten.

Außenpolitisch zwang die Finanzkatastrophe zur Annahme des Youngplans, von dem man eine erhebliche Erleichterung der Kassenlage erwartete. Aber verbunden damit war die Kapitulation vor den Engländern in entscheidenden Lebensfragen des deutschen Volks. Er enthält den Verzicht auf Sachlieferungen und damit auf Arbeit für Hunderttausende schwer unter der Arbeitslosigkeit leidender Volksgenossen. Er ist mit dem Verlust der Liquidationserlöse aus dem uns im Krieg von England geraubten Privateigentum verbunden. Er setzte ein Zurückweichen in der Kolonialfrage vor den selben Engländern voraus, die ohne Rücksicht auf den Mandatscharakter Deutsch Ost- und Südwestafrikas daran gehen diese Gebiete politisch und verwaltungstechnisch in ihren, an sich schon zu großen Afrikabesitz einzugliedern, ohne an eine Gegenleistung oder an einen Austausch auch nur zu denken. Unser Entgegenkommen gegenüber England durfte jedoch nie so weit gehen auf diese für die Abrundung des englischen Süd- und Ostafrikas so günstig gelegenen Arbeitsräume ohne Gegenleistung zu verzichten. Diese werden dem europäischen Kontinent entzogen und dem Britischen Weltreich einverleibt. Hätte da Deutschland nicht das Recht durch eine vernünftige politische Felderbereinigung in Afrika von England im Austausch beispielsweise alle britischen Besitzungen zwischen Kamerun und der Goldküste für Europa zu verlangen, um auf dieser Grundlage die künftige Zusammenarbeit Deutschlands mit Belgien, Frankreich und Italien auch auf die für Europa so notwendige Aufschließung Zentral-, West- und Nordafrikas auszudehnen? Nur in engster Arbeitsgemeinschaft auch auf kolonialem Gebiet, selbstverständlich unter hygienischer, wirtschaftlicher und kultureller Förderung der Eingeborenen bis zu ihrer völligen Selbstbestimmung, kann sich unser Kontinent den ihm von der Natur durch Nachbarlage in nächster Nord-Süd-Verbindung bescherten Erdteil als Rohstoffbasis verdienen, den er im Zeitalter der kontinentalen Wirtschaftsreiche nicht entbehren kann, wo Nordamerika eine gigantische Autarkie gleichsam vom Nordpol bis zum Südpol aufzurichten beginnt, wo das Britische Reich die engere wirtschaftspolitische Einheit vorbereitet, ebenso wie im Fernen Osten Japan und China immer enger zusammenwachsen, und das Russische Reich der Zukunft sich zu einem autarken Wirtschaftsganzen zusammenschließt. Daß die Annexion der deutschen Besitzungen in Ozeanien durch die Australbriten noch der Aufrechnung via Reparationskonto harrt (man denke allein an die Milliardenwerte der Phosphatinsel Nauru) und unsere Schuldverpflichtungen gegenüber England erheblich senken dürfte, sei auch nicht vergessen.

Doch kehren wir nach Deutschland zurück. Innenpolitisch führte die Finanzkatastrophe zu einer zerstörenden Anziehung der Steuer- und Tarifschraube, bei fallenden Erträgen naturgemäß ohne befriedigenden Erfolg, zumal die lange Zeit einseitig betriebene Förderung des Exportindustrialismus die Kauf-

und Steuerkraft der Landwirtschaft untergraben half, und die Hilfsmaßnahmen für diese viel zu spät kamen, auch in der Methode verfehlt waren. Noch im Jahr 1928-1929 ist die Verschuldung der Landwirtschaft in allen Betriebsgrößen und Wirtschaftsgebieten weiter gestiegen: in Ostdeutschland um durchschnittlich 45 Mark pro Hektar, in Westdeutschland um 32 Mark bei Zinssätzen, die die "Preisschere" doppelt schwer ertragen lassen. Mußten diese Tatsachen nicht zu einer steigenden Erbitterung der ländlichen Bevölkerung führen, die es erlebte, wie ihr der Segen des Himmels zum Verderben ausschlug, wie der Roggen ans Ausland verschleudert und als Schweinefutter verwendet werden mußte, während die Städter gleichzeitig feines Weizengebäck und Brot aus teurem Importweizen als Symbol ihres hohen "Kulturgrads" verlangten und Hunderte von Millionen dafür hingaben? Der Verkaufspreis deckte kaum die Selbstkosten der Roggenbauer, und auch für die übrigen Produkte erhält der landwirtschaftliche Produzent etwa nur die Hälfte der vom Verbraucher gezahlten Preise als Erlös, sein dänischer Berufsgenosse dagegen 75 %. Auf solchem Boden konnte eine Haßstimmung gegen den "Staat des laissez aller" aufkommen, wie wir sie in den Steuer- und Pfändungskrawallen und in dem Beifall zu den Bombenattentaten einzelner Psychopathen und schließlich im Wahlergebnis erlebt haben. Dabei hätte ohne Zweifel eine entschlossene und tatkräftige Regierung durch eine vernünftige Organisation des Getreidehandels nicht nur die Weizeneinfuhr abdrosseln sondern auch für gerechte Roggenpreise und trotzdem für billiges Brot sorgen können. Ist es da ein Wunder, daß die Weltwirtschaftskrisis, deren eine Ursache in der zu geringen Kaufkraft der Landwirte in der ganzen Welt zu suchen ist, gerade uns besonders schwer heimsuchte?

Gleichzeitig wuchs unsere Verschuldung an Amerika riesenhaft an, zu so wucherisch hohen Zinssätzen (von 10 % und mehr), wie sie noch keinem Land und Kontinent vorher zugemutet worden sind, nicht einmal dem amerikanischen Negerprotektorat Liberia in Afrika (7 %). Und dabei wäre ohne Zweifel billiges Geld bei unserm Nachbar im Westen zu erhalten. Sind wir doch sein Haupteinfuhrland geworden, mit aktiver Handelsbilanz zu unseren Gunsten. Aber für die Erlangung solcher Finanzhilfe ist freilich der ernste Wille zu allgemeiner wirtschaftlicher Zusammenarbeit und, als deren Voraussetzung, zu politischer Befriedung und Verständigung notwendig.

Trotz der gewaltigen Verschuldung an Amerika und der gewaltigen Steuerflut und Erwerbslosigkeit geschah von seiten der Führung rechtzeitig nichts Entscheidendes. Man verschob es immer wieder die unproduktiven Ausgaben durch beschleunigte Reichs-, Verwaltungs- und Finanzreform zu senken, obwohl es die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß die Erhebung mancher Steuern (beispielsweise in der Landwirtschaft, bei kleinen Vermögen und Einkommen) mehr Kosten macht als sie einbringen. Es unterblieb die rücksichtslose Besteuerung alles Luxuskonsums, obwohl noch Hunderte von Millionen aus Tabak und Luxus im engern Sinn herauszuholen wären, um langfristig Mittel zu einem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm auf weite Sicht freizumachen. Auf weite Sicht. Das verlangt das Volk in Stadt und Land, dafür würde es auch schließlich opfern, darben und sparen. Aber das tägliche Fortwursteln von der Hand in den Mund lehnt es ab. Wo blieb die für unsere Zukunft so lebenswichtige Agrar- und Industriesiedlung in Ostelbien, für die wir hier 500 Millionen pro Jahr auf 30 Jahre forderten?

Das Gegenteil geschah: Hunderttausende von Landflüchtigen vermehrten die Arbeitslosigkeit und das Wohnungselend in den Großstädten, schwächten die Kaufkraft in Stadt und Land, brachten die Gemeindefinanzen der Städte an den Rand des Bankrotts und die Wirtschaft auf dem Land zum Erliegen. Das hohe Gut der Freizügigkeit, das einst den Produktivkräften der Nation zur Entfaltung verhalf, wurde für Abertausende zum Fluch und zur öffentlichen Gefahr, die man unschwer mit Hilfe des Arbeits- und Wohnungsnachweises (Verbot des Laubenelends) hätte verhüten können, im Zusammenhang mit einer Agrar- und Industriesiedlung im Osten. Rein stimmungsmäßig wurde die allgemeine Vertrauenskrise noch durch die zunehmende Dreistigkeit des Berufsverbrechertums und durch die beschämenden Korruptions-skandale des letzten Jahrs verschärft² sowie durch die dem Volksempfinden ins Gesicht schlagenden Mammutgehälter für bestimmte kommunale Posten, während gleichzeitig durch die "Sparmaßnahmen" in Berlin die Milchbeihilfen für die Säuglinge der Erwerbslosen von 1 Liter auf $\frac{1}{2}$ Liter herabgesetzt wurden. Ist es da ein Wunder, daß der Glaube an ein sinnvolles, uneigennütziges, gerechtes und tatkräftiges Regieren und Verwalten im neuen Staat in immer breiteren Schichten verloren ging? Denn nur der Sachkenner kann sehen und erleben, wie intensiv, ja hingebend gerade in dem übelbeaumdeten Berlin trotz allem gearbeitet wird.

Die Führer aller Grade vergaßen, was an körperlichen, seelischen und intellektuellen Opfern dem Volk in den letzten 15 Jahren alles zugemutet worden ist. Nämlich dies: auf der einen Seite Hungern mit den staatlich als auskömmlich bezeichneten Kriegsrationen, Zeichnen der Kriegsanleihen und Staatsbankrott, Vernichtung des letzten Spargroschens durch die Inflation, Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und Lohnabbau in den Städten, Papiergeldgewinne, Zwangswirtschaft, Wirtschaftsverfall und schließlich Preiszusammenbruch auf dem Land mit folgendem Zins- und Steuerdruck und Landflucht; auf der andern Seite Kriegs-, Revolutions- und Inflationsgewinne mit grausamster Vermögensumschichtung, Kampf um Stellen und Ämter, Riesengehälter und -pensionen bei oft minimalen oder lächerlich "kurzfristigen" Leistungen, Satttheit und geistige Trägheit, unwürdige Behandlung der Kameraden von gestern und Bittsteller von heute. Die Spannungen und Enttäuschungen aus den Erlebnissen der letzten 15 Jahre traten mit dem gewonnenen Zeitabstand immer deutlicher in das Bewußtsein breiterer Schichten unseres Volks, insbesondere im sogenannten Mittelstand. Er hat seinen Wohlstand, seine Selbständigkeit und Freiheit in großem Umfang verloren und erlebt durch Arbeitslosigkeit, Überfüllung der Berufe und früher unerhörte Verschärfung des Konkurrenzkampfs immer stärker das unsichere Lebensschicksal des Proletariats am eigenen Körper, gegen das er sich verzweifelt, aber mit geringem Erfolg, zur Wehr setzt. Der Eintritt der jungen Generation in das politische Leben und das Zusammentreffen mit der Weltwirtschaftskrise haben die Unruhe im bürgerlichen Lager auf die Spitze getrieben, und das ganze politische Parteileben des Bürgertums, das heißt eben dieser Mittelschichten in Stadt und Land, aufgelöst und umgeformt. Das Ende dieser Bewegung ist noch keineswegs abzusehen.

Vertrauen und Glaube an den Staat und seine Träger müssen und können wiedergewonnen werden: durch rücksichtsloses Vorgehen gegen jede Form

2) Siehe dazu *Pahl* Die ökonomischen und politisch-moralischen Lehren der Sklarekaffäre, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 907 und folgende.

von Korruption, durch sorgfältigste Auswahl bei jeder Stellenbesetzung nach Fleiß und Hingabe, durch beispielgebende Opferwilligkeit des ganzen politischen Funktionärkörpers in allen leitenden Stellen des Staats und der Gemeinden, durch eine Senkung der Bezüge und der Gehälter der Beamten-schaft in einem Ausmaß, das dem Volksempfinden und der allgemeinen Not-lage aller anderen Volkskreise, nicht zuletzt auch dem wohlverstandenen Selbsterhaltungswillen der Regierenden und des Beamtenkörpers entspricht.

Die allgemeine Unruhe seit dem 14. September schlägt aber nicht nur innen-politisch hohe Wellen, sie ruft auch in der Außenpolitik bereits Nervosität hervor. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß Deutschland sich zwischen alle vorhandenen außenpolitischen Stühle zu setzen anschickt und Gefahr läuft wieder in den Zickzackkurs der Vorkriegszeit zu verfallen; er war bei unserer Lage in der Mitte Europas, das heißt mit vielerlei Möglichkeiten und "Unmöglichkeiten", für psycholabile Führer das schlechthin Gegebene, darf aber für die Republik nie und nimmer in Frage kommen. Das Durcheinander in der Außenpolitik, die offiziell eine Aussöhnung mit Frankreich verkündet, aber ein Bündnis mit Italien zur Rache an Frankreich propagieren läßt, droht im bürgerlichen Lager die Formen eines außenpolitischen Wirrwarrs anzu-nehmen, der die Früchte der Locarnopolitik ernstlich gefährdet und weitere Fortschritte im Sinn der deutsch-französischen Verständigung und damit die wichtigste Voraussetzung für Deutschlands Aufstieg und Europas Befriedung unmöglich macht. Denn diese beiden Faktoren sind für eine im tiefsten Sinn nationale Politik untrennbar mit einander verknüpft: Es gibt keinen Wiederaufstieg Deutschlands ohne europäische Gemeinschaft in einem be-friedeten Kontinent, und es gibt keinen europäischen Frieden ohne die deutsch-französische Verständigung, ja ohne die engste politische und wirt-schaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder.

Wir wollen nicht unsere politischen Gegner als Feinde der Nation diffamieren, aber bei ruhiger Überlegung wird jeder Deutsche zugeben müssen, daß die anderen außenpolitischen "Perspektiven" den deutschen Boden zum Kriegsschauplatz machen und uns ins Verderben führen. Die Utopie mit Rußlands Hilfe nach dem Vorbild von 1812-1813 Deutschland zu "befreien" bedeutet Krieg für Mitteleuropa, Vernichtung der deutschen Wirtschaft und Verhungern des deutschen Stadtvolks. Dann freilich wären die angelsäch-sischen Mächte von dem Alpdruck eines sich einigenden und selbstbestim-menden Europas befreit, England könnte wieder auf Menschenalter hinaus durch die Balance-of-power-Politik sich eine Vorzugsstellung verschaffen, statt seine eigenen Produktivkräfte durch Arbeit neu zu entfalten. Ebenso utopisch, wenn auch weniger gefährlich, ist die Hoffnung vieler Nationalisten auf einen französisch-italienischen Krieg und ein Bündnis mit Italien. Musso- lini ist viel zu besonnen und viel zu italienisch, um sich in ein Abenteuer einzulassen, bei dem Italien nur verlieren kann; er betrachtet Deutschland bestenfalls als den Bauern auf dem politischen Schachbrett, mit dessen Hilfe er den französisch-italienischen Ausgleich, auf den die ganze Entwicklung, namentlich auch im Sinn der künftigen kolonialen Zusammenarbeit in Afrika, hinzielt, möglichst ergiebig für sein Land gestalten will. Und was die eng-lische Freundschaft, auf die man bei uns rechts und links unentwegt hofft, dem deutschen Volk einbringt, sollten wir, wenn nicht aus der Vorkriegszeit <die unsere anglomanen deutschen Professoren und Publizisten mit größtem

Erfolg vor dem deutschen Publikum umdeuten), so doch aus der Zeit nach dem Krieg wissen, da der englische Mentor uns zum Ruhrkrieg ermunterte und uns auch dann noch ermahnte ihn fortzusetzen, als er längst verloren war.

Bei sachlicher Prüfung der eigenen, europäischen und weltpolitischen Kräfte gibt es für den Aufstieg Deutschlands nur den Europaweg, der über Paris führt. Eine Gesundung der deutschen Innenwirtschaft ist nur auf dem Boden solcher Außenpolitik zu erreichen. Aber umgekehrt kann man diese auch nur durchführen, wenn man die innere Wirtschaftsnot an den Wurzeln zu packen weiß und vor kräftigen Maßnahmen nicht zurückschrickt. In dem Programm der Regierung Brüning könnte man den ersten Anfang zu einer Reform der deutschen Verwaltung, zur Beseitigung der unproduktiven Leerarbeit, erblicken. Aber dieser Versuch hätte nur Sinn, wenn er als Teil eines Ganzen gedacht ist. Es muß die Aufgabe der stärksten Partei im Reich, der Sozialdemokratischen Partei, sein dieses Ganze herzustellen.

LUDWIG QUESSEL . ES MUSS GANZE ARBEIT GEMACHT WERDEN

UNTER stürmischen Begleitumständen, wie sie gleich erregend nur großen Staatsumwälzungen vorauszuweichen pflegen, fand sich der am 14. September gewählte Reichstag am 13. Oktober in Berlin zusammen. Schon die Umstellung des Parlamentsgebäudes mit starken Polizeikräften war ein Ausdruck dafür, daß sich diejenigen, denen die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit obliegt, dem Eindruck nicht entziehen konnten, daß uns der 14. September viel mehr als eine Neuwahl des Reichstags, daß er eine revolutionäre Stimmung in jene große, politisch stumme Volksmasse gebracht hat, die sich zumeist voller Einfalt von dem politischen Getriebe gern fernhält, sofern nicht unerträgliche Not und zermalmender Steuerdruck sie zur Auflehnung gegen die staatliche Gewalt aufpeitschen. Man hat die Empfindung, daß Deutschland seit 1927 wirtschafts-, finanz- und währungspolitisch in eine revolutionäre Situation geraten ist, daß das lange Zeit und vielfach bespöttelte Urteil der ausländischen Beobachter, das deutsche Volk sei von seinen Regierern wieder einmal "revolutionsreif" gemacht worden, sich bestätige. Wie ernst neben der finanzpolitischen namentlich auch unsere währungspolitische Situation geworden ist, das hat Hermann Müller in seiner Reichstagsrede am 17. Oktober hervorgehoben, indem er betonte, daß der Reichskanzler am Tag vorher »gewiß nicht mit Unrecht« den Gold- und Devisenabzug aus Deutschland, den er (Müller) auf einen Betrag von mindestens 800 Millionen Mark schätze, mit dem Ausfall der Reichstagswahlen in Verbindung gebracht habe; man schein im deutschen Bürgertum noch nicht klar zu sehen, wohin diese Entwicklung führen kann, wenn sie nicht rechtzeitig gestoppt wird.

Nur unhistorischer Sinn kann das, was uns die 5 Tage Reichstag brachten, als "politisches Theater" abtun, wenn auch den einzelnen Vorgängen natürlich das Theatralische nicht fehlte. Die Ereignisse vom 13. bis zum 18. Oktober fließen aus viel zu tiefen Quellen, als daß man sich der Illusion hingeben dürfte, sie wären Eintagserscheinungen, die für den Gang der deutschen Geschichte ohne Bedeutung seien. Wir haben es mit einer schmerzhaften Gleichgewichtsstörung des sozialen Organismus zu tun, die ein Ergebnis der

deutschen leichtfertigen Finanzpolitik ist. Mit Agitationsparolen und Reichsbanneraufzügen läßt sich das durch eine kurzsichtige und leichtfertige Finanzpolitik gestörte Gleichgewicht ganz gewiß nicht wieder herstellen. Die Massen verlangen eine saubere, sparsame Staatswirtschaft, die dem Volk die Möglichkeit zum Leben läßt, uneigennützig Führer und Minister mit mäßigem Gehalt und ohne Pensionsrechte, für die selbstloser Dienst am Volk oberstes Gebot sein muß. Saubere und sparsame Staatswirtschaft: das ist das Ziel, nach dem das deutsche Volk als Rettung aus furchtbarer Not strebt. Und dieses Streben muß auch durchaus als berechtigt und richtig anerkannt werden. Es bringt die Ausgebeuteten notwendigerweise in einen Konflikt mit aller egoistischen Ämterpatronage, mit dem verderblichen Verwaltungsleerlauf, mit der vom Reichssparkommissar anschaulich geschilderten Beamteninflation, mit der legalen Bereicherung auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen, durch die Jahr für Jahr große Summen von 30- bis 70 000 Mark, die das Volk in seiner grenzenlosen Verarmung mit Recht als Vermögen wertet, aus den öffentlichen Kassen als Gehalt, Pension, Aufwandsentschädigung usw. in die Taschen der beamteten Politiker geleitet werden. Man bilde sich nur nicht ein, daß Mehrheitsbeschlüsse demokratischer Körperschaften die Verteilung solcher Vermögensmassen, die auf dem Weg direkter und indirekter Besteuerung zu 70 % von den Ärmsten der Armen genommen werden müssen, moralisch rechtfertigen könnten. Die Anträge aus Arbeiterkreisen auf sozialdemokratischen Konferenzen zeigen, daß das Volk dieser soziaethischen Verderbnis nicht mehr fatalistisch gegenübersteht. Es fordert eine neue Rechtsordnung, die auch legale Bereicherung dem Richter unterwirft. Wer die Schriften der Altmeister des Sozialismus nicht nur auf ihren sozialökonomischen sondern auch auf ihren soziaethischen Inhalt geprüft hat, kann leicht den Nachweis führen, daß ihre ganze soziaethische Auffassung der Heiligkeit der öffentlichen Mittel sie heute dazu brächte die legale Bereicherung als die weitaus schlimmste Form der Korruption zu bekämpfen.

Die Volksmassen leben mit Recht der Überzeugung, daß in den letzten Jahren ein unverantwortliches Spiel mit ihnen getrieben worden ist. Die Schleier, die unsere obere Bürokratie vor die Falschleitung der Finanzen gezogen hatte, weisen heute so große Risse auf, daß jeder, der die Wahrheit sehen will, sie auch zu erkennen vermag. Deutschlands Unglück, nachdem es sich von dem 20-Milliarden-Goldmark-Verlust des Ruhrkriegs etwas erholt hatte, begann mit dem Eintritt Heinrich Franz Köhlers in das Reichsfinanzministerium. In maßloser Überschätzung der Steuerkraft des deutschen Volks glaubte er aus laufenden Steuererträgen dem grauenhaft aufgeblähten deutschen Beamtenkörper in Reich, Ländern und Gemeinden ein zusätzliches Einkommen zuweisen zu können, das nahe an die gesamten laufenden Ausgaben des Kaiserreichs von 1913 heranreichte. Die laufenden Sollausgaben des Kaiserreichs belasteten die deutschen Steuerzahler im Jahr 1913 mit 2449 Millionen Mark, die Köhlersche Besoldungsordnung von 1927 auferlegte unserm durch Krieg und Inflation verarmten Volk eine zusätzliche Last von 2000 Millionen Mark, womit sich die »Gesamtsumme der öffentlichen Gehälter und Renten« im Jahr 1928 nach der Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung auf »etwa 15 Milliarden« (ohne Arbeitslosenrenten) steigerte. Für den, der unsere Finanzwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden nicht kennt, ist es natürlich schwer, fast unmöglich wirklich daran

zu glauben, daß unsere Politiker in der Reichsregierung und im Reichstag, die wußten, daß das deutsche Volk schon die zermalmende Last von 13 Milliarden jährlich für Gehälter und Renten zu tragen hatte, diese noch um 2 Milliarden erhöhen konnten. Es sei daher, um jeden Zweifel daran zu beheben, aus einem Artikel des frühern Reichsfinanzministers Peter Reinhold in der Vossischen Zeitung vom 28. September 1930 folgender Passus angegeben:

»Gibt es noch einen ernsthaften Wirtschaftler oder Politiker in Deutschland, der daran zweifelt, daß die unbedingt nötige Sanierung der öffentlichen Finanzen nicht mehr durch Erhöhung der Steuern sondern nur durch Senkung der Ausgaben zu erreichen ist? Und zweifelt noch jemand daran, daß für den Augenblick eine wirklich zu Buche schlagende Herabminderung der öffentlichen Ausgaben in Deutschland nur möglich ist, wenn neben die Ersparnisse in den einzelnen Ressorts und die auf lange Sicht eingestellte Reform der öffentlichen Verwaltung eine Verminderung der Personalausgaben tritt? Nicht die Steuersenkungen der Jahre 1925 und 1926 haben unsere Finanzmisere verursacht, sondern lediglich die nach diesen Senkungen beschlossenen zusätzlichen Ausgaben, insbesondere die im Jahre 1927, wo allein die in ihrer Grundidee zweifellos berechnete, in ihrem Ausmaß wesentlich über die finanzielle Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes hinausgehende Erhöhung der Beamtengehälter eine Mehrbelastung gebracht hat, die für Reich, Länder, Gemeinden und die den Behörden ähnlichen Verwaltungskörper etwa 2 Milliarden im Jahr ausmacht, das heißt also annähernd die Summe verschlingt, die die gesamte Grund- und Gewerbesteuer einbringt. Eine den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte und sozial abgestufte Besoldungsreform ist eine Staatsnotwendigkeit, deren Durchführung weder Parteiinteressen noch Rücksichten anderer Art aufhalten dürfen.«

An den Reinhold'schen Ausführungen ist nur der Satz zu bemängeln, daß die Besoldungserhöhung »in ihrer Grundidee zweifellos berechnete« war. Sie war nicht nur nicht berechnete sondern im höchsten Grad unberechnete. Diese Anschauung ist schon im Jahr 1927 in den Sozialistischen Monatsheften mit aller Schärfe vertreten und hier seitdem konsequent festgehalten worden. Nicht eine Erhöhung der Ausgaben für Beamtengehälter war 1927 das vaterländische Gebot der Stunde, sondern ihre durchgreifende Erniedrigung durch eine radikale Beseitigung der Beamteninflation. Übrigens zeigte sich sehr schnell, daß die Köhlersche Behauptung, man werde die erhöhten Kosten der Beamtenbesoldung aus laufenden Einnahmen decken können, eine unsinnige Täuschung war. Überall mußte man zu Anleihen seine Zuflucht nehmen, weil sich die Aufbringung von 2 weiteren Milliarden zu den bestehenden Lasten durch neue Steuern zuungunsten des Arbeiter- und Kapitaleinkommens nicht durchführen ließ. So stieg die schwebende Schuld in Reich, Ländern und Gemeinden in einer nicht nur den Kredit Deutschlands bedrohenden sondern auch seine Währung in ungünstigem Sinn beeinflussenden Weise. Welch unheimliche Formen die Verschuldung der öffentlichen Hand angenommen hat, geht aus einem Artikel des Sozialdemokratischen Pressedienstes vom 24. Oktober 1930 hervor, in dem mitgeteilt wird, daß »die gesamte öffentliche Verschuldung ... Ende 1929 einschließlich der öffentlichen Unternehmungen zirka 23 Milliarden erreichte«. Es ist bekannt, daß Reich, Länder und Gemeinden sowie die zu ihnen gehörenden Unternehmungen aus der Inflation fast schuldenfrei herauskamen. Die 32 Milliarden Vorkriegsschulden waren durch die Inflation bis auf die geringen Aufwertungsbeträge getilgt. Von 1924 bis 1929, also in 6 Jahren, hat man es aber fertiggebracht eine Schuldenlast von 23 Milliarden Goldmark aufzuhäufen, obwohl in diesen 6 Jahren Steuern, Gebühren und Tarife überall gewaltig gesteigert wurden. Zweifellos ein Verfahren, das, wird es fortgesetzt, Deutschland sehr schnell in eine große soziale Katastrophe hineintreibt.

Wo wir heute infolge der Finanzierung der Besoldungsordnung von 1927 durch Anleihen hingelangt sind, das hat uns, wie das Darmstädter Tageblatt am 2. Oktober mitteilte, der Reichsminister Adam Stegerwald (der, wie man anerkennen muß, sich schon öfter nicht gescheut hat die Dinge beim rechten Namen zu nennen, trotz allem Unwillen, den er dadurch auf sich hinabbeschwor) mit bemerkenswerter Offenheit geschildert. Das genannte Blatt berichtete:

»In einer Unterredung, die die Frage behandelt, worum es bei dem neuen Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung geht, erklärte der Reichsarbeitsminister Doktor Stegerwald unter anderm, daß heute in allen Kreisen Übereinstimmung darüber herrsche, daß der 1927 mit der Neuordnung der Beamtenbesoldung beschrittene Weg falsch gewesen sei, und daß nunmehr weitgehend zum Ausgangspunkt von 1927 zurückgekehrt werden müsse. Das deutsche Preisniveau stehe gegenwärtig mit an der Spitze von allen Ländern, und dieses Preisniveau müsse baldigst herunter, wenn Deutschlands wirtschaftliche Lage sich nicht versteifen und damit die Arbeitslosigkeit verewigt werden solle. Die Gestehungskosten der deutschen Wirtschaft müßten herabgedrückt werden. Die deutsche Wirtschaft habe an Lohn- und Gehaltsausgaben sowie für Abgaben an die Öffentliche Hand 65 Milliarden Mark aufzubringen, hiervon gingen über 27 Milliarden an Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung. Da von diesen 27 Milliarden die Landwirtschaft aber nur 2 Milliarden aufbringe, sei der Rest von 25 Milliarden auf Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr, Freie Berufe, Beamte, Angestellte und Arbeiter abgewälzt worden. Diese gewaltigen Beträge lähmten und bedrückten die gewerbliche und industrielle Wirtschaft. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise verringerten sie trotz Erhöhung der Steuersätze die Steuereingänge und vermehrten die Arbeitslosigkeit. Vom Januar bis September 1930, also in 9 Monaten, seien Volk und Wirtschaft in Deutschland mit 3,4 Milliarden neu belastet worden, also um mehr als vor dem Kriege der gesamte Haushalt des Reiches betragen habe. In solcher Lage seien Steuererhöhungen nicht mehr möglich. Seien infolge verstärkter Arbeitslosigkeit erhöhte Ausgaben unvermeidbar, müßten diese durch Ersparungen an anderer Stelle aufgebracht werden. In diesem Zusammenhang müsse man die in Aussicht genommene Gehaltskürzung der Beamten und auch die sozial unangenehmen Abstriche am Haushalt 1930-1931 ansehen. Keine Reichsregierung, keine Landesregierung und keine größere Gemeinde komme in den nächsten Jahren um Gehaltskürzungen herum. Das liege in der Macht der Tatsachen und nicht etwa an der Mißgunst gegenüber den Beamten. Es gehe in der nächsten Zeit um mehr als Wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Einzelfragen. Es gehe darum, ob Staat, Demokratie und Wirtschaft gerettet werden sollten, oder ob Deutschland in den Abgrund treiben solle.« Stegerwalds Erklärung; daß Steuererhöhungen nicht mehr möglich seien, könnte leicht dahin ausgelegt werden, daß die Reichsregierung in ihrem Finanzprogramm vom 30. September 1930 davon Abstand genommen habe dem deutschen Volk neue Steuern zugunsten der Beamten aufzuerlegen, nachdem Volk und Wirtschaft von Januar bis September 1930 zu der bestehenden Last noch zusätzliche 3,4 Milliarden neu auferlegt wurden. Diese Auslegung wird jedoch in dem Brüning'schen Finanzprogramm vom 30. September 1930 nur teilweise bestätigt. Daß auch das neue Finanzprogramm der Reichsregierung von Lastenerhöhungen nicht frei ist, legte Arthur Feiler in der Frankfurter Zeitung vom 2. Oktober 1930 wie folgt dar:

»Der von dem Kabinett vorgelegte Finanzplan erhöht die Beiträge zur Arbeitslosenunterstützung um 2% auf jetzt 6½%. Er will die Tabaksteuer weiter um 167 Millionen erhöhen. Er hält die Ledigensteuer und den Einkommensteuerzuschlag auch für das nächste Jahr aufrecht. Er kürzt die Beamtengehälter um 6% (die des Reichspräsidenten und der Minister wie die Diäten der Abgeordneten sogar um 20%). Er kürzt die schon für 1930 2mal reduzierten Etatansätze für 1931 weiter um 300 Millionen, dies, wie die Veröffentlichung angibt, auch mit schmerzhaften Abstrichen selbst bei den sozialen und kulturellen Aufgaben. Er will die Verwaltung vereinfachen und verbilligen. Er will auch die Länder und Gemeinden der gleichen rigorosen Sparpolitik unterwerfen. Und er erreicht mit alledem — noch keine Steuersenkung. Alles dies, einschließlich der neuen Lastenerhöhung, dient vielmehr

ausschließlich dem Kampf gegen das Defizit. Und für das besonders gefahrdrohende Defizit der Gemeinden aus den Wohlfahrtslasten der Arbeitslosigkeit ist dabei, abgesehen von einem bescheidenen Betrage von 80 Millionen Mark, überhaupt noch keine Vorsorge getroffen. Das Defizit im Reichshaushalt allein wird für 1930 jetzt auf 750 bis 900 Millionen Mark veranschlagt, und hoffentlich bleibt es jetzt wenigstens dabei, hoffentlich ist der seit den Wahlen eingetretenen und noch für den Winter drohenden weitern Verschlechterung der Wirtschaftslage jetzt wenigstens mit dieser Schätzung ausreichend Rechnung getragen. Dies ist das Bild.«
So weit Arthur Feiler über die neue Lastenerhöhung.

Wie liegen nun aber die Dinge mit der Kürzung der 1927-1928 um 2 Milliarden erhöhten Beamtenbezüge? Zu diesem Kapitel, das entscheidend für die Möglichkeit ist Deutschland aus der revolutionären Situation herauszuführen, bemerkte die Vossische Zeitung am 2. Oktober:

»Daß die Kürzung der Beamtgehälter, die dem Reich und den Ländern eine Ersparnis von 220 Millionen bringt (abgesehen von der Erleichterung, die sie der Reichsbahn und der Reichspost schafft), eine Härte, aber auch eine Notwendigkeit war, muß man begreifen. Aber es zeigt sich jetzt, daß Stegerwald nicht unrecht hatte, als er voraussagte, daß die Reform der Beamtenbesoldung, wie sie Reichsfinanzminister Doktor Köhler vorschlug, auf die Dauer finanziell undurchführbar sein werde. Die damalige Regierung hat über die ursprünglich beabsichtigten 10% sich zu einer durchschnittlichen Erhöhung um 16% bereit gefunden. Das zugestandene Plus von 6% muß heute wieder zurückgenommen werden.«

Wir erlauben uns zu diesen Ausführungen zu bemerken, daß es mit einer Herabsetzung der Besoldungserhöhung von 1927 um 6% nicht getan ist. Sollen Demokratie und parlamentarisches System in Deutschland erhalten bleiben, so muß ganze Arbeit gemacht werden. Nicht nur die radikale Aufhebung der Besoldungsordnung von 1927 mit allen Höherstufungen und sonstigen üblen Begleitumständen ist dazu notwendig, sondern auch die schnellste Beseitigung der Beamteninflation, und zwar auch da, wo ihr angeblich "wohlerworbene Rechte", die mit der sittlichen Idee der Volksgemeinschaft übrigens zumeist völlig unvereinbar sind, entgegenstehen.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Aufnahme einer neuen auswärtigen Anleihe zur Aufrechterhaltung der Beamteninflation und der überhöhten Beamtgehälter das Gegenteil einer soliden Finanzwirtschaft ist. Seit Oktober 1927 ist auf dem Kreditweg für die Beamten eine zusätzliche Kaufkraft von 2 Milliarden Mark pro Jahr geschaffen worden, die man als künstlich bezeichnen muß, weil sich für sie eine ehrliche Deckung gar nicht finden läßt. Das dauernde Schuldenmachen zugunsten einer durch Unkündbarkeit und Pensionsrechte ohnehin privilegierten Schicht ist ein schweres finanzpolitisches Vergehen, das sich seit 1927 alle Regierungen haben zuschulden kommen lassen. Das heikle Verfahren des Transfers des Defizits von 1930 auf die Finanzjahre 1931, 1932 und 1933 wäre allenfalls finanzpolitisch erlaubt, wenn eine drakonisch durchgreifende Neugestaltung der Wirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden folgte. Dazu enthält das Finanzprogramm der Reichsregierung nur zaghafte Anfänge. Wir wollen abwarten, ob es dabei bleibt, oder ob der Reichskanzler die Energie, mit der er die Stellung der Regierung gegenüber den Parteien im Oktober behauptet hat, nunmehr vom Formalen aufs Sachliche überträgt. Von einem Programm der halben Maßnahmen und letzten Termine ist eine Rettung der Deutschen Republik nicht zu erwarten. Das muß man sich ohne neue Selbsttäuschung klarmachen und allen Verschleierungsversuchen und trügerischen Hoffnungen gegenüber mit aller Offenheit aussprechen.

RICHARD KLEINEIBST · REVISION JA, ABER DIE RICHTIGE!



ANZ gewiß, der Nationalsozialismus hat einen Wahlsieg erfochten. Besser, er ist ihm in den Schoß gefallen. Ihm kamen die wirtschaftliche Not und eine allgemeine Verzweiflungsstimmung zugute, ihm bahnte die zwiespältige Unentschlossenheit im Kabinett Müller den Weg, für ihn kämpfte die Angst vor dem Verlust der "nationalen Honorigkeit", die alle Parteien zu einer Anbequemung an die nationalistischen außenpolitischen Schlagworte des Hitlertums führte. Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse kommt auch nach der Wahl dem Nationalsozialismus zustatten, die Sinnleerheit seiner Rezepte aber könnte seinen Nimbus, den Nimbus der Unerprobtheit, zerstören, wenn ihm nicht wieder die Scheu der anderen zu Hilfe käme in "nationalen Belangen" nicht für voll und zuverlässig genommen zu werden. Seit dem 14. September scheint sich auf dem Hintergrund der innenpolitischen Schwierigkeiten deutlicher als je eine außenpolitische Einheitsfront abzuzeichnen. Es herrscht eine Stimmung, wie sie vor dem Ruhrkrieg zu bemerken war, eine Art Hungerpsychose, die nur durch Zerstörung der politischen Illusionen und Halluzinationen bekämpft werden kann. Revision des Youngplans: das ist mehr noch als in der Wahlzeit Gemeingut aller politischen Verbände geworden, das Sesam, das dem deutschen Volk die Tür zur Prosperität öffnen soll.

10 Monate ist der Youngplan in Kraft. Was er an wirklich Gefährlichem enthält (und was dieses ist, wissen die Leser), konnte noch längst nicht in Wirksamkeit treten. In der Tat haben diese 10 Monate eine Herabsetzung der Leistungen verglichen mit den Forderungen des Dawesplans gebracht. Dem Blinden müßte es also klar sein, daß andere Ursachen die Schärfe der Krise bestimmen und nicht die Reparationszahlungen, die ja auch in den Jahren der "Konjunktur" zu leisten waren. Es ist, wie gesagt, die Stimmung des Ruhrabenteuers, es ist ein Ablenkungsmanöver, wenn nunmehr wieder der böse "Erbfeind" wie im Kasperletheater aus der Kulisse gezogen wird. Hinter der Revisionswolke verschwinden die Verantwortlichen für jenen sinnlosen "Amerikanismus", der sich nicht genug tun konnte in glänzenden Fassaden, in unrationell rationalisierter Produktion am "laufenden Band", ohne die Vorbedingungen, die in erster Linie auf außenpolitischem Gebiet liegen, für die Rentabilität einer so gewaltsamen Erweiterung des Produktionsapparats zu schaffen. Durch die Revisionsparole wird die Fehlleitung unserer Wirtschaft und Wirtschaftsordnung getarnt, die Vergeudung durch Übersetzung des Verwaltungsapparats, die eigentliche Ursache der verschärften Krise, worauf am klarsten und mutigsten Ludwig Quessel seit langem und, wie in solchen Fällen meist, vergeblich aufmerksam gemacht hatte.

Nun ist es freilich eine Ironie des Schicksals, daß gerade die Kreise, die zuerst auf die fragwürdige und gefährliche Tendenz des Youngplans die Aufmerksamkeit gelenkt haben, jetzt wieder gegen den blöden Revisionsaberglauben ankämpfen müssen, weil er am Wesentlichen vorbeisieht und dafür die Erbfeindideologie unterschiebt, den Kriegsgeist gegen Versailles, das ist gegen Frankreich und die osteuropäischen Staaten, schürt. Es waren in erster Linie die Sozialistischen Monatshefte, die den Kernpunkt der Gefahren des Youngplans trafen. Die von England gewünschte und durchgesetzte Ein-

schränkung und spätere Beseitigung der Sachlieferungen bedeutet allerdings eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Dawesplan. Doch sind die Revisionshelden gerade die letzten, die sich heute beschweren dürfen. Denn der Jubel über den tapfern britischen Schatzkanzler, der es den Franzosen "so schön gab", war damals ebenso Gemeingut unter den deutschen "Patrioten" von rechts bis links wie es heute die Klage über die Revisionsbedürftigkeit des Neuen Plans ist. Und auch heute wiederum übersieht man geflissentlich die angelsächsische Front, die einer allerdings wünschenswerten entscheidenden Revision, für die Frankreich sich jetzt wieder von neuem einsetzt, entgegensteht. Die Propaganda wird vielmehr nach der Seite des geringsten Widerstands geleitet, also gegen Frankreich. Den Vogel in solcher Demagogie schießen dabei vielleicht die Leipziger Neuesten Nachrichten ab, wenn sie wider alles bessere Wissen am 2. Oktober schreiben:

»Der Löwenanteil des Tributs geht nach Frankreich und wird von den Ministerkollegen des Herrn Briand dazu verwendet Frankreichs "Sicherheit" gegen die notleidende und wehrlose Deutsche Republik zu verstärken, was unseren Pazifisten und Internationalisten eine ungemene Beruhigung ist.«

Nirgends wird von denen, die so laut nach Revision rufen, festgestellt, daß nur die Streichung der interalliierten Schulden uns wirklich Hilfe brächte. Nein, an amerikanische Empfindlichkeit will man nicht rühren. Da umgeht man die Frage, indem man unbestimmt und unterschiedslos von der Reparationslast spricht. Man hat vergessen, daß auch im republikanischen Deutschland kurz nach dem Krieg das Gefühl für die moralische Verpflichtung zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete wach gewesen war. Diese Pflicht besteht unverändert fort. Aber verheißungsvolle Ansätze für direkte Wiedergutmachung, womit die Aufhebung der Tributleistung an Amerika (denn das ist wirklich eine) zu verbinden war, sind in der allmählich gesteigerten Haßpsychose gegen Frankreich, deren Höhepunkt der Ruhrkrieg war, untergegangen. Mit dem Beginn dieses Kampfs hatte sich die angelsächsische Orientierung in Deutschland restlos durchgesetzt, der Weg zur Befreiung von drückenden Lasten war verschüttet. Er könnte heute vielleicht wieder geöffnet werden. Aber nur unter einer Bedingung: daß vorher die deutsch-französische Verständigung und Einigung erfolgt, die Europa der deutschen Arbeit erschließt, die der deutschen Wirtschaft überschüssiges Kapital aus Frankreich zuleitet. Die von den Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika gezeichneten Kriegsanleihen dürften sicherlich heute schon zu einem beträchtlichen Teil getilgt sein, wenn auch die augenblickliche Krise die Amortisierung verlangsamt haben mag; Amerika hätte kein nennenswertes Opfer zu bringen, und der ganze "Tribut" aus dem Versailler Vertrag würde sich dann auf ungefähr $\frac{1}{3}$ der jetzigen Zahlung als Wiederaufbauschuld reduzieren. Inwieweit sie durch Sachleistungen abgegolten werden könnte, bliebe Verhandlungen überlassen, die sicherlich leicht zu einem günstigen Ergebnis führen würden, wenn die deutsch-französische Zusammenarbeit das gemeinsame Interesse der beiden großen Staaten des Kontinents deutlicher als bisher offenbar werden ließe. An der Bereitschaft Frankreichs Sachleistungen als Reparationen anzunehmen ist nicht zu zweifeln. Hat doch, wie der Berichterstatter des Sozialdemokratischen Pressedienstes am 17. Oktober aus Paris mitteilte, »die starke Verminderung der deutschen Sachlieferungen nach dem Youngplan ... jetzt auch in Frankreich einen Protest ausgelöst, der um so bemerkenswerter ist, als er von hoher offizieller Stelle ausgeht.«

Jedoch in Deutschland weht ein ganz anderer Wind. Noch während der Verhandlungen in Genf fühlte Genosse Rudolf Breitscheid sich verpflichtet in einer gegen die deutsche »nationalistische Presse« gerichteten Erklärung, weil sie ihm aus einem Interview für den Populaire »einen Strick zu drehen« suche, dem herrschenden Geist seinen Tribut darzubringen. Der Schlußsatz seiner aus Genf gesandten Erklärung lautet:

»Daß auch die Sozialdemokratie eine Revision der Verträge anstrebt, bedarf keiner besondern Versicherung. Allerdings wünschen wir die Revision auf friedlichem Wege.« Wenigstens etwas. Aber kennzeichnend, daß es ausdrücklich versichert werden mußte, obwohl damals die Stahlhelmparade am Rhein noch nicht stattgefunden hatte. Und Genosse Hermann Müller glaubt nationale Gesinnung zu bekunden, wenn er in einer Rede in Zürich versichert, das Elsaß werde von Deutschland nie vergessen werden, dann die übliche Anklage gegen Frankreich erhebt, daß es an dem Hochkommen der Nationalsozialisten in Deutschland durch die »einseitige Rüstungsbeschränkung« schuld sei, und die Forderung wiederholt, daß »gerade im Interesse der Sicherheit auch der Artikel 19 mit seinen Revisionsmöglichkeiten dort angewandt werden sollte, wo vom Weltbrand her noch Funken glimmen, so besonders in Ostpreußen«. So wenigstens wurde er im Bericht der Vossischen Zeitung vom 30. September 1930 zitiert. Wie weit ist es da noch bis zur These des Völkischen Beobachters, der am 5. und 6. Oktober die »Revision der Ostgrenzen« dahin erläutert, daß der Korridor nicht nur das Gebiet umfasse, »das sich von Konitz bis Marienburg erstreckt«, das Gebiet des Korridors sei »vielmehr geographisch nur so aufzufassen, als es sich von Putzig über Posen und Pleß erstreckt«? Wenn schon, denn schon. Und Thomas Mann richtet am 17. Oktober im Beethovensaal zu Berlin einen »Appell an die Vernunft«, in dem er es rügt, daß »die allgemeine politische und wirtschaftliche Krise ... für Deutschland durch unweise Friedensbedingungen aufs gefährlichste verschärft wird«, und Frankreich mahnt, es solle »mit sich reden« lassen, »wie es sich zwischen gesitteten und vernunftvollen Völkern geziemt«. Gedenkt er damit ein »deutsch-französisches Bündnis als Fundament des friedlichen Aufbaus Europas« zu erreichen? In Wahrheit bestärkt er dadurch nur jene unselige Auffassung, als ob es an Frankreich läge, wenn Europa nicht zur Ruhe kommt, als ob es unter den Mächten Frankreich wäre, das Deutschland bedrückt. Diese Auffassung ist ja gerade die Ursache allen Unheils. Wie sehr sie bei uns herrscht, sieht man, wenn der Völkische Beobachter unter der Überschrift Bergarbeiter gegen Youngsklaverei aus dem offiziellen Organ des Deutschen Bergarbeiterverbands die folgende Stelle in Fettdruck zitieren kann:

»An wirtschaftlichen Sadismus grenzt es, wenn die Reparationsleistungen den Schuldner zu erdrücken drohen, und kein Nachlaß der Zahlungshöhe erfolgt, obwohl die Empfänger gar kein Bedürfnis und keine Verwendung für die Reparationen haben.« Darf man sich dann wundern, wenn schließlich auch Arbeiter zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei überlaufen, die in der Lautstärke schließlich doch nicht zu überbieten ist? Was diese Nachgiebigkeit gegen demagogische Schlagworte am Ende bringen könnte, hat Genosse Arkadij Gurland in einem durch Mathilde Wurms Sozialistische Pressekorrespondenz verbreiteten Artikel auseinandergesetzt. Sein Schluß lautet:

»Wir glaubten, dieser "Nationalbolschewismus" wäre 1923 nach Beendigung der wahnwitzigen Ruhraktion zu Grabe getragen worden. Es scheint, daß es noch im Jahre 1930 notwendig ist vor der Wiederauferstehung des "nationalen Aktivismus" in den führenden Kreisen der Freien Gewerkschaften zu warnen.«



DASS es immer wieder notwendig ist vor solcher Katastrophenpolitik in dieser scharfen Form zu warnen, liegt zuletzt an der grundsätzlich falschen Richtung der deutschen Außenpolitik: an ihrer angelsächsischen Orientierung. Sie zeichnete sich in Klarheit wieder bei den Debatten in Genf ab und in den Kommentaren der deutschen Presse. Revisionsforderung und Deutschlands Politik im Völkerbund entspringen dem gleichen geistigen Urgrund. Es würde zu weit führen im einzelnen zu zitieren. Es gibt ja keinen Unterschied der Auffassung mehr in der deutschen Presse und den deutschen politischen Parteien sondern nur noch Unterschiede in der Methode, wie die Germania am 30. September in einer Polemik gegen die nationalsozialistische Außenpolitik versicherte:

»Da wir in der Theorie, die wir, wie gesagt, nicht als patentierte Weisheit des Grafen Reventlow anerkennen, weithin mit ihm einig sind, ist die entscheidende Frage die, ob wir auch in der politischen Praxis mit ihm einig sein können.«

Der Unterschied ist also nicht groß. Er besteht eigentlich nur darin, ob man die Revision heute schon fordert oder morgen, ob man den großen Schlag vorzeitig führt oder ob man ihn mit allen Finessen vorbereitet. Die letzten Debatten im Reichstag waren auch in dieser Beziehung aufschlußreich. Zu den Finessen der deutschen Außenpolitik gehört aber nun einmal der Beistand Englands respektive der Angelsachsen.

Zwar war die deutsche Presse etwas verdattert, als in Genf Arthur Henderson und Lord Cecil mit verteilten Rollen spielten, und die englisch-deutsche Einheitsfront, die man schon geschlossen sah, plötzlich einen Riß zeigte, und es gab lange Gesichter, als dann gar der britische Außenminister seinerseits seinen »Freund Briand« feierte. Einige verstanden sogar das bewußt Gewollte der Formulierung »Mein Freund Briand und ich«. Aber man hatte ja doch schließlich den "Sieg" in der Tasche, und »das alte Paneuropaprojekt des Quai d'Orsay, das noch unter dem Primat der Sicherheit stand, war praktisch erledigt«. Wenigstens meint das Hans Zehrer in seiner der Vossischen Zeitung vom 26. September 1930 gelieferten Außenpolitischen Umschau. Mag das auch falsch sein (und es ist ja falsch), diese Lebenslüge tröstet die deutschen Patrioten, sie sind und bleiben glücklich, daß die Lücken im Völkerbundspakt offengehalten werden, daß England, wie die Kreuzzeitung am 9. Oktober sagte, »paneuropafeindlich bis auf die Knochen« ist, daß es ihm gelungen ist »der von Frankreich hingehaltenen Sicherheitsschlinge zu ent-rinnen« und von dem »Alpdruck kontinentaler Verpflichtung« erlöst zu sein, was nun wieder beides Friedrich Sieburg seinem Blatt, der Frankfurter Zeitung, unterm 22. September aus London berichtet. Kreuzzeitung, Frankfurter Zeitung: wer merkt da noch den Unterschied?

Verhüllt bleiben den deutschen Journalisten und den deutschen Lesern die tieferen Absichten Englands, obwohl Viscount d'Abernon in prachtvoller Unbekümmertheit, freilich auch der politischen Blindheit der Deutschen sicher, in seinen Memoiren zur Geschichte des Locarnopakts das folgende, für die englische (angeblich längst überholte) Politik des Gleichgewichts der Mächte auf dem Kontinent entscheidende Bekenntnis ablegt:

»Der unmittelbare Vorteil für England ist weniger ersichtlich, aber der mittelbare Vorteil zum Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland zu werden gibt uns eine Stellung von gewaltigen Möglichkeiten. Er macht uns zu einem beherrschenden Faktor der europäischen Politik.«

Die bewußt zweideutige Haltung Englands allen europäischen Fragen und

Problemen gegenüber wird auch nach dieser erklärenden Bestätigung, und obgleich sie doch bei Kriegsausbruch eine so entscheidende und unheilvolle Rolle gespielt hat, von deutscher Seite immer nur im Sinn der Wunsch-erfüllung gedeutet. So, wenn das englische Sonntagsblatt *Referee* die Haltung Londons zu den deutschen Revisionsforderungen in der Weise formuliert, daß es sagt, »eine Veränderung des Status quo sei nicht wünschenswert, jedoch seien die Friedensverträge nicht unbedingt unabänderlich«. Auf dieses Einerseits-andrerseits sind alle folgenden Sätze gestimmt, aber sie veranlassen die Deutsche Tageszeitung am 14. Oktober zu dieser Interpretation: »Der kurze Sinn dieser recht aufschlußreichen Meinungsäußerung ist der: Im Gegensatz zu Frankreich würde man sich in England mit all den Änderungen des Status quo in Europa abfinden, die britische Interessen nicht unmittelbar berühren. Man wünscht zwar friedliche Einigung im Hinblick auf die sonst befürchtete neue Unruhe, die den britischen Handelsinteressen nachteilig sein könnte, aber man würde sich zweifellos auch dann mit einem neuen Status quo abfinden, wenn er in anderer Weise zustande kommen sollte.«

Das Andere Deutschland liest am 18. Oktober, im Gegensatz dazu, aus jenen Sätzen »eine ziemlich klare Ablehnung der deutschen Wünsche« heraus. Man kann es eben so verstehen und anders. Und gerade das dürfte der Zweck der Übung sein. Wie es, um daran zu erinnern, ganz britischem Zweckbewußtsein entsprach, wenn eine Zeitlang die englische Presse voll von Hinweisen auf die Unhaltbarkeit der deutschen Ostgrenzen war, während sie im gegebenen Augenblick Deutschland derb davor warnte mit Revisionswünschen zu kommen. So entsteht ein ständiges Auf und Ab, eine dauernde Unruhe, wie Großbritannien sie auf dem europäischen Kontinent braucht.

Sie wird von jenen ausländischen Korrespondenten gefördert, die mit Blindheit geschlagen scheinen, die mit Genugtuung aus Paris von der wankenden Stellung Aristide Briands berichten oder, wie der Pariser Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes, von »Verschwörerfrühstücken« Poincarés und Tardieus gegen Briand erzählen, um einen Tag danach, da sie ja das Gesicht wahren müssen, den deutschen Leser mit einer »Schwenkung« des französischen Ministerpräsidenten zu überraschen, so daß infolge ständig falscher Informationen der größte Teil der deutschen politisch interessierten Zeitungsleser sich an einem Bild orientiert, das falsch ist, und das ihn demgemäß auch zu falschen Schlüssen führen muß. Da kommt es dann freilich zu Hitlerwahlen oder ähnlich reizvollen Ergebnissen, für die (ein verderblicher Kreislauf) man Frankreich die Schuld aufbürdet, um von ihm Wiedergutmachung fordern zu können. Beschließt die große Organisation der französischen Kriegsteilnehmer eine Politik des Friedens, aber auch gleichzeitig der unbedingten Sicherung gegen alle Gefahren von außen, so wird das dem deutschen Leser serviert, als ob diese Organisation mit ihrer Auffassung eine Sonderstellung einnehme, obwohl es *die* Auffassung Frankreichs ist. Kommt aber Gustave Hervé mit einem überraschenden coup de tête, so verdient er sich damit in der deutschen Presse riesenhafte Überschriftspalten, und über den reuigen Sünder freut sich der ganze Himmel der Gerechten; welchen Einfluß Hervé in Frankreich hat, wird nicht gefragt, wird nicht gesagt.

Während Deutschland so Phantomen nachjagt, bereiten sich in Europa wirklich Revisionen vor, die bei uns kaum bemerkt werden. Die Völker des Balkans kommen, unterstützt von Frankreich, zu einem bedeutungsvollen regionalen Zusammenschluß. Es ist wiederum eine der beklagenswerten Illusionen,

wenn deutsche politische Journalisten, die läuten hören, aber nicht wissen, wo die Glocken hängen, hier eine Brücke sehen, die in das gelobte Land eines von Deutschland geführten "Mitteleuropas" unter Ausschluß Frankreichs leitet. Wenn es wahr ist, wie der Pariser Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes am 13. Oktober nach dem Intransigeant berichtete, daß der sogenannte Überbrückungskredit für die Reichsregierung »nur deshalb ohne die Mitwirkung der französischen und belgischen Großbanken zustande gekommen ist, weil diese Banken nicht aufgefordert worden seien«, obwohl Frankreich »ein sehr großes Interesse an dem Erfolg dieser Operation« habe, so ist das nur durch die bis zur Selbstvernichtung gehende Abhängigkeit der Deutschen vom Angelsachsentum zu erklären. Nichts als Sicherheit verlangt ja Frankreich, um Deutschland auch finanziell zu helfen, weil das in seinen europäischen Plan unabweislich gehört. Aber ein Haß- und Minderwertigkeitsgefühl gegen das Land, das von der Arbeitslosigkeit verschont ist, läßt in Deutschland keinen Raum zur vernünftigen Überlegung.

Man muß es immer wieder sagen: Zwischen dem deutschen und dem französischen Geist gibt es Brücken, die beiden europäischen Völker könnten sich in der glücklichsten Weise ergänzen. Selbst ihre Revisionsbedürfnisse sind gleich gelagert, und nichts hindert ein gemeinsames Vorgehen als unglückselige Verblendung. Wenn der deutsche Mensch, an den jetzt täglich appelliert wird, lernt, daß seine natürliche Heimat Europa ist, wird auch der schon so ausgiebig revidierte Vertrag von Versailles nur das Mittel gewesen sein die beiden großen Völker zu versöhnen und dem Kontinent den Frieden zu geben. Das ist die Revision, die wir brauchen.

WOLFGANG SCHWARZ · EIN WEG ZUR BEFREIUNG DEUTSCHLANDS UND EUROPAS

BEGINNT man, wie es sich am Anfang, allerdings nur am Anfang, einer politischen Betrachtung gehört, mit einer mathematischen oder rechnerischen Erwägung, so stellt es sich heraus, daß in dem neuen Reichstag, der am 13. Oktober eröffnet wurde, die Parteien der Verständigungspolitik, wie sie sich selbst, oder die Youngparteien, wie die anderen sie nennen, nur noch eine Minderheit darstellen. Die Sozialdemokratie ist von fast 30 % auf unter 25 % der abgegebenen Stimmen zusammengeschrumpft. Noch weit weniger als ihr selbst aber gelang es den Mittelparteien ihre nichtorganisierten Wählermengen zusammenzuhalten; der kapitalistischsten unter ihnen, der Deutschen Volkspartei, liefen sie scharenweise davon. Die Parteien der bürgerlichen Ordnung haben nur noch 44% der Stimmen; unter ihnen hielt nur das Zentrum seine Schrumpfung auf. So wäre die Gefahr des Vertragsbruchs durch eine Antiyoungmehrheit gegeben, wenn sich nicht auf die rechts benachbarten Parteien und Parteiengruppen, die früher gegen die Reparationspolitik gestimmt hatten, der Zwang zur Verantwortung auswirkte. Wirtschaftspartei und andere Rechtsgruppen haben deshalb am 18. Oktober dafür gestimmt die Abstimmung über die von der Kommunistischen Partei beantragte Einstellung aller Reparationszahlungen bis zum Dezember zu verschieben, um eine Verschärfung der finanzpolitischen Lage zu vermeiden, insbesondere nicht die Verhandlungen über notwendige Zwischenkredite zu stören.

Doch hieße es im Parlamentarisch-Taktischen steckenbleiben, wollte man sich mit der Feststellung dieses außenpolitischen Tatbestands begnügen. Einmal wirkt selbst in diesem Rahmen der Druck der extremen Flügelparteien auf die "vernünftige" verständigungspolitische Mitte sich in der Richtung einer so oder so gearteten "Revision" des bisher endgültigsten aller Reparationspläne aus. Und zum ändern liegt kein Grund vor anzunehmen, daß die auf »Streichung der internationalen Kriegsschulden«, um die Formel der Sozialistischen Internationale zu nehmen, gerichtete Volksbewegung anders als dadurch für Deutschland fruchtbar gemacht werden kann, daß die deutsche Sozialdemokratie sie in europäischem Sinn gestaltet.

Die Septemberwahl 1930, die die Wahlbeteiligung der Nationalversammlung knapp erreichte, angesichts des Frauenwahlrechts alle Wählermobilisierungen der Vorkriegszeit weit überflügelte und absolut genommen überhaupt die bisher größte Zahl deutscher Bürger an die Wahlurne brachte, ist das Gefahrensignal. Es ist eine antikapitalistische Mehrheit im Reichstag vorhanden (wenn man die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei auch als antikapitalistisch gelten lassen will, wie es ein Großteil ihrer Anhänger zweifellos ist¹⁾), aber sie steht nicht unter der Führung des demokratischen Sozialismus sondern ist in 3, einander feindliche Lager zerfallen: das ist die eine, gemessen an dem, was der deutsche Sozialismus einst von sich hielt, erschütternde Tatsache. Es ist nur eine knappe, durch schärfste Klassengegensätze in sich gesplante Mehrheit für eine Außenpolitik des Verstands und des unbedingten Friedens vorhanden: das ist die andere, bei Strafe des Untergangs kaum weniger zur Selbstbesinnung und Erneuerung zwingende Tatsache. Es wäre nun zur Selbstverständigung und, wichtiger noch, zur Verselbständigung der neuen Generation im demokratischen Sozialismus nötig der Verursachung beider Tatsachen und ihrer Verknüpfung in der Charakterologie der herrschenden Kreise nachzugehen. Hier und heute muß es genügen seine machtvolle Fähigkeit zur Defensive und seine Zurückhaltung in der angeblich antikapitalistischen Massenoffensive in reparationspolitischer Hinsicht aufzuhellen. Das hat in 2 Schichten zu geschehen: der Bewußtseinschicht der täglichen Politik der letzten Jahre etwa und der Tiefenschicht der innern Haltung zur auswärtigen Politik des Staats selbst.

Was die Stellung der Partei zum Youngplan, zum Kampf für ihn und seine Verteidigung anlangt, so wurde in den letzten Wochen schon mehrfach ausgesprochen, daß sich die Partei durch die Abwehr der deutschnationalen und "kommunistischen" Demagogie in eine unrichtige Front habe hineinmanövrieren lassen. Die Abwehr des Volksbegehrens hatte dazu geführt, daß die Vorteile des Youngplans (die unmittelbare Erleichterung der Zahlungen um einige Hundertmillionen) in den Vordergrund gerückt, und daran Hoffnungen auf die Lockerung der Steuerlasten geknüpft wurden, die infolge der Weiterentwicklung der weltwirtschaftlichen Krise sich nicht erfüllten. Ließ man so den Youngplan und seine Annahme als den Frieden, Wohlfahrt und Segen spendenden Engel erscheinen, so war es in der verschärften Krise hinterher für die nationalsozialistische Demagogie leicht ihn als den Teufel und seine Urheber als die Bösen und Verräter anzuklagen und zu diffamieren. Sie konzentrierte sich mit Glück auf ihn als die Ursache alles Übelen in der

1) Siehe dazu *Pahl* Der Run zum Nationalsozialismus, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 864 und folgende.

deutschen Welt. Und es ist doch nicht verborgen zu halten, daß der Youngplan formal eine 58jährige Zahlungspflicht von je 2 Milliarden jährlich darstellt, auf den Kopf von 30 Millionen Erwerbstätigen im Jahr also fast 70 Mark, die jedem aus seinem Jahressozialprodukt weggenommen werden, um ohne jede Gegenleistung über die europäischen Siegerländer nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu gehen. Dieser einfache Tatbestand genügte, um der Befreiung der Rheinlande den Festglanz zu nehmen. Sie verfehlte in Deutschland und infolgedessen auch in Frankreich ihren massenpsychologischen Hauptzweck, den die Verständigungspolitik sich von ihr versprochen hatte: Befriedung durch die Befriedigung darüber, daß die Besetzung des Gebiets des einen durch die Truppen des andern Nachbarlands 5 Jahre vor Ablauf der Vertragsfrist aufgehört hatte. Der Sieg der nationalen Befreiungspolitik Deutschlands und der internationalen Befriedigungspolitik des Sozialismus hätte ihren Trägern Erfolg und Gewinn bei den Wahlen einbringen sollen, aber die Volksmeinung kehrte sich von denen ab, die eine Erleichterung in der Gegenwart zu einem Preis erkauft zu haben schienen, an dem 2 Generationen zu tragen haben sollten. So wirklich notwendig und unvermeidlich die Younglösung gewesen war, man hatte es unterlassen zu zeigen, daß sie nicht als ein Definitivum angesehen, daß grundsätzlich an der sozialistischen Streichung der Kriegsschulden, über die Kosten für die Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung in Frankreich hinaus, festgehalten wurde. Daß es hierzu nicht kam, lag einmal in der Struktur der Reichsregierung und ihrem Verhältnis zu den Regierungsparteien begründet. Wäre die Sozialdemokratie als Partei unabhängiger von der Reichsregierung gewesen, so hätte sie als Partei ihre Forderung auf Streichung der Kriegsschulden an Amerika aufrechterhalten und ihre Zustimmung zu den Haager Abmachungen nur unter diesem Vorbehalt geben können, der freilich der verhandelnden Reichsregierung als solcher auszusprechen nicht möglich gewesen wäre. Das lag an der Identität von Regierung und parlamentarischen Parteien. Ferner spielte in der Vertretung der Reparationspolitik ein merkwürdiger Erkenntnis-mangel eine Rolle: die Unfähigkeit nämlich sich über das bloß finanzpolitische, haushaltmäßige Denken zu erheben. Man sah nicht überall völlig klar, daß es etwas essentiell anderes ist, ob der Staat 2 Milliarden Steuern mehr oder weniger erhebt, um 2 Milliarden mehr oder weniger durch seinen Eingriff das Sozialprodukt anders verteilt (je mehr er das tut, um so sozialistischer scheint er zu sein), oder ob 2 Milliarden Volkseinkommen ohne Gegenleistung ins Ausland abströmen. Man kann diesen geistigen Habitus kaum anders als dadurch erklären, daß eben manche von denen, die in dem Obrigkeits- und Machtstaat aufwuchsen (der vor ihnen nichts so sehr wie die auswärtige Politik geheim- und sie von nichts so sehr wie von dieser fernhielt), den Unterschied der beiden, im Etat in einer Kolonne unter einander erscheinenden äußeren und inneren Kriegslasten doch nicht recht erfaßten. Sie stand vielfach dem Kriegslastenproblem mit der gleichen Haltung gegenüber, die ein um Etatsrechte gegenüber der Regierung kämpfender Achtundvierziger einnimmt: Gegenüber der Entscheidung, ob man der Regierung Gelder bewilligt oder nicht, erscheint die Frage von sekundärer Bedeutung, ob man diese Gelder der eigenen Regierung für eigene Staatszwecke oder für die Zwecke einer andern, ausländischen Regierung bewilligt: der klassische Vorrang des demokratisch-innenpolitischen Denkens vor dem "staatlichen", das hier übrigens mit dem ökonomischen, wenigstens nationalökonomischen,

identisch gewesen wäre. Im strukturellen Zusammenhang damit steht dann ein gewisser Mangel an Sicherheit in Verhandlungen der Verständigungspolitik, eine Unsicherheit darüber, bis zu welcher Grenze man fest bleiben darf, ohne den Frieden zu gefährden. Dies hinwiederum hängt mit der Unsicherheit zusammen, mit der gerade der Sozialist das Problem des Kriegs, des Friedens und der kapitalistischen Gesellschaft betrachtet; findet er doch hierüber wenig bei Marx, allerdings alles in der Wirklichkeit, wenn er sie nur unbefangen zu erkennen beginnen wollte.

Die Aufgabe ist nun geblieben: Deutschland von den Reparationslasten über die Wiederaufbauschuld hinaus zu befreien, die Annäherung an das französische Nachbarvolk zu fördern, Europa als Einheit zu konstituieren und die ungebundenen Wählermassen der Sozialdemokratie zu gewinnen. Welches ist die Politik, die dieses Ziel zu erkämpfen strebt und es versteht die anti-kapitalistischen, aber nationalistisch abgelenkten Wählermassen wieder oder neu in das Lager des Sozialismus zu führen?

Die Situation ist verhältnismäßig einfach. Deutschland zahlt über die 660 ungeschützten, auf jeden Fall zu zahlenden Millionen für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete hinaus zurzeit etwa 1, später etwa 1,4 Milliarden über europäische Siegerländer an die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Youngplan ist nach Dauer und Höhe der Zahlungen auf der Grundlage der alliierten Schuldverpflichtungen an Amerika errichtet. Jede Herabsetzung dieser Schulden kommt zu $\frac{1}{3}$ den Reparationsgläubigern, zu $\frac{2}{3}$ dem deutschen Reparationsschuldner zugute. Über den Youngplan hinaus besteht die von der Sozialistischen Internationale geforderte Streichung der Kriegsschulden darin, daß Europa aufhört an Amerika zu zahlen, und zugleich darin, daß Deutschland nicht mehr als die Wiederaufbaukosten an Europa zahlt. Das heißt aber nicht, daß der Schlüssel zu dieser Situation in dem Sinn in Amerika liegt, daß man zu warten hat, was sich in Amerika entwickelt. So sehr die endgültige Durchsetzung dieser sozialistischen Politik mit von der Haltung der Vereinigten Staaten abhängt: der politische Wille diese europäische Politik der Befreiung durchzuführen muß in Deutschland sich der Führung der Nation bemächtigen. Die Art der Durchsetzung hängt dann von der weiteren Gestaltung der europäischen Situation ab.

In erster Linie bedarf es dazu eines innerlich völlig klaren Bewußtseins von dem guten Recht dazu diese Art Kriegsschulden abzuschütteln. Daß als Methode dazu der Krieg als der Vernichtungskampf von Völkern mit militärischen Mitteln nicht in Frage kommt, sei zur Beruhigung derer hier festgestellt, die in jeder außenpolitischen Zielklarheit gleich die Gefährdung des Friedens wittern; der Krieg kommt für uns als politisches Mittel überhaupt nicht in Betracht. Hat denn aber die deutsche Nation das Recht jene Kriegsschulden abzuschütteln? Ohne Zweifel. Die Reparationsfrage ist bei der Beendigung des Krieges im Friedensvertrag (im Gegensatz zu früheren Kriegen, die mit Kriegsentschädigungen an den Sieger schlossen) auf die Basis moralischer Verpflichtung, auf die Idee der Wiedergutmachung des in verwüsteten Gebieten angerichteten Schadens gestellt worden. Diese Wiederaufbaupflicht wurde allgemein anerkannt; sie ist zugleich gerecht, weil sie Frankreich den zusätzlichen Schaden vergütet, den es dadurch erlitt, daß der Krieg auf seinem Gebiet geführt wurde. Darüber hinaus aber wird eine langdauernde Zahlungspflicht von einer Generation nicht anerkannt, die mehr

als jede andere in einem Krieg geopfert wurde, der einer in jedem Betracht der Vergangenheit angehörenden Geschichtsepoche entsprang. Diese Grundanschauung wird auch von den Freien Gewerkschaften Deutschlands vertreten. In seiner am 13. Oktober angenommenen Resolution stellt der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds fest, daß das Maß der von Deutschland verlangten Zahlungen »die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat«, und diese zusätzliche Last stellt nach ihm »eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährdet«.

Verträgt sich nun aber die Idee der Streichung der Kriegsschulden mit der kontinentalen Lebensgemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich? Beide vertragen sich so gut mit einander, daß sie ihrer Idee nach sich ergänzen und nur 2 Seiten einer und der selben Sache darstellen. Die deutsche und die französische Nation werden brüderlich vereint sein, wenn sie gemeinschaftlich sich von der Knechtschaft der Schulden an den kapitalistischsten Exponenten des Kapitalismus, an die Vereinigten Staaten von Amerika, befreien: eine Forderung, die hier von Anfang an und immer wieder erhoben wurde². Wieder nicht in dem Sinn eines Hintreibens zu kriegerischen Konflikten, wohl aber einer gemeinschaftlichen Besinnung auf das Wesen der Bürger- und Menschenrechte, die vor 1½ Jahrhunderten bereits von der französischen Nation erlebt, aber von der deutschen Nation unter Führung ihrer organisierten Arbeiterklasse erst noch völlig aufzunehmen sind.

Von dieser Grundanschauung eines zukünftigen Zusammenwachsens der beiden kontinentalen Hauptvölker aus ergibt sich nun auch die Aktion, die die kommende Reparationspolitik des deutschen demokratischen Sozialismus einleiten müßte. Es steht keineswegs so, daß etwa das amtliche Reden von einer notwendigen künftigen Revision und Streichung der Kriegsschulden das geeignete Mittel wäre, um das Verständnis für sie zu wecken. Vielmehr muß ein konkreter Gedankengang entwickelt werden, der aus der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsnot heraus die Identität des deutschen mit dem gesamteuropäischen Interesse erweist und die psychischen Hemmungen einer weitern Kürzung der zu leistenden Zahlungen lockert.

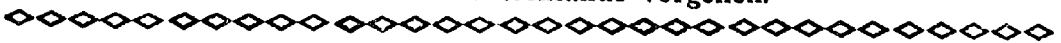
Seit dem Abschluß der Haager Vereinbarungen haben sich in zwiefacher Hinsicht die Voraussetzungen verschoben, auf denen dies Vertragswerk beruht. Einmal insofern, als der Sturz der Weltmarktpreise unter das Vorkriegsniveau den Realwert der deutschen Reparationsleistung ebensogut wie den der französischen Kriegsschuldenleistung an Amerika sehr beträchtlich gesteigert hat. Der erste Schritt wäre also, daß sich die deutsche und die französische Regierung über die grundsätzliche Berechtigung der Kürzung ihrer Leistungen verständigten und durch einen Ausschuß Feststellungen treffen ließen, in welchem Umfang ihre in bar zu leistenden Schuldverpflichtungen durch das Sinken der Weltmarktpreise erhöht worden sind. Aus diesem gemeinschaftlichen Einvernehmen hätten dann die ersten Schritte zu tatkräftig zu führenden Revisionsverhandlungen zu erfolgen. Gewiß wird die amerikanische "Rechtsauffassung" (deren sittliche Höhe sich ja schon zur Genüge in der Tatsache zeigt, daß der amerikanische Kriegsgewinner von

² Siehe zum Beispiel *Quessel* Kriegsgewinne und Reparationen und *Klasse* Kontinentaleuropäische Schuldnerfront gegen Amerika, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 565, 975 und folgende.

dem Volk, das mit ihm zusammen den Krieg führte und durch seine Blutopfer den Kriegsgewinn Amerikas ermöglichte, nun noch "Schulden" einreiben will, die eben durch jenen Gewinn entstanden sind) zunächst den Satz "Dollar = Dollar" verfechten. Das besagt zwar, daß die Dauer von gütlichen Verhandlungen hierüber nicht vor auszubestimmen, aber nicht, daß dieses Ziel deutsch-französischer Befreiungspolitik unrichtig sei.

Aber noch in anderer Hinsicht haben sich die Vorbedingungen der vor knapp einem Jahr abgeschlossenen Verträge geändert. Die deutsche Kapitalflucht wird auf etwa 10 Milliarden Mark in den letzten Jahren geschätzt. Für etwa diesen Betrag sind deutsche Guthaben aus dem Ausland nicht nach Deutschland, oder deutsche Vermögen ins Ausland übertragen worden. In der Schweiz und anderen neutralen Ländern bringen Bankguthaben keine Zinsen mehr, da weit mehr angebotenes als anlagesuchendes Geld vorhanden ist. Es entgehen der Erfassung durch den deutschen Steuereinkommen Beträge, die einen außerordentlich großen, vielleicht den allergrößten Teil des deutschen Fehlbetrags, soweit er auf Minderung der Steuereinnahmen beruht, darstellen. Man mag durchaus der Meinung sein, daß der übermäßige deutsche Kapitalzufluß in andere Länder deren Wirtschaft stört und ein zusätzlicher Faktor in der allgemeinen Weltwirtschaftskrise ist. Aber wenn auch ein Teil der Auslandswirtschaft an der deutschen Kapitalflucht verdienen, ein anderer mehr verlieren und deshalb gegen sie sein mag: deutsches Kapital strömt jedenfalls ins Ausland und entzieht sich damit auch der Reparationsleistung. Die ökonomische Basis, auf der die deutsche Reparationslast errichtet wurde, wird schmaler und schmaler, und die Belastung der arbeitenden Massen in Deutschland zunehmend schwerer. Es ist so eine Situation entstanden, die bei Vertragsabschluß von den Partnern nicht vorausgesehen war. Eine deutsche sozialistische Demokratie würde die Vertragspartner vor die Alternative stellen entweder das ins Ausland gebrachte deutsche Kapital zugunsten der Reparationsleistungen zu erfassen oder aber auf einen entsprechenden Teil der deutschen Reparationen zu verzichten. Das erste werden kapitalistische Staaten kaum tun; hat sich der Kapitalismus doch kaum von dem einen Einbruch in das Privateigentum, den er während des Weltkriegs unternahm, erholt, und Einbrüche in das Bankgeheimnis im Ausland wegen der deutschen Vermögen könnten doch zu staatlichen Maßnahmen auch gegen das eigene Kapital verleiten. So bleibt nur die andere Möglichkeit: Kürzung der deutschen Reparationsleistungen. Aber es ist schließlich gleichgültig, welche der beiden Wirkungen man einer solchen Initiative voraussagt. Es kommt darauf an, daß der Reparationsempfänger Amerika gemeinschaftlich von Deutschland und Frankreich vor die Alternative gestellt wird sich entweder für internationale, alle Staaten erfassende Maßnahmen gegen die Steuerflucht oder für Herabsetzung der Schuldentzahlungen zu entscheiden.

Innenpolitisch stellt eine solche Aktion die mittelbürgerliche Regierung vor die Wahl sich für die nationale Befreiung von den Schuldenlasten und damit zugleich für Eingriffe gegen die Steuerflucht oder gegen beide zu entscheiden. Es bleibt abzuwarten, wie sie als bürgerliche Parteienregierung sich mit dieser Alternative abfindet. Antikapitalistisch und zugleich national im Sinn des gemeinschaftlichen deutschen wie europäischen Interesses kann und soll aber die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vorgehen.



JULIUS KALISKI · DIE ZUKUNFT DER JÜDISCHEN PALÄSTINAARBEIT

So ist unser Glaube, und er hat uns aufrecht-
erhalten, während der Wüstenwanderung und
der Gefangenschaft. Strindberg



ROSSBRITANNIEN hat vom Völkerbund den Auftrag erhalten und übernommen dem jüdischen Volk Palästina als Nationale Heimstätte zu sichern. Aber die britische Politik ist es, die der Lösung jener Aufgabe die schwersten Hindernisse entgegenstellt. Selbst extrem wohlwollende Beurteilung dieser Politik muß konstatieren, daß ihre Praxis das Gegenteil des offiziellen Auftrags zu vollbringen bestrebt ist. Keineswegs aus dem Verlangen einer antijüdischen Stellungnahme und ebensowenig aus proarabischer Neigung. In diesen Zeitläuften ist es für das jüdische Volk kein Vorzug, daß Palästina für die britische Weltpolitik ein für die Beherrschung des Suezkanals, des Wegs nach Ägypten und nach Indien gleich wichtiger Punkt ist, den britisches Interesse am liebsten frei von jüdischen und arabischen Einflüssen und siedelnden Bevölkerungen sehen möchte. Doch was heute erschwerte Erfüllung jüdischer Forderungen und Hoffnungen bildet, wird später die durch ununterbrochene Leistungen errungenen Erfolge erhöhen. Dabei entbehrt es nicht der Tragik, daß gerade eine Arbeiterregierung Vollstreckerin des Willens englischer Politik ist die Entfaltung jüdischer Schaffenskraft in Palästina nach Kräften zu stören. Das spricht am Ende nur für die Stärke der Kontinuität britischer Politik, der aber die noch längere und noch tiefer begründete Kontinuität des unverjährenen Anspruchs der jüdischen Nation gegenübersteht.

Die britische Verwaltung durfte es wagen die schon erteilte Einwanderungserlaubnis für mehr als 2000 jüdische Arbeiter zurückzuziehen, obwohl diese Arbeiter bestimmt waren Land, das sich bereits im Besitz jüdischer Organisationen befindet, zu kolonisieren. Und das konnte unter dem Vorwand geschehen, die arabische Bevölkerung fühle sich durch die jüdische Einwanderung in ihrem Besitz gefährdet, obwohl die britische Verwaltung nach wie vor Boden aus den sehr großen Regierungsländereien der jüdischen Kolonisation vorenthält. Der palästinensische Boden, den die Juden bisher zur Bearbeitung übernommen haben, ist redlich und teuer genug erworben worden, auch der Boden, der vorher von den Arabern nie der Kultur erschlossen war. Die Aktivität jüdischer Arbeit in der Erschließung des Landes ist mittlerweile zum Gegenstand der Anklage gegen die Juden gemacht worden, weil sie die an extensive Wirtschaft gewöhnte arabische Bevölkerung beunruhige und das "Gleichgewicht" Palästinas erschüttere. Durch die am 20. Oktober veröffentlichten Dokumente der britischen Regierung wird der Kreis britisch-sozialer und britisch-humaner Vorwände für die Unterbindung jüdischer Einwanderung geschlossen: Das Ausmaß der jüdischen Einwanderung müsse dadurch bestimmt werden, daß die Araber, gleichviel ob zu Recht oder zu Unrecht, von dieser Einwanderung eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage befürchten. Um nun dem Einwand zu begegnen, daß die Kolonisierung bisher un bebauten und im Besitz jüdischer Organisationen befindlichen Bodens durch neueinwandernde Juden die wirtschaftlichen Interessen von Arabern niemals beeinträchtigen, sie vielmehr nur günstig beeinflussen könne, hat die britische Regierung plötzlich entdeckt,

daß es mit dem Palästina Mandat nicht vereinbar sei in jüdischen Siedlungen grundsätzlich nur jüdische Arbeiter zu beschäftigen. Und alle diejenigen, die bisher so schnell bei der Hand waren bei stärkerer Beschäftigung arabischer Arbeiter in jüdischen Kolonien voller Entrüstung festzustellen, daß die Juden bei der Erschließung ihres Bodens Araber "ausbeuteten", werden jetzt sich wieder beeilen den britischen Gerechtigkeitssinn, der gerade die Einstellung arabischer Arbeiter verlangt, zu preisen. In solchen unsachlichen und unwahrhaftigen Deklamationen verbünden sich die Vertreter der britischen Weltpolitik mit den bolschewistischen Gegnern der jüdischen Volksbewegung, und beide finden die Unterstützung aller der Kreise, die gewohnt sind englisches und bolschewistisches Geheiß (beides geht immer zusammen) als Richtlinie ihres Denkens und Handelns aufzunehmen. Der unter britischer Duldung im vorigen Jahr von gewissen arabischen Gruppen unternommene Massenpogrom wird "wissenschaftlich" gerechtfertigt. In den vom Internationalen Agrarinstitut Moskau in deutscher Sprache herausgegebenen Agrarproblemen bringt ein bolschewistischer Autor, A. Schlichter, in langgezogenen Ausführungen über den »arabischen Aufstand und die jüdische Kolonisation« es fertig die jüdischen Arbeiterkolonisten in Ausbeuter der Fellachen umzuwandeln. Die kolonialisatorischen Leistungen der jüdischen Arbeiter auf palästinensischer Erde werden in ein Nichts verwandelt, dann werden diese Arbeiter als Werkzeuge des englischen Imperialismus denunziert, und alles endet mit der Versicherung: »Unsere ganzen Sympathieen müssen in diesem Kampfe auf der Seite der Fellachen sein.« Diese Kampfstellung gegen die jüdische Kolonisation könnte als ein (wenn auch auf Umwegen ausgesprochener) Dank des Bolschewismus an die Adresse Englands gelten, das sich die Erhaltung der bolschewistischen Funktionärsherrschaft in Rußland bis zur Stunde angelegen sein ließ, damit Rußland, also eine ganze Welt, bis auf weiteres für die Willensgestaltung internationaler Politik und Wirtschaft ausgeschaltet bleibt.

Auf dem Weltkongreß für das Arbeitende Palästina, der vom 28. September bis zum 1. Oktober in Berlin unter Beteiligung jüdischer Sozialisten aller Länder tagte, hielt Schlomo Kaplansky ein Referat über die Aufnahmefähigkeit Palästinas, das in seinen wesentlichsten Angaben hier festgehalten werden soll. Kaplansky führte das aus: »Das Mandatsgebiet besteht aus dem von der Mandatsregierung direkt verwalteten Westpalästina und dem Ostjordanland, dessen Verwaltung durch einen besonderen Vertrag dem Emir Abdullah übertragen wurde. Doch sichert das Mandat den Juden auch in diesem Gebiet die Freiheit wirtschaftlicher und kolonialisatorischer Betätigung. Von den in Westpalästina gegenwärtig vorhandenen $12\frac{1}{2}$ Millionen Dunam anbaufähigen Bodens sind $2\frac{1}{2}$ Millionen nicht bebaut, 9 Millionen in arabischen Händen, davon aber nur 6 Millionen bebaut, während 3 Millionen Brachland sind; 1 Million ist in jüdischem Besitz, aber nur zur Hälfte besiedelt. West- und Ostpalästina zusammen haben eine nutzbare landwirtschaftliche Bodenfläche von 2 150 000 Hektar. Berechnet man die Aufnahmefähigkeit dieser Fläche für landwirtschaftliche Siedlung unter Zugrundelegung der "Arbeitsnorm", das heißt jenes durchschnittlichen Minimums von Boden, das zur Erhaltung einer Bauernfamilie nötig ist und gleichzeitig das Maximum dessen darstellt, was eine Bauernfamilie ohne Hilfskräfte zu bestellen vermag (nach Oppenheimer und gemäß praktischen Erfahrungen in Europa und

Palästina zirka 5 Hektar), so kommen wir zu einer Ziffer von 437 000 Bauernfamilien oder 2 150 000 Seelen, das bedeutet eine Verdreifachung der heutigen landwirtschaftlichen Bevölkerung. Legen wir der Berechnung die heute schon bestehenden Wirtschaftstypen Palästinas zugrunde, das sind 2 Hektar in der bewässerbaren Zone, 10 Hektar in der nicht bewässerbaren und 30 Hektar im "Negeb", dem südpalästinensischen Übergangsgebiet zur Steppe, so können wir feststellen, daß sich ohne weitere Intensivierung der palästinensischen Wirtschaft schon heute die landwirtschaftliche Bevölkerung auf 275 000 bis 280 000 Familien, also auf das Doppelte der jetzigen Familienzahl, bringen läßt. Wie groß die städtische Bevölkerung sein wird, die dieser ländlichen Bewohnerzahl entspricht, läßt sich nicht bestimmt voraussagen. Es ist aber anzunehmen, daß sie unter Berücksichtigung der günstigen Lage Palästinas und der besondern Eignung der Juden für Handel und Industrie so groß sein wird, daß man mit der Möglichkeit einer Gesamteinwohnerzahl von 5 bis 7 Millionen in Palästina rechnen kann.« Der außerordentlich große Arbeitsraum, der sich hier dem kolonialisatorischen Willen der Juden erschließen kann, bedarf im Augenblick keiner Illustrationen. Keine Untersuchung englischer Kommissionen vermag an dieser Tatsache, die nicht nur für die Möglichkeit sondern gerade für die Zweckmäßigkeit einer uneingeschränkten jüdischen Einwanderung zeugt, etwas zu ändern. Entgegen steht nur das (angebliche) Verlangen der Araber ihre extensive Wirtschaft fortzusetzen und damit zur Unterbindung der Entwicklungsmöglichkeit Palästinas die Juden von der Einwanderung zurückzuhalten. Das ist eine klare Situation, die ebenso klare Entscheidungen erfordert.

Für die jüdische Nation ist ein Herrschaftsverlangen, das sich gegen die arabische Bevölkerung in Palästina richtet, innerlich so völlig ausgeschlossen, daß die fortwährenden Beteuerungen friedfertigen Wollens und erwünschter Zusammenarbeit mit der arabischen Bevölkerung allmählich einen geradezu peinlichen Charakter annehmen. Das Ausbleiben der Versicherung gleicher Empfindungen der Araber für die Juden in Palästina kann die Absichten und Gefühle des jüdischen Volks selbst nicht erschüttern oder verändern. Aber die Erfordernisse der nationalen Selbstbehauptung, vor allem der unbeschränkten Einwanderung in das Land, müssen erfüllt werden. Halten die palästinensischen Araber an der Forderung fest extensive Wirtschaft zu betreiben, was nur ohne Rücksicht auf das Gedeihen des Landes möglich ist, so werden die Juden ihnen darin keinen Widerstand leisten, wenn sie die Leidenschaft für extensive Wirtschaft in den weiten arabischen Gebieten außerhalb Palästinas befriedigen. Der Irak allein, der ungefähr so groß ist wie Italien, hat eine Bevölkerung von 3 Millionen. Wäre es wirklich ein beispielloses Geschehen, daß Araber mit den reichen Entschädigungen für ehemaligen Bodenbesitz in Palästina ihre Kulturarbeit inmitten ihrer Stammes- und Artgenossen in einem der von Palästina auch nicht weit abgelegenen arabischen Länder aufnehmen würden? Sind nicht bis in die letzte Zeit hinein weit schwerer wiegende Verpflanzungen ganzer Volksteile bewerkstelligt worden? Zog man nicht die Griechen aus Kleinasien zurück? Haben die Juden nicht unter unendlichen Schwierigkeiten und Verfolgungen so viele Male ihre Wohnplätze ändern müssen? Und doch haben die Juden nur ein Land: Palästina, das ihrem Schaffen entzogen war, und das sie mit allem Recht, das je einem Volk zustand, aus nationaler Pflicht zur Erschließung

durch Arbeit beanspruchen. Es ist ein Hohn auf jedes nationale Selbstbestimmungsrecht, wenn man die Verhinderung unbeschränkter jüdischer Einwanderung in Palästina, die selbstverständlich eine Voraussetzung der Schaffung einer öffentlichrechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk ist, damit begründet, daß die Araber nun einmal von der extensiven Wirtschaft nicht lassen wollen. Um so widerwärtiger, wenn es von Völkern geschieht, die das Recht kolonialer Eroberungen auch mit Gewalt für sich in Anspruch nehmen und verteidigen. Was das jüdische Volk durch seine Arbeit und seine Opfer in Palästina geleistet hat, ist nicht zuletzt auch dem Arabertum zugute gekommen, und dieses wird auch weiter, oft ohne sein Zutun, seinen Anteil an dem jüdischen Werk der Erneuerung haben. Aber auf die Zumutung den Willen und die Kraft der jüdischen Nation nicht in den Dienst des jüdischen Volks selbst zu stellen sondern zur Hebung arabischer Wirtschaft und Kultur unter Verzicht auf nationale Behauptung zu verwenden muß endlich die klare und unzweideutige Antwort gefunden werden, die in London wie in der ganzen Welt verstanden werden wird.

Außer der britischen Mandatarmacht besteht für Palästina auch noch bei anderen Völkern und Ländern ein Interesse, wenn es auch anders gestaltet ist als das der angelsächsischen Länder. England und Amerika sind gerade die Länder, die für die Auswanderung von Juden nach Palästina zunächst gar nicht in Betracht kommen; ihr Interesse, vor allem das Englands, ist, wie schon erwähnt, lediglich imperialpolitischer Art, erfordert ein Ausspielen der Araber gegen die Juden, auch gelegentlich umgekehrt, läßt zurzeit größte Nachgiebigkeit gegen die Araber geboten erscheinen, steht also der jüdischen Einwanderung und damit der gesamten zionistischen Arbeit entgegen. Selbsterhaltungspflicht gebietet dem Zionismus auch selbst den Anschein zu vermeiden, daß er anderen Interessen als denen des jüdischen Volks zu dienen gedenke. Die jüdische Nation ist in Palästina weder eine Vormacht Englands noch eines andern Imperiums. Um ihrer selbst willen ist sie dort, und dort will sie ihre Schaffenskraft betätigen, die Leistung der Neukolonisation vollbringen. Aus dieser ihrer Aufgabe ergeben sich auch ihre Beziehungen zu anderen Nationen, die natürlich ihre politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse auch nicht den Wünschen der Juden anpassen sondern nach ihren Eigeninteressen vorgehen. Eine Betrachtung der Weltkarte zeigt, daß eine Gruppe von Ländern die Möglichkeit einer starken Einwanderung von Juden in Palästina offen zu halten wünscht: Polen und Rumänien, Litauen, Österreich, Ungarn, also in der Hauptsache Staaten Kontinentaleuropas, die sich politisch um Frankreich, die Vormacht des Katholizismus in Vorderasien, gruppieren. Bei objektiver Wertung ergeben sich aus dieser so gearteten Stellung der kontinentaleuropäischen Länder Beziehungen zum jüdischen Volk, dessen nationale und wirtschaftliche Existenz in Palästina also keineswegs nur mit der Mandatarmacht Großbritannien verbunden ist. Auch Japan als Vormacht des werdenden Ostasiatischen Imperiums hat keine Gründe einer Konstituierung der jüdischen Nation in Palästina ablehnend gegenüberzustehen. Um oft mißleiteten Denkrichtungen, die geraden Linien gern auszuweichen pflegen, die Orientierung zu erleichtern, soll ausdrücklich betont werden, daß die für das jüdische Volk gewollte Politik sich gegen niemanden, also auch gegen keinen einzelnen Staat richtet sondern nur die Zukunft des jüdischen Volks, der jüdischen Arbeit im Auge hat.

Für den palästinensischen Aufbau ist solche Politik die notwendige Ergänzung der schöpferischen Arbeit im Land selbst, aus der immer wieder Krafterhaltung und Krafterneuerung fließen werden. Vielleicht darf in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß die technisch-manuellen Leistungen und die damit verbundenen kolonisationsfähigen Fähigkeiten der Juden von den Juden selbst und der nichtjüdischen Welt wohl erheblich unterschätzt worden sind, daß aber die politische Kraft der Juden, soweit sie sich auf ihre eigene Nation richtet, ebenso erheblich überschätzt worden ist. Sie haben es nicht selten unterlassen in den Mittelpunkt ihrer Politik für Palästina allein die Erfordernisse der jüdischen Nation zu stellen. Das zu tun ist aber gerade auch ein Gebot des Sozialismus. Kann die Befreiung eines Volks nur ein Werk dieses Volks selbst sein, so muß das jüdische Volk doch zur Erfüllung seiner Pflicht der Weltgemeinschaft gegenüber seine nationale Arbeit verrichten. Der Sozialismus sieht sein Ziel in der Freisetzung der Schaffenskräfte aller einzelnen und aller Völker. Soll man eine neue Welt aufbauen, so darf keine produktive Kraft verkümmern oder niedergehalten werden. Und darum ist die Förderung der zionistischen Arbeit in Palästina von der Sozialistischen Internationale als sozialistisches Postulat anerkannt worden. Die Organisation des Zionismus entsprach englischen Wünschen, als sie nach Kriegsende der Beschränkung jüdischer Einwanderung in Palästina zustimmte: gutgläubig, in der Annahme damit einer "geordneten" Kolonisierung des Landes zu dienen. Damals sprach die britische Regierung kein Wort von Maßnahmen zugunsten der Araber, die sie sich jetzt mit so merkwürdigem Eifer angelegen sein läßt. Vor 12 Jahren war sie, nach der Balfourdeklaration, in allen ihren Erklärungen nur von Sorge für die jüdische Kolonisation erfüllt, der sie in diesen 12 Jahren die Lebensader abzuschneiden sich bemühte. Die Dokumente, die man jetzt am 20. Oktober kennen lernte, haben die britische Palästinapolitik bis zur Grausamkeit enthüllt: Die Balfourdeklaration, die man offiziell aufrechterhält, ist de facto vernichtet, das Völkerbundsmandat ist in sein krasstes Gegenteil umgewandelt. Und es handelt sich nicht etwa um ein Übergangsstadium. Man kündigt vielmehr eine "Verfassungsreform" an, deren Einzelheiten noch nicht verraten werden, deren Ziel aber schon ausreichend erkennbar ist: nämlich die jüdische kolonisierende Bevölkerung Palästinas dauernd zu einer einflußlosen Minderheit zu machen. Zu verzagen braucht das jüdische Volk darum nicht. Es ist nun von seinem Englandwahn geheilt und sieht sich auf sich selbst gestellt. Nun hat es die volle Handlungsfreiheit gewonnen. Es wird sie auf dem Gebiet der Politik nicht minder brauchen als auf dem der Kolonisationsarbeit. Und so, mit klarer Zielsetzung, wird es sich der Verdrängung aus Palästina siegreich erwehren und Palästina zu seiner wahren Nationalen Heimstätte machen. Durchgeführt kann diese Aufgabe freilich nur werden, wenn das jüdische Volk mit ungebrochenem Glauben an die Arbeit geht.

August Strindberg läßt im Athen des Perikles einen Juden jene Worte sprechen, die diesem Aufsatz vorangestellt sind. In allen Epochen der Weltgeschichte erscheint in seinen Historischen Miniaturen auf irgendeinem Stück der Erde ein Jude, der den Glauben an die Wiederauferstehung seines Volks ausspricht. Dieser Glaube bleibt für unsere und für die kommende Zeit die Voraussetzung der Erfüllung dessen, was Strindberg, mit dem Ausdruck der Bibel, die Verheißung nennt. Was will es bedeuten, daß die Sicherung

Palästinas als Nationaler Heimstätte, nachdem sie einmal anerkannt und vom Völkerbund verbürgt worden ist, durch die Mandatarmacht anderen, eigensüchtigen Zwecken untergeordnet wird? Wenn heute Millionen von Juden den Anspruch ihres Volks auf die Wiedererschließung Palästinas als ein unentzweifelbares Recht verteidigen, so stützen sie sich darauf, daß die kolonialisatorische Leistung, die dazu nötig ist, nur durch die Verbundenheit des jüdischen Volks mit dem palästinensischen Boden vollbracht werden kann. Hierfür wollen die Pioniere der Kolonisation, soll aber auch das ganze Volk Opfer bringen. Daß die Größe der gebrachten Opfer die kolonialisatorische Leistung selbst herabsetzen soll, bleibt ein wahrlich nicht überzeugendes und wenig rühmliches Argument der Gegner zionistischer Arbeit. Der Weltkongreß für das Arbeitende Palästina hat, so hoffen wir, der zionistischen Arbeit einen neuen Impuls gegeben, der die Sozialisten aller Länder überzeugen wird, daß sie ihre Sympathie nicht einer unproduktiven oder aussichtslosen Bewegung zugewandt haben.

ADOLF BEHNE · SAISON 1930

MAN kann wohl kaum von einem bestimmten Geschmack des Kapitals sprechen. Je nach der gesellschaftspolitischen Situation, je nach dem Ziel ist er zu verschiedenen Zeiten sehr verschieden. Heute jedenfalls ist der Geschmack der Plutokratie durch den Willen zur Restauration bestimmt, das heißt, er nimmt die Elemente des letzten revolutionären Vorstoßes der Kunst auf, wendet sie aber geschickt ins Mollig-Verbindliche, ins Geschmackvoll-Sensationelle. Typisch ist, wie heute die Kunstgewerbeschulen überall kleine Saxophonpicassos und jugendliche Jazzkubisten ausbilden.

Was vor 10 Jahren die Konstruktivisten erfanden, die ohne Frage den kühnsten Vorstoß für die Erneuerung der Kunst angeführt hatten, wird in der Kunst boykottiert, aber es wird im Kunstgewerbe und im Geschäft gern aufgenommen. Wenn man kein Banause ist, kann man sich über den künstlerischen Schmiß, der dadurch in die Reklame und durch Plakatsäule, Schaufenster, Ladenfront in die Straße gekommen ist, durchaus ästhetisch freuen. Auch lag ja im Programm der Konstruktivisten das Streben nach einer engen praktischen Verbindung mit dem Leben. Freilich hofften sie, dieses Leben, dem sie sich verbünden wollten, würde im Zeichen des Proletariats stehen, und nun stellen die Nutznießer diese Ideen in den Dienst des Geschäfts. Aber so enttäuschend diese Ausnutzung ursprünglich revolutionärer Ideen durch Geschäftemacher auch immer ist, man darf auch einmal folgendes sehen: So oder so, es kommen die Mittel der revolutionären Avantgarde, die, als sie noch streng und rein waren, von der Masse ignoriert oder abgelehnt wurden, nun doch an diese Masse heran. In konfektionierter Form, gewiß. Doch leistet hier das Geschäft, die kapitalistische Wirtschaft unbewußt auch wieder Vorspanndienste für das Neue. Kommt auf der ganzen Linie ein neuer Vormarsch, dann kann er auf eine, durch die neuen Mittel nun weniger befremdete, auf sie schon vorbereitete Masse rechnen.

Die Kunst der Gesellschaft ist heute paradiesisch, ein heiteres Arkadien: Kult der Schönheit, aber keiner natürlich einfachen Schönheit sondern einer ganz raffinierten Schönheit, zu deren pikantestem Raffinement es gehört, daß sie eben doch auch einen Schuß "Einfachheit" in sich hat. Gerade diese

komplizierte Einfachheit ist sehr, sehr schwierig zu treffen. Man will heute nicht mehr fad und süß sein, auch nicht im Salon, nein, um keinen Preis. Der gute Ton verlangt eine gewisse kokette jugendliche Herbheit. Schokolade ja, aber edelbitter. Es ist charakteristisch, daß das Springende Böckchen der Renée Sintenis einen so großen Erfolg hat: ein liebes, herziges, süßes Tier, aber nicht glatt und brav wie etwa Joachim Kändlers Porzellanböckchen sondern bockig, aber natürlich in lebenswürdigster Koketterie. Man ist ja nicht spießbürgerlich, man sammelt George Grosz, man liest Peter Panter.

Dort, wo die moderne Baukunst modisch wird, verwendet sie mit Vorliebe den Travertin, einen Stein, der im Gegensatz zu der blassen Glätte des Marmors oder der redseligen Willfährigkeit des Sandsteins, den die Früheren bevorzugten, rauh und rissig ist, aber mit einer unverkennbaren Note der typischen Eleganz von heute, die den Fassaden von Konfektionshäusern sehr viel besser steht als dem Verbandshaus der Metallarbeiter. Das ist heute die Note, die man beherrschen muß. In dieser Front der Kunst aus Travertin und Bronze ist jede Arbeit verpönt, die gerade, klar und elementar-menschlich auf die Sache losgeht. So etwas paßt einfach nicht "in den Rahmen".

Es enttäuscht besonders zu sehen, wie auch das Bauen der Gewerkschaften nach einem prächtigen Aufstieg, der das Beste versprach, dem mondänen Zeitgeschmack neuerdings Konzessionen macht. Folgendes ist zu konstatieren: Max Taut baut dem Gewerkschaftsbund an der Inselbrücke in Berlin ein zeitgemäßes und künstlerisch bedeutungsvolles Haus. Er baut den Buchdruckern Berlins ihr mit Recht vielbewundertes Haus in der Dreibundstraße, und die Öffentlichkeit sieht in dieser vorbildlichen Bautätigkeit der Arbeiterorganisationen einen der wenigen künstlerischen Aktivposten der Zeit. Hannes Meyer baut dann die Bundesschule in Bernau, und dieser Bau wird einer unserer wichtigsten, einer der entscheidenden und klärenden Bauten. Aber seine Vollendung stößt bereits auf einen schwer zu benennenden innern Widerstand, der sich am faßbarsten in den Worten ausdrückt: Der Bau ist nicht gemütlich. Und er ist es in dem gemeinten Sinn wirklich nicht. Was mit der Nörgelei an der Bernauer Schule wirklich gemeint ist, wird dann klar aus der Taktik beim Erweiterungsbau an der Inselbrücke. Obwohl es sich um die Erweiterung des Baus von Max Taut handelt, und obwohl der ausgeschriebene Wettbewerb einstimmig den höchsten Rang dem Projekt Max Tauts zuspricht, wird Max Taut beiseite geschoben, zugunsten eines Architekten, der bis dahin nur mit mondänen Arbeiten beschäftigt gewesen ist. Es folgt das schon erwähnte Haus der Metallarbeiter, das in seinem Grundriß »Kopfbau« und »Flügel« unterscheidet, den Kopfbau mit Travertin, dem Plüsch der neuen Sachlichkeit, belegt, für die Flügel aber schlichten Putz und nicht mehr bronzene sondern hölzerne Fensterrahmen nimmt, die Sitzungssäle in echtestem Generaldirektorenstil aufpolstert. Während Max Taut am Breitenbachplatz ein Bureauhaus der Knappschaften von vorbildlicher Sauberkeit materialer Zurückhaltung baut. Es scheint, daß heute in den Gewerkschaften in Baudingen nicht so sehr eine Gesinnung baut, die mutig und sachlich die künstlerischen Konsequenzen der neuen politischen und ökonomischen Voraussetzungen zieht, sondern das Kapital in der Bank der Arbeiter und Angestellten, das in Kunstfragen einstweilen noch ganz äußerlich repräsentativ im Sinn der Saison 1930 denkt, statt führend, die Zukunft aufbauend.



WALTHER KOCH · ZUR GEGENWÄRTIGEN LAGE DER ERWACHSENENBILDUNG IN DEUTSCHLAND

JETZT ist die deutsche Erwachsenenbildungsarbeit, wenigstens soweit sie durch die Volkshochschulen geleistet wird, an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt, wodurch eine erneute Betrachtung der mit ihr verbundenen Fragen und Aufgaben notwendig wird. In einer Reihe von Aufsätzen ist hier bereits die Volksbildungsarbeit fortlaufend verfolgt worden¹. Gewisse, in ihr liegende Gefahren wurden darin angedeutet, zukunftskräftige Entwicklungstendenzen aufgewiesen, und bestimmte Forderungen für ihre weitere Gestaltung erhoben. Die Gefahr war darin gesehen worden, daß man sich zu sehr vom Leben unserer Tage zurückziehe und in sektenmäßiger Verengung eine dem Leben abgewandte Volkshochschulideologie pflüge. Auch auf ein Steckenbleiben in einer allgemeineren Problematik, das Tatkraft und Verantwortungsfreudigkeit lähme, war hingewiesen worden. Demgegenüber war es für wichtig erklärt worden »wieder stärker auf die positiven Forderungen der Situation unseres Staates und unserer ökonomischen Lage an alle Volksbildung, soweit sie zugleich Arbeiterbildung treiben will, hinzuweisen«². Diese Hinwendung zu einer lebendigen, soziologisch und psychologisch fundierten intensiven Volksbildungsarbeit, die bei voller Wahrung der berechtigten Sonderaufgaben der einzelnen Gruppen des Volks das gemeinsame Bilden an der Volksgesamtheit nicht aus dem Auge läßt, war als der eigentliche Kern der neuern Volksbildungsbewegung herausgeschält worden. Inzwischen haben die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die damit verbundene Gefährdung unseres öffentlichen Lebens durch eine Staatskrise den Blick der Volksbildungsarbeit mit Notwendigkeit noch stärker als bisher auf die drängenden Fragen der staatlichen und wirtschaftlichen Funktion der Volksbildung gelenkt.

Die im letzten Aufsatz zur Volkshochschulfrage aufgestellte Forderung einer Bildung für das öffentliche Leben wird jetzt ganz allgemein als Kernpunkt der Volksbildungsarbeit diskutiert. Es hieß damals: »Es ist heute Aufgabe der neuen deutschen Demokratie der formaldemokratischen Verfassung die substantielle Erfüllung zu geben, Menschen zu bilden, die die Fragen unseres Staats und unserer Wirtschaft produktiv lösen helfen können, und das werden vornehmlich die Angehörigen der Arbeiterklasse sein; das ist die kulturpolitisch bedeutende Aufgabe aller Volksbildung, insbesondere auch der Volkshochschule. Es wird darauf ankommen, daß die Volkshochschulbewegung immer klarer diese ihre funktionale Aufgabe im heutigen Gesellschaftsleben herausarbeitet.«³ Die Verhandlungen des 2. Deutschen Volkshochschultags, der in diesem Jahr vom 12. bis zum 15. Juni in Breslau tagte, einberufen vom Reichsverband der Deutschen Volkshochschulen, standen ganz unter der Verantwortung dieser kulturpolitischen Notwendigkeit. In einer auch von Vertretern der Behörden und Volksbildungsorganisationen stark besuchten Versammlung wurde von dem Leipziger Nationalökonom Gerhard Kessler die Frage behandelt: Wie kann die Volks-

1) Siehe Koch Grundsätzliches zur Volksbildung, Die neue Volksbildungsbewegung, Volksbildung und Arbeiterbildung, Volkshochschularbeit in Deutschland, in den Sozialistischen Monatsheften 1926 Seite 826, 1929 I Seite 299, 395, 1930 I Seite 36 und folgende.

2) Siehe Koch Volksbildung und Arbeiterbildung, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 I Seite 398.

3) Siehe Koch Volkshochschularbeit in Deutschland, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 41.

hochschule für das öffentliche Leben bilden? Über die Persönlichkeitsbildung hinaus, führte der Vortragende aus, sei die Volkshochschule bestrebt dem Volksstaat sein Staatsvolk zu geben, indem sie die Volksglieder zum Kulturvolk erziehe. In 3 besonderen Sektionen wurden dann Teilfragen dieser Bildung für das öffentliche Leben erörtert: Wie kann die Volkshochschule für das politische Leben bilden? Wie kann die Volkshochschule zur Mitwirkung an der öffentlichen Wohlfahrtspflege bilden? Wie kann die Volkshochschule zur Mitarbeit an den öffentlichen Kulturaufgaben bilden? Rudolf Reuter /Köln/, Annemarie Hermsberg /Jena/ und Franz Mockrauer /Dresden/ sprachen darüber. Ebenso wichtig waren die Vorträge der großen Versammlung, in der man die Finanzlage des Reichs, der Länder und der Gemeinden und die Finanzierung der Volkshochschulen erörterte. Für die praktische Verwirklichung der Volksbildungsaufgaben stellte der neue Volksbildungsreferent im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Heinrich Becker bestimmte Forderungen einer Klärung, Vereinheitlichung, Vertiefung und Konkretisierung der Arbeit auf. Der jetzige Leiter des Leipziger Volksbildungsamts Werner Krukenberg betonte unter anderm, daß es sich um Bildung zum Staats- und Gemeindebürgertum handle, und daß der Verwirklichung einer wahren Selbstverwaltung gedient werden solle: eine Forderung, die ja immer wieder in den Sozialistischen Monatsheften betont worden ist. Vom Standpunkt der Kommunalpolitik aus bejahte der Nürnberger Oberbürgermeister Hermann Luppe den kommunalen Bildungswert der Volkshochschule, die in das gesamte Bildungswesen der Stadt eingegliedert werden müsse. Man ersieht aus den auf dem Breslauer Volkshochschultag behandelten Themen, daß sich die deutsche Volkshochschulbewegung in ihrer Gesamtheit durchaus ihrer heute geradezu entscheidenden Verantwortung bewußt ist ihre Arbeit auf positive Leistungen fürs öffentliche Leben zu richten, mögen auch einzelne Volkshochschulen noch hie und da in fruchtloser Problematik oder weltabgewandter Abseitsbildung befangen sein.

Nun hat der jetzige Leiter der Berliner Volkshochschule Erwin Marquardt als Nachwort zum Volkshochschultag in Breslau in 2 Aufsätzen scharfe Kritik an der bisherigen Volkshochschulbewegung geübt, wie er sie in dem sogenannten Hohenrodter Bund vertreten sieht⁴. Da ich hier über die bedeutungsvolle Arbeit, die von Hohenrodt aus geleistet worden ist, des öftern berichtet habe, muß ich mich mit dieser negativen Analyse Marquardts auseinandersetzen. Marquardt schildert zunächst in kurzen Zügen die Entstehung und Entwicklung der deutschen Volkshochschularbeit in der Nachkriegszeit, ohne auf die Volksbildung der Vorkriegszeit einzugehen. Dadurch aber scheint es so, als sei die Volkshochschulbewegung lediglich aus dem Willen der Arbeiterklasse in der Revolutionszeit entstanden. So richtig es ist auf die großen Erwartungen gerade der Arbeiterbewegung hinzuweisen, so können doch die Bemühungen Erdbergs und der von ihm beeinflussten Hochschulpolitik der preußischen Regierung und die Arbeit des Hohenrodter Kreises ohne den Hintergrund einer Überwindung der in der Vorkriegszeit vorherrschenden Volksbildungsauffassung nicht verstanden werden. Wenn heute die Forderung einer intensiven, qualitativ verantwortungsbewußten und gestaltenden Volksbildung im Grunde Allgemeingut aller ernsthaften Volks-

4) Siehe Marquardt Wandlungen in der Volkshochschulbewegung, in der Sozialistischen Bildung 1931 Seite 237, und Volkshochschulen und freie Volksbildung, in der Arbeit 1930 Seite 493 und folgende.

bildungsarbeit, und damit der Kampf auch um die theoretische Klärung dieser Volksbildungshaltung mehr oder weniger gegenstandslos und hinfällig geworden ist, so entbindet uns diese Tatsache nicht von der Verpflichtung die geschichtliche Leistung der von Erdberg und dem Hohenrodter Kreis getanen Arbeit gerecht zu würdigen. Andererseits ist gerade von diesem Hohenrodter Kreis aus immer wieder ganz entschieden Kritik an der bestehenden, oft höchst mangelhaften Volkshochschulpraxis geübt worden, nicht zum wenigsten an der eigenen Leistung. Gerade die von Marquardt mit Recht gerügte Zersplitterung und Planlosigkeit der Volkshochschularbeit hatte ja zu dem Zusammenschluß vieler Volksbildungsleute in Hohenrodt und den (selbstverständlich höchst unvollkommenen) Versuchen geführt diesen offensichtlichen Notstand zu überwinden; daß dabei auch Fehler gemacht wurden, wird offen zugegeben. Marquardt wirft dem Hohenrodter Kreis vor allem eine zu große Abschließung in einer Art Orden, rein dialektische Formulierung und abstrakte Zielsetzung vor. Das mag auf einzelne Erscheinungen zutreffen. Auf das Ganze gesehen fällt der Vorwurf in sich zusammen. Wurde doch gerade auf der diesjährigen Hohenrodter Tagung ganz entschieden jeder Rückfall in sektenhafte Einengung verworfen.

Die »Abkehr von romantischer Selbstisolierung und das energische Bekenntnis zur Erwachsenenbildung, die sich den staatsbürgerlichen Zwecken der demokratischen Republik ein- und unterordnet,« die sich nach Marquardt erst jetzt in Breslau bemerkbar machten, sind doch tatsächlich schon lange von vielen, die mit Hohenrodt in Verbindung standen, gefordert worden, wie das unter anderm auch in den Sozialistischen Monatsheften immer wieder zum Ausdruck kam. In der Sache werden die meisten Hohenrodter ohne Frage mit den Marquardtschen Forderungen übereinstimmen. Es wäre bedauerlich, wenn man diese Tatsache gerade in den Kreisen der sozialistischen Bildungsarbeit nicht genügend klar sähe, da wir an einer weiteren Zerreißung der Volksbildungsbestrebungen wirklich kein Interesse haben, vielmehr in der gegenwärtigen kritischen kulturellen Lage alles auf eine innere Einigung und Geschlossenheit aller ernsthaft sich um Volksbildung bemühenden Kräfte ankommt. So muß auch ganz offen betont werden, daß bei der Aussprache, die kürzlich in Hohenrodt stattgefunden hat, die von Marquardt gewünschte Umgestaltung der von Hohenrodt aus ins Leben gerufenen Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung zu einer auf breiterer Basis aufgebauten Schulungsarbeit der deutschen Volksbildung gebilligt und in Angriff genommen worden ist⁵. Die Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung ist grundsätzlich von dem Hohenrodter Kreis gesinnungsverwandter Einzelpersonen losgelöst und der Gesamtheit deutscher Volksbildung zur Verfügung gestellt worden. Das bisher Geleistete (und es ist trotz allem doch mancherlei geleistet worden) wird sicher in freierer und weiterer Arbeit fruchtbar werden. Daß man in der Schulungsarbeit auch stark die ländliche Volksbildung, und offenbar mit Erfolg, behandelt hat, muß kulturpolitisch durchaus positiv bewertet werden, da die Agrarfrage immer mehr als Kernproblem unserer Wirtschaft erkannt wird und über der Not der Großstadt nicht vergessen werden darf. Die Deutsche Schule für

⁵ Siehe *Herrigel* Die Volksbildungsarbeit unter dem Druck der Politisierung des Lebens, im Hochschulblatt der Frankfurter Zeitung vom 12. Oktober 1930: ein Bericht über die 8. Hohenrodter Tagung, der alles Wesentliche gut wiedergibt; allerdings müßte der Schürholzsche Aufruf zu stärkerer wirtschaftlicher Besinnung doch positiver bewertet werden.

Volksforschung und Erwachsenenbildung hat in den letzten Jahren in einer Reihe von mehrwöchigen Akademien, Schulungswochen und Arbeitslagern wesentliche Fragen der Erwachsenenbildung behandelt, die sicher ihre große Bedeutung für die Landschaft, in der die Arbeit geleistet wurde, und für die Weiterentwicklung der Volksbildungsbewegung überhaupt gehabt haben. Eines freilich konnte dabei nicht geleistet werden: die eigentliche Ausbildung und Schulung der leitenden Volkshochschullehrkräfte, wofür doch noch ganz besondere, mit der praktischen Arbeit verbundene Kurse oder Akademien ins Auge zu fassen wären. Die hier offensichtlich bestehende Lücke ist in einigen Städten durch Volksbildungsseminare an Universitäten, wie in Leipzig, ausgefüllt worden. Auch in Berlin ist in letzter Zeit von Erwin Marquardt selbst, in Verbindung mit der Hochschule für Politik, gemeinsam mit Carl Mennicke und Karl Thieme ein offenbar sehr verheißungsvoller Versuch der Einrichtung von Kursen für Volksbildner gemacht worden, die ganz praktisch in die konkrete volkshochschulmäßige Behandlung der verschiedenen Fragen und Gebiete einführen sollen⁶. Ohne Frage sind dilettantische Experimente auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung eine große Gefahr, die zur systematischen Schulung und Übung des Nachwuchses zwingt.

Die von Marquardt geforderte Hinwendung der Volkshochschultätigkeit auf die durch das gegenwärtige Staats- und Wirtschaftsleben gestellten Aufgaben dürfte immer mehr Gemeingut aller ernsthaften Volksbildungsarbeit werden. Ganz besonders muß dabei einerseits auf den organischen Zusammenhang mit dem Berufsschulwesen Wert gelegt, andererseits die Verbindung mit der in den letzten Jahren außerordentlich erstarkten Wirtschaftsschulungsarbeit der Gewerkschaften gesucht werden. Schon rein zahlenmäßig überragt die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die nunmehr in der Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds in Bernau ihren Mittelpunkt gefunden hat, ähnlich wie die der Christlichen Gewerkschaften in Königswinter, alle andere Erwachsenenbildungsarbeit⁷. Die Erwerbslosennot stellt auch hier Arbeiterbildung wie allgemeine Volksbildung vor neue Aufgaben. Auch die verschiedenen industriepädagogischen Bestrebungen der deutschen Wirtschaft müssen kritisch verfolgt werden, wie das auf einer kürzlich in Frankfurt vom Sozialen Museum an der Frankfurter Universität veranstalteten Tagung für Werkspolitik geschehen ist⁸.

Immer mehr ist von den inzwischen erarbeiteten pädagogischen Resultaten der heutigen sozialpädagogisch orientierten Erwachsenenbildung in die Zweckbildung der großen Verbände und Organisationen eingedrungen. Freilich ist damit die große Gefahr verbunden, daß dann volksbildnerische Methoden zu ganz anderen, rein machtpolitischen Zwecksetzungen mißbraucht und damit ihres eigentlich pädagogischen Sinns beraubt werden. Deshalb ist eine klare Scheidung einer pädagogischen von einer politischen Haltung geboten. In ähnlicher Weise ist der Geist neuerer Erwachsenenbildung auch in die konfessionelle Bildungsarbeit eingedrungen. Hier erhebt sich nun wieder das Problem, wie volksbildnerische Arbeit in ihrer Eigenart sich auswirken kann, ohne in das Seelsorgerische oder Propagandistische in irgendeinem Sinn abzubiegen. Man kann wohl sagen, daß heute in allen

6) Siehe *Marquardt* Kurse für Volksbildner, in der Sozialistischen Bildung 1930 Seite 274 und folgende.

7) Siehe *Woldts* Bericht über Arbeiterbildungswesen, in der Freien Volksbildung 1930 Seite 283 und folgende.

8) Siehe *Rhein-Mainische Volkszeitung* vom 8. Oktober 1930: Diatapädagogik.

Weltanschauungsverbänden um diese Frage gerungen wird, und daß in allen Lagern weltanschaulicher Prägung Vertreter einer bewußt volkspädagogischen Haltung einer massivern, rein organisatorischen und machtpolitischen Tendenz gegenüberstehen. In die für den Katholizismus und seine Bildungsarbeit im Verhältnis zur gesamten Volksbildung brennende Materie führt in vorzüglicher Weise der Kölner Pfarrer Robert Grosche in Volkstum und Volksbildung, der katholischen Zeitschrift für die gesamte Erwachsenenbildung, ein. Das damit von neuem aufgeworfene Problem der Neutralität mit seinen kulturpolitischen Konsequenzen wird gerade aufs neue in Volksbildungskreisen, besonders in Hinblick auf das Verhältnis zum Katholizismus, viel diskutiert und muß für sich behandelt werden. Damit hängt die Frage der Aufgabe des Staats in der Volksbildung zusammen, die von der verschiedenen kulturpolitischen Stellung aus auch verschieden beantwortet wird.

Wie wichtig eine Besinnung über solche Fragen ist, zeigt ein Blick auf die ungeheuren Gefahren, die der in mühsamer und langer Arbeit und zähem Kampf aufgebauten Erwachsenenbildung im heutigen Deutschland drohen. Bekanntlich hat die nationalsozialistische Kulturpolitik in Thüringen versucht mit einem Federstrich die gesamte Thüringer Volkshochschularbeit zu vernichten, was dank dem Einspringen des Reichs für das in der Existenz bedrohte, weithin bekannte Volkshochschulheim Dreißigacker einstweilen nicht ganz gelungen ist. Bestrebungen eng konfessioneller Machtpolitik kommen dazu, um jedem Einsichtigen die kulturelle Situation als höchst gefährlich erscheinen zu lassen. Gegenüber diesen drohenden Gefahren gibt es für die gesamte Volksbildungsarbeit nur eine mögliche Haltung: das Trennende zurückzustellen und sich zu einer geschlossenen Zusammenarbeit zusammenzufinden. Eine solche innere Einigung der verschiedenen Richtungen ist erfreulicherweise auf dem Gebiet des volkstümlichen Büchereiwesens schon weithin erfolgt. Die deutsche Volkshochschulbewegung muß sich nun ebenso auf die gemeinsame Aufgabe und auf die Notwendigkeit geschlossener Zusammenarbeit besinnen, ehe es zu spät ist.

MAX KALTHOFF · EINSAMKEIT



ICH kenn nicht dich, und niemand weiß von mir.
 Wie Sterne, fern der eine von dem nächsten,
 So schweben alle Wesen ungewußt im Raum;
 Und kalter Äther trennt das eine von dem andern,
 Daß keines von dem andern weiß.

Nur Glaube schlägt ein Band um Dieses und um Jenes.
 Und niemals, seit Beginn der Welt,
 Hat je ein Funke unser aller Einsamkeit erhellt.
 Es quillt aus allem eine tiefe Sehnsucht,
 Doch niemals hat der Quell das Meer erreicht.

Nur Glaube zittert weh in allen Wesen,
 Daß eines Bruder von dem andern sei.
 Fremd schwebt der Stern im Äther neben andern;
 Nur Einsamkeit ist Harmonie der Welt.

HILTGART VIELHABER · ÜBER DEN DICHTER HENRY DE MONTHERLANT



UNTER den vielen französischen Dichtern, die ihre Sprache heute in neue Formen gießen, besitzt wohl keiner die Kraft des Worts in solcher Fülle wie Henry de Montherlant. Selbst Paul Valérys ziselierende Kunst, das Sinnbeladene mancher Zeilen, erreicht nicht Montherlants zwingende Leidenschaft zur Form. Eine Leidenschaft, die etwas ausgesprochen Männliches hat, und die im Tiefsten mit der Stellung dieses Dichters zu Welt und Leben zusammenhängt. Häufig ist die starke Verwandtschaft mit Gabriele d'Annunzio hervorgehoben worden. Diese besteht sicherlich. Vielleicht in gewissem Sinn noch mehr in der Geistesart als in der Gestaltung. Jedenfalls war Montherlant ein großer Bewunderer des italienischen Dichters. D'Annunzios ständige Bezugnahme auf die Antike, ein Deuten seiner Lebensanschauung und seiner Lebensgestaltung von dort her, finden wir auch bei Montherlant. Allein die Flamme, die ihn durchglüht, ist reiner, gleichsam heiliger, weil sie nach Wahrhaftigkeit drängt. Montherlant hat sicher eine sehr hohe Meinung von sich selbst. Doch ist er sich nicht Maß aller Dinge. Und eigentlich erklärt, ja wie es zuweilen scheint, entschuldigt er sich mehr, als daß er, wie d'Annunzio, sich selbst verherrlicht. Und dann beherrscht ihn stets die den meisten Franzosen eigene Verantwortlichkeit für Staat und Volk. Das klingt fast pedantisch, wenn man an die Art denkt, in der Montherlant gewisse Betrachtungen anstellt. Dennoch ist diese Gesinnung, vielfältig gewandelt, überall bei ihm zu spüren.

Viel einleuchtender als die Verwandtheit mit dem Italiener ist die Beeinflussung durch die beiden Volksgenossen Paul Claudel und Maurice Barrès. Montherlant glaubt, daß bei Claudel nur dessen dichterische Form Eindruck auf ihn gemacht habe. Man findet auch in den wenigen Versen Montherlants eine ausgesprochene Hinneigung zu dem Dichter der Verkündigung. Allein im Gegensatz zu seinem Verhältnis d'Annunzio gegenüber, hat Montherlant von Claudel nicht nur das Formale sondern gerade das Ethos übernommen. So anders er sein mag, viel unbedingter, weniger gebunden, vorurteilsfreier und von ganz anders souveräner Ironie als Claudel, es gibt doch Symbole, die auch Montherlant auf die Knie in Ehrfurcht und Selbstaufgabe zwingen. Man denke nur, in *La relève du matin*, an die Schilderung von dem Zimmer des Leiters der Erziehungsanstalt. Die Mystik dieses Raums, der ungezählte Ermahnungen, Beichten, Fürbitten und einsame Gebete erlebt hat, dann die Messe, die neben den derzeitigen Zöglingen des Alumnats auch die Kriegsteilnehmer zwischen den früheren Schülern sieht, es ist Claudels Heimatliebe zur katholischen Kirche, der wir hier bei Montherlant begegnen. Schwieriger ist sein Verhältnis zu Barrès zu bestimmen. Barrès bleibt ihm auch später, bei aller Kritik, immer der größte französische Dichter zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Schärfe seines Gedankens, die sublime Geistigkeit seiner Form, die Vornehmheit seines Ausdrucks und seiner Gesinnung, bei aller Ironie, sind für Montherlant ein Unbedingtes geblieben. Allein, wie Nietzsche von Gustave Flaubert, der vom Fenster seines Zimmers die Spaziergänge in seinem Garten konzipierte, schreiben konnte: »Hab' ich dich, du Nihilist!«, so auch Montherlant, wenn er später an Barrès' Fähigkeit zu wirk-

lichem Erleben denkt. Auch Barrès war gefangen in gewissen Vorurteilen, gewissen Vorstellungen. Er hätte nicht, wie Montherlant, ein spanisches Landmädchen im kühlen Schatten einer Kirche küssen können. Auch Barrès war, bei aller Freiheit, der noch immer humanistischen Geistesart der Vorkriegsepoche unterworfen. Montherlant, der selbst leidenschaftlich von der Antike lernen will, bekämpft in Barrès zuweilen sich selbst. Ohne es zu ahnen? Jedenfalls hat gerade dieser Mangel an Logik bei dem festen Willen zur Logik etwas ungewöhnlich Sympathisches.

Aber was bedeutet jeglicher Einfluß anderer, wenn ein Eigenes so mächtig drängend, so übermäßig stark hervorbricht? Nicht nur *Les Bestiaires*, sondern alle Werke Montherlants: *La petite infante de Castille*, *Le songe*, *Le paradis à l'homme des épées*, *La relève du matin*, *Les onze devant la porte dorée*, das Essaybuch *Aux fontaines du désir*: alles zeigt den absolut eigenen Willen des Dichters die Welt für sich selbst zu erleben und die Erlebnisse mit ihr, einzig von sich aus, zu bewerten.

Montherlant wurde im Jahr 1896 in der Picardie geboren. Doch stärker als diese seine nachweisbare Heimat empfindet er das Blut der spanischen Ahnen in seinen Adern. Und wie d'Annunzio für sich die Manen der alten Lateiner beschwört, so beruft sich Montherlant auf die alten Römer, die einstmal ihre hohe Kultur nach Spanien und Südfrankreich überführten. Das wunderbar Sinnenhafte, das ihn auszeichnet, das gefühlssicher sein Daseinsrecht fordert, erklärt er aus dieser Abstammung. Das Gebrochene, Differenziertere in sich empfindet er als das Erbe der vielleicht sublimeren, feineren, aber weniger instinkthaften Franzosen. Seine Sinnlichkeit ist seltsam erdgebunden. Ganz eindeutig. Nichts von poetischer Verschleierung oder auch nur Verbrämung. Keinerlei Koketterie. Allein, wo sie ihn einmal packt, ist sie von einer Gewalt, die ihn gefühlsmäßig weit über sich selbst hinaus ins Kosmische hineinschleudert. Doch ebenso kennt er die willentliche und wohlüberlegte Enthaltensamkeit. Und hierin trifft die Disziplin des modernen Sportmanns mit der weisen Tradition der katholischen Kirche zusammen.

Diese Selbstdisziplin ist einer der stärksten Krafftaktoren Montherlants. In ihr sieht er die Vorbedingung jeglicher Entwicklung. Ganz kleine Züge sind hier für ihn maßgebend. So der junge Sportsfreund, der das zerknitterte Papier bei sich behält, damit es nicht irgendwo störend herumliegt. Montherlant ist hart und herb, aber auch mit sich selbst. Und er ist gütig. Wo Jugend emporstrebt, wo sie eigenwillig nach Entfaltung drängt, da bietet er leise und sicher die hilfreiche Hand. Wo, wie in *Le songe*, ein sterbender Soldat (ein deutscher) in letzter Sorge sich um die Mutter bangt, da verheißt der Dichter ihr von dem Sohn zu schreiben. Allein selbst diese Güte hat etwas Zurückhaltendes, eine geübte und vom andern verlangte Selbstbeherrschtheit. Aus verschiedenen Werken Montherlants sind die *Pages de tendresse* gesammelt und in einem Buch herausgegeben worden. Wie tiefe Zärtlichkeit ist auf diesen Blättern zu finden: ganz unromantisch, ganz unsentimental. Kein Schwelgen, nur ein Konstatieren. Genuß im festgefügtten Rahmen, mit strenger Hand zum Kunstwerk geformt.

Wie Montherlant das Leben meistert und mit ihm kämpft, wird am deutlichsten in *Les bestiaires*, dem Buch von den Tiermenschen (das auch in sehr guter deutscher Übertragung, von Hans Kauders, 1929 im Inselverlag er-

schien). Er liebt die Gefahr, er sucht sie. Und doch lauert im Hintergrund die leise Angst. Aber sie darf nicht laut werden. Als der junge Franzose Alban de Bricoule, noch als Schüler, sich leidenschaftlich nach der spanischen Corrida sehnt und endlich Gelegenheit hat an einem Stierkampf teilzunehmen, da wählt er den wildesten Stier für sich aus, den "bösen Engel". Er liebt ihn, weil er die höchste Kraftentfaltung, die größte List, die verwegenste Kühnheit von ihm fordert. Allein sein Wille ist dennoch ihn zu fällen, zu vernichten. Das Finstere, das Dämonische, das diesen Stier umwittert, mahnt Alban an die Mysterien des Mithraskults. Es fordert ihn heraus, es lockt ihn, wie die christlichen Ritter des Mittelalters einst verführt, verlockt wurden zu dem Kampf mit dem Drachen, als mit der Inkarnation des Bösen selbst. In diesem Kampf, in dem Bestehenwollen vor der Spanierin, für die er entbrannt ist, lebt und jauchzt sich gleichsam die erste plötzliche Erotik aus. Es ist ein Mythisch-Phantastisches in der Geberde dieses Vernichtungswillens, ein Hochgefühl seines Herrentums, das ihn berauscht, gleich einem Sieg über die begehrte Frau. Allein selbst dieser Stolz kennt Bescheidung und Bescheidenheit, nicht den lärmenden Triumph der kleinen Geister. In dieser Beziehung ist Montherlant überzeitlich, bei aller Modernität. Er hat eine Gesinnung und Gesittung, die weit, weit zurückweist, in vergangene Jahrhunderte. Eine Mischung von Barbarei und höchster Kultur. »Es lebe Ihre Mutter, Mosito«, sagte Alban zu ihm. »Sie töten wie ein Engel.« ... »Die Stiere geben die Hornstöße, und Gott verteilt sie«, sagte der Knabe mit Würde ... »Doch warten Sie eine Weile, ich muß noch schnell da hinein. Der arme liebe Gott! Man darf ihn nicht ganz fallen lassen.« Alban geht auf die Kirche zu. »Immerhin«, denkt er, »wenn ich ihm meinen Galgo gebe, beraube ich mich zweier Ferienwochen, die nur der Verkauf des Hundes mir hätte verschaffen können. Nach den Stiergefechten der Feria werde ich die Rückreise antreten müssen und mich nur in der Camargue für den 20. April aufhalten«. Doch er liebt es großartig zu sein. Auch lockt ihn die Widersinnigkeit seiner Handlung wie ein Abgrund. Er geht in die Kirche und dankt Gott, daß es ihm vergönnt war diesen großen Tag an der Seite eines Menschen zu verleben, dem er Zuneigung entgegenbringt.«

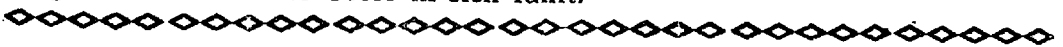
Es sind die Schlußsätze der Tiermenschen. Sie vermitteln das Wesentlichste in Montherlants Art. Er ist Aristokrat, wie kaum ein anderer Dichter des heutigen Frankreichs. Auch darin, wie er gewisse Dinge bei Namen nennt, herzlich und souverän, wie in der *Petite infante de Castille*. Das Ländlich-Sittliche, oder besser das Ländlich-Schändliche des spanischen Reisepublikums kommt mit Zolascher Anschaulichkeit, aber echt Montherlantscher Ironie in dem genannten Buch zur Darstellung.

Doch dieser Dichter kennt auch sehr andere Nüancen. Bei dem Erscheinen der *Relève du matin*, ja selbst noch nach *La première, la deuxième, la troisième Olympique*, galt er als spezifisch katholischer Schriftsteller. Jene wundervolle Interpretation des Geistes, der das katholische Alumnat, in dem er erzogen wurde, durchpulst, hatte ihm diesen Ruf eingetragen. Selbst François Mauriac sagt einmal, ihm wäre es nicht gelungen durch eine Schilderung wie Montherlants ein ehrenvolles Denkmal sich in seinem einstigen Alumnat zu sichern. Gewiß kam diese Haltung Montherlants nicht aus eigentlichem religiösen Bedürfnis sondern rein vom Künstlerischen her. Dem Franzosen, auch dem demokratischen, liegt das Verständnis, ja eine gewisse

Ehrfurcht für die Formen des katholischen Kultus im Blut. Mag sein, daß bei Montherlant noch der Respekt vor der geistigen und körperlichen Disziplin dazu kommt. Sehr möglich auch, daß er damals, unter Claudels Einfluß stehend, anders bewertete und erlebte als später, da Gefühl und Verstand in noch schärferer Scheidung hervortreten. Und doch finden wir auch hier schon eine Objektivität: »Die von der Schola kamen vom Altar zurück. Es ist schon aufregend, nicht wahr, ihr Privilegium da als erste heranzutreten? Ach, wie schöne Dinge könnte ich jetzt erzählen! Einer nach dem andern mit langsamem Schritt, den Blick gesenkt, die Stirn geneigt, in reiner Inbrunst, gleich Parzival. Ja, um alles zu sagen: Sie erschienen mir schön, heilig und undurchdringlich. Der Altar, der im Dämmer lag, sandte ein breites, mildes Leuchten aus. Einer der Chorknaben faltete das Sakramentstuch zusammen, wie sein Bruder auf dem Palladischen Fels den Schleier der Athena zusammenlegt. Ein anderer, der seitlich kniete, hatte den Kopf halb uns zugewandt, gleich jenen Knaben auf den großen Altartafeln des 15. Jahrhunderts, die für den eigentlichen Hauptvorgang kein Interesse weiter haben. Man könnte meinen, die Künstler hätten die schwache Seite dieser kleinen Modelle für alle Zeit festhalten wollen. Man hielt sie an den Augenblick gebannt, wo sie umsonst noch länger gegen ihre Neugier kämpfen, wo sie die künstliche Stellung verlassen und einfach zuschauen. Dann begann einer der Priester das Ave laut zu beten. Das Kollegium antwortete: »Heilige Maria, Mutter Gottes.« Und so fort, in steter Wiederholung. Wirklich, es gibt kein anderes Kollegium, das so wie ihr zu antworten weiß. Welche Zurückhaltung! Welche Zartheit! Wie erhaben ist diese Art zu beten! Ein Raunen wie aus einem Munde, so klar wurde der Einklang bei dem Einsatz gewahrt.«

Wie sehr anders sind dann, schon rein stilistisch, die Bücher, die Montherlant dem Sport gewidmet hat. Es sind sehr verschiedene Arten des Sports vertreten. Eigentlich alles, was im Rahmen eines Stadions auszuführen ist, Wettlauf, auch der jungen Mädchen, Fußball usw. Montherlants Forderung hier ist nur Disziplin und Wille zur Höchstleistung. Wie diese nachher ausfällt, ist Glückssache. Die Bemühung ist für den Menschen das Entscheidende. Sein Ausgangspunkt bleibt: »Guérir l'âme par les sens.« Selbst sein Kriegsroman *Le songe* verleugnet nicht die Gebundenheit an den Sport. Schön für ihn bleibt nur das durchtrainierte Mädchen, das einzige, das auch die Forderung begreifen kann, die der Krieg an den kämpfenden Mann stellt. Aber hier steigt auch in dem liebenden und begehrenden Mann das künstlerische Entzücken an solch intakter Frauenschönheit auf, und von daher dann die Unmöglichkeit sie antasten oder gar zerstören zu können. Doppelt stark dies im Krieg, der erbarmungslos so unschätzbare Werte vernichtet.

Montherlants Psychologie, auch im Künstlerischen, ist scheinbar sehr vielgesichtig. Nur scheinbar. Im Grunde herrscht, bei aller Möglichkeit das denkbar Verschiedenste zu erleben, zu begreifen und darzustellen, ein starker innerer Einklang. »Durch die Sinne die Seele heilen.« Es ist nicht als ein Nachgeben einer unbeherrschten Sinnlichkeit sondern eben als ihre Erziehung, ihre Ausbildung, ihre Veredlung gemeint. In diesem Sinn ist Henry de Montherlant ein echter Repräsentant der aufsteigenden Generation. Er ist in Leben und Schrifttum ein großer Künstler, ein Mann, der die tiefe Verpflichtung zur Noblesse der Seele in sich fühlt.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Walther Maas

Völkerbund und Kontinental-europa Die 11. Tagung des Völkerbunds hatte wie alle eine sehr große Arbeitslast. Die Hauptaufmerksamkeit wurde der Briand'schen Initiative zugewandt. Manche hatten erklärt, Briand habe bei den so widerspruchsvollen Antworten auf eine Realisierung seines Plans schon verzichtet, einige glaubten, es würde in Genf zu scharfen Zusammenstößen kommen. Indes, Briand ist es gelungen die englische Taktik abzubiegen. England stellt sich zurzeit vor den Völkerbund: nichts ohne ihn, alles mit ihm. Und da der Völkerbund bekanntlich etwas langsam arbeitet, und die englischen Einflüsse sehr stark sind, so würde, wie England hoffte, auch die Gefahr der europäischen Einigung gebannt sein. Nach außen könnte es in der Tat so aussehen. Aber nach dem Rededuell Briand-Henderson in der Europakonferenz am 8. September wurde nicht etwa das französische Projekt zurückgezogen, sondern im Gegenteil Briand von 27 Staaten beauftragt es in der Vollversammlung des Völkerbunds zu vertreten. Die Resolution hat diesen Wortlaut: »Die europäischen Mitgliedstaaten des Völkerbunds, die am 8. September 1930 zur Durchführung des Beschlusses vom 9. September vorigen Jahres zusammengetreten sind, haben von den Ergebnissen der Umfrage über die Organisierung einer Art von europäischer Bundesverfassung Kenntnis genommen und sind überzeugt, daß eine enge Zusammenarbeit der europäischen Regierungen auf allen Gebieten internationaler Aktivität für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens von kapitaler Bedeutung ist. Sie sind aber andererseits auch einmütig darin die Durchführung dieser Arbeit nur in voller Übereinstimmung mit dem Völkerbund in Aussicht zu nehmen, unter Beachtung aller Prinzipien, die im Völkerbundspakt enthalten sind, und beschließen die Frage auf die Tagesordnung der Völkerbundversammlung zu setzen.« Wahrscheinlich hoffte England, außereuropäische Staaten würden in Genf Schwierigkeiten machen, so daß der Mißerfolg zwar eintreten, aber das Oidium nicht auf England fallen würde. Das geschah nicht, sondern die Völkerbundversammlung wies das Projekt nach 12 Sitzungen in 5 Tagen, am 17. September, wieder an die Europakonferenz zurück,

mit folgender Resolution: »Die Versammlung nimmt mit lebhafter Genugtuung von dem Beschluß der Europakonferenz vom 8. September Kenntnis und ist mit ihr davon überzeugt, daß die enge Zusammenarbeit der europäischen Regierungen auf allen Gebieten internationaler Tätigkeit für die Aufrechterhaltung des Friedens eine ausschlaggebende Bedeutung hat. Sie teilt auch ihre einstimmige Meinung, daß eine solche Zusammenarbeit, in welcher Form immer, notwendigerweise im Rahmen des Völkerbunds und in voller Übereinstimmung mit ihm sowie im Geist des Pakts erfolgen müsse. Sie fordert die Regierungen der europäischen Mitgliedstaaten des Völkerbunds auf unter Mitarbeit des Sekretariats und der Kommissionen des Völkerbunds die bereits begonnene Untersuchung fortzusetzen. Die französische Denkschrift vom 1. Mai 1930 und die darauf erteilten Antworten geben ihnen so weit wie wünschenswert die Möglichkeit die Untersuchung in Verbindung mit den nichteuropäischen Mitgliedern sowie mit den Nichtmitgliedern des Völkerbunds vorzunehmen. Die Versammlung wünscht, daß die ersten Ergebnisse dieser Untersuchung so bald wie möglich in Form eines konkreten Vorschlags in einem Bericht niedergelegt werden, der zeitig genug fertiggestellt werden soll, um noch der nächsten Versammlung vorgelegt zu werden.« Die Europakonferenz hat also nun die moralische Autorität des Völkerbunds hinter sich.

In der Generaldebatte kam zum Ausdruck, daß die Einigung Europas als regionale Entente im Sinn des Artikels 21 des Völkerbundpakts nach der Ansicht vieler Redner nur auf dem Weg über kleinere regionale Verständigungen erzielt werden könne. So sind die osteuropäischen Staaten daran gemeinsam aufzutreten. Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Johann Schober erklärte, daß die Briand'schen Grundsätze zunächst einmal auf dem Gebiet der ehemaligen Donaumonarchie angewandt werden sollen, mit dem einzigen Vorbehalt, daß sich Österreich naturgemäß in keine Verbindung einlassen werde, von der das Deutsche Reich ausgeschlossen sei. Da es sich vor allem um die Frage der tschechisch-österreichischen oder der deutsch-tschechisch-österreichischen Zusammenarbeit handelt, sei in diesem Zusammenhang auf einen heftigen Angriff der vom Prager Außenamt dirigierten Wiener Stunde gegen Al-

fred Hugenberg hingewiesen, weil er als Deutschnationaler seine Blätter für Ignaz Seipel schreiben lasse, dessen Wunschtraum die Donauföderation unter Habsburgs Führung ist, und gegen Schober, der sich Lösungen ohne Deutschland nicht vorstellen kann.

In der Abrüstungsfrage gab es das übliche Bällespiel: Erst Sicherheit, dann Abrüstung, und auf der andern Seite erst Abrüstung, dann Sicherheit, zu welcher These sich natürlich Arthur Henderson bekannte. Briand hatte unter dem Beifall der Versammlung erklärt, es stände eine französisch-italienische Einigung in der Abrüstungsfrage bevor. Später aber wurden diese Verhandlungen abgebrochen: wie man sagt, unter dem Einfluß des deutschen Wahlausgangs. Er verursacht auch die schärfere Tonart der französischen Presse in letzter Zeit.

Indien

Der Allindische Kongreß von Madras im Dezember 1927 hatte die völlige Unabhängigkeit Indiens als Ziel der indischen Nationalbewegung bezeichnet. Auf dem Kongreß von Kalkutta im Dezember 1928 haben die radikalen indischen Nationalisten schon versucht den offenen Kampf gegen England zu beginnen. Gandhi riet noch ein Jahr zu warten und der britischen Regierung ein Ultimatum zu stellen: Wenn sie bis zum 1. Januar 1930 Indien nicht zu einem Dominium wie Canada mache, würden die indischen Nationalisten zum Kampf um die völlige Unabhängigkeit übergehen. Die Frist des Ultimatus ist verstrichen, ohne daß die britische Regierung die Forderung erfüllt hätte. Daher nahm der Allindische Kongreß von Lahore im Dezember 1929 einen Antrag Gandhis an, der den Kampf gegen die britische Regierung mit dem Ziel der völligen Unabhängigkeit Indiens forderte. Nach dem Kongreß begannen die Führer der Nationalbewegung den gewaltsamen Boykott der Engländer vorzubereiten. Ende Februar stellte Gandhi dem Vizekönig wieder ein Ultimatum, mit folgenden Forderungen: Herabsetzung der Pacht für die Bauern um die Hälfte, der Ausgaben für das Heer ebenfalls um die Hälfte, Schutzzölle auf englisches Tuch, Stabilisierung der Währung. Der Vizekönig lehnte dieses Ultimatum ab, und nun begann Gandhi durch das Land zu reisen und die Bevölkerung zum Steuerstreik aufzufordern. Wie verhalten sich die Engländer? Sie sind bereit mit den Indern auf einer Konferenz über die Verfassung Indiens zu verhandeln. Aber Gandhi und seine Freunde erklären an

dieser Konferenz nur dann teilnehmen zu wollen, wenn von vornherein als Thema die Beratung über die Unabhängigkeit Indiens festgelegt werde, und darauf wollen die Engländer nicht eingehen. Gandhis Propaganda führte zu seiner Verhaftung und zu schweren Kämpfen in Nordindien (siehe dazu hier auch die Artikel Tendulkars Verscherzte Verständigung und Furtwänglers Indien und die Arbeiterpartei, 1930 I Seite 21, 1930 II Seite 521 und folgende). Fast alle indischen Führer wurden verhaftet, spätere Verhandlungen waren erfolglos. Die Engländer scheinen sich entschlossen zu haben die Nationalisten als Aufständische anzusehen und mit ihnen nicht weiter zu verhandeln. Zu der Konferenz, die über Indiens Verfassung beschließen soll, wurden sie nicht eingeladen, obwohl sie die stärkste Partei Indiens darstellen, und die indische Nation als solche nur durch den Indischen Nationalkongreß repräsentiert wird. Einer ihrer Führer, Indulal Jagnik, äußerte sich, wie in der Vossischen Zeitung am 28. September zu lesen war, über die Londoner Konferenz (die am 10. Oktober begann) wie folgt: »England möchte, daß die Öffentlichkeit der Welt die neue Verfassung Indiens, die man vor allem in Amerika seit langem nicht mehr als Englands Privatsache ansieht, an »einem runden Tisch« entstehen sieht. Das heißt, scheinbar gibt es keinen Vorsitzenden zu Häupten des Verhandlungstisches, beide Länder beraten völlig gleichberechtigt über das gemeinsame Beste. Unterstrichen wird diese Vorstellung noch durch die Tatsache, daß England nur eine Handvoll Vertreter entsenden wird... Aus Indien dagegen sind 70 Vertreter geladen, 16 herrschende Fürsten und ihre Minister, Großgrundbesitzer, hohe Würdenträger, Großkaufleute und Großindustrielle, führende Mohammedaner, Vertreter der Minderheiten und eine Anzahl gemäßigter politischer Führer... Der Endeffekt von London wird sein, daß man bis auf unbedeutende, aber sicher sehr zahlreiche Abänderungen Indien genau das gewährt, was Sir John Simon vorgeschlagen hat, nämlich lediglich eine beschränkte Selbstverwaltung der Provinzen. Ob man dies Dominionstatut nennen wird oder nicht, ist ebenso gleichgültig, wie man mit Sicherheit annehmen kann, daß die 70 schließlich diesen "Simonvertrag" unterschreiben werden. Allerdings ist noch gewisser, daß das indische Volk in der Heimat diese Verfassung niemals annehmen wird, daß der Nationalkongreß seinen Kampf, der na-

türlich auch während der Dauer der Konferenz weitergeführt wird, nicht einstellen wird.« Lord Irwin, der Vizekönig, hatte freilich erklärt, die Londoner Konferenz sei keineswegs an den Simonbericht gebunden. Zur Verdeutlichung dessen hat man auch Sir John Simon nicht zur Round-Table-Konferenz eingeladen. Was enthielt denn der Simonbericht? Der 1. Teil erschien Anfang Juni und stellt eine Art politischer Geographie Indiens dar, also eine Darstellung des Seienden. Der 2. Teil erschien am 24. Juni und macht Vorschläge für die Zukunft. Die Simonkommission bestand aus Abgeordneten aller 3 englischen Parteien und erstattete ihren Bericht einstimmig; das gibt ihr zwar eine gewisse moralische Autorität, beweist aber, daß die Vorschläge nicht sehr weit gehen werden. Der Bericht schlägt einen höhern Grad der Autonomie für die Provinzialversammlungen vor und entscheidet sich gegen das gegenwärtige System der sogenannten Diarchie, bei dem einige Gebiete der Kompetenz dieser Versammlungen entzogen sind und direkt der Autorität des Provinzgouverneurs unterstehen. Andererseits schlägt die Kommission vor, daß die Zentralversammlung in Delhi eine föderative Versammlung wird, ernannt durch die Provinzialversammlungen nach einem Verhältniswahlsystem. Zurzeit haben in Indien nur 2,8% der Bevölkerung das Wahlrecht, es soll dann auf etwa 10% ausgedehnt werden. Der Staatsrat, der die Exekutivgewalt (den Vizekönig) unterstützt, soll beibehalten werden, aber der Vizekönig soll seine eigenen Berater ernennen. Da das Problem der Verteidigung Indiens für eine Frage gehalten wird, die das ganze British Empire angeht, empfiehlt die Kommission, daß die indische Armee unter der Autorität des Vizekönigs und des britischen Chefkommandeurs verbleibt. Dieser soll aufhören Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung in Delhi zu sein. Es sollen jedoch gewisse Maßnahmen getroffen werden, um eine Art Indisierung der Armee zu ermöglichen, das heißt: Inder sollen Offiziere werden können. Die Polizei und die Verwaltung sollen unter der Autorität des Staatssekretärs für Indien in London verbleiben. Um eine eventuelle Föderation ganz Indiens vorzubereiten, das heißt der autonomen Fürstentümer mit British India, empfiehlt der Bericht die Schaffung eines Beratenden Ausschusses für Greater India, der aus 30 Mitgliedern bestehen soll, von denen 20 die einheimischen Staaten vertreten sollen. Der Bericht

empfiehlt die sofortige Trennung Birmas von Indien und schlägt einige Reformen vor, um der nordwestlichen Grenzprovinz eine repräsentative Vertretung zu geben. (Bisher ist die Grenze mit Afghanistan, Peschawar, Afridis nur von der Militärverwaltung regiert worden; die Achillesferse Indiens.) Am Schluß erklärt der Bericht, daß Indien England wegen der Entwicklung zur Demokratie Dank schulde; auch wird die Sympathie Großbritanniens für die nationalen Aspirationen Indiens ausgesprochen. Die Times, der Daily Telegraph, die Morning Post erklärten sich mit dem Bericht einverstanden, während der Daily Herald der Meinung ist, daß die Kommission ihre Hauptaufgabe nicht erkannt hätte: nämlich die Schaffung eines Übergangssystems zwischen der geltenden Verfassung von 1919 und einem Dominionstatut, das England Indien versprochen habe.

Südamerika Ganz Südamerika ist in Unruhe geraten. Es fing mit dem Sturz des Generals Vincente Gomez in Venezuela an, der voriges Jahr nach fast 20jähriger Regierung abdanken mußte. Im Juni 1930 stürzte der General Galindo den bisherigen Diktator Boliviens, den General Hernando Siles. Der nächste abtretende Präsident war Augusto Leguia in Peru, der 10 Jahre hindurch Diktator gewesen war. Anfang September vertrieb der General José Uriburu den Präsidenten Argentinens Hipolyto Irigoyen. Aus Chile und Paraguay kommen beunruhigende Nachrichten, und im Augenblick toben in Brasilien schwere Kämpfe zwischen der bisherigen Regierung und den Aufständischen, zu denen bereits 10 Staaten übergegangen sind. Überall das selbe: altbewährte Männer, die diktatorisch regierten, werden auf einmal durch Militärverschwörungen aus dem Sattel gehoben. Militärverschwörungen hat es dort ja nun immer gegeben. Wie kommt es, daß sie jetzt Erfolg haben? Die Antwort liegt in dem Begriff Weltwirtschaftskrise. Alle diese Länder nehmen an der Weltwirtschaft als Rohstofflieferanten teil. In Argentinien ist es der Weizen, in Brasilien der Kaffee, in Chile der Salpeter, in Bolivien das Zinn, in Peru das Kupfer. Nun erleben wir einen gewaltigen Preissturz aller dieser Rohstoffe, die Wirkung ist für diese Länder eine starke Absatzkrise, die Währung fällt, selbst in einem so dünn bevölkerten und zukunftsreichen Land wie Brasilien herrscht Arbeitslosigkeit, und man will sogar die Einwanderung sperren. Geht

es irgendwem wirtschaftlich schlecht, so macht er dafür die Regierung verantwortlich. Und wenn nun jemand verspricht diese Regierung zu stürzen, finden sich Anhänger in Fülle. Das ist in Deutschland so, in Polen, in Finnland. Aber in Südamerika kommt noch etwas hinzu. Fast alle diese Länder sind nämlich abhängig vom ausländischen Finanzkapital. In Peru war zum Beispiel 1927 schon ein Wert von 1 Milliarde Goldmark amerikanisches Kapital investiert, dazu englisches im Wert von 540 Millionen. Hinzu kommen noch deutsches, französisches, italienisches Kapital, so daß die Gesamtverschuldung Perus mit 2 Milliarden Mark wohl nicht zu hoch gegriffen ist. Leguia galt als Vertreter des ausländischen Kapitals, und sein Feind Sanchez Cerro wollte das Land national und sozial befreien. Washington hat starke Drohungen ausgestoßen, und so wird sich praktisch nichts ändern. Die Haupteisenbahnen gehören Amerikanern, vor dem Krieg Engländern. In Argentinien trat Irigoyen für England ein. Aber die Vereinigten Staaten sind finanziell stärker. So wurde von Argentinien mit amerikanischem Kapital die Argentine Navigation Company der englischen Royal-Mail-Gruppe abgekauft. Uriburu bekam sofort in New York einen Bankkredit, um den sich Irigoyen in London vergeblich bemüht hatte. Die brasilianische Kaffeewertung wurde bisher mit englischem Kapital durchgeführt. Sie ist zusammengebrochen. Das amerikanische Kapital wird sich nun stärker festsetzen. Der Milreis ist gewaltig gesunken. Aber diese Revolutionen bringen nicht nur Umschichtungen des Weltkapitals hervor sondern auch Umschichtungen in der Sozial- und Wirtschaftsstruktur Südamerikas, sie wirken in diesen Kolonialländern nationbildend. An allen Revolutionen hat hier die akademische Jugend teilgenommen, die Verstädterung und Industrialisierung der südamerikanischen Staaten wächst. Generale werden diese Länder nicht mehr lange regieren können. In dem Programm der Revolutionäre ist immer die Forderung auf Nationalisierung der Bodenschätze zu finden. Freilich ist das ausländische Kapital zu fest im Land verankert. Was erreicht werden wird, ist der Ersatz des Pfunds durch den Dollar. Die südamerikanischen Umwälzungen bieten, genau so wie die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise in Asien, Südafrika und besonders auch in Osteuropa, bemerkenswerte Hinweise auf das, was dem europäischen Kontinent nottut.

Europaprobleme

Noch ist die europäische Verständigung in den Anfangsstadien, aber schon erscheint ein Philosoph mit einer Arbeit über Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen /München, Duncker & Humblot/. Es ist der Heidelberger Privatdozent Arnold Bergstraeßer. Die politische Tendenz erhellt aus diesem Satz: »Solange das zu einer Kontinentalhegemonie Frankreichs tendierende System von 1919 Europa beherrscht, wird weder in Deutschland die Sicherheit gleichberechtigten Mitwirkens entstehen können, noch in den Herrscherstaaten der Verzicht auf eine militärische Sicherheit der durch Gewalt geschaffenen, auf Unrecht beruhenden Ordnung Europas geleistet werden können; es ist undenkbar, daß das System von 1919 und die Idee des föderativen Europa mit einander vereinbar werden.« Doch will der Verfasser nicht als leichtfertiger Militarist verstanden werden. Und es finden sich auch gute und zu unterschreibende Sätze in großer Anzahl. Der Grieche Aristoteles Poulimenos ist ein eifriger Vorkämpfer der europäischen Einigung. Er schrieb 2 Bücher: Vereinigte Staaten Europas und Europäische Politik, beide im Europäischen Verlag Hans Schmidt in Leipzig. Die kleinere Schrift stellt die Frage sehr klar dar: Wirtschaftliche Folgen des Kriegs, Amerika als Weltherrscher und Feind Europas, England als unsicherer Kantonist, die Vereinigung Europas kann allein einige Machtpositionen der europäischen Völker halten. Ausführlich wird das selbe Thema dann in der größeren Schrift behandelt. Hier ist die Stellung gegen England schon nicht mehr so klar. Schärfster ist die Amerikanische Gefahr dargelegt. Und alles ist belegt: Wirtschaftsnachrichten, Statistik, Auszüge aus Geschäftsberichten usw. Man kann nur zustimmen, wenn der Verfasser sagt: »Europa ist im Rahmen der Weltpolitik nunmehr eine naturgegebene Einheit, die zu bejahen oder zu verneinen nicht im freien Ermessen der einzelnen Festlandsstaaten mehr liegt. Derjenige Festlandsstaat, der die europäische Solidarität negiert, verneint seine eigene Existenz. Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft.« Welche Staaten sollen Europa bilden? Poulimenos schließt aus: Rußland, England, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien und Albanien, Spanien, Portugal, Dänemark sind fraglich, solange ihr gegenwärtiges Verhältnis zu England andauert. Die Grundlage bildet für ihn Deutschland und Frankreich.

Der Tübinger Historiker Johannes Hal-ler legt eine Studie 1000 Jahre deutsch-französische Beziehungen vor /Stuttgart, J. G. Cotta Nachfolger/. Sie ist sehr resigniert gehalten. »Zu spät« für eine Verständigung. Daß der »Zweibund von Intelligenz und Fortschritt«, wie Bismarck ein französisch-deutsches Bündnis genannt hat, nicht zustande kam, ist bei-der Länder Schuld, aber in Deutschland sei es nur Ungeschicklichkeit gewesen, die die Versöhnung vereitelt hätte, in Frankreich Mangel an gutem Willen. Wir werden in diesem Buch wenig Waf-fen für unsern Kampf zur Einigung un-seres Kontinents finden. Lesenswert bleibt das Buch des wohlunterrichteten Ver-fassers auf alle Fälle.

Jacob Ter Meulen schrieb eine groß-angelegte Geschichte der internationalen Gedankenwelt: Der Gedanke der inter-nationalen Organisation in seiner Ent-wicklung /Den Haag, Martinus Nijhoff/. Der 1. Halbband des 2. Bands behandelt die Zeit von 1789 bis 1870. 4 Perioden unterscheidet der sehr belesene Verfas-ser: 1. Von der Französischen Revolu-tion bis zum Zusammenbruch des Napo-léonischen Kaisertums. Deutsche und Franzosen treten mit Ideen internation-aler Zusammenarbeit auf. Diese Nationen sind es auch noch in der 2. Periode, der des Wiener Kongresses, während in der 3., der Restaurationsperiode, Engländer und Amerikaner außer den internation-alen Sozialisten hervortreten. In der 4. Periode, von 1848 bis 1870, finden dann die ersten europäischen Pazifistenkon-gresse statt. Viele ganz verstreute Do-kumente hat der Verfasser auf 370 Quart-seiten zusammengetragen.

Gustav Gonder ließ bei Paul Even in Metz ein Buch in deutscher Sprache er-scheinen: Armes Deutschland, armes Frankreich. Ein nettes Büchlein, das den Franzosen die "Dynamik" des deut-schen Lebens, den deutschen Hang zum Kollektivismus, das deutsche Wirtschafts-problem, dagegen den Deutschen die französische "Statik", den französischen Individualismus und die daraus resultie-rende französische Wirtschaft verständ-lich machen soll. Man sieht: Der Ver-fasser ist, bei allem guten Willen, in den Schlagwortantithesen befangen, die der einzelne ungeprüft übernimmt, die aber später durch das Leben ad absurdum ge-führt werden. Gleichwohl, vieles ist ganz richtig gesehen. Daher im ganzen ein wertvoller Beitrag.

Das kann man nicht so ohne weiteres von einer Schrift Wilhelm Guerges Pan-europa und Mitteleuropa /Berlin, B. Staar/

sagen. Neben sehr vielem Richtigen ent-hält das schon in 2. Auflage erscheinende Buch erstaunliche Zerrbilder. Von den wirtschaftstheoretischen Ausführungen, in denen ein (mißverständener) Gustaf Cassel gegen einen (verballhornten) Karl Marx ausgespielt wird, zu schweigen. Aber was soll man zu der Behauptung sagen, daß Frankreich innerhalb seiner Staatsgrenzen in überwiegendem Maß In-dustriegebiete einschließt? Dieses Vor-herrschen der Industrie in Frankreich ist dann der Grund, der dem Verfasser eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwi-schen Deutschland und Frankreich als unmöglich erscheinen läßt. Und noch schöner ist das gewichtige Gegenargu-ment gegen eine Vergleichung der Ver-einigten Staaten von Amerika mit Ge-samteuropa (Frage des Fortfalls der Bin-nenzollgrenzen): »Das Aufblühen der deutschen Industrie im vorigen Jahrhun-dert war nicht auf Freihandel sondern auf Schutzzoll zurückzuführen.« Es reg-net, obwohl es Nacht ist. Der kontinen-taleuropäische Gedanke sieht ja gerade Zollschutz vor: nämlich gegen Außer-europa, gegen den Einbruch von Übersee, aber freien Verkehr in dem wirtschaft-lich durchrationalisierten Vereinigten Eu-ropeischen Kontinent. Aber gerade ge-gen diesen ist Guerge; Mitteleuropa sei für Deutschland vorteilhafter. Also die jetzt von einigen Leuten, die 1½ Jahr-zehnte verschlafen haben, propagierte Rückkehr zu dem Naumannschen Mittel-europa von Anno 1916. Selbst wenn sol-che Meinung diskutabel wäre, was sollte die nichtdeutschen Teilnehmer an Mittel-europa veranlassen dieses Mitteleuropa einem Kontinentaleuropa vorzuziehen? Für Polen heißt es kategorisch: »Als zwin-gender Grund für Polen wirkt, daß es sich nicht einen mitteleuropäischen Ge-gner neben Rußland leisten darf.« Dann wird ein polnisches promitteuropäi-sches Wirtschaftsprogramm von 1917 (1) zitiert. Als Materialsammlung hat das Buch trotz allem seinen Wert.

Anschließend sei ein Blick auf die Schrift Andreas Fleissigs Planeuropa, die sozi-ale und wirtschaftliche Zukunft Europas /München, Duncker & Humblot/ gewor-fen. Der Verfasser ist für Planeuropa, das selbständig entsteht, sich auf unpoli-tischen Wegen in der Richtung einer planmäßigen Zusammenarbeit der konti-nentalen Wirtschaftskräfte bewegt. Es entsteht in der Form der Kartelle ein Plankapitalismus, der zu einer Zusam-menarbeit führen wird. An sich sehr richtig und hier oft ausgeführt. Aber damit kommt man an der Politik nicht

vorbei. Daß es die Politik ist, die zum Beispiel in den osteuropäischen Staaten trotz wirtschaftlichen Notwendigkeiten die Zusammenarbeit verhindert, daß sie bei ihnen »autarkiepsychologische« Wirtschaftskräfte auslöst, die einer Zusammenarbeit feindlich entgegenstehen, will der Verfasser nicht sehen. Die neuen Industriezweige will er durch seine Plankartelle aufkaufen und stilllegen. Das Buch ist viel zu sehr von Deutschland aus geschrieben, man merkt doch sehr den Mangel an Kenntnis der außerdeutschen wirtschaftlichen Zusammenhänge. Die Anpreisung des Plankapitalismus (ohne Konkurrenz, aber trotzdem im Kampf) gegen den Sozialismus, der manchesterliche Glaube an die regulativen freien Wirtschaftskräfte wirken 1930 erstaunlich. Trotz diesem Abwarten verlangt Fleissig zum Schluß von den sogenannten Paneuropäern, sie sollten sich aktivieren, sich der Wirtschaftsdinge bemächtigen und arbeiten im Sinn eines Plankapitalismus, seines Planeuropas. England solle zu dem Planeuropa gehören. Amerika würde "Paneuropa" bekämpfen, Planeuropa nicht. Damit hat er nun recht. Denn noch ein paar Jahrzehnte auf das "freie Spiel der Kräfte" warten heißt Europa den Untergang bereiten; und dann brauchten sich die Vereinigten Staaten von Amerika nicht mehr anzustrengen. Das brauchbarste Kapitel ist das über die Agrarfragen. Die europäische Landwirtschaft solle sich organisieren, zuerst auf der Seite des Absatzes, dann sollen sich die europäischen Getreideimport- und -exportländer verständigen. Es sei ein Unding, daß Deutschland, das 76% seines Industrieexports in Europa absetzt, 82% seines Getreideimports aus Übersee holt.

Vorkriegs-politik Eine allgemeine Darstellung bietet Wilhelm Mommsen in seinem Buch Die Vorgeschichte des Weltkrieges /Berlin, Arbeitsausschuß Deutscher Verbände/. Er behandelt die Zeit seit der Reichsgründung bis zum Attentat von Sarajewo. Die Julikrise 1914 selbst deutet er nur an. Deutschland und England wollten den Frieden, Rußland und Frankreich den Krieg. Also die typische Version des Nachkriegsdeutschlands, die nicht nur die geschichtliche Erkenntnis verhindert sondern auch dazu beiträgt Deutschland der englischen Führung anzuvertrauen und von Frankreich zu entfernen, so der Einigung unseres Kontinents und damit dem Wiederaufstieg Deutschlands im Weg steht.

Das belgische Außenministerium hat die aktenmäßigen Grundlagen der Scheldefrage in einem Graubuch zusammengestellt: Documents diplomatiques relatifs à la revision des traités de 1839. Es bietet eine gute Übersicht über den Stand der ja noch immer ungelösten Frage. Die Schrift Rudolf Ibbekens Das außenpolitische Problem Staat und Wirtschaft in der deutschen Reichspolitik 1880 bis 1914 /Schleswig, Johs. Ibbeken/ enthält, wie der Untertitel angibt, »Untersuchungen über Kolonialpolitik, internationale Finanzpolitik, Handelsverträge und die Bagdadbahn«. Der Verfasser betont, daß sich keine einheitliche Formel für das Verhältnis zwischen deutscher Außen- und Wirtschaftspolitik finden ließe. Weder sei die Außenpolitik immer durch wirtschaftliche Erwägungen geleitet gewesen, das sei sogar verhältnismäßig wenig vorgekommen, noch habe die Wirtschaftspolitik immer den großen Linien der Außenpolitik entsprochen. Das Buch ist fleißig und geschickt gearbeitet. Die deutsch-türkischen Verhältnisse treten plastisch hervor in der Schrift Carl Mühlmanns Deutschland und die Türkei 1913-1914 (in der Sammlung Politische Wissenschaft, herausgegeben von der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin und dem Institut für Auswärtige Politik in Hamburg /Berlin, Walther Rothschild/). Die hervorragende Darstellung dieses Augenzeugen ergibt, »daß die Entscheidung der deutschen Militärmission im Jahre 1913 türkischen Wünschen, türkischen Zweckmäßigkeitserwägungen entsprang und deutscherseits unter rein militärischen, das heißt eben nicht (und leider nicht) unter politischen Gesichtspunkten erfolgt ist; daß das Bündnis mit der Türkei von der deutschen Politik durchaus nicht von langer Hand herbeigeführt sondern im Gegenteil trotz dem türkischen Werben abgelehnt worden war, bis der militärische Druck des unmittelbar bevorstehenden europäischen Krieges einen ziemlich improvisierten Vertragsabschluß herbeiführte; daß endlich der Eintritt der Türkei in den Krieg an der Seite der Mittelmächte sich insofern mit Naturnotwendigkeit ergab, als eine türkische Neutralität auf die Dauer nicht durchführbar war«. Die letzterwähnte Tatsache, deren Richtigkeit man zugeben kann, zeigt drastisch, ein wie geringer Wert der bloß pazifistischen Argumentation zukommt, die eine Friedenssicherung etwa in der Neutralisierung Deutschlands statt in einer konstruktiven kontinentaleuropäischen Politik sieht.

Der ehemalige deutsche Generalkonsul in New York Horst Falcke berichtet in seinem interessanten Buch *Vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg* / Dresden, Carl Reißner/ über die deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten von Amerika 1914-1915. Er erklärt, daß nicht nur der Unterseebootkrieg Amerikas Eintritt in den Krieg hervorgerufen habe sondern auch die äußerst ungeschickte Tätigkeit von berufenen und unberufenen Propagandisten in den Vereinigten Staaten, denen sich schließlich agents provocateurs an die Seite stellten. Besonders das Bündnisangebot Deutschlands an Mexico, die Tätigkeit Dernburgs, der Versuch in den Staaten selbst die Torpedierung der Lusitania zu rechtfertigen seien gefährlich und dumm gewesen. Theodor Wolff schrieb im Winter 1918: »Militärische Notwendigkeiten verursachten vor Eintritt Amerikas in den Krieg auf amerikanischem Boden eine Reihe abenteuerlicher Komplottgeschichten, die auf die dortige Öffentliche Meinung ungeheuer eingewirkt haben, und die man hoffentlich in Deutschland auch einmal bekanntgeben und durchleuchten wird.« Das gerade unternimmt das vorliegende Buch.

Totenliste

Im Juli starb in Tokio der Feldmarschall *Graf Jasukata Oku*, der letzte der Oberbefehlshaber aus dem Russisch-Japanischen Krieg, 84 Jahre alt. Ende August starb der ehemalige Kommandeur der amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland, der General *Henry Allen* an einem Herzschlag während eines Besuchs im Sommerhaus eines Gesandtschaftsrats der Deutschen Botschaft in Buenavista Springs in Pennsylvania. Allen hat in Flandern gegen Deutschland gekämpft und gehörte zu den Militärs, die gegen den Waffenstillstand waren und dafür eintraten, daß die Armeen der Alliierten durch Deutschland marschierten und in Berlin den Frieden diktierten; was nicht geschah, weil Foch auch nicht ein einziges Menschenleben mehr geopfert sehen wollte. Allen kam später als Chef der amerikanischen Besatzung des Rheinlands nach Koblenz und wurde von deutscher Seite gefeiert, weil er sich da so ritterlich benommen hätte, namentlich aber, weil man seine Äußerungen (wie alle angelsächsischen der Nachkriegszeit) gegen Frankreich ausschalten konnte. Und das ist ein Symptom der psychischen Nachkriegsorientierung in Deutschland: Der den Marsch auf Berlin wollte, fand Dank; der ihn verhinderte, fand Haß.

Am 13. Oktober starb in Paris der französische Diplomat *Henry Allizé*, im Alter von 71 Jahren. Schon Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts war er in Berlin, als Botschaftssekretär; danach hatte er verschiedene diplomatische Posten in anderen Ländern inne, war auch Gesandter in Stockholm. Anfang 1909 kam er als französischer Geschäftsträger nach München, er erlebte den Ausbruch des Weltkriegs in Deutschland. Nach dem Friedensschluß beauftragte man ihn mit einer diplomatischen Mission in Wien. Es wurde ihm auch der Botschafterposten in Berlin angetragen, den er jedoch nicht annahm.

Kurze Chronik Die italienische Kammer ratifizierte am 10. April den *italienisch-österreichischen* Freundschafts-, Versöhnungs- und Schiedsgerichtsvertrag. Der Unterstaatssekretär Fani erklärte, die Freundschaftsgefühle der österreichischen Regierung und des österreichischen Volks fänden im Herzen der italienischen Regierung und des italienischen Volks vollen Widerhall. Man arbeite überall für den Frieden. Der Fascismus und sein Führer seien stolz darauf dies feierlich vor der ganzen Welt erklären zu können. ◊ Der Althing Islands nahm anlässlich der Jahrtausendfeier, die vom 26. bis zum 28. Juni begangen wurde, ein Gesetz über die vollständige Unabhängigkeit Islands an. ◊ Der deutsche Einspruch gegen die *englischen Pläne* einer Vereinigung der Verwaltung der englischen Kolonie Uganda mit der des Mandatsgebiets Tanganyika (früher Deutsch Ostafrika) wurde vom Außenminister Julius Curtius zwar angemeldet, aber seine formelle Einbringung wurde natürlich auf eine andere Zeit vertagt. ◊ Der Völkerbundsrat befaßte sich in seiner 60. Sitzung auch mit der *Palästinafrage*. Die Mandatskommission hatte einen Bericht erstattet, der für England nicht rühmlich war. Die Erklärung, die man dann gab, England habe nur versprochen in Palästina der jüdischen Nation eine Heimstätte, nicht aber einen Staat einzurichten, sagt gar nichts. In der Sitzung kam es zu einem Kompromiß. Die Kritik des Berichts wurde etwas gemildert, und Arthur Henderson erklärte, die Mandatsmacht könne den Frieden im Land nicht herstellen, wenn nicht die beiden Elemente der Bevölkerung Palästinas ihr dabei helfen. Wie dieser britische Friede in Palästina aussehen soll, ersieht man aus den von der britischen Regierung am 20. Oktober veröffentlichten Doku-

menten, die substanziell nichts anderes enthalten als eine Preisgabe der Balfourdeklaration, eine Verhinderung jüdischer Kolonisation und die Aufrichtung eines Regimes in Palästina, das dauernd zu Konflikten zwischen Juden und Arabern führen muß, wobei dann die britische Verwaltung die Rolle des Schlichters zu übernehmen hätte.

Literatur Dem Frankfurter Professor für Auslandskunde und Außenpolitik Otto Köbner widmeten seine Freunde und Schüler zum 60. Geburtstag eine Festschrift des Titels *Außenpolitische Studien* / Stuttgart, Verlag Ausland und Heimat/. Über Politik als Lehrfach und die dabei entstehenden Probleme äußern sich Otto Hoetzsch, Erich Dombrowski, Gottfried Salomon, der Grieche A. Frangulis. Mehr theoretischen Charakters sind auch noch die Beiträge von Walther Vogel, Wolf von Dewall, Friedrich Dessauer, Friedrich Giese, während Fritz Wertheimer, Heinz Ziegler, Ludwig Bergsträßer Minderheitenprobleme aufgreifen. Eine ganze Anzahl außenpolitischer Probleme ist behandelt. Es seien hier vorerst nur die Verfasser und Titel genannt; auf die Arbeiten wird man bei den Problemen selbst eingehen, wozu sich in dieser Rundschau stets Möglichkeiten ergeben. Adolf Grabowsky behandelt die Außenpolitik der sogenannten Sowjetunion, Karl Strupp die Lateranverträge, Wolfgang Kraus bespricht die völkerrechtliche Stellung Britisch Indiens, Siegfried Krautkopf den Hilton-Young-Bericht über Ostafrika. Über Nankings Aufstieg schreibt Erich von Salzmann, während der japanische Professor Uehara interessantes Material über das koloniale Milizsystem in Japan beisteuert. Veit Valentin bringt neue russische Quellen zur Berliner Märzrevolution, Karl Klinghardt nennt seine Arbeit die Hauptphasen der türkischen Geschichte des 20. Jahrhunderts in ihrer Abhängigkeit von nationalen Charakterzügen. Über den Ozean führt uns die Studie des Herausgebers des ganzen Buchs Wilhelm Arntz *Der Konflikt zwischen Staat und Kirche in Mexico*, während Paul Arndt in dem Artikel *Nordwesteuropa und Nordostamerika in der Weltwirtschaft* auch eins der Hauptprobleme der Welt politik behandelt. Die meisten Verfasser sind Professoren; trotzdem ist das Buch keineswegs professoral sondern äußerst lebendig und gibt jedem, der die Außenpolitik für mehr hält als ein beliebtes Bierbankgerede, viel zu denken.

Sozialistische Bewegung / Valtin Hartig

Internationale Die Sozialistische Internationale hielt am 22. und 23. August in Zürich eine Vorstandssitzung ab, der Beratungen von Bureau und Kommissionen vorausgegangen waren. Zu dieser Sitzung war dem Vertreter der italienischen Sozialisten im Exil, Pietro Nenni, von der Schweiz die Einreiseerlaubnis erstaunlicherweise verweigert worden, wogegen natürlich die Internationale scharfen Protest einlegte. Der Vorstand hörte eine Reihe von Berichten an und beschloß verschiedene längere und kürzere Resolutionen, so gegen das neue Regime in Finnland, zur Kurdischen Frage, zur Abrüstung, zum Problem Indien. Dabei ist es interessant zu erfahren, daß bei der Resolution über Indien, die die Erwartung ausspricht, daß es der britischen Arbeiterregierung gelingen werde den Forderungen der indischen Völker nach Autonomie in einer Weise gerecht zu werden, die mit den Grundsätzen des Sozialismus und der Arbeiterbewegung übereinstimmt, die Vertreter Englands sich der Stimme enthielten. Angesichts der wirtschaftlichen Weltkrise und der wachsenden Arbeitslosigkeit empfand man die Notwendigkeit auch auf diesem Gebiet etwas zu tun und beschloß eine Resolution über das Problem, die das Sekretariat beauftragt mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund zwecks Einsetzung einer Kommission zur Einberufung einer Weltkonferenz über das Problem der Arbeitslosigkeit in Verbindung zu treten. Außerdem beschloß man eine Kommission aus deutschen und französischen Vertretern unter dem Vorsitz Louis de Brouckères einzusetzen, die die Probleme der Rückgabe des Saargebiets an Deutschland behandeln soll. Der nächste Kongreß der Sozialistischen Internationale soll am 25. Juli 1931 in Wien beginnen.

Deutschland In einem stattlichen Band legt der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Rechenschaft über die politische Tätigkeit und das organisatorische Leben der Sozialdemokratie im Jahr 1929 ab. Das umfangreichste Kapitel des Jahrbuchs ist verständlicherweise der Bericht der Reichstagsfraktion. Selbst unter den politisch so bewegten Jahren der Nachkriegszeit kommt dem Jahr 1929, dem Jahr der Regierung Hermann Müllers, eine besondere Bedeutung zu,

da es die Neureglung der Reparationen, das heißt der wichtigsten außenpolitischen Frage für Deutschland, brachte und die Reichsfinanzkrise in schärfster Form offenbarte. Über all das wie über die gesamte Arbeit des Reichstags wird in nüchterner Weise berichtet. Eine Kritik der Parteitätigkeit wird niemand in diesem Buch suchen; doch findet man auch keinen phrasenhaften Überschwang. Im gleichen Geist berichtet ein besonderes Kapitel über die Politik in den verschiedenen Ländern. Dies feststellen heißt natürlich nicht zu der im Reich und in den Ländern getriebenen Politik der Partei Ja sagen. Es handelt sich hier nur um die Würdigung eines vom Parteivorstand herausgegebenen Buchs, nicht um die Würdigung der Parteitätigkeit selbst. Sonst müßte man hervorheben, daß sich die Partei zu sehr von den Tagesfragen absorbieren läßt, daß sie infolgedessen der 1928 hereinbrechenden Wirtschaftskrise nicht produktionspolitisch entgegentrat, so daß sie ihr 1929 ausgeliefert war; dann müßte man dem Kabinett des Jahres 1929, das unter sozialdemokratischem Einfluß stand, vorwerfen, daß es in der Finanzpolitik von einer geradezu unbegreiflichen Inaktivität gewesen ist. Besonderes Interesse verdient der Abschnitt des Buchs, der von der Organisation der Sozialdemokratie handelt. Er zeigt die bewundernswerte Stärke der Partei und ihrer Einrichtungen, deren Ausbau voranschreitet, und in denen neben den Freien Gewerkschaften, trotz dem überraschenden Wahlergebnis, eine unerschütterliche Garantie für die Deutsche Republik gegeben ist. Die Mitgliederzahl konnte 1929 um über 84 000 auf 1 021 777 gesteigert werden, die Anzahl der Frauen beträgt 218 335, die der Ortsgruppen 9544. Beachtenswert erscheint, daß fast die gesamte Mitgliederzunahme, nämlich um 75 000, in der Werbeweche erzielt wurde, und dies in der Zeit, in der die Sklarekaffäre verleumderisch von allen Seiten gegen die Partei ausgeschlachtet wurde. Von Interesse wäre es auch etwas über die Mitgliederfluktuation zu erfahren. Die Einnahmen und Ausgaben der Bezirke balanzieren mit rund 11, die der Hauptkasse mit rund $3\frac{1}{4}$ Millionen Mark. Der höchste Ausgabeposten bei den Bezirken ist der für Agitation, der 2,78 Millionen umfaßt. Trotz den Kommunalwahlen betragen die Ausgaben für Wahlen nur rund 1,5 Millionen Mark. Dafür steht an 2. Stelle mit 2,677 Millionen Mark der Posten Verwaltung; dazu führt die Hauptkasse für

Verwaltungsausgaben für die Bezirke auch noch einmal gegen 455 000 Mark auf, und ein weiterer sehr beträchtlicher Posten Sonstige Ausgaben wird mit 1 374 000 Mark angegeben. Es dürfte nicht schaden, wenn die Rubrik Verwaltung in Zukunft etwas mehr spezifiziert würde. Bei genauerer Durchsicht des Finanzberichts nimmt man mit einer gewissen Überraschung wahr, daß die Durchschnittszahl der Beitragswochen bei den Frauen höher ist als bei den Männern. Von den sonstigen Einrichtungen, die dem Parteivorstand unterstehen, nimmt mit Recht das Bildungswesen mit seinen verschiedenen Untergruppen einen erheblichen Raum ein.

Wie das vorjährige Jahrbuch enthält auch das für das Jahr 1929 in einem Kapitel Politik und Wirtschaft einige längere Aufsätze über Spezialfragen. Besondere Beachtung verdient der Artikel Johannes Stellings über die Kommunalwahlen, da er die Stärke der Parteivertretung in den Selbstverwaltungskörperschaften aufzeigt. Bei der wachsenden Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft und angesichts des heißen Kampfes um sie ist es zu begrüßen, daß dieses Jahrbuch, das unter den Funktionären der Partei doch stark verbreitet wird, einen längeren Aufsatz Walter Pahls über den Umfang und die Probleme der öffentlichen Wirtschaft bringt.

In seinem letzten Abschnitt bringt das Jahrbuch Darlegungen über die anderen Zweige der deutschen sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung, wie die Gewerkschaften, Genossenschaften, den Sport und die Volksfürsorge. Damit gibt es eine Gesamtübersicht über die Tätigkeit und Entwicklung der sozialistisch organisierten Kräfte der Arbeiterklasse im Jahr 1929. Vielleicht noch mehr als in der sachlichen Schilderung des politischen Geschehens liegt der Wert des Jahrbuchs gerade in der Darstellung der Organisation der Sozialdemokratie und der ihr verwandten Zweige der Bewegung im Jahr 1929. Wahlergebnisse besagen noch nicht alles. Man muß wissen, welche ständige organisatorische Größe hinter den Ziffern steht.

Deutschland: Die Reichstagswahlen am 14. September brachten eine unangenehme Überraschung. Nicht einmal so sehr wegen der Verluste der Sozialdemokratie als wegen des Emporschnellens der nationalsozialistischen Stimmen. Dabei kann man nicht sagen, daß der Wahlausfall antisozialistisch gewesen sei; denn der

Erfolg Hitlers ist zum großen Teil auf den (freilich nur demagogischen) Gebrauch sozialistischer und antikapitalistischer Schlagworte im Wahlkampf zurückzuführen. Auch nicht als antimarxistisch kann das Ergebnis des 14. Septembers bezeichnet werden; selbst Georg Straßer bescheinigte im Nationalsozialisten an dem Tag nach der Wahl, daß der Marxismus unerschüttert sei; und in der Tat sind die Stimmen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei zusammen gegenüber 1928 um $\frac{1}{2}$ Million gestiegen. Dabei darf man jedoch nicht aus dem Auge lassen, daß in Anbetracht der größeren Stimmenabgabe der Anteil dieser beiden Parteien an der Gesamtzahl von 40,4% auf 37,6% zurückgegangen ist. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen unangenehme Ergebnisse in Erfolge umzudeuten. Die Sozialdemokratie hat gegen 1928 10 Mandate verloren. Bei dieser Feststellung kann man nicht stehen bleiben. Über 4 Millionen Stimmen sind mehr als 1928 abgegeben worden, also rund 13% mehr. Danach hätte, um ihren Bestand in gleichem Verhältnis zu bewahren, die Sozialdemokratie gegen 19 Mandate gewinnen müssen. Der wirkliche Verlust ist somit beträchtlich genug. Man darf ihn aber auch nicht überschätzen. 1928 stellte einen sehr großen Erfolg dar, so daß unter weniger ungünstigen Verhältnissen die Erhaltung seiner Stimmenzahl bereits als ein Sieg hätte betrachtet werden müssen. Nun konzentrierte sich der Angriff aller Parteien diesmal in besonders gehässiger Weise gegen die Sozialdemokratie. Angesichts dessen hat sich die Partei sehr gut behauptet. Sie führte allerdings auch einen heroischen Kampf. Das besondere Merkmal der diesmaligen Wahlkampagne war die direkte Unterstützung der Partei durch die Gewerkschaften. Sie wurde nicht nur dadurch geleistet, daß diese eine beträchtliche Geldsumme der Partei für den Wahlkampf zur Verfügung stellten, sondern auch dadurch, daß sie die Gewerkschaftsangestellten und -funktionäre speziell für die Wahlagitiation mobilisierten. Deshalb soll man es nicht verdunkeln wollen: Die deutsche Sozialdemokratie hat in Deutschland am 14. September, wie voriges Jahr die belgische Arbeiterpartei (siehe diese Rundschau, 1929 II Seite 739), eine Schlappe erlitten. In Belgien hat der unbefriedigende Wahlausfall dazu geführt, daß man Anstrengungen machte die Parteiorganisation zu festigen. Auch in Deutschland dürfte eine

Gewissenserforschung am Platz sein, eine Aufrüttelung des Parteiapparats, eine Auflockerung seiner Routine Nützen bringen. Dabei sind 2 Gebiete besonders zu beachten. Das flache Land, die klein- und mittelbäuerliche Bevölkerung ist intensiver und mit neuen Methoden zu bearbeiten. Es genügt nicht diesen steinig und doch nicht hoffnungslosen Boden gerade einmal während des Wahlkampfes zu besuchen. Andererseits hat die Partei gerade auch den industriellen Zentren ihre Aufmerksamkeit zu widmen und darin ihre Arbeitsmethoden zu revidieren. Hoffentlich hat die letzte Wahl das Ergebnis die diesmal im Kampf geübte Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei durch die Gewerkschaften zu einer dauernden werden zu lassen.

Frankreich Die Französische Sozialistische Partei hielt ihren 27. Parteitag vom 8. bis zum 11. Juni in Bordeaux ab. Die Tagesordnung war so überladen, daß sie nicht ganz erledigt werden konnte, und der so wichtige Punkt der Wehrfrage und Abrüstung, da keine Zeit zu eingehender Behandlung vorhanden war, auf später verschoben wurde. Der Geschäftsbericht wurde nach lebhafter Diskussion einstimmig angenommen. Wir entnehmen ihm, daß die Partei sich in guter organisatorischer Entwicklung befindet, und daß das Zentralorgan *Le Populaire* bereits eine Auflage von rund 40 000 aufweist. Die gegensätzlichen Meinungen, die zwischen rechts und links in der Partei selbst über die Taktik, über die Regierungsteilnahme, bestehen, kamen weniger scharf zum Ausdruck als man eigentlich erwartet hatte. Infolge der zahlreichen Übertritte aus der sich auflösenden Kommunistischen Partei Frankreichs (man hatte den Übertretenden bis zum Sommer die gleichen Rechte gewährt) war eine "Radikalisierung" zu befürchten. Diese Besorgnis hat sich aber nach dem Kongreßverlauf als überflüssig erwiesen. Allerdings wurde der Punkt, bei dessen Behandlung die Gegensätze wohl am stärksten gewesen wären: die Stellung zur nationalen Verteidigung und zur Abrüstung, wie gesagt, noch nicht behandelt. Lebhaft Auseinandersetzungen gab es wegen der Taktik der Partei im 2. Wahlgang, besonders ihrer Haltung bei einer Nachwahl in Bergerac, bei der man die Sozialradikalen zum Vorteil der Rechten nicht unterstützt hatte. Es wurde an der seither schon geübten allgemeinen Richtlinie festgehalten in jedem einzelnen Fall so zu entscheiden, daß der fort-

schrittlichste Kandidat unterstützt wird. Auf der Tagung in Bordeaux wurde auch endlich, und zwar von Frauen, die Frage der Frauenorganisation angeschnitten, nachdem sie in der Parteipresse vorher diskutiert worden war. Den Sprecherinnen wurde enthusiastisch applaudiert. Der Parteitag beschloß über diese Frage noch nicht zu entscheiden, sondern sie erst noch eingehender zu studieren. Bei der Behandlung des Berichts der Parlamentsfraktion tritt man sich über solche Gewissensfragen wie darum, ob man es dulden könne, daß ein Sozialist Berichterstatter über das Flugwesen (Pierre Renaudel), und ob die Partei sich etwas vererbe, wenn eins ihrer Mitglieder gar Kammerpräsident (Fernand Buisson) sei. Schließlich wurde auch dieser Bericht angenommen. Einer der bewegtesten Momente der gesamten Tagung wurde durch die Diskussion über die Agrarfrage gebildet, besonders durch die Darlegungen Camille Peters', die der Kongreß als Broschüre herauszugeben beschloß. Man hält die Ausarbeitung eines Agrarprogramms für nötig. Bei den Wahlen zu den Parteikörperschaften wurden die Vertreter der Renaudelgruppe (der Gemäßigten, die für eine Teilnahme an einer Koalitionsregierung sind) wieder hineingewählt, die auf dem Parteitag in Nancy als Protest gegen eine proportionale Zusammensetzung der zentralen Parteikörperschaften nach den beiden in der Sozialistischen Partei vertretenen Richtungen eine Wahl abgelehnt hatten. In einer Reihe von Nachwahlen hat die Sozialistische Partei in der letzten Zeit erfreuliche Erfolge erzielt.

England

England mit seinen Dominationen, Kolonien und Kronländern ist ein Weltreich, daher eine Welt für sich. Anfang Oktober trat die Reichskonferenz in London zusammen, deren Aufgabe es ist den Zusammenhalt der Reichsteile fester zu fügen. Fast in allen Teilen des Imperiums existieren Arbeiterbewegungen, die zusammen geradezu eine besondere Art Internationale mit eigenen Problemen (und sogar Gegensätzen) darstellen können. (Canada hat zum Beispiel die Einwanderung auch für die englischen Arbeitslosen gesperrt.) Zum 3. Mal fand, vom 21. bis zum 25. Juli, in London eine Konferenz der Arbeiterparteien des Britischen Reichs statt; die 1. wurde 1925, die 2. 1928 abgehalten. An ihr nahmen auch die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen teil. Als Vertreter der Sozialistischen Internationale war

deren Sekretär Friedrich Adler, als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes dessen Generalsekretär Johann Sassenbach erschienen. Beschlüsse und Resolutionen wurden auf der Konferenz nicht gefaßt. Aber eingehend diskutierte man die Frage der inneren Beziehungen wirtschaftlicher und politischer Art zwischen den einzelnen Teilen des Weltreichs. Susan Lawrence referierte über die Sozialpolitik der Arbeiterregierung, Arthur Hayday über die Gegenseitigkeit auf dem Gebiet der Sozialversicherung. Der Sinn der Konferenz war eine engere Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterorganisationen des Weltreichs durch gegenseitige Fühlungnahme und gemeinsamen Gedankenaustausch. Natürlich besteht auch der Wunsch bei der Arbeiterbewegung des Mutterlands dadurch die Schwierigkeiten der eigenen, der Labourregierung zu verringern.

Die Labour Party hielt vom 6. bis zum 10. Oktober ihren diesjährigen Parteitag in Llandudno ab. Fast 1½ Jahre ist ihre Labourregierung nun am Ruder, eine Zeit steigender Wirtschaftskrise, die das Kabinett MacDonald nicht meistern konnte. Es war zu erwarten, daß der Kongreß in Llandudno stürmisch verlaufen würde, daß sich die angesammelte Unzufriedenheit über die Taten oder den Tatenmangel der Regierung Luft machen würde. Man war gespannt, ob zu den Schwierigkeiten, die MacDonald in dieser schweren Zeit als Minderheitsregierung in Überfülle zu bestehen hat, noch die neue des Mißtrauens im eigenen Lager kommen würde. Der Parteitag wurde tatsächlich bewegt, es gab scharfe Angriffe, große Überraschungen. Aber sein Gesamtergebnis ist: Die Partei steht mit neuem Vertrauen, wie im Vorjahr in Brighton, hinter ihrer Regierung, von der sie allerdings in Zukunft eine größere Aktivität innenpolitisch für den englischen Arbeiter selbst erwartet. Eine Ausnahme macht auch diesmal wieder die Independent Labour Party.

Der Kongreß wurde von Susan Lawrence, Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, geleitet. Der Chef der Regierung und die einzelnen Minister erschienen auf der Tagung, um über ihre Tätigkeit zu referieren, Rechenschaft abzulegen und Kritik entgegenzunehmen. Die Tagesordnung umfaßte eine Fülle wichtigster Fragen, unter denen die Arbeitslosigkeit am stärksten brennt. Andere Punkte betrafen die Wohnungsnot, die Krise der Landwirtschaft, Transportwesen, Erziehung, Abrüstung, Indien. Außerdem war das Statut zu ändern.

Die Überraschung des 1. Tags bildete die Erklärung Arthur Hendersons, daß die Labourregierung die von den Gewerkschaften stets leidenschaftlich geforderte Aufhebung des Baldwin'schen Antigewerkschaftsgesetzes nächstens durchsetzen, und daß die nächste Thronrede bereits darauf eingehen werde. Am 2. Tag hielt James Ramsay MacDonald eine Rede zur Verteidigung der Politik seines Kabinetts. Der Führer der Independent Labour Party, James Maxton, griff ihn wegen der Arbeitslosenfrage scharf an, aber seine gegen die Regierung gerichtete Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Die Verhandlungen der folgenden Tage berührten insbesondere die Landwirtschaftskrise, zu der Minister Christopher Addison sprach. Auch in England ist, wie in Deutschland, das Mißverhältnis zwischen den Preisen, die der Bauer erhält, und denen, die der Konsument zahlt, ungeheuer. Deshalb ist der Markt zu organisieren. Die Lage des Landarbeiters muß gehoben werden. Bei der Behandlung der Indischen Frage erhielt die Regierung, trotz den scharfen Angriffen seitens der Independent Labour Party, ein Vertrauensvotum. Einen der Höhepunkte der Tagung bildeten die Darlegungen Arthur Greenwood's, des Ministers für Gesundheitswesen. Er behandelte das Wohnungsproblem, die Beseitigung der Slums, Mutterschutz. Trotz seiner Warnung nahm der Parteitag eine Resolution an, die die Herabsetzung des Pensionsalters bei der Altersversicherung auf 60 Jahre fordert. Der letzte Tag brachte ein Referat des Transportministers Herbert Morrison, das die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes behandelte. Bemerkenswert darin war die starke Betonung der Notwendigkeit die öffentliche Wirtschaft auszubauen. Die Vorstandswahl brachte die Überraschung, daß James Henry Thomas, der Kolonialminister, aus dem Vorstand der Partei heraus-, und Oswald Mosley hineingewählt wurde. Darin kam die Unzufriedenheit mit Thomas und seinem Versagen in der Arbeitslosenfrage, in der Mosley ihm scharf gegenüberstand, deutlich genug zum Ausdruck. Zum Vorsitzenden wurde Stanley Hirst gewählt, der Hauptkassierer des Transport- und Fabrikarbeiterverbands. Der Daily Herald errichtete in Manchester eine 2. Druckerei für eine Ausgabe für Nordengland; die Zeitung, die im März rund 300 000 Exemplare absetzte, hat jetzt eine Auflage von 1 100 000.

Tschechoslowakei

In Prag fand vom 27. bis zum 29. September der 16. Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie statt. Ihm kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil er das Parteiprogramm neu formulierte. Nach dem letzten günstigen Wahlausfall im Oktober 1929, demzufolge die Partei mit 3 Ministern ins Kabinett eintrat, zu denen noch 1 Vertreter der Deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei kam, befindet sich die Partei auch innerorganisatorisch in einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung. Der Bericht für den Parteitag meldet, daß die Mitgliedschaft Ende 1929 rund 155 000 betrug, die in 3 833 Ortsgruppen zusammengefaßt war. Die Mitgliederzahl der Frauen beträgt 26 000. Die Jugendorganisation zählt 5 500 Mitglieder. Es bestehen 5 Tageszeitungen und 42 andere Parteiblätter. Die tschechoslowakische Arbeiterbewegung wurde durch die sogenannten Kommunisten furchtbar geschwächt. Die letzten Wahlen aber gaben der Sozialdemokratie ihnen gegenüber eine Mehrheit. Außerordentlich erfreulich ist die endlich zustande gebrachte Zusammenarbeit mit den deutschen Sozialdemokraten. Am 1. Juli hat sich die Sozialdemokratie Karpatorublands mit der tschechoslowakischen vereinigt. Eine Resolution verlangte eine Herabsetzung der Rüstungen; diese althergebrachte Forderung darf nicht fehlen. Besonders hervorzuheben ist, daß der Parteitag den Minderheiten in diesem Staat mit so verschiedenartiger Bevölkerung, in dem die nationalen Leidenschaften hohe Wellen schlagen, Kulturautonomie gewähren und die Sprachenfrage in der Verwaltung nur nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit, nicht nach solchen des nationalen Prestiges, geregelt wissen will.

Totenliste

Ein alter Kampfgenosse Liebknichts und Bebel's, *Karl Demmler*, starb Ende Juli, fast 90 Jahre alt, in Geyer im Erzgebirge, wo er zu den Mitbegründern der Parteiorganisation gehört hatte. In Ljubljana starb Ende Juli einer der Vorkämpfer der Sozialistischen Partei Sloweniens, *Anton Kristan*, im Alter von 49 Jahren. Er war schon 1909 für die nationale Einheit des Südslawentums eingetreten. In dem neuen Südslawenstaat wurde er Sozialminister. 1920 wurde er Minister für Bergbau und Forstwesen, er leitete selbst ein großes Staatsgut. Für den Sozialismus hat Kristan hauptsächlich als Förderer der Genossenschaftsbewegung gearbeitet.

Am 29. Juli starb *Camillo Prampolini* in Mailand. Er wurde in einer wohlhabenden bürgerlichen Familie in Reggio Emilia am 27. April 1859 geboren, studierte Jurisprudenz und widmete sich seit 1882 der Propaganda sozialistischer Ideen. 1886 gründete er die Zeitschrift *Giustizia*, die 40 Jahre bestand und die sozialistische Entwicklung Emilias entscheidend beeinflusste. Die Bedeutung Prampolinis bestand vor allem in der Förderung des ländlichen Genossenschaftswesens in der Umgebung von Reggio Emilia. Die Faschisten zwangen ihn 1925 Reggio Emilia zu verlassen. Er ging nach Mailand, wo er in einem Möbelladen seit 1926 sein Leben fristete.

Am 16. August starb in Berlin, fast 80 Jahre alt, *Robert Wengels*. Er war einer der ersten sozialdemokratischen Berliner Stadtverordneten, jahrzehntelang Mitglied der Pressekommission des Vorwärts und lange Vertrauensmann des 4. Berliner Reichstagswahlkreises. Er gehörte natürlich, als Berliner, im Revisionismusstreit zu den "Radikalen".

In der Nacht zum 24. August wurde *Jacob Pistiner*, der Führer der rumänischen Sozialdemokratie, in einem Eisenbahnkupee tot aufgefunden. Er ist 49 Jahre alt geworden. Er war der Sohn eines Kaufmanns in Fündülmoldavie, studierte Jurisprudenz, wurde Rechtsanwalt. 1899 trat er in die Sozialdemokratie ein. 1903 wurde er Redakteur der Czernowitzer Volkspresse und Mitglied der Parteileitung der Bukowina. Im alten Österreich hatte er manche Polizeischikane auszuhalten. Nach dem Krieg sorgte er für die Trennung der Partei von den "Kommunisten". 1922 bis 1926 führte er als einziger sozialdemokratischer Abgeordneter den Kampf gegen das feudale Gewaltregiment der Liberalen. Im Vorstand der Sozialistischen Internationale saß er als Vertreter der rumänischen Genossen.

Am 10. September starb in Berlin *Abraham Mutnik*, im Alter von 62 Jahren. Er war in der Partei unter dem Namen Gleb bekannt und einer der Begründer des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds und der Sozialdemokratischen Partei Rußlands. Seit 1919 lebte er in Berlin als Emigrant. Er wurde in Berlin neben Martow und Axelrod beigelegt.

Kurze Chronik Für eine der großen Freiheitskämpferinnen Rußlands, *Marie Spiridonowa*, die jetzt seit vollen 10 Jahren im Kerker schmachtet, und deren Gesundheit durch die Martern des Gefängnislebens völlig zerrüttet ist, bildete sich in

Deutschland ein Frauenausschuß, der für ihre und ihrer Leidensgenossinnen endliche Befreiung wirken und Mittel dafür aufbringen will. Käthe Kollwitz und Ricarda Huch unterzeichneten den Aufruf. Spiridonowa hat ihr ganzes Leben in Kerker und Verbannung für das russische Proletariat gelitten. Die Märzrevolution des Jahres 1917 befreite sie endlich. Aber nach dem bolschewistischen Staatsstreich wurde sie von neuem ins Gefängnis geworfen. ◊ Am 10. September wurde *Mihkel Martna*, der Führer der estnischen Sozialdemokratie, 70 Jahre alt. Er stammt aus ärmsten Bauernkreisen, wurde durch russische Studenten angeregt sich mit den Werken der sozialistischen Vorkämpfer zu beschäftigen. Von 1900 an arbeitete er, der sich selbst fortgebildet hatte, bereits in der Zeitung *Teataja* in Reval. 1904 wurde er verhaftet, die Zeitung 1905 aufgelöst. Martna lebte nun Jahre lang notgedrungen im Exil, meist in Zürich. Er schrieb damals ein Buch *Die roten Jahre in Estland*. 1917 kehrte er in seine Heimat zurück, und zwar in dem berühmten plombierten Wagen, der Lenin nach Rußland brachte. Aber er hatte mit den Bolschewisten nichts zu tun. Er schuf sofort eine sozialdemokratische Organisation, vertritt jetzt im estnischen Parlament als dessen Vizepräsident demokratische und sozialistische Forderungen.

Literatur Im Verlag des Bildungsausschusses Hamburg gab Egon Wertheimer das *Birminghamer Programm* der britischen Arbeiterpartei in deutscher Übersetzung mit einer Einleitung und fortlaufenden Erläuterungen heraus. Es ist eine Arbeit, die den deutschen Parteigenossen wertvolle Dienste zur Orientierung über das Wirken und manche ihnen vielleicht schwerer verständliche Maßnahmen der Labour Party leisten wird. Die Erläuterungen Wertheimers sind natürlich von der Tendenz getragen, die die ganze literarische und publizistische Arbeit des Londoner Berichterstatters des Vorwärts bestimmte; man wird ihnen also mit einer gewissen Kritik gegenüber treten müssen. Sehr zu loben ist, daß sich in der Broschüre alle Teile des Programms, die wörtlich wiedergegeben sind, von den Zusammenfassungen, Hinzufügungen und Erklärungen durch die Schrift abheben; das eine ist in Antiqua, das andere in Fraktur gedruckt. Dem aufmerksamen Leser wird dadurch seine Aufgabe das Ganze selbst zu durchdenken in hohem Maß erleichtert.

Genossenschaftsbewegung / Erwin Hasselmann

Der 13. Kongreß des Internationalen Genossenschaftsbunds fand in diesem Jahr vom 25. bis zum 28. August in Wien statt. Der Tagung ging eine Reihe von Sondersitzungen der verschiedenen Unterorganisationen des Internationalen Genossenschaftsbunds voran, auch der Kursus der Internationalen Genossenschaftsschule wurde in der Zeit vom 16. bis zum 23. August in Wien abgehalten. Der Internationale Genossenschaftsbund umfaßt heute 40 Länder, die ihm angeschlossenen Organisationen zählen zusammen rund 56 Millionen Einzelmitglieder. Im Jahr 1913 waren es 23 Länder und 20 Millionen Einzelmitglieder. Die große Mehrzahl machen die Konsumgenossenschaftsverbände aus, aber auch landwirtschaftliche Genossenschaften, Produktivgenossenschaften und Kreditgenossenschaften gehören der Genossenschaftsinternationale an. Die ausgesprochene Vorrangstellung der Konsumgenossenschaften war Anlaß zu einer heftigen Debatte auf dem Genossenschaftskongreß, in deren Verlauf Vertreter Frankreichs und Englands eine stärkere Heranziehung und Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften forderten, und ein argentinischer Vertreter sogar mit der Gründung einer eigenen landwirtschaftlichen Genossenschaftsinternationale drohte, falls man den landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht größere Unabhängigkeit und Autonomie in der Internationale einräume. Hoffentlich bleibt jedoch dem Internationalen Genossenschaftsbund ein Kreuznach erspart; schon im Interesse der Zusammenarbeit von Verbraucher- und Erzeugergenossenschaften wäre das aufs innigste zu wünschen. Daß im Internationalen Genossenschaftsbund weitgehendes Interesse an den Fragen der landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften vorhanden ist, beweist die Tatsache, daß 2 von den 3 gehaltenen Referaten sich mit solchen Fragen befaßten. Thomas Allen /England/ sprach über das Zusammenlegen, die Finanzierung und den Absatz genossenschaftlicher Erzeugnisse in Verbindung mit der Konsumgenossenschaftsbewegung, Andrew Cairns /Canada/ über die canadischen genossenschaftlichen Weizenpools. Allen vertrat die Auffassung, daß eine enge Verbindung zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften eine notwendige Voraussetzung für den Aufbau einer genossenschaftlichen Wirtschaft sei. Aus

Cairns' Referat verdient die Feststellung hervorgehoben zu werden, daß der canadische Weizenpool heute schon 50% der Weizenenergie kontrolliere, und daß der Weizenpool keineswegs die Ausnutzung einer Monopolstellung dem Markt gegenüber erstrebe, also von hier aus einer Zusammenarbeit beider Genossenschaftsarten keine ernststen Schwierigkeiten drohten. Nach der Debatte über beide Referate wurde eine Resolution angenommen, deren 1. Satz eine gewisse programmatische Bedeutung hat und deshalb hier wiedergegeben sei: »Der Kongreß bestätigt aufs kräftigste die Bestrebungen, die der Bund gemacht hat, um die Anknüpfung organischer Beziehungen zwischen den genossenschaftlichen Organisationen der Verbraucher und der landwirtschaftlichen Erzeuger zustande zu bringen, und erachtet diese Bestrebungen als das wirksamste Mittel zur Lösung des Absatzproblems und gleichzeitig als den ersten Schritt für die Entwicklung des Genossenschaftswesens zu einer weltumfassenden wirtschaftlichen Macht.« Das 3. Referat hielt Vollrath Klepzig /Deutschland/ über die Rochdaler Genossenschaftsprinzipien und die modernen Systeme der Warenabgabe auf Kredit. Klepzig wandte sich besonders gegen das System der Gegenseitigkeitsvereine (Mutuality Clubs), ein Borgsystem, das in England eine gewisse Verbreitung gefunden hat. In einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution wird die Warenabgabe auf Kredit verurteilt, die Gründung von Spar- und Kreditgenossenschaften unter gewissen Umständen empfohlen. Am Schluß des Genossenschaftskongresses wurde Väinö Tanner /Finnland/ wieder zum Präsidenten des Internationalen Genossenschaftsbunds gewählt.

Bauhüttenwesen

Trotz ungünstiger Entwicklung des Bauplatzes im Jahr 1929 darf der Verband Sozialer Baubetriebe das Jahr 1929 als das erfolgreichste Jahr für die Bauhüttenbewegung bezeichnen. Mit der finanziellen Festigung der einzelnen Betriebe wuchs ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die auch für die Zukunft eine Aufwärtsentwicklung erhoffen läßt. Ende 1929 waren dem Verband Sozialer Baubetriebe 128 Baubetriebe angeschlossen, davon waren 100 Bauhauptbetriebe und 28 Baunebenbetriebe. Die letztgenannten setzen sich zusammen aus 11 Malerei-, 3 Tischlerei-, je 2 Töpferei- und Elektrobetrieben, 2 Betrieben für Heizungs- und Wasseranlagen, 2 Ziegeleien, je 1 Glaseri-, Klempnerei, Steinmetzbetrieb, 1 Be-

trieb für Isolierarbeiten, 1 Tiefbauunternehmen mit Architekturbetrieb und 3 Baustoffwerken und 1 gemischten Betrieb (Bau-, Möbeltischlerei, Tapezierer- und Dachdeckerarbeiten, Bank). Die 100 Bauhauptbetriebe sind nur zum kleinen Teil reine Maurereien. Die meisten führen auch Tischler-, Zimmerer-, Maler-, Dachdecker- und sonstige Bauarbeiten aus. Vielen Bauhütten sind Baustoffherstellungsbetriebe wie Ziegeleien, Sägewerke, Steinbrüche, Zementwarenfabriken usw. angeschlossen. Die Anzahl der Beschäftigten betrug im Durchschnitt des Jahres 1929 18 510, in der Zeit der besten Beschäftigung 29 368. Die wirtschaftliche Lage der Betriebe hat sich gefestigt, die Verluste sind geringer geworden, die Überschüsse gewachsen. Die Verlustsumme am Ende des Jahres 1929 (vorgetragene Verluste und die vom Jahr 1929) war mit 461 000 Mark um 246 000 Mark kleiner als die am Ende des Jahres 1928, während in der gleichen Zeit die Summe der bilanzmäßig ausgewiesenen Überschüsse sich um 329 000 auf 1 696 000 Mark erhöhte. Von den 128 Betrieben arbeiteten 108 mit Überschuß, 1 ohne Überschuß und 19 mit Verlust. Die Gesamtbilanzsumme betrug Ende 1929 98 081 000 Mark. Auffällig ist die Kleinheit des Stammkapitals (5 802 000 Mark) und der Reserven (2 257 000 Mark), die im Mißverhältnis zur Leistung der Betriebe steht. Eine Anpassung der eigenen Mittel an die erhöhten und sich noch erhöhenden Anforderungen ist dringendes Erfordernis. Die Entwicklung des Umsatzes veranschaulicht das Steigen der Leistungen; von 120 467 000 Mark im Jahr 1928 stieg der Umsatz auf 137 651 000 Mark im Jahr 1929. Im Anfang des Jahres 1930 war noch ein Auftragsbestand von 38 898 000 Mark vorhanden, das sind $2\frac{1}{2}$ Millionen mehr als im Anfang des Jahres 1928. Die Anzahl der bis Ende 1929 von den Sozialen Baubetrieben hergestellten Wohnungen stieg auf rund 82 000. Vom Umsatz des Jahres 1929 entfielen 100 201 000 Mark auf gemeinnützige, 20 508 000 auf öffentlichrechtliche und 16 942 000 auf private Auftraggeber. In diesen Zahlen dokumentiert sich die Schicksalsverbundenheit der verschiedenen Zweige gemeinwirtschaftlicher Betätigung, und zugleich kann aus ihnen die Forderung noch engerer Zusammenarbeit, noch intensiverer gegenseitiger Förderung abgeleitet werden. Gerade die Bauhüttenbewegung, die mit einer starken und leistungsfähigen Konkurrenz zu kämpfen hat, und die von den privaten Bauherren in der Regel aus grundsätz-

licher Einstellung heraus ausgeschaltet wird, braucht die Unterstützung der gemeinwirtschaftlichen Faktoren auf dem Baumarkt. Leider ist bei vielen Baugenossenschaften, mitunter selbst bei gewerkschaftlichen Unternehmungen, das Bewußtsein der engen Verbundenheit allen gemeinwirtschaftlichen Strebens noch recht schwach entwickelt. Das Problem gemeinwirtschaftlicher Zusammenarbeit, das in dem sehr gut redigierten Organ des Verbands Sozialer Baubetriebe, der Sozialen Bauwirtschaft, am 15. Juni in einer Reihe von instruktiven Aufsätzen ausgiebig behandelt wurde, bedarf gründlicher Diskussion in allen Zweigen der gemeinwirtschaftlichen Bewegung, damit die Zweifel über die praktische Verwirklichung der Gemeinschaftsarbeit beseitigt, und die Hemmungen so weit wie möglich aus dem Weg geräumt werden können.

Reichsverband Der Reichsverband Deutscher Konsumvereine hielt in diesem Jahr seinen 21. Genossenschaftstag vom 26. bis zum 28. Juli in Duisburg ab. Auch diese Tagung stand, wie die Konsumgenossenschaftliche Praxis schreibt, unter dem Eindruck »des entschlossenen Abwehrens gegen die Behandlung der Konsumgenossenschaften in der Öffentlichkeit«. In einer Resolution gegen die Sonderumsatzsteuer wird unter anderem auch von einer »konsumverfeindlichen Steuerrechtsprechung« gesprochen und vom kommenden Reichstag die schleunige Beseitigung des Unrechts der Sonderumsatzsteuer gefordert. Auf dem Genossenschaftstag wurden, neben den üblichen Berichten, Referate gehalten von Theodor Brauer über Familie und Genossenschaft und von Peter Schlack über Konsumgenossenschaften, Staat und Steuergesetzgebung. Fritz Beckmann, der Direktor des volkswirtschaftlichen Instituts an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn, behandelte auf einer in Verbindung mit dem Genossenschaftstag abgehaltenen Tagung der Großeinkaufs- und Produktionsaktiengesellschaft Deutscher Konsumvereine (Gepag) das aktuelle Thema Landwirtschaft und Verbraucher. Die wirtschaftliche Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen Erzeuger- und den Verbrauchergenossenschaften sei die Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf Standardware und Qualität, durch die allein der innere Markt wieder für die deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse zurückerobert werden könne (siehe dazu auch die Rundschau Landwirtschaft,

1930 II Seite 835). Anfänge landwirtschaftlicher Standardisierung sind vorhanden. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben die Aufgabe diese Anfänge auszubauen und zugleich auch an die praktische Verwirklichung der nun sowohl von Konsumgenossenschaftlicher wie von landwirtschafts-genossenschaftlicher Seite hinreichend oft geforderten Zusammenarbeit zwischen Erzeuger- und Verbraucher-genossenschaften heranzugehen. Vielleicht öffnet sich den Konsumgenossenschaften durch eine solche Zusammenarbeit auch ein Weg zur Konsumgenossenschaftlichen Erfassung der landwirtschaftlichen Verbraucher.

Die Wirtschaft, das Organ des Deutschen Beamtenwirtschaftsbunds, polemisierte

am 1. August gegen den in den Sozialistischen Monatsheften (1930 II Seite 462 und folgende) veröffentlichten Aufsatz des Bearbeiters dieser Rundschau über die wirtschaftliche Selbsthilfe der Beamten und ihre Entartung. Der Inhalt dieser Polemik ist ein deutlicher Beweis für die Entartung der Beamtenselfthilfe auf dem Gebiet der Ideologie. Das Abgleiten vom Boden der Selbsthilfe in der Praxis, das auch das genannte Organ zugeht, hat zu einer ideologischen Verwirrung geführt, die ein adäquater Ausdruck der tatsächlichen Situation des Deutschen Beamtenwirtschaftsbunds ist. Die Wirtschaft stellt fest: »Das deutsche Bekleidungswarenhaus hat $\frac{1}{2}$ Million Beamtenfamilien als Dauerkunden. Das spricht doch wohl für gute Leistungen. Einem solchen Hause wird die Beamten-schaft treu bleiben, ganz gleich, welchen Namen es führt.« Das bezeichnet die Richtungslosigkeit des Deutschen Beamtenwirtschaftsbunds, der so bescheiden geworden ist, daß ihm gute Leistungen eines privatwirtschaftlichen Unternehmens als ausreichend erscheinen dieses Unternehmen mit dem Nimbus der Selbsthilfe zu umgeben. Der privatwirtschaftliche Charakter der frühern Deutschen Beamtenwarenvorsorgung (Debewa) wird offen zugegeben. Wenn man früher unter anderm dieses Unternehmen im Firmennamen als »Anstalt des Deutschen Beamtenwirtschaftsbundes« bezeichnete, auf 76prozentige Kapitalbeteiligung des Deutschen Beamtenwirtschaftsbunds und auf die Wirksamkeit der sogenannten Wirtschaftsbeiräte hinwies, so war das zweifellos eine Verhüllung des wahren Charakters der frühern Debewa. Daß der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund die Gemeinnützigkeit der frühern

Debewa zur Schau gestellt habe, ist vom dem Bearbeiter dieser Rundschau niemals behauptet worden. Die Kernfrage seines Artikels lautete: Ist der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund vom Weg der Selbsthilfe abgewichen? Und darauf kann man nur mit einem Ja antworten. Selbst der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund muß zugeben: Hier und dort segelt Privatwirtschaft unter unserer Flagge. Daß aber die Privatwirtschaft ihre Interessen verfolgt und dabei mit schon bestehenden Beamten-genossenschaften (wie in Berlin) in Konkurrenzkampf treten muß, versteht sich von selbst. Ob der Konkurrenzkampf anerkannt oder gewollt wird, das sagt absolut nichts über seine Existenz aus. Dem Deutschen Beamtenwirtschaftsbund dürfte eine solche Diskrepanz zwischen Wollen und Wirklichkeit nicht fremd sein.

Ein drastischer Beweis dafür, daß der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund zusammen mit dem Privatkapital gegen die Selbsthilfewirtschaft der Beamten arbeitet, und ein bezeichnendes Symptom für die Entwicklung dieses Bundes ist der Vertragsabschluß zwischen ihm und der Hamburg - Mannheimer Versicherungs-aktiengesellschaft. Diese Versicherungsgesellschaft, an der auch ausländisches Kapital beteiligt ist, hat eine Sonderabteilung, den Lebensversicherungsverband für Beamte und deren Angehörige, ins Leben gerufen, die »im Dienste der sozialwirtschaftlichen Bestrebungen der Beamtenwirtschaft arbeitet«, das heißt gegen ein wirklich sozialwirtschaftliches Beamtenunternehmen, die Deutsche Beamtenversicherung, den Konkurrenzkampf eröffnet hat. Mit Hilfe des Deutschen Beamtenwirtschaftsbunds. Wie lange wird sich die genossenschaftlich orientierte Beamtenschaft das gefallen lassen?

Theorie In der von Ernst Grünfeld herausgegebenen Vierteljahrsschrift für das Genossenschaftswesen erschien eine Arbeit Karl Renners, betitelt Skizze einer ökonomischen Theorie des Genossenschaftswesens. Renner unternimmt hier den Versuch »das ökonomische Wesen der Genossenschaft herauszuarbeiten und so eine ökonomische Theorie der Genossenschaft zu geben, ohne auf deren juristische, technische und soziologische Natur einzugehen«. Er geht dabei aus von den Spaltungen des Wirtschaftens, die durch den Kapitalismus verursacht worden sind: einmal die Spaltung der ehemals geschlossenen Produktions- und Konsumwirtschaft durch Einschlebung der Zirkul-

lation und Verselbständigung der Produktions- und der Konsumsphäre, zum andern die Trennung der Arbeiter vom Arbeitsmittel und vom Werk. Die ersten genossenschaftlichen Experimente versuchten beide Spaltungen zu überwinden. Robert Owen erstrebte nichts anderes als eine völlig autarke »Genossenschaft des gesamten geistigen und leiblichen Daseins«. Er hat damit versucht ein Endziel gleich am Anfang zu verwirklichen, ohne Rücksicht auf die Zeit und ihre Entwicklungsgesetze und -kräfte, und mußte scheitern. Spätere Versuche beschränkten sich auf die Überwindung einer der beiden Spaltungen; die Produktivgenossenschaften schalten die Autokratie des Unternehmers aus. Sie können aber ihr anderes Ziel; die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag, nicht erreichen, wie sie denn überhaupt aus mannigfachen Gründen allmählich zu einer relativen Bedeutungslosigkeit herabsinken. Die bürgerliche Genossenschaft, Selbsthilfeorganisation einer Gruppe, unterscheidet sich durch ihren demokratischen Charakter und ihre Kampfindeologie von der rein auf Erwerbsinteressen ausgerichteten »Gesellschaft«. Ihr Ziel ist immer die Ausschaltung eines bestimmten Teils des unter die verschiedenen Zirkulationsagentengruppen aufgespaltenen Mehrwerts. Der Mehrwert wird jedoch nicht beseitigt sondern einer Gruppe über-eignet, "solidarisiert", nicht sozialisiert. »Die Solidarisierung des Mehrwerts hebt seine individuelle Aneignung auf und überstellt ihn einer Gruppe, welche ihn zum größeren Teil oder ganz für die Gruppe reserviert und so an Stelle des Individual- ein wahres Sozialkapital schafft.« Die proletarische Genossenschaft, unter der Renner im wesentlichen die Konsumgenossenschaft begreift, geht nicht von einer Zirkulationsfunktion ihrer Träger aus sondern von dem letzten Glied im Wirtschaftsprozeß; dem Konsum. Hier wird der letzte Teil des von der Gesamtarbeiterschaft geschaffenen Gesamtmehrwerts vom Arbeiter bezahlt. Die Funktion der Konsumgenossenschaften und ihrer Zentralorganisationen ist es nun den gesamten Mehrwert der Arbeiterschaft etappenweise wiederzuzueignen und dadurch ein Sozialkapital zu schaffen, über das die Arbeiterklasse verfügt. Das Wirken der Konsumgenossenschaften ist das einer »Maschinerie fortschreitender Sozialisierung, ständig auf dem Marsche befindlicher Wirtschaftsdemokratie«. Das Wachstum der Bewegung hat sie in einen Klassen-

kampf verstrickt, ohne daß dieser Klassenkampf von den Konsumgenossenschaften gewollt oder notwendig mit ihrem Wesen verbunden wäre. Renner ist der Auffassung, daß auch die bürgerlichen Genossenschaften in den Klassenkampf hineingezogen werden können und auch tatsächlich hineingezogen worden sind, da »Konkurrenzkämpfe, wenn auf beiden Seiten nicht Einzelne sondern große soziale Gruppen stehen, die Form des Klassenkampfes annehmen. So wenn die gesamte Bauernschaft von Händlern und Geldverleihern ausgebeutet wird, sich ihrer in gemeinsamem Kampfe zu erwehren sucht und dazu Genossenschaften gründet.« Ob der Begriff des Klassenkampfes in so weitem Sinn verwendet werden darf, mag manchem zweifelhaft erscheinen. Jedenfalls kann man in den Fällen, die Renner im Auge hat, nicht von bloßem Konkurrenzkampf sprechen. Renners Skizze einer ökonomischen Theorie der Genossenschaft beleuchtet das genossenschaftliche Gebiet von marxistischer Position aus, Funktionen und Beziehungen erscheinen in neuem Licht. Freilich sind erst die Umrisse gezeigt, der Versuch verdient weitergeführt zu werden.

Totenliste Am 9. April starb der Verbandsanwalt des Zentralverbands der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften Mährens, Schlesiens und der Slowakei *Wilhelm Freisler*, in seinem 68. Lebensjahr. Er stammte aus einer alten Bauernfamilie in Klatendorf im Kuhländchen. Während des Krieges erwarb er sich große Verdienste um die Eingliederung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in die Kriegswirtschaft. In vielen landwirtschaftlichen Organisationen arbeitete er mit. Zur Entwicklung des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in der Tschechoslowakei hat er sehr viel beigetragen. Der Bezirkskonsumverein Worms verlor am 28. Juni den Vorsitzenden seines Aufsichtsrats, den Lehrer *Leonhard Eppelmann*, der, fast 65 Jahre alt, einem Schlaganfall erlag. Er war seit dem Jahr 1916 Vorsitzender des Aufsichtsrats des Wormser Konsumvereins, für den er mit großer Pflichttreue gearbeitet hat. Sein besonderes Streben ging dahin die Beamtenschaft für den Genossenschaftsgedanken zu gewinnen. In Nauheim starb in der Nacht vom 5. zum 6. Juli der Rittergutsbesitzer *Emanuel von Schalscha*, in seinem 65. Lebensjahr. Seit 1896 war Schalscha im landwirtschaftlichen Genossenschafts-

wesen tätig, und er hat sich vor allen Dingen um die schlesische Bauernschaft Verdienste erworben. Von 1921 bis 1929 war er Verbandsdirektor des Verbands Schlesischer Landwirtschaftlicher Genossenschaften in Breslau und als solcher Mitglied des Gesamtausschusses des Reichsverbands der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Am 6. Juli verschied in Metzeln der frühere Generaldirektor der Raiffeisenorganisation *Hermann Dietrich*, im Alter von 75 Jahren. 17 Jahre lang, von 1910 bis 1927, stand er an der Spitze der Raiffeisenbewegung; er hat sehr viel zu ihrem glänzenden Aufstieg in jenen Jahren beigetragen. Der Zusammenbruch der Raiffeisenbank erschütterte ihn tief. Seine Persönlichkeit und sein Werk haben viel für die Raiffeisenbewegung bedeutet, seine Leistung sichert seinem Namen einen Platz in der Geschichte des Genossenschaftswesens.

Am 20. August starb in Stuttgart *Theodor Gauß*, fast 79 Jahre alt. Er hat sich schon seit 1887 führend in der Stuttgarter Konsumgenossenschaftsbewegung betätigt, als Mitglied und später als Vorsitzender im Aufsichtsrat des Spar- und Konsumvereins Stuttgart. Nach Kreuznach setzte er sich in Süddeutschland für die Zusammenfassung der Konsumvereine in dem neugegründeten Zentralverband ein. 1902 wurde er 2. Vorsitzender des Verbands Süddeutscher Konsumvereine, und einige Jahre später Verbandsdirektor des Verbands Württembergischer Konsumvereine. Von 1903 bis 1922 gehörte er dem Ausschuß des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine, von 1912 bis 1922 dem Generalrat an. Als er 1922 seine Ämter niederlegte, ernannte ihn der Verband Württembergischer Konsumvereine zum Ehrenvorsitzenden. Die süddeutsche Konsumgenossenschaftsbewegung verlor eine Führerpersönlichkeit, die ihr ganzes Können in ihren Dienst gestellt hatte.

Am 1. September starb in Berlin der Vorsitzende des Reichsverbands Deutscher Baugenossenschaften *Hans Georg Klinke*, in seinem 52. Lebensjahr (siehe die Rundschau Innenkolonisation, in diesem Band Seite 1066). Seit dem Jahr 1924 war er Geschäftsführer des Hauptverbands Deutscher Baugenossenschaften, seit 1928 Vorsitzender des Reichsverbands Deutscher Baugenossenschaften. Die Zeitschrift für Wohnungswesen verdankt ihm zahlreiche wertvolle Beiträge. Mit *Otto Glaß* gemeinsam gab er das wertvolle Jahrbuch für Wohnungs-, Siedlungs- und Bauwesen heraus.

Kurze Chronik Von den aus dem Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften ausgeschlossenen Konsumvereinen wurde im Verein mit einigen sympathisierenden mitteldeutschen Genossenschaften eine neue Großeinkaufsgesellschaft in Halle gegründet: die *Mitteldeutsche Großhandels-gesellschaft* (in der üblichen Abkürzungsmanie Migros genannt). Ihr Stammkapital beträgt 21 000 Mark. Im Aufsichtsrat sind die Konsumvereine Halle, Merseburg, Ammendorf, Schwarzenberg und Limbach vertreten. Die Gründung der neuen Großeinkaufsgesellschaft ist ein erster Schritt zur Zersplitterung der Genossenschaftsbewegung; hoffentlich auch der letzte, denn ob diese neue Gesellschaft lebensfähig sein wird, steht noch dahin. ◊ Die Organisation des *Verbandes Deutscher Kaufmännischer Genossenschaften*, die Edekazentrale in Berlin, erhöhte ihren Umsatz im Jahr 1929 auf 123 Millionen Mark (Steigerung 20%). An die Mitgliedgenossenschaften wurden 500 000 Mark Rückvergütung ausgekehrt. Auch die Edekabank berichtet über eine befriedigende Entwicklung. Der Umsatz auf einer Seite des Hauptbuchs betrug im Jahr 1929 807,7 Millionen Mark. Die Geschäftsguthaben stiegen auf 837 730 Mark. ◊ Die Großeinkaufsgesellschaft der *tschechischen* Konsumvereine berichtet über eine Umsatzsteigerung von 5,8% im Jahr 1929. Der Gesamtumsatz betrug 604,7 Millionen tschechische Kronen, davon entfielen 174 Millionen auf die Produktion der 28 Eigenproduktionsbetriebe. Der Gesellschaft, die in eine Genossenschaft umgewandelt wurde, sind 347 Organisationen angeschlossen. Die lokalen Genossenschaften deckten ihren Bedarf zu 60% bei der Zentrale. ◊ In den beiden Kammern des *ungarischen* Parlaments haben sich die zur Genossenschaftsbewegung positiv stehenden Abgeordneten zu einer genossenschaftlichen Parlamentsgruppe zusammengeschlossen. ◊ Nach einer 56jährigen Lehrwirksamkeit legte *Charles Gide* seine Professur am Collège de France nieder. Gide hat sich um die Entwicklung der Genossenschaftstheorie durch eine ganze Reihe von Publikationen große Verdienste erworben. Seine Lehrmeinung wird durch die Schule von Nîmes vertreten und gepflegt. Auch in der französischen Genossenschaftspraxis hat Gide eine große Rolle gespielt, vor allem, als er im Jahr 1912 die Versöhnung der beiden feindlichen Richtungen der französischen Konsumgenossenschaftsbewegung betrieb.

Literatur

Das Buch *Jehoschua Bierers* Das Arbeiter- und Bauernkollektiv in Palästina /Wien, Wallishaußersche Buchhandlung/ bedeutet den begrüßenswerten Versuch ein Bild der in vieler Hinsicht interessanten palästinensischen Arbeitergenossenschaftsbewegung zu zeichnen. Die Eigenart der palästinensischen Arbeiterbewegung liegt in der organisatorischen Verbindung ihrer verschiedenen Zweige. Es besteht in Palästina ebenso wenig eine selbständige Genossenschaftsbewegung, wie es eine selbständige Gewerkschaftsbewegung gibt. Vielmehr sind alle Arbeiterorganisationen und Gebilde gemeinwirtschaftlichen Charakters: Gemeinschaftssiedlungen, landwirtschaftliche Genossenschaften, Produktivgenossenschaften, Konsum- und Absatzgenossenschaften, Arbeiterbank usw., der Chewrat Haowdim Haiwrim, der Vereinigung der jüdischen Arbeiter in Palästina, unterstellt. Dieser organisatorischen Einheit, deren Aufhebung durch Trennung der gewerkschaftlichen von den konstruktiv-sozialistischen Aufgaben freilich in letzter Zeit von einflußreichen Gruppen erstrebt wird, steht nicht eine gleiche ideologische Einheitlichkeit zur Seite. Vielmehr ringen hier eine utopisch-sozialistische und eine klassenkämpferisch-sozialistische Anschauung um Geltung. Bierer meint, daß die Entwicklung zum klassenkämpferischen Sozialismus tendiere. Das Bild der palästinensischen Arbeiterbewegung, das uns die Schrift vermittelt, ist nicht vollständig; wir dürfen uns seiner Hoffnung anschließen, daß bald das schon fertiggestellte größere Werk über die gleiche Materie erscheinen möge. ◊ Das Büchlein *Philip Snowdens* The Faith of a Democrat /London, Ernest Benn/, das, von dem Bearbeiter dieser Rundschau übersetzt, auch deutsch vorliegt (Der Glaube eines Demokraten /Hamburg, Johannes Kliefoth/), behandelt in einer Reihe von Kapiteln auch die Genossenschaftsbewegung. Snowden erwartet von ihr, daß sie in absehbarer Zeit das ganze Verteilungswesen demokratisiert haben wird, wenn auch noch große wirtschaftliche und erziehliche Aufgaben von ihr zu erfüllen seien. Sie habe das alte Prinzip der Kooperation in neuer Form dem Konkurrenzprinzip entgegengestellt. »Es wäre töricht bestimmt voraussagen zu wollen, welcher Art die ökonomische und soziale Ordnung der Zukunft sein wird. Daß die Zukunft jedoch der Genossenschaftsbewegung gehört, kann mit Sicherheit angenommen werden.«

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Materie

Die stürmische Entwicklung der quanten- und relativitätstheoretischen Physik setzt sich noch immer fort, und zwar in einem Tempo, daß Auffassungen, die noch vor kurzem wohlbegründet erschienen, bereits überholt sind. Das Ziel, dem die theoretische Physik zustrebt, ist die Vereinigung der beiden ganz verschiedenen Teile, in die gegenwärtig die Physik zerfällt; des einen, der die Ausbreitung der Energie im Innern der Materie und im materiefreien Feld behandelt, und der die Kontinuität voraussetzt, und des andern, der die Diskontinuität fordert und den Austausch der Energie zwischen der Materie einerseits und materiefreien Gebieten andererseits behandelt. Die Aussagen dieser beiden Teile widersprechen vielfach einander. Das philosophische Grundproblem der Physik ist die Frage nach ihrer logischen Struktur. In engem Zusammenhang damit steht das Problem, wie die mathematische Physik Anwendung auf die Erfahrung finden kann. Durch die Entwicklung der theoretischen Physik unter dem Einfluß der Quantentheorie, der Relativitätstheorie und der Weiterbildungen, die diese Theorien erfahren haben, sind jene beiden philosophischen Probleme heute von besonderer Wichtigkeit geworden. Eine große Zahl bedeutender Denker widmet ihre Arbeit jenen Fragen. Aus der großen Menge der hierher gehörigen Veröffentlichungen nimmt man mit besonderem Interesse ein Buch *Bertrand Russells* zur Hand, das in deutscher Übersetzung unter dem Titel Philosophie der Materie erschien /Leipzig, B. G. Teubner/. Es ist elegant und durchsichtig geschrieben. Russell gibt im 1. Teil eine Darstellung der quantentheoretischen und relativitätstheoretischen Physik, wobei auch die schwierigsten Gedankengänge der modernen Physik faßlich behandelt werden. Die Absicht dieses Teils geht auf eine logische Zergliederung der Physik. Das Ergebnis der Analyse ist die Sonderstellung des Quantenprinzips. Die Existenz der Quanten läßt sich nicht begreiflich machen, und die Voraussetzung der Unstetigkeit widerspricht der Relativitätstheorie, die die Kontinuität des physikalischen Geschehens betont. Die Relativitätstheorie ist nach Russell vor allem ein logisch-deduktives System, das im Aufbau der Theorie von einem 4dimensionalen Punktkontinuum ausgeht und

jedem Punkt 4 Koordinaten so zuordnet, daß eine Übereinstimmung zwischen den Ordnungsbeziehungen der Punkte und denen der Koordinaten besteht. Eine quadratische Funktion der Koordinaten existiert dann, wenn 2 Punkte nahe bei einander liegen. Die Quadratwurzel dieser Funktion ist, wenn positiv, ein zeitartiges Intervall; wenn negativ, ein raumartiges. Die willkürliche Annahme über die Intervalle befriedigt philosophisch nicht, wie Russell des nähern ausführt. Bemerkenswert ist auch, daß nach der Tensormethode beliebige Koordinaten benutzt werden können; andererseits aber scheint der Ausdruck für das Intervall von der Wahl der Koordinaten unabhängig zu sein. Das Ergebnis der umfassend durchgeführten logischen Analyse zeigt, daß sich zurzeit in der Physik verschiedene Strukturprinzipien überschneiden, und daß wir noch weit von einem einheitlichen System der theoretischen Physik entfernt sind.

Die 2. Aufgabe, die sich Russell stellt, ist die Untersuchung des Verhältnisses zwischen Physik und Wahrnehmungswelt. Die Physik gründet sich zwar auf die Erfahrung, aber sie ist doch etwas ganz anderes als die Welt der Wahrnehmungen, nämlich ein Begriffszusammenhang nach eigener Gesetzlichkeit. Die Wahrnehmungsinhalte werden durch eine kausale Theorie der Wahrnehmung die Grundlagen zu Schlüssen über die physische Welt. Induktion und Kausalitätskategorie liefern bei richtiger Anwendung wenigstens einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit. Der Solipsismus und der Phänomenalismus werden durch Kausalität und Induktion überwunden, die ein »Feld« von kausal zusammenhängenden Ereignissen als real anzunehmen nötigen. Wir kennen auf Grund der Wahrnehmungsgegebenheiten nur die Struktur der physischen Welt, nicht aber ihre innerliche Beschaffenheit. Die Materie ist danach nicht Teil eines Weltstoffs sondern ein »System von Ereignissen«, und die »Welt« etwas völlig anderes als der Wahrnehmungsraum.

Die Frage nun, wie die Struktur der physischen Welt sein müsse, damit die Physik gerechtfertigt, und der Zusammenhang mit der Wahrnehmung berücksichtigt wird, um jener die empirische Grundlage zu geben, beschäftigt den Verfasser im 3. Teil seines Buchs. Es müssen vor allem Punkte als Systeme von Ereignissen konstruiert werden, die in der Welt einander überdecken; weiterhin sind die reinen Ordnungseigenschaften der Welt abzuleiten. Die Me-

thode, wonach dies geschieht, muß sowohl einer stetigen als auch einer unstetigen Ordnung entsprechen. So werden zunächst nur die topologischen Eigenschaften der Welt bestimmt. Kausale Erwägungen führen dann zum Intervall. Die materielle Einheit, etwa das Elektron, ist keine in der Zeit beharrlich existierende Wesenheit sondern eine »Kausallinie«, das heißt »eine Reihe von Ereignissen, die durch ein inneres differentiales Kausalgesetz verknüpft sind«. Um das Intervall und die Quanten zu erklären und womöglich mit einander in Beziehung zu bringen, schlägt Russell vor die Welt als aus gleichförmigen Ereignissen bestehend zu denken, die von Rhythmen begleitet sind. Manche Arten von gleichförmigen Ereignissen haben eine rhythmische Begleitung, andere nicht. Eine Quantenänderung ist die plötzliche Ersetzung eines Rhythmus durch einen andern. Das raumartige Intervall ist aus dem zeitartigen abzuleiten, und dieses ist gleich der größten Zahl von Übergängen, die möglich sind, bei einer kausalen Verbindung der beiden Ereignisse. Es ist durchaus möglich, daß das ganze Naturgeschehen als unstetig gedacht werden muß.

Raum und Zeit Das Zentralproblem aller Untersuchungen in der neuesten Physik ist die Frage nach dem Wesen von Raum und Zeit und nach deren Beziehungen. Die Entwicklung der nichteuklidischen Geometrie seit Gauß und Lobatschewskij, Riemanns analytische Raumtheorie, die Axiomatik, und vor allem die Relativitätstheorie und ihre Weiterbildung durch Hermann Weyl haben die Philosophie des Raums und der Zeit auf ganz neue Grundlagen gestellt. Was heute als gesichertes Forschungsergebnis gelten kann, das ist die Gleichwertigkeit der euklidischen mit den nichteuklidischen Geometrien, das heißt, daß innerhalb der Mathematik verschiedene Räume gleich möglich sind. Die Frage, welche Raumstruktur die der Wirklichkeit ist, ist von der Relativitätstheorie zugunsten der nichteuklidischen Geometrie entschieden. Hans Reichenbach gibt in seinem Buch Philosophie der Raum-Zeit-Lehre / Berlin, Walter de Gruyter & Co./ eine umfassende Untersuchung. Die Einwände, die der euklidischen Geometrie innerhalb der Mathematik eine bevorzugte Stellung geben wollen, weist er zurück; ebenso den Versuch den wirklichen Raum als euklidisch darzutun. Die Betrachtung von Räumen mit nichteuklidisch-

topologischen Eigenschaften ergibt, daß die Topologie des Raums von uns so angenommen wird, »daß die Kausalgesetze normal werden«. Welche topologischen Verhältnisse dies leisten, ist nach Reichenbach eine Erfahrungsstatsache. Das ist allerdings zu einfach gedacht. Denkt man sich die Erdoberfläche als Ebene, was an sich möglich ist, dann müßte es auf ihr nach Reichenbach einen Punkt geben, den man nicht überschreiten kann. Nach dem Verfasser gibt es einen solchen Punkt nicht, »obgleich noch nicht jeder Punkt der Erdoberfläche erreicht wurde«. Die konventionalistische Einstellung des Verfassers zeigt sich auch bei seinen Untersuchungen über die Zeit. Bei der Gleichzeitigkeit handelt es sich um eine Zuordnungsdefinition, von einer absoluten Gleichzeitigkeit kann nie und nirgends die Rede sein. Dadurch, daß die Raummessung von der Gleichzeitigkeitsdefinition abhängt, wird die Relativität der Zeit zur Relativität des Raums.

Tagungen Vom 1. bis zum 5. September fand in Oxford der 7. *Internationale Kongreß für*

Philosophie statt, in 4 Sektionen. Am wenigsten ergiebig waren diesmal die Vorträge in der Logischen Sektion. Am bedeutendsten waren unstreitig die Vorträge in der Sektion Geschichte der Philosophie, wo Julius Stenzel eindrucksvoll über die Geschichte des Platonismus sprach. Der nächste Kongreß soll 1934 in Prag tagen.

Vom 5. bis zum 7. September fand in Königsberg, im Anschluß an die Naturforschertagung und den 6. Deutschen Physiker- und Mathematikertag, die 2. Tagung für *Erkenntnislehre der exakten Wissenschaften* statt. Man behandelte vornehmlich die Grundlagen der Mathematik. Rudolf Carnap /Wien/ sprach über die Grundgedanken des Logizismus, Wilhelm Heisenberg /Leipzig/ über Kausalität und Quantenmechanik.

Am 2. Oktober wurde in Breslau die 11. Tagung der *Deutschen Philosophischen Gesellschaft* mit dem Gesamthema "Ganzheit oder Form?" eröffnet. Felix Krüger /Leipzig/ sprach über die praktisch-bildnerischen Aufgaben der Gesellschaft und ihre Wissenschaftlichkeit, Ferdinand Weinhandl /Kiel/ über die Symbolik der Ganzheit. Die Vorträge, die alle auf einer bemerkenswerten Höhe standen, behandelten ein Problem, das augenblicklich von ganz besonderem philosophischen Interesse ist, weil die verschiedensten Wissenschaften sich nach der Kategorie der Ganzheit orientieren.

Totenliste

Am 20. September starb in Bad Homburg der frühere Ordinarius der Mathematik in Gießen *Moritz Pasch*, im Alter von fast 87 Jahren. Er war ein Hauptvertreter der mathematischen Axiomatik, die er durch viele glänzende Untersuchungen gefördert hat.

In Genf starb Anfang Oktober *Adrien Naville*, der Sohn des Philologen Ernest Naville, im Alter von 85 Jahren. Er wirkte zuerst an der Universität Neuenburg, später an der Universität Genf als Professor der Logik. In seinem Hauptwerk *Classification des sciences* stellt Naville auf, daß den 3 wissenschaftlichen Grundfragen: Was ist möglich?, Was ist wirklich?, Was ist gut?, 3 Klassen von Wissenschaften entsprechen: die Gesetzeswissenschaften (Theorematik), die Tatsachenwissenschaften (Geschichte) und die Naturwissenschaften (Kanonik). In seinem Werk *Liberté, égalité, solidarité* wendet er das Prinzip der Solidarität auf die Beziehungen zwischen den Staaten an, und er zieht daraus Folgerungen für die möglichst universale Ausgestaltung des Völkerbunds. Von seinen übrigen Arbeiten seien noch ein Werk über Augustin und Julien l'Apostat et sa philosophie du polythéisme angeführt.

Kurze Chronik Die Moses - Mendelssohn-Stiftung zur Förderung der Geisteswissenschaften stellt die folgende *Preisauflage*: »Die Aufklärungsphilosophie im geistigen Leben Berlins.« Der Preis beträgt 5000 Mark. Außerdem sind 1000 Mark ausgesetzt, die als Anerkennung für beachtliche Leistungen aufgewandt werden können. ◊ Als Nachfolger Max Wundts wurde der Leipziger Professor *Hans Leisegang* auf den Lehrstuhl an der Universität Jena berufen. ◊ Der Freiburger Professor *Julius Ebbinghaus* folgt einem Ruf auf den Lehrstuhl der Philosophie an der Universität Rostock. ◊ Der Privatdozent an der Technischen Hochschule Berlin *Walter Dubislaw* erhielt einen Lehrauftrag für Philosophie der Mathematik und Naturwissenschaft. ◊ An der Universität Heidelberg *habilitierte* sich Carl Mitgau für Philosophie, an der Universität Köln Karl Bäcker, an der Universität Leipzig Arnold Gehlen. ◊ Am 2. September wurde *Alfred Pringsheim* 80 Jahre alt. Er hat die Funktionentheorie Weierstraß' fortgesetzt und erweitert. Sein eigenes Hauptwerk, die Zahlen- und Funktionenlehre, ist bis zum 4. Band gekommen, und der 80jährige Gelehrte gedenkt es nun abzuschließen;

er hat in ihm der Theorie der ganzen Funktionen endlicher Ordnung, die er mit größter Schärfe durchdrang, eine Form letzter Einfachheit und Eleganz gegeben. Bekannt ist, daß Pringsheim in den siebziger Jahren ein enthusiastischer Bayreuther war; sein Münchener Haus, in dem er mit seiner Gattin, der Tochter Ernst und Hedwig Dohms, lebte, war eine Hochburg der Wagnerianer jener Epoche. ◊ In Nürnberg wurde ein Denkmal für *Ludwig Feuerbach*, der lange Jahre in Nürnberg gelebt hat und dort auch gestorben ist, feierlich enthüllt.

Literatur

Eine neue philosophische Zeitschrift, die den Titel *Erkenntnis* führt, gibt der Verlag Felix Meiner in Leipzig heraus. Sie wird von Rudolf Carnap und Hans Reichenbach redigiert. Die Zeitschrift, eine Nachfolgerin der *Annalen der Philosophie*, bewegt sich im Gedankenkreis der Gesellschaft für Empirische Philosophie in Berlin und der Ernst-Mach-Gesellschaft in Wien; eine sich an die Naturwissenschaften haltende philosophische Analyse bestimmt ihre Aufgaben. ◊ In 3., erweiterter Auflage kam *Hans Driesch' Wirklichkeitslehre* heraus /Leipzig, Emanuel Reinicke/. Das bedeutende Werk, das durch die eigenartige Verknüpfung naturwissenschaftlicher Denkweise mit einer reinen Gegenstandslogik eine der beachtenswertesten metaphysischen Gedankenschöpfungen unserer Zeit ist, ist so bekannt, daß dieser Hinweis genügen kann. ◊ Von dem Marburger Privatdozenten *Karl Löwith* erschien eine feinsinnige phänomenologische Untersuchung unter dem Titel *Das Individuum in der Rolle des Mitmenschen* /München, Dreimaskenverlag/. Das Buch, das von der Auffassung der »Mittelwelt« als der Beziehung des seines Selbst bewußten Subjekts zu den Objekten ausgeht, untersucht in vorsichtigem Beschreiben die Struktur des Miteinanders und der Selbständigkeit, um der Ethik eine Grundlage zu schaffen. So wird dem Verfasser (der auch eine kurze Zeit die Rundschau *Anthropogeographie der Sozialistischen Monatshefte* bearbeitet hat) die Anthropologie zur philosophischen Grunddisziplin. ◊ Der Schweizer Pfarrer und Psychoanalytiker *Oskar Pfister* legt unter dem Titel *Psychoanalyse und Weltanschauung* /Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ eine wertvolle Arbeit über den philosophischen Gehalt der Psychoanalyse vor (die, trotz Oswald Bumke, eine der großen Errungenschaften der Gegenwart ist).

Anthropogeographie / Paul Thorwirth

Europäisierung Umfang und Art der noch immer und voraussichtlich noch lange die Erde überziehenden Europäisierung (Europa ist in diesem Bericht rein geographisch zu verstehen) zu bestimmen ist zurzeit wieder Ziel mehrerer geographischer Forscher. Am gründlichsten äußerte sich hierzu jetzt *Karl Sapper* in Petermanns Mitteilungen /Gotha, Justus Perthes/. Er nennt als häufigste Ursachen volkklicher Ausdehnungsbestrebungen Übervölkerung, Klimapejoration, Bodenerschöpfung, politische Bedrängnis, religiösen Fanatismus. Ein gewisser Unternehmungsgeist des Volks oder zumindest seiner Führer muß hinzukommen. Sapper scheidet Fälle von Ausbreitungen, die nicht über die Grenze des Heimaterteils hinweggingen, aus seiner Untersuchung aus und glaubt das Phänomen in eine politische, kulturelle und innerhalb dieser noch sprachliche Europäisierung zerlegen zu müssen. Was die politische Ausbreitung angeht, so ist festzustellen, daß sie, nach manchen Rückschlägen, Amerika und Australien nebst Ozeanien gänzlich, Afrika zu $\frac{25}{20}$ und Asien zu $\frac{3}{5}$ ihrem Herrschaftsbereich einverleibt hat. (Womit natürlich noch nicht gesagt ist, daß das auch so bleiben wird; namentlich die Bildung des Ostasiatischen Imperiums, dessen erste Stadien wir jetzt erleben, wird die Bruchteile, mindestens für Asien, grundlegend ändern.) Diesen Zahlen für die politische Europäisierung steht eine Asisierung Europas gegenüber, die nach anfänglich gewaltigen Ausmaßen (Perserzüge, Phönizierfahrten, Tamerlan, Araber in Spanien, Türken vor Wien) bis zur Gegenwart nur noch ein kümmerliches $\frac{1}{300}$ europäischen Bodens besetzt zu halten vermochte. Die politische Europäisierung konnte auch in den meisten Fällen ganze Arbeit verrichten. Nur ganz unzugängliche winzige Gebiete, wie Ostyukatan, das Hinterland von Niederländisch Guayana oder etwa die Indianerrepublik Tule auf der Landenge von Panama, vermochten sich von ihr freizuhalten. Die Ausbreitung der europäischen Kultur hat hingegen mit der politischen Europäisierung längst nicht Schritt halten können. Die klimatischen Verhältnisse haben hier zum Teil hemmend gewirkt, auch decken sich die Flächen, die der Europäer kulturell erfaßt hat, keineswegs mit denen, die ihm politisch zufielen. Allerdings gibt es eine erhebliche Anzahl von Kulturelementen, die

an die Klimaschranke nicht gebunden sind. Dies gilt nahezu ausnahmslos von den Elementen der immateriellen Kultur, unter denen der europäische Wirtschafts- und Organisationsgeist an erster Stelle steht, der zum Beispiel auf die begabteren und an sich bereits kulturell höherstehenden außereuropäischen Völker mehr oder weniger vollständig überging. Das selbe gilt auch von einer Reihe von Sachgütern; doch zeigen sich bei ihnen bereits klimabedingte Einschränkungen ihres Verbreitungsbereichs, ihrer Formen und Anwendungsmethoden. Zwar brauchten die Verkehrsmittel (Wagen, Eisenbahn, Automobil, Dampfschiff, Luftschiff, Flugzeug) der Verschiedenheit der Klimate nur ganz geringfügige Konzessionen zu machen, doch hat zum Beispiel das europäische Schiff kleinere Ausmaße als die Dschunke und das Kanu bis heute nicht zu verdrängen vermocht. Gänzlich versagte Europa gegenüber der bei uns unbekannteren Wirtschaftsform der Jagd- und Sammelwirtschaft, die, wo immer sie vorkommt, noch mit den alten Geräten geübt wird, nahezu gänzlich auch in der Verbesserung der Waffen und Fischereigeräte. Das Gewehr büßt im undurchsichtigen Urwald viel von seinen Vorzügen ein. Schwierig und vielfach erfolglos war auch bisher die Europäisierung durch Kulturpflanzen und -tiere. Europäische Kulturpflanzen konnten weder in ausgesprochen kalten noch in heißen Ländern selbsthaft gemacht werden, während sie in gemäßigten Erdgürteln, wozu auch die Hochländer der Tropen gehören, gut fortkamen. Europäische Kulturpflanzen des subtropischen Mittelmeergebiets vermochten sich allerdings auch in heißen Ländern zu akklimatisieren, zum Teil unter Änderung ihrer Eigenschaften (zum Beispiel Beibehaltung der grünen Schale der reifen Apfelsine in den feuchten Tropen). Was die europäischen Haustiere angeht, so ist zu sagen, daß ihr Verbreitungsbereich größer ist als der der Kulturpflanzen, doch ist bei ihnen fast durchgängig eine Qualitätsminderung zu verzeichnen. Schafe im tropischen Afrika kommen noch in den Tiefländern fort, gedeihen wirklich gut jedoch nur in den Hochländern. In den kälteren Klimaten sind Tiere nur haltbar, wo, wie beim Delta der Petschora, noch reichlich gutes Gras gedeiht. Im übrigen ist eine volle landwirtschaftliche Europäisierung nur da möglich, wo die Kulturpflanzen gänzlich fehlen, zum Beispiel in Australien. Gänzlich unmöglich ist sie dort, wo noch heute mit einhei-

mischen Betriebsmethoden mehr und besser produziert wird als mit europäischen, wie etwa in gewissen Regionen Ostasiens. (Asien ist überhaupt bis heute der Erdteil, der an Europa und Afrika weit mehr gegeben als von ihnen genommen hat.) Daß durch die Europäisierung die Alte und die Neue Welt eine erhebliche Anzahl Kulturpflanzen und -tiere gegen einander austauschten, zum Beispiel Kartoffel und Reis, ist bekannt. Am wichtigsten jedoch ist die Frage der Akklimatisation des Menschen. Daß Südeuropäer in den Tropen Handarbeit leichter bewältigen als Nordeuropäer, ist durch eine nunmehr 400-jährige Erfahrung zweifelsfrei festgestellt. Aber auch für jene bestehen Grenzen. Sie können in tropischen Randgebieten harte Feldarbeit verrichten, aber in den inneren niederen Tropen ist dies unmöglich; dort versagen selbst Angehörige gehobener Stellungen, die in geschlossenen Räumen und auch sonst nach ihrem Belieben arbeiten können, nach einiger Zeit fast ausnahmslos. Nordeuropäer vollends wurden selbst bei leichter Arbeit auch in späteren Generationen bis jetzt nie ganz klimahart. Als einziges Mittel dies zu erreichen hat sich bisher die Hinzunahme tropischen Bluts erwiesen. Dies kann man jedoch, meint Sapper, keine Europäisierung nennen. Aber zum Teil doch wohl; denn in der Mischung ist europäischer Geist überwiegend lebendig geblieben, wie das Beispiel der südasiatischen Besitzungen Hollands lehrt, und dies, die Erhaltung des europäischen Intellekts, ist schließlich entscheidend. Obwohl immaterielles Kulturgut, ist doch die Sprache von ihrem Träger, dem Menschen, und damit vom Klima vollkommen abhängig; sie ist von allen europäischen immateriellen Kulturgütern das am wenigsten verbreitete. Von den Tropen haben die europäischen Sprachen nur die amerikanischen zu erobern vermocht, und dies nur, weil sie von Südeuropäern kolonisiert wurden. Gänzlich erobert wurden auch die gemäßigten beiden Amerika und der außertropische, also weitaus größere Teil Australiens einschließlich Neuseelands. Im gemäßigten Asien und Afrika mußten Europäer stets die Sprachen der einheimischen Völker neben sich dulden. Es handelte sich hier allerdings fast immer um Gebiete beträchtlicher Volksdichte, hoher Kultur, oder auch wohl besondern Schutzes durch die Natur. Im tropischen Asien und Afrika nebst den meisten Gliedern Ozeaniens haben die

eingeborenen Sprachen durchaus das Übergewicht behalten. Über Umfang der Verbreitung der einzelnen europäischen Sprachen ist zu sagen, daß Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch und Portugiesisch in ziemlich gleichem Maß und zusammenhängend verbreitet sind, während die Ausdehnung des Deutschen und Italienischen gering und wenig zusammenhängend ist. Man erkennt hieraus, daß die Gründe der Verbreitung keineswegs nur den Sprachen immanent, etwa in ihrer mehr oder weniger leichten Erlernbarkeit zu suchen sind. Die Gründe sind vielmehr einmal, wie erwähnt, physiogeographischer (Expansionsmöglichkeiten und -kräfte), dann aber politischer Natur, wie deutlich die Hintansetzung des Deutschen und des Italienischen lehrt, derjenigen Sprachen also, deren Völker eine lange Zeit außenpolitisch schwach waren.

So weit Sapper, dem man wohl, von Einzelheiten abgesehen, zustimmen muß. Er stellt lediglich fest, er stellt keine Prognosen. Dies aber ist wichtig, wenn anders derartige Feststellungen überhaupt einen Sinn haben sollen. Es sind diese: Der größte Teil der Erde ist, abgesehen von Teilen Asiens vielleicht, fest in der Hand von Europäern, seien es Angelsachsen oder Kontinentaleuropäer, und dies wird sich in absehbarer Zeit kaum ändern; denn Europa, namentlich das kontinentale, ist auf die außereuropäischen Güter zur Aufrechterhaltung seines Lebensstandards angewiesen und muß deshalb diese Gebiete weiterbeherrschen und weitererschließen, wie ja denn auch die von Deutschland zu leistenden Zahlungen zu einem erheblichen Teil zur Erschließung dieser Gebiete verwendet werden sollen. Das Zeitalter politischer Europäisierung ist zu Ende, da alles Erreichbare erreicht wurde. Anders steht es mit der kulturellen, namentlich in Afrika, dessen Produktivkräfte sich am sichersten entfalten werden, wenn es von europäischen Völkern kolonisiert wird, um ein Glied des Vereinigten Europäischen Kontinents zu werden; es läge nicht zum wenigsten im Interesse des Schwarzen Erdteils selbst, wenn französisch-deutsche Zusammenarbeit bei diesem Werk an erster Stelle stünde.

Menschheitskunde

Der Kampf um die Winthuische Zweigeschlechterwesentheorie (siehe diese Rundschau, 1930 I Seite 389 und folgende) wird in einer neuen Schrift fortgesetzt: Die Wahrheit über das Zweigeschlechterwesen durch die Gegner be-

stätigt; noch fester begründet von Joseph Winthuis /Leipzig, C. L. Hirschfeld/. Winthuis setzt sich hier in der Hauptsache mit seinem Hauptgegner Gerhard Peekel auseinander. Es gelingt ihm innerhalb der Peekelschen Ausführungen manchen Widerspruch nachzuweisen. Jedoch wird der Vorwurf des Anachronismus nicht entkräftet. Von der Würdigung des Zweigeschlechterwesens durch Günter Tessmann im 12. Atlantisheft des Jahres 1929 werden nur die für Winthuis sprechenden Ausführungen wiedergegeben. Die Einwände Hermann Baumanns, der in der Zeitschrift für Ethnologie Winthuis lückenhafte Kenntnis der Literatur und mangelhafte Methodik vorwirft, werden überhaupt nicht erwähnt. Gleichwohl wird man einem Forscher, der derart mutig zu seiner Sache steht, und dem Angriffe, wie der, er habe aus einer "sexualistischen Mentalität" heraus gearbeitet (eine absurde Behauptung übrigens), nicht erspart geblieben sind, Anerkennung nicht versagen.

Ein Beitrag zur Rassenfrage ist die Broschüre Raden Mas Noto Surotos Das javanische Volk und das Rassenproblem in Indonesien /Heidelberg, Carl Winter/. Der Verfasser ist der Sohn eines Fürsten auf Java; er ist gleichzeitig holländischer Offizier und Akademiker. Er weiß über die Entstehung und das Wesen der indonesischen Kultur manches Wichtige zu sagen. Eine scharfe Herausarbeitung der indonesischen Rassenfrage, die wirtschaftliche, gesellschaftliche und bevölkerungspolitische Ursachen hat, bleibt er uns leider schuldig. (Es sei hierzu auf die Abhandlung E. Helferichs Wirtschaft und Ethik in Niederländisch Indien, im 11. Band der Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg verwiesen.) Dagegen verbreitet sich Suroto eingehend über die Lösung des Problems, die er in einer holländisch-javanischen Kooperation und in einer Synthese der beiden Kulturen sieht. Diese Stellungnahme zeigt, wie grob verallgemeinernd also die Meinung vom Ende des Kolonialzeitalters ist. Man merkt dabei dem Verfasser an, daß ihm dieses Zugeständnis nicht ganz leicht wird, was bei dem Vertreter einer der ältesten und bedeutendsten Kulturen Asiens wohl verständlich ist. Um so größer der sittliche Ernst, mit dem er es vorbringt.

Dem Bilderwerk Frauen des Morgenlandes (64 Bilder, eingeleitet von Ewald Banse /Zürich, Orell Füssli/) kann wissenschaftlicher Wert kaum zuerkannt werden. Die Bezeichnungen der Bilder sind teils der politischen Geographie

teils der Anthropologie entnommen; zum Beispiel »Ägypterin«, »Arabermädchen mit Berberblut«. Zu fordern wären beide Bezeichnungen bei jedem Bild, zunächst die anthropologische, alsdann die (tunlichst genaue) Angabe der Örtlichkeit. Nun weiß man allerdings, daß Banse dies nicht will, daß es ihm vielmehr darauf ankommt einen Querschnitt durch das Wesen der morgenländischen Frau zu geben (unter Morgenland versteht Banse hier Nordafrika), wie es sich durch äußere Einwirkungen und innere Gegebenheiten herausgebildet hat. Und es ist nicht zu bestreiten, daß ihm dies im großen und ganzen gelungen ist. Aber was nützt es, wenn dieser Querschnitt die vorhandenen rassistischen, kulturellen oder auch rein örtlichen Differenzen nicht klar sondern nur verschwommen und ungeordnet erkennen läßt? Es hätte zumindest einleitend bemerkt werden müssen: Es gibt in Nordafrika Westhamiten, Semiten, vereinzelt Neger, vereinzelt auch Europäer, und es hätten die Untergruppen dieser 4 Hauptgruppen genannt werden müssen. Erst dann hätte zur Synthese geschritten werden dürfen, die ohne Zweifel eins der Merkmale der modernen Forschung ist. Übrigens wird man die Bilder selbst mit großem Wohlgefallen betrachten, und wer weniger intellektuelle Erkenntnis als ästhetischen Genuß erwartet, wird durch dieses Werk nicht enttäuscht werden.

Künstlerische Beschreibung Die Landschaft, und zwar insbesondere die kulturbeeinflusste, künstlerisch zu erfassen und sie so darzustellen, wie man sie sehen zu müssen glaubt, ist ein heute nicht mehr ganz neues Bestreben. Der Protagonist dieser Methode ist wohl Ewald Banse mit seinem Buch der Länder. Auch das bereits früher in dieser Rundschau (1930 I Seite 85) gewürdigte Buch Franz Carl Endres' Griechenland als Erlebnis gehört in diese Kategorie. Ihm eifern, bewußt oder unbewußt, die Autoren von Reisewerken nach. Zunächst ist Manfred Schneider mit seiner Mittelmeer-Orient-Fahrt /Stuttgart, Walter Hädecke/ zu nennen, der die Eindrücke seiner Reise mit der Route Venedig - Bari - Brindisi - Korfu - Athen - Rhodos - Zypern - Beirut - Damaskus - Jerusalem - Kairo - Memphis - Kreta - Mytilini - Smyrna - Saloniki - Stambul vermittelt. In derartigen Büchern kommt es weniger auf den Inhalt als auf die Form an, in der das Gesehene dargestellt wird. In Diktion und Ausstattung ist Schneiders Buch ohne Zweifel vorbildlich. Über diese oder jene

der von ihm aufgeworfenen Fragen braucht man mit dem Autor nicht zu rechten. Aber ein grundsätzliches Bedenken nicht nur gegen Schneiders Buch sondern gegen alle Werke dieser Art muß hier doch geltend gemacht werden. Ihr einziger Nutzen liegt, soweit es sich bis jetzt erkennen läßt, darin, daß Laien durch den Kunstwerkcharakter zur Vertiefung ihrer Geographiekennntnisse ange-regt werden. Das ist gewiß sehr begrüßenswert; denn durch mangelhafte oder falsche geographische Kenntnisse wurde mehr Unheil verursacht als man sich gemeinhin vorstellt. Wenn aber diese Werke dann wieder in rein sachlich zu behandelnden Fragen zu starke Subjektivismen aufweisen, die der Leser als solche gar nicht immer erkennen kann, wird dann nicht der oben dargelegte Nutzen in sein Gegenteil verkehrt? Auch Schneider gebraucht manchmal Wendungen, die zum mindesten mißverstanden werden können. Und gerade davor muß man sich hüten, namentlich wenn es sich um Dinge handelt, die das Verhältnis der Nationen zu einander berühren. Es soll jedoch durch diese eine grundsätzliche Ausstellung niemand vom Erwerb dieses im wesentlichen wirklich schönen und in anderer Beziehung, besonders in den kurzen Darstellungen der Geschichte der bereisten Städte, viel gediegene Belehrung enthaltenden Buchs abgehalten werden. Leider fehlt eine Karte mit eingezeichnete Reiseroute, die hier ganz besonders am Platz gewesen wäre. Das selbe grundsätzliche Bedenken könnte man vielleicht auch bei Victor Auburtins Broschüre Kristalle und Kiesel /München, Albert Langen/ anbringen. Es regnet in diesem Bericht über eine Reise durch Franken, Österreich, Spanien, Portugal Subjektivismen aller Art. Aber sie schaden nicht viel, denn auch der Nichtfachmann erkennt sie leicht als solche. Und auch der wissenschaftliche Kunsthistoriker wird gern von jeder Kritik absehen, angesichts dieser Fülle von sprühendem Geist und Humor, mit dem die Gegenstände der Betrachtung, Städte, Bauten, Bilder, hier beleuchtet werden. Auburtins Grazie im Sprachlichen, die aus einer selten erreichten Aufgeschlossenheit gegenüber dem Objekt fließt, ist wahrhaft bewundernswert. Auch dieses Buch zeigt uns, was wir durch den Tod dieser feinen Geistes verloren haben. Besondere literarische Qualität muß dem Roman Rodion Markovits' Sibirische Garnison /Berlin, Propyläenverlag/ zuerkannt werden. Der Autor will das Elend der Kriegsgefangenschaft zum Erlebnis brin-

gen. Dies gelingt ihm auch vollauf. Daran aber ist es ihm geglückt die Soziologie einer von der Welt abgekapselten Masse von Menschen zu schreiben; denn wie sich diese ursprünglich innerhalb ihrer selbst ziemlich homogene Masse (es sind sämtlich Offiziere und Akademiker) unter der Einwirkung der Abschnürung spaltet, wie sie sich allmählich zu einem sich selbst genügenden, jedes Bedürfnis unter Zuhilfenahme aller nur denkbaren Mittel, selbst dem des Ersatzes der Wirklichkeit durch die Phantasie, befriedigenden Gemeinwesen umbildet, dies zu verfolgen ist für jeden soziologisch Interessierten hoher Genuß. Daß die besondere geographische Lage bei dieser Umbildung oft entscheidend mitwirkt, versteht sich, so daß auch der Anthropogeograph genug Material findet. Es ist nicht verwunderlich, wenn dies Werk bereits in 11 Sprachen vorliegt. Endlich sei hier noch auf das kürzlich ins Deutsche übertragene Buch Jack Londons Die glücklichen Inseln /Berlin, Universitas/ hingewiesen. Es behandelt den Beginn der Kolonisation auf Samoa. Über die besondere künstlerische Form der Bücher Jack Londons noch ein Wort zu verlieren erübrigt sich an dieser Stelle. Inhaltlich ist das Buch eine Sammlung von Novellen, die sämtlich Ereignisse aus dem Anfang der Yankeeolonisation auf Samoa wiedergeben. London zeigt hier besonders packend den größten Mißgriff, der diesen Kolonistoren unterlief: den Import chinesischer Arbeiter und mit ihnen den der Lepra, die alsbald verwüstend unter dem eingeborenen Inselvolk wirkte, dessen körperliche Vorzüge die Angelsachsen sogar anfangs ihren Rassendünkel vergessen ließen.

China Die Verfasser schöner Literatur bemächtigen sich anscheinend in ständig steigendem Maß geographischer Themata. Ein sehr beliebter Vorwurf sind die gegenwärtigen Verhältnisse Chinas. Zu nennen ist zunächst Richard Huelsenbeck mit seinem umfangreichen Buch China frißt Menschen /Zürich, Orell Füßli/. Die Diktion Huelsenbecks ist so wirklichkeitsnah, daß man sie in vieler Beziehung der Jack Londons vergleichen kann. Der Roman spielt zur Zeit des chinesischen Boykotts in Hongkong. Europäer der verschiedensten Klassen und Völker geraten in die chinesische Wirrnis, die Ereignisse wirbeln sie an, durch- und auseinander. Englische Richter handhaben das Strafrecht so geschickt gegen unglückliche deutsche Seeleute, daß es

selbst dem Juristen schwer fällt zu erkennen, wo eigentlich die Rechtsbeugung liegt. Sieger bleibt das Land, das diese Menschen anzieht und "frißt", das heißt zugrunde richtet. Dieser Dichter vergißt nichts, Milieu und Charaktere sind gleicherweise mit wenigen, aber unheimlich verdeutlichenden Strichen gekennzeichnet. Wer chinesische Verhältnisse aus eigener Anschauung nicht kennt, kann sie durch dieses Buch kennen lernen.

Das gleiche gilt von der andern kürzlich veröffentlichten Chinapublikation Harvey J. Hovards 10 Wochen bei chinesischen Banditen /Leipzig, F. A. Brockhaus/. Der Verfasser, ein amerikanischer Arzt, hatte das Unglück bei Aolaimi in der Mandchurei in die Hände einer Räuberbande zu fallen und wurde von ihr auf der Flucht vor Entsetzungsgruppen durch die unmöglichsten Schlupfwinkel geschleppt. Er hatte also Gelegenheit das Leben dieser "Räuber" eine Zeitlang mizuleben. Was er darüber mitteilt, ist allerdings aus anderen sachlichen Darstellungen bereits bekannt, wird aber bei Hovard dem Leser Erlebnis: Es ist ein unsäglich schweres Dasein, voll von Not und unaufhörlichem Kampf, und nur bitterste Not treibt Menschen zu diesem Handwerk, bei dem Ausgebeutete einander zu Ende ausbeuten; denn nur selten macht die Schar einen guten Fang (zum Beispiel den Verfasser); meist richtet sie vielmehr ihre Angriffe auf den Bauern, von dem nicht nur sie sondern auch die Behörden, das Militär, die Fremdmächte leben, kurz alles, was Machtmittel zur Drangsalierung Wehrloser in der Hand hat. Es sind Bilder verzweiflungserfüllter Armut, die ans Tageslicht gebracht zu haben Hovard das unbestrittene Verdienst hat. Leider vermißt man in dem Buch eine Karte oder wenigstens ein Kartensegment, das in keinem modernen Reisewerk mehr fehlen darf.

Kurze Chronik In der Berliner Akademie der Wissenschaften sprach Hans Ludendorff über den Kalender der *zentralamerikanischen Mayaindianer*. Der Kalender kennt ein Jahr von 260 Tagen, wofür bisher die Erklärung fehlte. Ludendorff zeigte nun, wie die Maya auf Grund der Beobachtung von Sonnen- und Mondfinsternissen zu dieser Periode gekommen sind. Unter Zuhilfenahme einer sehr naheliegenden Hypothese bestätigte er die von Herbert Spinden behauptete Beziehung zwischen der europäischen Zeitrechnung und der der Maya sowie die Ansicht Spindens, daß die Mayazeitrechnung um

das Jahr 600 vor Christus eingeführt worden sei. Ferner ergaben sich Erklärungen für die Bezeichnungsart der Tage jener Periode und für den großen Zyklus von 13 "Baktun" (13mal 144 000 Tage) in der Chronologie der Maya. ◊ In der noch jungen, aber sehr rührigen Berliner Vereinigung für Völkerkunde sprach E. H. Sneathlage über seinen 3jährigen Aufenthalt bei *Indianern Nordostbrasilens*. Er kritisierte hierbei sehr stark die kulturhistorische Methode des Paters Wilhelm Schmidt. ◊ In der Archäologischen Gesellschaft in Berlin äußerte auf Grund eigener Untersuchungen Franz Ölmann die Auffassung, daß das Grabmal des Mausolos von *Halikarnassos* in Kleinasien nicht von griechischen sondern von kaukasischen oder südasiatischen Vorbildern abzuleiten sei, wengleich die Ausführung durch griechische Architekten erfolgte. ◊ Den neuesten Veröffentlichungen des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin zufolge lassen sich die *Steppen-kulturen der Ukraine* jetzt bis in die Zeiten der Skythen verfolgen. Man hat eine Ockergräberkultur mit Stein- und Bronzefunden festgestellt, wobei sich zeigte, daß Bronze mit den Steinkohlen des Donezgebiets geschmolzen wurde. Auch hat die älteste Steppenkultur des Isjum-Bachmut-Gebiets eine bedeutende Keramik, die der konzentrischen Kreise und vielstreifigen Ornamente herausgebildet. Die Skythen, die die Kymerier aus den Schwarzmeersteppen verdrängten, haben ebenfalls eine eigene Kultur mit Pferd und Eisen mitgebracht, die sich bis ins 19. Jahrhundert bei den Krimtarten und Nogaiern verfolgen läßt. ◊ In der Bayrischen Akademie der Wissenschaften trug der Münchener Historiker Arnold Oskar Meyer eine neue Theorie zur Geschichte der Bedeutung des *Worts Staat* vor. Meyer lehnt die Grimmsche Etymologie, die romanischen Ursprung annimmt, ab, und sucht die Bedeutungsentwicklung aus der diplomatischen Aktensprache und der Geschichte des Absolutismus im 17. Jahrhundert zu erklären; andernfalls bleibe die moralische Bewertung des Begriffs in der staatsrechtlichen Literatur Deutschlands seit 1650 unverständlich. ◊ Der durch den Tod Victor Michels' freie Lehrstuhl für Germanistik in Jena wurde *Hennig Brinkmann* vertretungsweise übertragen. ◊ Ein geborener Berliner und Schüler Harry Breslaus, *Ermanno Lövinsohn*, der seit Jahren Archivar des Königreichs Italien ist, wurde Leiter des Staatsarchivs in Bologna.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Naturalwirtschaft und Geldwirtschaft Die vielen lichtvollen Ausblicke, die der 1. Band des Kapitels auch auf vorkapitalistische Entwicklungsformen des ökonomischen Lebens wirft, haben das Interesse für die Grundlinien des ökonomisch-historischen Entwicklungsgangs und für die Art, wie dieser sich in seinem Auf und Ab unter leitenden Gesichtspunkten evolutionistisch verstehen und erfassen lasse, noch nach allen Seiten hin anregend gesteigert. So glaubte Karl Bücher in seinen berühmten Aufsätzen über die Entstehung der Volkswirtschaft die ganze bisherige Reihenfolge der ökonomischen Etappen in einige wenige charakteristisch unterschiedene Haupttypen: die geschlossene Hauswirtschaft, die mittelalterliche Stadtwirtschaft und die moderne Verkehrswirtschaft, einordnen zu können. Und dieses Schema, obwohl im Marxschen Sinn ein klarer Einteilungsgrund der Produktionsweise dabei fehlte, hat dann in der ökonomischen Literatur mächtigen Einfluß gewonnen, dessen Nachwirkungen sich auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei in Vorträgen und Artikeln vielfach bemerkbar machten. Ein Hinweis auf das sehr gelehrte Buch *Alfons Dopsch' Naturalwirtschaft und Geldwirtschaft in der Weltgeschichte* /Wien, L. W. Seidel & Sohn/, das auf Grund weitgehender, zum Teil eigener Quellenforschungen gegen jene Theorie zu Feld zieht, dürfte, obwohl der Verfasser nicht zu dem Versuch einer positiven Formulierung des ökonomischen Entwicklungsgangs fortschreitet, schon darum interessieren.

»Die landläufige Auffassung von Natural- und Geldwirtschaft als ökonomischer Zeitenfolge in geradlinigem Aufstieg der Entwicklung von den Primitiven und dem grauen Altertum zur Kulturhöhe unserer Gegenwart bricht zusammen«, so kündigt das Vorwort die polemische Tendenz von vornherein an, »sobald man sich der großen Vielgestaltigkeit bewußt wird, welche die Quellen allüberall zutage treten lassen . . . Die bisher gebrauchten typologischen Bezeichnungen erweisen sich als ganz ungeeignet die historische Wirklichkeit darzustellen.« Es habe sich darum gehandelt, sagt Dopsch hier, »die Hauptergebnisse der Geschichtsforschung über die hier in Frage stehenden wirtschaftlichen Verhältnisse herauszustellen«, und er wünscht, das Buch möge »auch dazu beitragen an der schon deutlich im Werden begriffenen Neuorientierung unserer wirtschafts-

geschichtlichen Gesamterkenntnis mitzuwirken«. Die von Bücher als geschlossene Hauswirtschaft bezeichnete Wirtschaftsstufe sei von den besten Kennern aller jener Wirtschaftsstufen und Kulturen, in denen sie geherrscht haben soll, bereits als unwirksam und unhistorisch abgelehnt. Und um die 2., von Bücher aufgestellte Stufe, die der Stadtwirtschaft, stünde es nicht viel besser. Bücher habe das Wesen der Stadtwirtschaft als direkte Kundenproduktion, das heißt als unmittelbaren Absatz des Produzenten an den Konsumenten, fassen wollen, während es heute unbestritten anerkannt sei, daß gerade in den Städten sich ein Zwischenhandel entwickelt habe, daß die Stadtwirtschaft andere Züge als die von Bücher in seiner Charakteristik der Kundenproduktion einseitig hervorgehobenen trage. Auch die Umformungsideen, die Werner Sombart ausgesprochen hat, werden von Dopsch nicht anerkannt. Sombart stehe in seinem großen Werk *Der moderne Kapitalismus* unter deutlichem Einfluß der Bücherschen Theorie. Das frühe Mittelalter erscheine bei ihm als das eigenwirtschaftliche Zeitalter. Auf dieses lasse er dann erst ein Übergangszeitalter folgen, das durch die Wiedergeburt der Tauschwirtschaft und die Entstehung der mittelalterlichen Stadt die weitere Entwicklung vermittele. Kein Wunder, daß die Mehrzahl der Nationalökonom und Wirtschaftshistoriker noch mehr als Sombart selbst in der alten Auffassung verbleibe.

Dopsch weist darauf hin, daß er in seinem 1912 veröffentlichten Buch über die wirtschaftliche Entwicklung der Karolingerzeit ein Bild der konkret bezeugten Tatbestände jener Periode zu geben versucht habe und dabei zu dem Hauptergebnis gekommen sei, in jener Zeit hätte weder eine geschlossene Hauswirtschaft im Sinn Büchers noch eine reine Naturalwirtschaft bestanden, wie es bisher allgemein und ganz besonders auch von den führenden Wirtschaftshistorikern, von Carl Inama von Sternegg sowie von Karl Lamprecht, behauptet wurde. Doch seine Anschauungen und Belege seien nicht beachtet oder ins Unverständliche verdreht worden. Er habe nie die unsinnige Behauptung aufgestellt, daß die Wirtschaftsverfassung der Karolingerzeit eine vollentwickelte geldwirtschaftliche Verkehrswirtschaft gewesen sei, sondern sich nur gegen die bis dahin allgemein verbreitete Anschauung gewendet, daß dazumal eine reine oder absolute Naturalwirtschaft geherrscht, und die Geldwirtschaft völlig gefehlt hätte.

Es sei aus jenen Zeiten ja nur dürftiges Urkundenmaterial erhalten. Immerhin lasse das Zeugnis der Konzilienbeschlüsse und Kapitulare, das mehr als regionale und lokale Bedeutung besitzt, weitgehende Rückschlüsse zu. Handel und Verkehr, Geld, Münzwesen, Zins und Wucher treten in diesen Dokumenten eindrucksvoll immer wieder hervor. Die Mißbräuche, die auf den Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit vorkamen, die Notwendigkeit, daß die weltliche und geistliche Reichsgewalt, daß König und Kirche zum Schutz der Bevölkerung ganz allgemein gehaltene Verbote und Gebote darüber erließen, weisen, meint Dopsch, darauf hin, wie groß die Bedeutung geldwirtschaftlicher Verhältnisse schon damals gewesen sei. Indem die neuere Forschung erwiesen habe, daß die Besitzkonfiguration des Grundbesitzes infolge der Streulage viel loser war als man früher angenommen hat, und die Zahl der unabhängigen freibäuerlichen Wirte beträchtlich größer, sei es ganz unwahrscheinlich, daß die großen Grundherrschaften ihren Eigenbedarf zu decken vermochten, aber wahrscheinlich, daß für den allgemeinen Bedarf eine wirtschaftliche Sonderproduktion im Gewerbe und eine ökonomische Vermittlung (Markt und Handel) erfordert worden seien. Diese Ausführungen des 1. Kapitels des Dopschschen Buchs, die in den weiteren Abschnitten durch eine weitgespannte Übersicht über die Geschichte der verschiedenen Kulturvölker ergänzt werden, schließen hier ab mit einer polemischen Auseinandersetzung mit Historikern, insbesondere mit Lamprecht, der in der Fortentwicklung der Natural- und Geldwirtschaft den Schlüssel zur Erkenntnis der mannigfachsten geschichtlichen Erscheinungen gefunden zu haben glaube. »Wir konnten«, verkündet der Verfasser das ihm sich ergebende Resultat, »an der Hand der historischen Tatsachen verfolgen, daß Natural- und Geldwirtschaft nicht zeitlich aufeinanderfolgende Wirtschaftsformen sind sondern neben einander vorkommen, ohne daß die eine als Zeugnis primitiver, die andere als spezifischer Ausdruck höherer Kultur zu werten wäre.«

Der Fachmann, der über eine bestimmte historische Periode arbeitet, mag aus dem reichen Material, das die Dopschsche Arbeit vor ihm ausbreitet, fruchtbare Anregungen und Aufschlüsse ziehen, der Nachweis mag gelungen sein, daß in der Bücherschen Formulierung voreilige Verallgemeinerungen mitunterlaufen. Aber daß ein neuer leitender und positiver Gesichtspunkt fehlt, der aus dem Wesen

der Ökonomie selber entwickelt ist und sich den bisherigen Versuchen überlegen entgegenstellen könnte, läßt sich, der ganzen Anlage der Arbeit nach, nicht in Abrede stellen. So scheint der Gegensatz zu Büchern stellenweise künstlich aufgebauscht. Zum Beispiel, wenn Dopsch besonders hervorhebt, daß sich der Geldkapitalismus neuerer Zeiten der Naturalwirtschaft zur Erzielung höherer Gewinne bedient, und diese, die Naturalwirtschaft, auch bei den Großgrundherrschaften bis in die Gegenwart fort dauert. »Der Papst und der Kaiser, Landesherren und Bischöfe, aber auch der weltliche Adel entlohnen ihre Beamten und Angestellten zum Teil in natura, durch Überweisung von Wohnungen und Bezug von Nahrungsmitteln (Getreide, Bier, Holz usw.), das sogenannte Deputat. Warum? Offenbar ist beiden Seiten damit gedient... Man könnte diesen Vorgang als das Prinzip der Transmission bezeichnen.« Als ob solche Erscheinungen, die doch jedem Theoretiker, also auch Bücher, selbstverständlich und geläufig waren, irgendetwas gegen die Charakteristik der modernen Wirtschaftsordnung als einer geldwirtschaftlichen bedeuten würden. Als ob der Theoretiker, dem es um das Verständnis des ökonomischen Gesamtprozesses und seines entscheidenden Grundzusammenhangs zu tun ist, irgendeinen Anlaß hätte seine Leser auch noch mit Erwähnung solchen, theoretisch ganz uninteressanten Beiwerks aufzuhalten. Jede typische Charakteristik soziologischer Erscheinungen wie der Versuch sie theoretisch zusammenfassend zu verstehen muß sich, wenn nicht alles ins Richtungslose verlaufen soll, ans Wesentliche halten. Sonst kann die Betonung der großen Kompliziertheit der Verhältnisse, die die moderne Volkswirtschaft mit sich fortschleppt, am Ende gar noch zur Entdeckung führen, daß ihre Kennzeichnung als kapitalistische Volkswirtschaft eine »voreilige Abstraktion« sei.

Deutscher Soziologentag Zum 7. Mal tagte dieses Jahr die Deutsche Gesellschaft für Soziologie, und zwar vom 29. September bis zum 1. Oktober im Festsaal der Berliner Handelshochschule. Nach einer Begrüßungsansprache des Altmeisters Ferdinand Tönnies, der am 26. Juli 75 Jahre alt geworden war, sprach Heinrich Waentig über die Aufgaben der soziologischen Wissenschaft, die jetzt bereits auf 6 preußischen Universitäten selbständige Vertretung gefunden habe und speziell auch wachsende Erkenntnis der Formen und geschichtlichen

Entwicklung des staatlichen Zusammenlebens erhoffen lasse. Auf das Verhältnis zwischen Presse und Öffentlicher Meinung, das einen Hauptgegenstand der Erörterungen dieses Soziologentags bilden sollte, ging Waentig einleitend ein. Die Ausführungen Carl Brinkmanns und Paul von Eckardts behandelten die Rolle der Presse näher. Wilhelm Kapp sprach über die Soziologie der Zensur, Friedrich Hertz über Zensur und Klassenkampf. Im weiteren Verlauf des Eröffnungstags versuchte Friedrich Stampfer als Redakteur des Vorwärts das Verhältnis von bürgerlicher und proletarischer Ideologie klarzulegen. Über Kunstsoziologie referierte Leopold von Wiese, während Kurt Breysig auf das Problem der geistigen Haltung einging und im Zusammenhang damit auch die Soziologie des Schauspielers einer Erörterung unterzog. Die Vorträge des 3. und letzten Tags galten der Rasse-, Stämme- und Volkssoziologie. Tönnies sprach über das Wesen und die Ziele einer Soziographie. Dann wurde das eingehende Referat Willy Hellpachs verlesen, das wie der Vortrag Gustav Aubins die von Ferdinand Tönnies und Franz Eulenburg angeregten Fragen weiter ausspann. Eulenburg skizzierte das Wesen einer politischen Soziologie, einer neuen Wissenschaft, die durch diese Tagung gleichsam aus der Taufe gehoben werden solle. Zunächst handle es sich darum die deutsche Stämmebildung und die auf sie einwirkenden Faktoren, wie Abstammung, Umwelt und Schicksal, zu untersuchen. Den Abschluß bildete ein Vortrag Josef Nadlers, der hier den Standpunkt seiner Deutschen Literaturgeschichte nach Stämmen zu erläutern und zu begründen suchte.

Neuausgaben Die wertvolle Arbeit *Eduard Bernsteins* über die englische Revolution ist jetzt unter dem Titel *Cromwell and Communism, Socialism and Democracy in the Great English Revolution* in englischer Übersetzung erschienen (London, George Allen & Unwin). Ebenso kam *Max Webers* in Deutschland berühmte Untersuchung über die Rolle des Puritanismus in der kapitalistischen Entwicklung englisch heraus, unter dem Titel *The Protestant Ethic and the Spirit of Capitalism*. Auch sie im Verlag Allen & Unwin in London, der früher schon nationalökonomische Arbeiten Webers sowie Ernst Troeltsch' Soziallehren der christlichen Kirchen und Sekten in verdienstvoller Weise dem englischen Lesepublikum vermittelt hat.

Totenliste Im Beginn einer Weltreise starb an Lungenentzündung am 6. März der frühere Präsident der Yaleuniversität *Arthur T. W. Hadley* in seinem 74. Lebensjahr. Er war an dieser amerikanischen Universität der Reihe nach Lektor des Griechischen, Logik- und Rechtslehrer, bis er 1883 Lehrer der Politischen Ökonomie wurde. Sein Werk *Railroad Transportation* brachte die erste amerikanische Eisenbahngeschichte und -theorie. In den Jahren 1907 und 1908 war er Rooseveltprofessor für amerikanische Geschichte an der Berliner Universität, im Jahr 1914 Dozent an der Universität Oxford. Er war auch Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften. Sein nationalökonomisches Hauptwerk sind die *Economics* /1896/, in denen er gegen Ricardo Stellung nimmt. Hadley galt in Amerika nicht nur als hervorragender Wissenschaftler sondern auch als ein ausgezeichneter Mensch und Lehrer.

Kurze Chronik In Köln wurde im Anschluß an die Pressa 1929 unter der Leitung Gerhard Kalens ein *Forschungsinstitut für Internationales Pressewesen* gegründet; ihm war eine Abteilung Auslandskunde angegliedert. An die Stelle der Allgemeinen Abteilung treten nun 4 neue selbständige Institute: ein Deutsch-Niederländisches Institut, geleitet von Friedrich von der Leyen, ein Deutsch-Französisches Institut, ein Deutsch-Spanisches Institut und eine Abteilung der Italienischen Forschungsgesellschaft, alle 3 geleitet von Leo Spitzer. ◊ In Stettin wurde eine *Gesellschaft für Zeitungskunde* begründet. Sie will eine geschichtliche Darstellung der pommerschen Zeitungen und Druckereien seit der ältesten Zeit bringen. Zur Erforschung dieser Gebiete soll an der Universität Greifswald ein Institut ins Leben gerufen werden. ◊ Dem Auslandsprofessor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Rostock *Hans Jürgen Seraphim* wurden die akademischen Rechte eines ordentlichen Professors verliehen. Die Arbeiten des Forschers, der aus Riga stammt, erstrecken sich neben der allgemeinen Nationalökonomie auf die russische Wirtschaftstheorie und -politik. ◊ Der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt *Oswald Schneider* übernimmt das Ordinariat für Staatswissenschaften an der Universität Königsberg, als Nachfolger Hans Teschemachers. ◊ Der Privatdozent *Wilhelm Hasenack* erhielt einen Lehrauftrag für Betriebswirtschaftslehre an der Techni-

schen Hochschule Berlin. ◊ An der Technischen Hochschule Aachen *habilitierte* sich Gertrud Savelsberg für Volkswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Sozialstatistik. ◊ Der österreichische Soziologe Genosse *Rudolf Goldscheid* wurde am 12. August 60 Jahre alt. Dem Wahnsinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, dem menschliche Arbeitskraft einfach als Ware gilt, die allen Schwankungen des Warenmarkts nach dem obersten Prinzip der freien Konkurrenz untersteht, stellte er 1906 in seiner Schrift *Verelendungs- oder Meliorationstheorie?* /Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte/ in klarer Präzisierung den sozialistischen Grundgedanken der unvergleichlichen Bedeutung und Würde dieses ökonomischen Faktors, dem in der ganzen ökonomischen Kulturentwicklung zentrale Bedeutung zukommt, gegenüber. Keine Verschwendung, die so sinnlos wäre wie die an Arbeitskräften. Im Sinn dieses humanen Grund- und Leitgedankens bewegte sich Goldscheids ganzes reiches Schaffen, das ihn nach dem Sturz des alten Regimes zeitweilig in hohe politische Stellungen brachte.

Literatur In einer polemischen Broschüre, betitelt *Eine Umwälzung der Wissenschaft?* /Berlin, R. L. Prager/, wendet sich *Fritz Sternberg*, dessen Schrift *Der Imperialismus und seine Kritiker* in dieser Rundschau (1930 I Seite 277 und folgende) des nähern beleuchtet wurde, gegen die gleichfalls früher hier (1929 II Seite 638 und folgende) erörterten wunderlichen Konstruktionen in Henryk Großmanns Buch *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*. Die Ausführungen beider Bücher werden den unbefangenen Leser schwerlich überzeugen. ◊ Bei der Anzeige des Buchs *Albert Hahns Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ hat sich in dieser Rundschau (1930 II Seite 707) ein bedauerliches Versehen eingeschlichen. Die 3., jetzt veröffentlichte Auflage der Arbeit stellt keinen bloßen Abdruck der 1. Auflage dar, wie hier angenommen wurde. Die Bemerkung des Verfassers, ihm habe zu einer weitem Herausarbeitung des Grundgedankens die Zeit gefehlt, bezog sich nur auf die 2. Auflage. Für die jetzt vorliegende 3. Auflage hat er aber das Buch erweitert und umgearbeitet. Es sei darauf ausdrücklich hingewiesen, da dem in ihm behandelten Gegenstand gerade in unserer Gegenwart besonderes Interesse zukommt.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Eidesrecht Es wurde bereits in dieser Rundschau (1929 II Seite 753 und folgende) darauf hingewiesen, daß zur Herbeiführung klarer Formulierungen im materiellen Eidesrecht zunächst die Vorlage des prozessualen Teils des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch notwendig sei, der die Beteuerungsformen zu statuieren habe. Bisher waren nur unzulängliche Vorentwürfe vorgelegt worden. Dem damals gerügten Mangel ist noch im Jahr 1929 Abhilfe geschaffen worden, indem der amtliche Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz in 2., nicht unwesentlich veränderter Fassung veröffentlicht wurde. Im allgemeinen sah der Entwurf eine weitgehende Einschränkung der Beeidigung vor. Es waren 3 Arten von Aussagen vorgesehen: die Aussage unter Eid, die Aussage mit Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Aussage unter Berufung auf die Pflicht zur Wahrheit und die Aussage ohne Eid und ohne solche Versicherung. Diese Formulierung entspricht im wesentlichen dem Ergebnis der Beratungen des Ausschusses des Reichstags. Das Anwendungsgebiet dieser 3 Arten von Aussagen ist wiederum auf das differenzierteste abgestuft. So ist der Eid grundsätzlich beibehalten im Bereich der Zivilprozeßordnung für den Parteieid. Die Beeidigung von Zeugen ist in den Voraussetzungen wesentlich eingeengt und für Straf- und Zivilprozeß sowie freiwillige Gerichtsbarkeit verschieden. Die Beeidigung bei Sachverständigen ist ausgeschlossen. Offenbarungseid und Editionseid sind abgeschafft. Einen breiten Teil des früheren Eidesgebiets nimmt jetzt die Aussage mit Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Aussage unter Berufung auf die Pflicht zur Wahrheit ein. Aber auch sie ist in bestimmten Fällen eingeschränkt oder verzichtbar. Hier sind wiederum verschiedenartige Voraussetzungen für den Strafprozeß und für den Zivilprozeß. So ist sie unzulässig bei der heutigen Unzulässigkeit der Beeidigung und darüber hinaus im Strafprozeß bei Zeugen, deren Aussage nach Überzeugung aller Mitglieder des Gerichts unerheblich ist, und wo der Zeuge erhebliche Tatsachen nicht zu bekunden vermag. Bei Übertretungssachen und bei offenkundiger Unglaubwürdigkeit der Aussage nach einstimmiger Überzeugung des Gerichts kann bei Vernehmung

des Verletzten, seiner Angehörigen, der Angehörigen des Beschuldigten, von noch nicht 18jährigen Zeugen usw. von der Versicherung abgesehen werden. In Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit soll über Abgabe der Versicherung das Ermessen des Gerichts entscheidend sein. Für die Sozialversicherungsgesetze, das Arbeitsgerichtsgesetz und ähnliches ist sie durch ausdrückliche Bestimmung des Entwurfs auf den Fall beschränkt, wo sie zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage erforderlich erscheint. Alles in allem eine weitgehende Einschränkung des Eidesrechts, allerdings auch auf Kosten einer Kasuistik, die kaum mehr zu überbieten ist. Die bisherige Erklärung an Eidesstatt wird gleichfalls durch die Versicherung unter Berufung auf die Pflicht zur Wahrheit ersetzt. Die Aussage ohne Eid und ohne Versicherung erfolgt, wo der Eid unzulässig ist, oder von der Versicherung abgesehen wird. Zur Vermeidung falscher Aussagen kann ferner den Zeugen oder Sachverständigen die Pflicht zu vorheriger Vornahme notwendiger Nachforschungen und Prüfungen usw. auferlegt werden. Die Abnahme des Eides und der Versicherung erfolgt bei Zeugen im Strafprozeß im Gegensatz zum geltenden Recht nach der Vernehmung. Das gleiche gilt für den Sachverständigen. Um jeden Zweifel über den Inhalt der beeideten Aussage zu beseitigen, ist neu die wörtliche Niederschrift der Aussage im Protokoll vorgeschrieben.

Es ist nicht notwendig alle die einzelnen Vorschriften hier aufzuführen. Aber schon der Ausschnitt wird zu der Feststellung genügen, daß die deutsche Gründlichkeit kompliziertere Tatbestände wohl nicht mehr hervorbringen kann. Mit Recht hat *August Hegler* im 23. Heft der Tübinger Abhandlungen zum Öffentlichen Recht / Stuttgart, Ferdinand Enke/ die große Kompliziertheit der Eidesreform bemängelt. Selbst der Fachjurist wird Mühe haben sich in diesem verwickelten Knäuel zurechtzufinden. Andererseits weist Hegler auf die großen Bedenken hin, die die Abstufung des Eides und damit der Wahrheit in sich schließt. Freilich kann er sich nicht entschließen als einzig richtige Folgerung die Abschaffung des Eides überhaupt zu ziehen. Er hält den Eid jedenfalls zurzeit für ein unentbehrliches Mittel zur Erforschung der Wahrheit. Charakteristisch ist sein Satz, daß die Meineidseuche im Kern eine Lügenseuche sei, die deshalb durch Abschaffung des Eides

nur einen andern Namen erhalten soll. Infolgedessen lehnt er auch den Vorschlag Schiffers ab als Übergang die Eidesleistung in den Willen des aussagepflichtigen Zeugen usw. zu stellen. Er kommt zur Beibehaltung des Eides als einziger Beteuerungsform wie bisher. Um jedoch dem auch von ihm anerkannten Bedürfnis nach Verringerung der Eidesleistungen entgegenzukommen, will er gewisse Beschränkungen gegenüber dem geltenden Recht Platz greifen lassen. Hier zitiert er verschiedene Möglichkeiten; wegen Bedenklichkeit der Beidigung (Eidesunreife, Verdächtige, Verletzte, Angehörige des Verletzten, Verfänglichkeit der Fragen); sodann wegen Unnötigkeit der Beidigung, wegen allseitig angenommener Glaubwürdigkeit, Unglaubwürdigkeit oder Unerheblichkeit; weiter wegen Unnötigkeit bei Bagatellsachen und ähnliches. Die Arbeit Heglers bedeutet aber auf alle Fälle eine ausgezeichnete Wiedergabe des Standes der Reform sowie eine klare kritische Würdigung. Vom Standpunkt der Beibehaltung des Eides weist Hegler im übrigen sicher den richtigen Weg, wenn er den Eid dann als einzige Beteuerungsformel beibehalten will. Nachdem durch die Auflösung des Reichstags die Entwürfe zum Strafgesetzbuch und zum Einführungsgesetz gegenstandslos geworden sind, wird zunächst abzuwarten bleiben, in welcher Form sie wieder eingebracht werden. Die Arbeit Heglers wird dann allen an der Materie Interessierten gewiß wertvolle Dienste leisten.

Informationsmittel

Ein ausgezeichnetes Werk ist Jean Rays *Commentaire du Pacte de la Société des Nations* /Paris, Librairie du Recueil Sirey/. Bei wohl lückenloser Materialverwendung gibt er einen umfangreichen Überblick und einen tiefgründigen Einblick in das Wesen des *Völkerbunds*, wie es sich nach der Politik und der Rechtsprechung der Organe dieses Bundes darstellt.

Ein besonderes Verdienst hat sich Hermann Jahrreiss erworben, indem er das System des deutschen *Verfassungsrechts* in Tafeln und Übersichten darstellte /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Es ist eine plastische Geographie der Reichsverfassung, die von einem erhöhten Punkt aus das Ganze überblicken läßt und dadurch neue Zusammenhänge erschließt und bisher nicht gesehene Perspektiven eröffnet. Allerdings wird es auf die Augen des jeweiligen Lesers ankommen, wieviel er nun zu erkennen vermag.

In 2., völlig veränderter Auflage liegt Adolf Baumbachs Taschenkommentar über das *Arbeitsgerichtsgesetz* vom 23. Dezember 1926 neu bearbeitet von Paul Königsberger vor /Berlin, Otto Liebmann/. Er wird allen, die an der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte interessiert sind, vortreffliche Dienste leisten.

Der Kommentar zur *Tarifvertragsverordnung* vom 23. Dezember 1918 und 1. März 1928 /Berlin, Julius Springer/ von Erich Molitor gibt eine gründliche Zusammenfassung des Schrifttums und der höchstrichterlichen Rechtsprechung auf diesem Gebiet. Daneben wird zugleich die Lehre des Tarifvertrags tiefgreifend dogmatisch entwickelt.

In den Forschungen zur *Völkerpsychologie* und -soziologie, herausgegeben von Richard Thurnwald /Leipzig, C. L. Hirschfeld/, ist als 8. Band *Die Prohibition in den Vereinigten Staaten* von Günter Schmölders erschienen. Das *amerikanische Alkoholverbot* wird nach Grundlagen sowie in seinen Auswirkungen systematisch und in vorbildlicher Übersichtlichkeit dargestellt.

The Supreme Court of the United States betitelt sich ein von Charles Evans Hughes zusammengestelltes Werk /New York, Columbia University Press/. Es gibt einen umfangreichen Überblick und interessanten Einblick in die verschiedenen Arten der *amerikanischen Rechtsprechung* auf den wichtigsten Rechtsgebieten sowie in die Organisation und die allgemeinen Methoden des Höchsten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten von Amerika.

Entscheidungen Wie sehr die deutsche Rechtspraxis in bestimmten Fällen versagt, zeigte sich in einem Strafverfahren gegen 3 nationalsozialistische Brüder, die bei einem nächtlichen Überfall in Zeitz (wo auch das Rencontre Cuveliers mit den nationallistischen Rowdies sich abgespielt hatte) einen Kaufmann so schwer verletzt hatten, daß sein Leben gefährdet war, und er unter allen Umständen eine schwere Beeinträchtigung seiner Gesundheit davongetragen hat. Zunächst wurde vom Staatsanwalt ein Verfahren wegen Körperverletzung eingestellt, und die Täter erhielten nur »wegen ruhestörenden Lärms« einen Strafbefehl über 20 Mark. Nachdem die Täter gerichtliche Entscheidung beantragt hatten, kam es zur Verurteilung »wegen Raufhandels« zu 1 Monat Gefängnis. Endlich wurde von der Staatsanwaltschaft auf Veranlassung des Justizministeriums Berufung eingelegt und die Sache vor die Kleine

Strafkammer verwiesen. Diese verwies sie zur erneuten Verhandlung an das Schöffengericht Naumburg, das endlich eine Verurteilung von 8 und 5 Monaten Gefängnis aussprach.

Ganz anders verlief ein Schlägereiprozess vor dem Schöffengericht Stettin. Dort handelte es sich nicht um Nationalsozialisten sondern um 10 Mitglieder des Reichsbanners, und diese wurden ohne weiteres zu je 6 Monaten, der sogenannte Rädelsführer sogar zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Die Reichsbannerleute hatten versucht bei einem Umzug der Wolliner Nationalsozialisten, die, entgegen dem Uniformverbot, in Uniform aufmarschierten, diesen die Windjacken zu entreißen. Vorher hatte sich das Reichsbanner jedoch an die Ortspolizei gewandt und sie darauf aufmerksam gemacht, daß die Absicht des Uniformtragers bei den Nationalsozialisten bestände; aber diese erklärte, sie wisse von dem Verbot nichts.

Besondere Empörung mußte der Fall Cuvelier auslösen (siehe die Rundschau Geistige Bewegung, 1930 II Seite 802). Das Urteil des Weißenfelsener BerufungsgERICHTS wurde auch von Eduard Heilfron in der Deutschen Allgemeinen Zeitung einer mißbilligenden Kritik unterzogen. Besonders hebt Heilfron den Umstand hervor, daß entgegen dem Antrag des Oberstaatsanwalts, der nur auf eine Geldstrafe erkannt wissen wollte, eine Gefängnisstrafe ausgesprochen worden ist. (Die Verurteilung Cuveliers hat bekanntlich, sehr begreiflicherweise, in Frankreich zu scharfen Äußerungen gegen diese Art deutscher Rechtspflege geführt. Doch ist der Verständigungswille in Frankreich so stark, daß die französischen Sportsleute es ablehnten auf Grund jenes Fehlurteils gegen einen der Ihrigen die Beziehungen zu den deutschen Sportskreisen abzubrechen, vielmehr trotz allem den völkerverbindenden Charakter des Sports betonten.)

Tagungen Ein *Internationaler Kongreß für Gläubigerschutz* fand anlässlich des 60jährigen Bestehens des Kreditorenvereins von 1870 vom 31. Mai bis zum 3. Juni in Wien statt. Behandelt wurden auf dieser Tagung Probleme des Präventivakkords, Liquidationsausgleich, Verbesserung des Konkursverfahrens und internationale Vereinheitlichung des Insolvenzrechts.

Am 11. und 12. Juni tagte in Bamberg die *Deutsche Strafrechtliche Gesellschaft*. Unter anderm wurde eine Reihe von Vorschlägen im Gegensatz zu den Änderun-

gen des im Reichstagsausschuß behandelten Besondern Teils des Strafgesetzbuchs angenommen. So will man den Eid grundsätzlich beibehalten. Die Delikte der widernatürlichen Unzucht und des Ehebruchs sollen wiederhergestellt werden. Die Möglichkeit von Strafen bei Abtreibung in besonders leichten Fällen abzusehen soll beseitigt werden. Zu den Strafbestimmungen über das Verhältnis des Bürgers zum Staat wird Revision dahin gefordert, daß jede Vorbereitungshandlung zum Hochverrat entsprechend dem Regierungsentwurf wie im geltenden Recht unter Strafe gestellt, die Vorschrift gegen Beschimpfung der staatlichen Einrichtungen (§ 131 des Strafgesetzbuchs) neben der Beschimpfung der Staatsform wiederhergestellt, die wirkungslose Strafandrohung gegen Boykott bei Wahlen und Abstimmungen gestrichen, sowie schließlich entsprechend der Bestechung der Beamten auch die Bestechung der Abgeordneten über den Tatbestand des § 106 des Entwurfs hinaus bestraft werden soll. Man wird nicht gerade sagen können, daß diese Forderungen der Deutschen Strafrechtlichen Gesellschaft von jenem Geist getragen sind, der allein dem unabweisbaren Bedürfnis der Gegenwart, geschweige den Tendenzen der Zukunft, Rechnung trägt.

Im Anschluß an den Internationalen Kongreß für Literatur und Kunstschutz fand in Budapest vom 9. bis zum 14. Juni der 3. Kongreß der *Internationalen Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz* statt. Es wurden Fragen des Patentrechts sowie des Warenzeichenrechts verhandelt. Er beschäftigte sich mit der Prüfung einer Vervollkommnung des bestehenden internationalen Rechts in der Fassung des Pariser Unionvertrags und der Nebenabkommen. Bei der Gegensätzlichkeit der Standpunkte war der Annäherungserfolg nur gering, immerhin waren erfreuliche Ansätze erkennbar.

In Genf tagte im Juni die 4. *Internationale Arbeitsrechtskonferenz*. Sie behandelte die Arbeitszeit in Kohlenbergwerken, Zwangsarbeit in den Kolonien und die Arbeitszeit der Angestellten.

Vom 31. Juli bis zum 2. August wurde im Haag die 6. Jahresversammlung der *Internationalen Akademie für Vergleichende Rechtswissenschaft* abgehalten. Sie beschäftigte sich unter anderm auch mit dem zukünftigen Internationalen Kongreß für Rechtsvergleichung, zu dem bereits 50 Organisationen sowie bedeutende Vertreter der Wissenschaft ihr Erscheinen zugesagt haben; er wird Anfang August 1932 im Haag stattfinden.

Totenliste

Am 26. Januar starb der holländische Gelehrte *Daehne van Varick*, im Alter von

84 Jahren. Sein besonderes Studium war das Völkerrecht. 1899 hatte er im Auftrag der holländischen Regierung *Actes et documents relatifs au Programme de la Conférence de la Paix* veröffentlicht, 1907 gelegentlich der 2. Haager Konferenz eine Arbeit *Le droit financier international*, in der er ein neues Weltfinanzrecht zeichnet. Er war eine Zeitlang zum Katholizismus übergetreten, hatte sich aber bald wieder von ihm abgewandt und hielt ihn für so gefährlich für die Menschheit, daß er in dem Buch *Diplomatie calviniste* die Staaten mit kalvinistischer Bevölkerung zu einem Zusammenschluß gegen den Katholizismus aufforderte. Er war überzeugter Pazifist. Er lehnte jeden offiziellen Wirkungskreis ab, blieb Privatgelehrter.

Anfang April starb in München der Völkerrechts- und Staatsrechtslehrer *Karl von Stengel*, fast 90 Jahre alt. Er begann seine Universitätslaufbahn 1881 in Breslau, ging dann über Würzburg nach München, wo er 20 Jahre lang als Professor an der Universität wirkte. Auf der 1. Haager Friedenskonferenz 1899 vertrat Stengel das Deutsche Reich. Er hat eine Reihe von Lehrbüchern über deutsches, preußisches und bayrisches Staats- und Verwaltungsrecht verfaßt. Vor allem aber ist sein 5bändiges Wörterbuch des deutschen Verwaltungsrechts sehr bekannt geworden.

Fast 71 Jahre alt, starb Anfang April in Leipzig der Reichsgerichtsrat *Werner Rosenberg*, der mit Ludwig Ebermayer und Adolf Lobe zusammen den Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch und den Löweschens Kommentar zur Strafprozeßordnung herausgegeben hat.

Am 5. Mai nahm sich der Berliner Kammergerichtsrat *Ernst Goldmann* im Alter von 58 Jahren das Leben. Er war seit Jahren Richter im 3. Zivilsenat, wo ihm besonders Erb- und Ehestreitigkeiten zur Entscheidung unterstanden. Vor allem in den oft schwierigen Ehesachen hat Goldmann stets ein feines Einfühlungsvermögen bewiesen. Auch literarisch hat er sich mit dem Eherecht beschäftigt. Der Entschluß sich zu töten erfolgte vermutlich aus der Furcht vor einer nervösen Erkrankung heraus.

In München starb Ende Juni der Rechtshistoriker *Karl von Amira*, in seinem 83. Lebensjahr. Er hatte sich 1874 in München habilitiert, wurde zunächst als Professor nach Freiburg berufen und wirkte dann von 1893 bis zu seinem

Rücktritt 1923 an der Universität München. Er hat eine große Reihe bedeutender rechtshistorischer Werke hinterlassen. Es seien genannt Nordgermanisches Obligationenrecht /1882 bis 1895/, Tierstrafen und Tierprozesse /1891/, Vom Wesen des Rechts /1906/, Die germanischen Todesstrafen /1922/ sowie ein 2bändiger Kommentar zu der von ihm herausgegebenen Dresdener Bilderhandschrift des Sachsenspiegels /1901 bis 1902/. Amira zeichnete sich als Schriftsteller dadurch aus, daß er in seine Forschungen Sprach-, Kunst- und Religionswissenschaft mit einbezog, ihnen universalen Charakter verlieh.

Am 25. August starb in Düsseldorf der frühere preußische Justizminister *Hugo am Zehnhoff* im Alter von 75 Jahren. Er hat sich dauernde Verdienste um die Rechtspflege vor allem durch seine Einführung der bedingten Strafaussetzung erworben, die viele Menschen vor dem Gefängnis bewahrt hat. Das Gnadenrecht übte er weitgehend aus.

In Karlsbad starb Anfang September der Professor für österreichisches Recht an der Universität Wien *Emanuel Adler*, im Alter von 57 Jahren. Er hat zahlreiche Arbeiten aus den Gebieten des Bürgerlichen, Arbeits-, Urheber-, Patent- und Wettbewerbsrechts veröffentlicht.

Kurze Chronik Für das Jahr 1930-1931 stellte die Berliner Universität die folgenden *Preisaufgaben*: 1. »Gibt es nach deutschem Strafrecht sachliche Grenzen der Befugnis zu Verfassungsänderungen?« 2. »Die Entwicklung des ehelichen Vorbehaltsgutes in Deutschland bis zum Bürgerlichen Gesetzbuch, unter vergleichender Heranziehung des französischen und englischen Rechts.« Außerdem wird die nachstehende Aufgabe wiederholt: »Die vertraglich beschränkte Haftung in der Zwangsvollstreckung.« ◊ In einem von der englischen Regierung eingesetzten Ausschuß über die *Todesstrafe* wurde auch der Erzbischof von York gehört. Er sprach sich gegen die Todesstrafe aus, sie sei unchristlich und zwecklos. Gerade die immer wieder dem Volk einzuprägende Auffassung von der Heiligkeit des Lebens sei das beste Mittel gegen die Morde. (Zu gleicher Zeit etwa verteidigten deutsche Intellektuelle, auch religiöse Sozialisten, die von der bolschewistischen Regierung in Moskau angeordnete Ermordung von 48 sogenannten Gegenrevolutionären (in Wahrheit Sozialisten und Gelehrten).) ◊ Einen Lehrauftrag für Kriminalistik und strafrechtliche

Hilfswissenschaften erhielt an der Universität Berlin *Max Hagemann*, Abteilungsleiter am Berliner Polizeipräsidium. \diamond Der Gießener Privatdozent für Kriminalpsychologie *Hans von Hentig* wurde als Wissenschaftlicher Berater an das Polizeinstitut in Berlin berufen. \diamond An der Universität Bonn *habilitierte* sich *Erich Schwinge* für Zivilprozeßrecht und auch für Rechtsphilosophie.

Literatur

Die *Dreyfusaffäre*, die am Ausgang des 19. Jahrhunderts die Welt bewegte und die Stärke des Rechtsgefühls im französischen Volk dokumentierte, das schließlich alle herrschenden Mächte einer verblendeten Staatsraison überwand (siehe dazu hier auch die bewegend anschauliche Schilderung *Meier-Graefes* Zum Ausgang der *Dreyfusaffäre*, 1906 II Seite 792 und folgende). Es ist kein Zufall, daß jener Prozeß im Deutschland der Gegenwart so vielfaches Echo fand. Im Verhältnis zwischen Heer und Staat ist unsere Lage derjenigen Frankreichs in den ersten Jahrzehnten der 3. Republik nicht unähnlich. Nur fehlen bei uns ein *Zola* und ein *Picquart*, und kein *J'accuse* setzt das deutsche Volk in Flammen, bis Recht Recht wird. Über den Prozeß *Dreyfus* sind kürzlich 2 Bücher erschienen. *Bruno Weil* (Der Prozeß des Hauptmanns *Dreyfus* /Berlin, *Walther Rothchild*/) gibt in ausgezeichnete Form ein materialreiches Bild. Manche Analogie allgemeiner Zustände unserer Zeit drängt sich auf. Diese Verbindung mit der Gegenwart in feinsinniger Weise hergestellt zu haben ist vor allem das Verdienst *Walter Steinthals* (*Dreyfus* /Berlin, *Oesterheld & Co.*/). Sein Buch ist lebhaft und wirklichkeitsnah geschrieben, dabei knapp und voll menschlicher Züge. Diese Bücher über *Dreyfus* sollte jeder Deutsche kennen. Sie schärfen das republikanische Rechtsgefühl und Gewissen, die immer und überall mit der Gerechtigkeit und dem allgemeinen Menschenrecht identisch gewesen sind und sein werden. \diamond *Karl Blanck* veröffentlicht *Philipp Halsmanns* Briefe aus der Haft an eine Freundin /Stuttgart, *J. Engelhorn*s Nachfolger/. Der Fall *Halsmann* hat großes Aufsehen erregt. Inzwischen ist der nach seiner Beteuerung unschuldig wegen *Vatermords* Verurteilte vom österreichischen Bundespräsidenten begnadigt, freilich auch des Landes verwiesen worden. Die Briefe aus der Haft geben ein eindringliches Bild seiner Seelenverfassung. Sie würden in ihrer Ge-

samtheit noch wirkungsvoller sein, wenn sie gedanklich und in der Form schlichter geschrieben wären. Sie atmen nicht jene menschliche Größe, die die Briefe *Rosa Luxemburgs* aus dem Gefängnis auszeichnete. Immerhin enthalten sie eine Reihe schöner Gedanken und sind im ganzen ein lesenswertes Dokument. \diamond Von *Adolf Hedler* erschien ein Büchlein *Völkerfriede und Völkerrecht* im Laufe der Geschichte /Gotha, *Leopold Klotz*/). Das Buch ist als Einführung in die Gedankengänge des Artikels 148 der Reichsverfassung (Schulbildung im Geiste der Völkerversöhnung) und des Artikels 4 (Völkerrecht bindender Bestandteil des deutschen Reichsrechts) gedacht. Es wendet sich in erster Linie an die heranwachsende Jugend, kann aber auch den Erwachsenen, die auf der Schule meist nur Kriegsgeschichte gelernt haben, als wertvoller Einblick in die Werkstatt der Friedensgeschichte der Welt empfohlen werden. \diamond Im 21. Heft der Schriftenreihe des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig /Berlin, *Reimar Hobbing*/ erläutert *Heinz Schäfer* Tarifvertrag und Betriebsreglung im besondern Hinblick auf die rechtserheblichen Einigungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsvertretung kraft Tarifvertrags. Ein gründliches Studium dieser Schrift wird der Praxis von Nutzen sein und manchen Prozeß vermeiden. \diamond Der deutsche Richter von *Martin Beradt* /Frankfurt, *Rütten & Loening*/ ist ein nach Form und Inhalt meisterhaftes Buch über das deutsche Richtertum. Hier spricht einer, der das Wesen der Justiz und das Gesicht der Richter nicht nur kennt sondern in ihren Bedingtheiten und Abhängigkeiten erforscht hat. Das Buch ist zugleich ein Beitrag zur Justizkrise überhaupt und vielleicht auch ein nicht geringes Mittel zu ihrer Überwindung. Weite Verbreitung wäre ihm zu wünschen. \diamond Wie der »Richter ohne Gnade« durch Verkettung der Umstände schließlich selbst dem Gesetz verfällt, wird in dem gleichnamigen Roman *Georg Fröschels* /Berlin, *Ullstein*/) geschildert. Man bekommt eine Vorstellung von der Relativität der Gerechtigkeit. \diamond Gesetz, das tötet /Baden-Baden, *Merlinverlag*/) nennt *Frank Arnau* seinen Roman, in dem er sich mit dem Abtreibungsparagraphen auseinandersetzt. Das dunkle Gebiet wird in wertvoller Tendenz unerbittlich abgeleuchtet. Neue, nicht blendende sondern erhellende Schlaglichter bleiben haften. So leistet das Buch Aufklärungspropaganda im besten Sinn.

Hygiene / Lisbeth Berndt

Deutschland: Nach dem letzten zusammenfassenden Bericht des Statistischen Reichsamts

über die Krankenversicherung im 373. Band der Statistiken des Deutschen Reichs gab es in Deutschland im Jahr 1928 7576 Krankenkassen mit rund 22 Millionen Mitgliedern. Davon entfielen auf 2142 Ortskrankenkassen 13 700 000 Mitglieder, auf 423 Landkrankenkassen 2 Millionen, auf 4007 Betriebskrankenkassen $3\frac{1}{2}$ Millionen, auf 914 Innungskrankenkassen 600 000, auf 33 Knappschaftskrankenkassen 780 000, auf 57 Ersatzkrankenkassen 1 330 000 Mitglieder. Dazu kamen noch 15 Millionen Familienversicherte, so daß der Krankenversicherung im Jahr 1928 37 Millionen Menschen unterstanden. Die Zahl der Krankheits-tage betrug 281,1 Millionen, die der Wochenhilfsfälle 842 000; mit Arbeitsunfähigkeit verbunden waren 11,6 Millionen Krankheitsfälle. Die Ausgaben im Jahr 1928 betragen im Durchschnitt pro Mitglied für Kranken- und Zahnbehandlung 22,6 Mark, für Arznei und Heilmittel 10,29 Mark, für Krankenhauspflege 12,16 Mark, für Krankengeld 30,93 Mark, für alle auf ärztlicher Verordnung oder Anweisung beruhenden Leistungen zusammen 75,98 Mark.

Die angegebenen Zahlen veranschaulichen die ungeheure Bedeutung, die die Krankenversicherung für die Kontrolle und Erhaltung der Volksgesundheit gewonnen hat. Nun sind durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 die Krankenkassensatzungen in mehreren Punkten geändert worden (siehe die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band Seite 902). Welchen Einfluß diese Änderung, für die nicht sozialhygienische sondern ausschließlich wirtschaftspolitische Forderungen maßgebend waren, auf die Volksgesundheit haben wird, ist jetzt noch nicht zu übersehen. Das kann sich erst im Lauf der Zeit herausstellen und wird dann zu untersuchen sein. Fürs erste seien nur einige der Bestimmungen wiedergegeben.

Die wichtigsten Änderungen enthalten die Nummern 9 und 13, die besagen: »Bei der Abnahme von Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln hat der Versicherte von den Kosten jeder Verordnung den Betrag von 50 Reichspfennig, jedoch nicht mehr als die wirklichen Kosten an die abgebende Stelle zu zahlen; enthält das Verordnungsblatt mehr als eine Verordnung, so ist der Betrag nur einmal zu entrichten.« Und: »Für

die Krankenhilfe hat der Versicherte einen Krankenschein zu lösen. Die Gebühr dafür beträgt 50 Reichspfennig. Die Satzung kann die Gebühr für Versicherte mit einem Grundlohn von nicht mehr als 4 Reichsmark bis auf die Hälfte ermäßigen und für Versicherte mit einem Grundlohn von mehr als 7 Reichsmark um die Hälfte erhöhen. Die Satzung kann ferner bei gleichzeitiger und gleichartiger Erkrankung mehrerer Familienmitglieder die Gebühr für den einzelnen Krankenschein auf 25 Reichspfennig festsetzen. Für den selben Versicherungsfall ist die Gebühr nur einmal zu entrichten.« Schon in der Reichsversicherungsordnung vom Jahr 1924 war in dem § 182a die Bestimmung enthalten, daß von den Kosten für Arznei-, Heil- und Stärkungsmittel die Versicherten in allen Fällen 10% selbst zu tragen haben, und auf Grund des § 187b konnten die Krankenkassen für die Mitglieder oder deren Angehörige eine Gebühr bis zu 10 Pfennig für den Krankenschein erheben, es sei denn, daß es sich um Unfälle oder ansteckende Krankheiten handelte. Von diesen beiden Möglichkeiten wurde bisher kaum Gebrauch gemacht, obgleich eine unmittelbare Hinzuziehung des Versicherten zu den Leistungskosten, die ihn wirtschaftlich nicht zu stark in Anspruch nimmt, sicherlich berechtigt ist. Sie schließt den Vorteil in sich eine mißbräuchliche Ausnutzung der Sozialinstitutionen einzuschränken und eine übergroße Begehrlichkeit zu verhindern. Bedenklich ist die Starrheit des neuen Systems, das als Grundbestimmung in der selben Weise Meist- und Mindestverdienern die gleiche Krankenscheingebühr auferlegt, noch viel mehr der jedesmal neu zu entrichtende Zuschlag für Medikamente und Heilmittel. Der Durchschnittswert aller im Jahr 1928 ausgeführten Kassenrezepte ist vom Institut für Konjunkturforschung beim Statistischen Reichsamts mit 1,24 Mark berechnet worden. Der Versicherte hat also in Zukunft fast $\frac{2}{3}$ dieser Kosten selbst zu tragen. Es ist anzunehmen, daß viele sogenannte Bagatellfälle in Zukunft ausfallen werden, die die Sozialversicherung in unnötiger Weise zuungunsten wirklicher Notstände belastet haben, wenn vielleicht auch nicht in dem Maß, wie es von nichtärztlicher Seite angenommen wird. Sicherlich sind schon jetzt manche, noch nicht mit einem ausgesprochenen Krankheitsgefühl verbundene Ersterkrankungen erster Erkrankungen unter dem Odium der Bagatellfälle der prophylaktisch günstigen Frühbehandlung entzogen wor-

den. Diese Zahl wird voraussichtlich unter dem Druck der neuen Verordnung noch wachsen. Zu befürchten steht auch, daß eine Vernachlässigung in der Behandlung solcher Krankheiten um sich greifen wird, die zu ihrer Ausheilung wochenlangere sorgfältiger Überwachung und Pflege bedürfen, und die durch nur Anbehandlung zu späteren Komplikationen und Siechtum führen. Alles das braucht man nicht zu übersehen, wenn man anerkennt, daß jene Bestimmungen der Notverordnung eben durch die Notlage des Deutschen Reichs bedingt sind, deren Beseitigung die erste Pflicht der Reichsleitung ist.

Familienversicherung ist von jetzt ab Regelleistung bei allen reichsgesetzlichen Krankenkassen. »Versicherte, die innerhalb der letzten 6 Monate mindestens 3 Monate auf Grund eines Reichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert waren, erhalten für den Ehegatten und die unterhaltungsberechtigten Kinder, wenn diese sich gewöhnlich im Inland aufhalten und nicht anderweit einen gesetzlichen Anspruch auf Krankenpflege haben, bis zur Dauer von 13 Wochen ärztliche Behandlung im gleichen Umfang wie Versicherte. Von den Kosten für Arznei und Heilmittel wird die Hälfte erstattet.« Diese letzte Bestimmung gilt für alle Kassen, während früher ein Teil der Familienversicherten freie Gewährung von Arzneien und Heilmitteln erhielt. Manche Kassen lassen auch jetzt noch Ermäßigungen zu, andere dagegen verschärfen die Verordnung dadurch, daß bei der Entnahme der Medikamente sofort der ganze Betrag gezahlt werden muß, der dann erst später zurückerstattet wird.

Die Verpflichtung sich einer Nachuntersuchung zu unterziehen besteht für das Krankenkassenmitglied jetzt in sehr erweitertem Maß durch die ausgedehnten Rechte, die den Vertrauensärzten eingeräumt worden sind. Nummer 48 sagt darüber: »Die Kassen sind ferner verpflichtet die Bescheinigung des behandelnden Arztes über die Arbeitsunfähigkeit und seine Verordnungen, insbesondere soweit sie ärztliche Sachleistungen betreffen, in den erforderlichen Fällen durch einen andern Arzt (Vertrauensarzt) rechtzeitig nachprüfen zu lassen.«

Von den in der Notverordnung vorgesehenen Änderungen der Krankenversicherung wurden hier nur die für den Versicherten wichtigsten aufgeführt. Die vielen Fragen und Probleme, die die Ärzteschaft und die Kasseninstitutionen unmittelbar angehen, wurden nicht be-

rührt. Wie sich die Neuordnung in Zukunft auswirken wird, ist noch nicht zu übersehen. Es handelt sich in jedem Fall nur um eine Notmaßnahme, nicht um eine dauernde Regelung. Eine wirkliche Reform der Krankenversicherung wird einen ganz andern Charakter tragen, beim Umbau der Verwaltung beginnen müssen. Wird diese rationell gestaltet, so können jene Millionenersparnisse, die die deutsche Wirtschaft braucht, erzielt werden, ohne daß man eine Beeinträchtigung der Volksgesundheit zu befürchten hätte.

Frankreich:
Krankenversicherung

Das neue französische Sozialversicherungsgesetz ist am 30. April vollzogen, am 1. Mai verkündet und am 1. Juli in Kraft gesetzt worden (siehe die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band Seite 902). Es erstreckt sich neben der Invaliden-, Alters-, Arbeitslosen-, Sterbegeld- und Familienversicherung auf die Mutterschafts- und Krankenversicherung. Arbeitnehmer, deren Einkommen nicht mehr als 15 000 bis 25 000 Francs (2500 bis 4200 Reichsmark, je nach Wohnen in bestimmten Industriegebieten und Anzahl der zu erhaltenden Kinder) beträgt, sind versicherungspflichtig. Eingebunden in die Krankenversicherung sind ärztliche und fachärztliche Hilfeleistung, Versorgung mit Arzneien und Heilmitteln, Pflege und jede Art der Behandlung im Krankenhaus und in Heilanstalten, und zwar für den Versicherten selbst, für seinen Ehegatten, wenn dessen Einkommen die Versicherungspflichtgrenze nicht erreicht und für im Haushalt lebende eigene oder angenommene Kinder unter 16 Jahren ohne eigenes Einkommen. Die Beiträge, die im allgemeinen zur Hälfte vom Arbeitgeber, zur Hälfte vom Arbeitnehmer zu zahlen sind, werden auf Grund von 5 verschiedenen Grundlohnstufen erhoben. Je nach der Grundlohnstufe müssen die Versicherten 15 bis 20% zu den festgesetzten ärztlichen Gebühren und 15% zu den Arznei- und anderen Kosten beitragen. Die Wahl des Arztes ist frei; innerhalb der gesetzlichen Vorschriften kann dieser über die Art der Behandlung und die Auswahl der Medikamente frei verfügen. Anspruch auf Krankengeld in Höhe des halben Grundlohns seiner Grundlohnstufe für jeden Werktag erwächst dem Versicherten vom 6. Tag, wenn er für 3 oder mehr Kinder zu sorgen hat, bereits vom 4. Tag seiner Arbeitsunfähigkeit ab. Die Zulage für jedes zu versorgende Kind beträgt 1

Franc pro Tag. Dem Versicherten wird die Möglichkeit gegeben seinen Gesundheitszustand jedes 5. Jahr auf Kosten und nach den Sondervorschriften der Kasse eingehend prüfen zu lassen. Die weiblichen Versicherten und die Ehefrauen der Versicherten unterstehen während der Schwangerschaft und für 6 Monate nach der Niederkunft der Mutterschaftsversicherung, die ihnen während dieser Zeit Arzthilfe und Arzneiversorgung gewährt, Stillgeld für 9 Monate vorsieht und bei Unmöglichkeit des Stillens Milchgutscheine ausgibt.

Calmetteverfahren Auf der 7. Konferenz der Internationalen Vereinigung gegen die Tuberkulose, die vom 13. bis zum 15. August in Oslo tagte, und an der Gelehrte aus 29 verschiedenen Ländern teilnahmen, wurde am 1. Tag eingehend über die Tuberkuloseschutzimpfung mittels des Bazillus Calmette-Guérin verhandelt. Albert Calmette legte in einem großangelegten Referat seine Theorien und seine praktischen Erfahrungen dar. Er betonte zum Schluß seine Überzeugung, daß keiner der gegen die praktische Anwendung der BCG-Impfung erhobenen Einwände aufrechterhalten werden könne, da seiner Meinung nach klinische und experimentelle Tatsachen gezeigt haben, daß sie grundlos sind.

In der Aussprache, an der sich 40 Redner aus den verschiedensten Ländern beteiligten, überwog die Anerkennung der Anschauungen Calmettes. Doch fehlte es auch nicht an gegnerischen Stimmen, besonders aus Deutschland, Österreich, Italien, Canada. Über die Lübecker Impfungen wurde nicht gesprochen, da der Präsident des Reichsgesundheitsamts Carl Hamel im Namen des Exekutivkomitees die Versammlung hat davon abzusehen, weil die Nachprüfung in Deutschland wegen der Langwierigkeit und Schwierigkeit der dabei anzuwendenden Methoden noch nicht zum Abschluß gekommen sei. Er gab aber die Erklärung ab, daß auf Grund der bisherigen Untersuchungen anzunehmen sei, daß die BCG-Kultur vom Institut Pasteur einwandfrei geliefert worden sei. Der französische Senator Honnorat sprach sein tiefes Bedauern über das Lübecker Unglück und sein Mitgefühl für alle Betroffenen und für Deutschland aus. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß in allen Ländern, die die BCG-Impfung zur prophylaktischen Behandlung anwenden, geeignete Vorsichtsmaßnahmen getroffen würden, um ähnliche Vorkommnisse zu vermeiden.

Das deutsche Reichsministerium des Innern hat nun am 10. September eine offizielle Veröffentlichung herausgegeben, die sich auf die im Reichsgesundheitsamt von Ludwig Lange durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen stützt. Die Ursachen des Säuglingssterbens sind noch nicht restlos geklärt. Doch haben die Untersuchungen mit Sicherheit ergeben, daß die aus Paris gelieferte Kultur einwandfrei beschaffen und nicht virulent war. Die weiteren Nachprüfungen erstrecken sich sowohl nach der Richtung hin, ob versehentlich oder durch die Benutzung bestimmter Nährböden eine Verunreinigung der BCG-Kultur mit virulenten Tuberkelbazillen eingetreten ist, oder aber ob eine biologische Umwandlung der BCG-Kultur in Betracht kommt.

Es sei hier noch einmal an den Plan erinnert in Deutschland ein Zentrallaboratorium zur Überwachung und Überprüfung des aus den Pariser BCG-Kulturen gewonnenen Impfstoffs zu schaffen, den Alfred Wolff-Eisner schon seit Jahren verfochten hat, und für den er sich bei allen zuständigen Stellen mit größter Energie einsetzte: leider ohne Erfolg, obgleich seine Bemühungen noch durch den Wunsch Calmettes selbst unterstützt wurden, der bereits vor 3 Jahren die Prüfung des Mittels für Deutschland Wolff-Eisner übergeben wollte. Wenn eine solche Überprüfung, wie sie nun auch von anderen Seiten verlangt wird, schon seit Jahren erfolgt wäre, hätte es wohl niemals zu so furchtbaren Vorkommnissen wie in Lübeck kommen können.

Krebsbekämpfung Das Reichsministerium des Innern hat, wie der Innenminister Joseph Wirth im

Haushaltsausschuß des Reichstags beim Etatstitel Gesundheitspflege mitteilte, einen Reichsausschuß zur Bekämpfung der Krebskrankheit begründet, dessen wichtigste Aufgaben zunächst sein sollen: gründlichere und raschere Erfassung der Krankheit und frühzeitige Behandlung, Ausbau der nachgehenden Fürsorge, Einrichtung einiger zentraler Behandlungsstellen, die für besondere Fälle notwendig sind, und, wo die sogenannte Großstrahlenbehandlung möglich sein wird, rationelle Verteilung der Radiumbestände, Vorkehrungen gegen Schäden, die durch den Umgang mit Radium entstehen können.

In Frankreich wird die Bekämpfung der Krebskrankheit mit den modernen Hilfsmitteln schon seit längerer Zeit energisch betrieben, da Frankreich

in der glücklichen Lage ist größere Mengen von Radium zu besitzen. Wilhelm Liepmann berichtete darüber in einem kurzen Artikel, betitelt Paris bekämpft den Krebs, in der Vossischen Zeitung vom 9. Oktober 1930. Die Fondation Curie in Paris unter Leitung von Regaud verfügt über 7 Gramm Radium, das Institut du Cancer von Roussy bis jetzt über 2, später 3 Gramm. (Alle preußischen Universitäten haben zusammen einen Radiumbestand von nur $2\frac{1}{2}$ Gramm.) Von diesen Pariser Instituten wird eine großzügige öffentliche Propaganda gemacht mit dem Hinweis darauf, daß bei möglichst frühzeitiger Erfassung und Behandlung des Krebsleidens diese Krankheit heilbar ist. Auch auf die spätere Fürsorge für bereits behandelte Patienten wird großer Wert gelegt.

Totenliste

Im Frühjahr starb in Königsberg der Direktor der Innern Universitätsklinik

Max Matthes, im Alter von 65 Jahren. Seine wichtigsten Arbeiten, die in ihrer Art richtunggebend sind, betrafen die Einwirkung der Albumosen auf den Organismus, besonders den tuberkulös infizierten, und das Wesen des Fiebers (diese in Zusammenarbeit mit Ludolf von Krehl). Er war der Verfasser des Lehrbuchs der klinischen Hydrotherapie /1900/ und des bedeutenden Werks Differentialdiagnose /1919/, das in 8 fremde Sprachen übersetzt worden ist.

In Frankfurt starb am 29. Mai der Chirurg *Ludwig Rehn*, 81 Jahre alt. Er hatte sich aus der allgemeinen Praxis heraus als Autodidakt zu einer der größten Autoritäten seines Fachs entwickelt. Seine glänzenden Gaben als akademischer Lehrer an der 1914 begründeten Frankfurter Universität zu bewahren war ihm nicht mehr vergönnt. Als der Krieg ausbrach, war er als konsultierender Generalarzt im Feld tätig, und bald darauf wurde er schwer krank. Rehns größtes Verdienst liegt in der von ihm begründeten chirurgischen Behandlung der Schilddrüse bei der Basedowschen Erkrankung. Er war bahnbrechend auf dem Gebiet der Herzchirurgie, führte bereits als erster im Jahr 1896 eine Herznaht erfolgreich aus. Auch die Behandlung der gefährlichsten Komplikation der Blinddarmchirurgie, der allgemeinen Bauchfellentzündung, hat er maßgebend beeinflußt. Er hat ferner zuerst die Entstehung von Blasentumoren durch chemische Einflüsse bei Anilinarbeitern erkannt und sich um deren Prophylaxe und Therapie verdient gemacht.

Auch *Paul Kraske*, der am 15. Juni in Freiburg kurz nach Vollendung seines 79. Lebensjahrs starb, war ein Chirurg von außerordentlicher Bedeutung. Er wurde schon im Alter von 32 Jahren Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik in Freiburg, und er hat sie 36 Jahre hindurch geleitet, bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1919. Er kann als der Begründer der modernen Mastdarmchirurgie bezeichnet werden.

Am 21. Juli starb in Berlin eine der markantesten Persönlichkeiten der Berliner Ärzteschaft, *Paul Fürbringer*, 81 Jahre alt. Er war ein Gelehrter von universalmedizinischer Bildung. 1876 habilitierte er sich in Heidelberg für Arzneimittellehre und Medizinische Chemie, 1879 erhielt er einen Ruf nach Jena als Professor für Haut- und Kinderkrankheiten, er vertrat außerdem dort später noch das Fach der Gerichtlichen Medizin und Hygiene und war Leiter der Distriktpoliklinik. Von 1886 bis zum Jahr 1903 wirkte er als Leiter der Innern Abteilung des Städtischen Krankenhauses Am Friedrichshain in Berlin. Seine wissenschaftlichen Arbeiten, besonders die aus dem Gebiet der Innern Medizin, sind sehr vielgestaltig. Mit als erster hat er auch sein Interesse den Krankheiten des Urogenitalapparats und den krankhaften Veränderungen der Sexualsphäre zugewandt. In den letzten Jahren veröffentlichte er Aufsätze über die Kunst des Alterns.

Am 29. Juli starb, im Alter von 63 Jahren, *Theodor Axenfeld* in Freiburg, wo er seit dem Jahr 1901 als Direktor der Universitätsaugenklinik wirkte. Zahlreiche Arbeiten aus fast allen Gebieten seines Spezialfachs zeigen seine umfassenden Kenntnisse und seine schöpferische Intuition. Aus der Fülle seines Lebenswerks seien genannt der von ihm, zusammen mit W. Uthoff erbrachte Nachweis der ursächlichen Bedeutung der Pneumokokken für das Ulcus serpens, die Entdeckung des nach ihm und Morax genannten Diplobazillus, die grundlegenden Monographien über den Frühjahrskatarrh und das Trachom, seine Bakteriologie in der Augenheilkunde und das von ihm redigierte, weit verbreitete, auch in mehrere Fremdsprachen übersetzte Lehrbuch und Atlas der Augenheilkunde. Axenfeld besaß eine seltene Lehrfähigkeit, die, verbunden mit dem Reiz seiner großen Persönlichkeit, nicht nur viele Studierende sondern auch deutsche und ausländische Ophthalmologen nach Freiburg führte. Sein Ruf hatte internationale Geltung.

Kurze Chronik Mitte Juni konstituierte sich in Genf im Beisein von 40 Delegierten aus 21 verschiedenen Staaten die *Internationale Organisation zur Bekämpfung des Trachoms*, deren Aufgaben sein sollen: 1. die Zusammenarbeit der verschiedenen, zur Bekämpfung des Trachoms dienenden Organisationen zu fördern, 2. mit den internationalen Organisationen für Hygiene zusammenzuarbeiten, 3. allen der Bekämpfung des Trachoms gewidmeten Verfügungen volle Beachtung zu leihen, sie zu fördern und ihre Verbreitung anzuregen, 4. die Organisierung von Konferenzen zur Befestigung der wissenschaftlichen Grundlagen der Bekämpfung des Trachoms, Bereinigung der Probleme über Ätiologie, Diagnose, Therapie, Verbreitung, Prophylaxe und der damit zusammenhängenden wissenschaftlichen und sozialen Fragen, schließlich die Vorbereitung von entsprechenden gesetzlichen Verfügungen. ◊ Nach den letzten Bekanntgaben des Statistischen Reichsamts für das Jahr 1929 betrug die Anzahl der *lebendgeborenen Kinder* in Deutschland 1 146 706, rund 36 000 weniger als im Jahr 1928. Dabei war die Gesamtzahl der Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren um etwa 140 000 größer als im Jahr vorher. Die allgemeine Geburtenziffer betrug 1929 nur 68,5 auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren, gegen 71,1 im Jahr 1928. Der Geburtenüberschuß belief sich 1929 auf 340 733 oder 5,3 auf 1000 Einwohner, 1928 auf 443 295 oder 7,0 auf 1000. ◊ Die Anzahl der hauptamtlich angestellten *Gefängnisärzte* in der preußischen Justizverwaltung ist seit dem Jahr 1924 von 4 auf 30 gestiegen, ein erfreuliches Zeichen dafür, daß innerhalb der Strafrechtspflege und des Strafrechtvollzugs der psycho-hygienischen und biologisch-medizinischen Betrachtungsweise immer größere Bedeutung beigelegt wird. ◊ In Berlin wurde bei der Stiftungsfeier der Universität der Staatspreis der Medizin gemeinschaftlich an Elfriede Paul und Margarethe von Schelting verliehen, für ihre Arbeiten über die Bedeutung des *Strahlungsklimas der Großstädte* für die Volksgesundheit. ◊ Als Nachfolger Georg Arndts übernahm *Bruno Bloch* aus Zürich den Lehrstuhl der Dermatologie an der Universität Berlin. ◊ Es *habilitierten* sich in Berlin Hans Ueko für Innere Medizin, Fritz Schiff für Hygiene; in Bonn Hans Fuß für Chirurgie; in Erlangen Werner Lüttge für Geburtshilfe, Gynäkologie und Röntgenologie, Heinrich Westhues für Chirurgie.

Literatur In seiner Kritik der Sozialhygiene /München, Verlag der Ärztlichen Rundschau/ setzt sich *Alfred Flatzeck* dafür ein, daß die Sozialhygiene, und zwar ihr theoretischer Begriff sowohl wie ihre praktische Anwendung und Auswirkung, von ihr anhaftenden Komplexen der Gesundheitsfürsorge befreit wird, die nicht ihr eigentlichstes Wesen erfassen. Denn Sozialhygiene ist nach seiner einschränkenden Definition »der Teil der öffentlichen Hygiene, welcher sich mit den nachteiligen Einflüssen dauernder unzureichender wirtschaftlicher Lage auf die Gesundheit befaßt«. Im 2. Teil seines Buchs bekämpft er mit Recht die veraltete Institution des Kreisarztwesens, die »für unsere Zeit, welche auf allen Gebieten, nicht nur auf dem der Medizin, die Heranziehung der besten Fachleute und der besten Hilfsmittel fordert, eine Unmöglichkeit« ist. An Stelle des Physikats schlägt er, als »Patentausbildung« für den öffentlichen Medizinalbeamten, eine 4jährige Fachausbildung als Facharzt für Hygiene nach Erlangung der Approbation vor. Seine Ausführungen enthalten vieles Beachtliche über die Neugestaltung der Ausbildung sowie der Tätigkeit des Sozialhygienikers. ◊ Die Basis für die Abhandlung *Theo Gläß'* Die gegenwärtige Stellung der deutschen Jugend zur Alkoholfrage /Berlin, Neulandverlag/ bildet eine Rundfrage, die zu Beginn des Jahres 1928 vom Internationalen Sekretariat der Abstinenten Jugend an alle im Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände zusammengeschlossenen Verbände ergangen ist. Die Beantwortung ergibt ein sehr anschauliches Bild der verschiedenartigsten Meinungen der heutigen Jugend, die mit überwiegender Mehrheit für eine Ablehnung der Trinksitten ist. ◊ Bernhard Mandls Lebensskizze des Doktor *Markus Moses* /Wien, Joel Pollak/ ist ein interessantes kulturhistorisches Dokument; einer der vielen Beweise für die Schwierigkeiten, mit denen ein Jude, der sich aus der ihm aufgezwungenen Sphäre in eine normale bürgerliche Existenz hinaufarbeiten wollte, im 18. Jahrhundert zu kämpfen hatte. Über die Tätigkeit *Moses'*, der, ein Sohn des Preßburger Oberrabbiners Mosche Charif, von 1766 bis 1786 praktischer Arzt in Deutschland war, und die Art seiner Heilmethoden ist nur wenig gesagt. Da er als Jude aber zu christlichen Bürgern und Bauern gerufen wurde, ist anzunehmen, daß er in seinem Fach Erhebliches geleistet hat.

KUNST

Musik / Max Butting

Wagner (Siegfried) † Am 4. August starb Siegfried Wagner im Städtischen Krankenhaus in Bayreuth,

in seinem 62. Lebensjahr, während der Festspiele, die er vorbereitet hatte, 4 Monate nach seiner Mutter (siehe die Rundschau Bühnenkunst, 1930 II Seite 832 und folgende), die das Werk übernommen, mit zäher Energie durchgeführt und ihm dann übergeben hatte.

Richard Wagner hat einmal über seinen Sohn gesagt: Er wird schwer an einem solchen Vater zu tragen haben. Und ein andermal: Er wird meine Werke der Welt erhalten. Beide Worte haben sich erfüllt. Siegfried hat für Bayreuth gesorgt und gekämpft. Daß er es nur im Sinn der Tradition tat und niemals den Versuch machte über den Begriff Wagner hinaus der ganzen deutschen Kunst zu dienen, ist seine aus Pietät und Familienenge heraus verständliche Schuld. Richard Wagners Werk wäre nicht geringer ohne das reaktionäre Bayreuth der letzten Jahrzehnte.

Das Schaffen Siegfrieds im Dienst seiner eigenen Persönlichkeit war umfangreich. Einige Konzertstücke und 17 Opern schrieb er: manche sind weder veröffentlicht noch aufgeführt. Was uns von seiner Musik bekannt wurde, ist nicht sehr eindringlich, ein wenig gehemmt im Ausdruck, nicht sehr plastisch. Er schreibt Märchenopern mit großem Orchester, unartz und dick. Siegfried Wagner war ein stets pflichtbewußter, treuer Diener seines Vaters, ein lieber, feiner Mensch, ein schwer ringender Künstler. Seine schöpferische Persönlichkeit hoch einzuschätzen liegt kein Anlaß vor; aber die Anteilnahme für sein ernstes und ehrliches Leben muß ihm bewahrt bleiben.

Orgelmusik Die Frage der Orgelmusik geht über die Frage der Produktion hinaus, sie ist eine Frage der Existenzberechtigung des Instruments überhaupt. Parallel mit der wachsenden Entfremdung des Volks von der Kirche läutet die Profanierung durch Jazz und Kino, die Folge ist eine weitere Lockerung der ohnehin sehr schwachen Bindung zwischen ernsthafter Produktion und Publikum und wachsende Verwirrung auf beiden Seiten. Eine Hörschicht, die durch Grammophonplatten bis zur Stupidität mit süßlichster Abart vermeintlicher Jazzmusik und im Kino mit der Improvisation eines Musikers gefüttert wird, dessen Gefühle

über die ausgiebigste Betätigung sämtlicher vorhandener Fern-, Geräusch- (es gibt Kinoorgeln mit eingebautem Schlagzeug) und Schwellregister nicht hinauskommen, kommt in den peinlichsten Zwiespalt, wenn sie sich plötzlich ernsthafter Orgelmusik gegenübersehen. Leider ist der größte Teil der gegenwärtigen Produktion auch nicht von der Art, daß etwa ein großer überragender Kompositionswille durch die innere Kraft seiner Arbeit dem Instrument entscheidend hülfe. Paul Hindemiths Konzert für Orgel und Orchester ist sicher eine sehr erfreuliche Arbeit, stärker als sein Cellokonzert, aber nicht auf dem Niveau des vitalen Bratschenkonzerts; wunderschön ist der langsame Satz, aber schließlich doch ein Stück, interessant als Station des Hindemithschen Schaffens, keine entscheidende Tat für das Instrument. Eine Entscheidung hätte Heinrich Kaminski herbeiführen können, dessen Arbeiten alle positiven Eigenschaften aufweisen: Materialgerechtigkeit, wirkliche Könnerschaft, Erfindung; leider hat er in den letzten Jahren nichts mehr für Orgel geschrieben. Vielleicht ist der 22jährige Wolfgang Fortner, der sich mit Werken der musica sacra so günstig eingeführt hat, der kommende Mann; seine Toccata und Fuge für Orgel ist noch ungleich, aber bedeutend lebendiger als der im Grunde gänzlich unschöpferische Eklektizismus Richard Müllers oder F. W. Frankes oder Günther Raphaels, um nur einige Namen einer Gruppe von Komponisten zu nennen, die glaubt, daß es mit der Handwerklichkeit eines materialgerechten Orgelsatzes bereits getan sei. Ganz anders steht es um Philipp Jarnachs Konzertstück für Orgel Opus 21: keine starke Arbeit; aber ist nicht, der geistigen Haltung nach, der positive Wille zu einem neuen Stil höher zu werten als ein billiges, gefahrloses Akademikertum? Wie soll man sich aber zu einer Arbeit stellen wie Walter Braunfels' Konzert für Orgel, 3 Trompeten, Posaune, Schlagzeug und Knabenchor? Ein fataler Bombast, nach dramatischem Höhepunkt "überraschend" einsetzender Knabenchor, ein Schlußsatz, der sich gern an der grotesken Art Regerscher Humoresken orientieren möchte, dem man aber in jedem Takt anmerkt, daß der Autor von der Schlagkraft seines Witzes selbst nicht mehr überzeugt ist, dazu eine musikalische Diktion, die zwischen sämtlichen Stilen schwankt. Damit ist dem Instrument nicht gedient. Die Lücke, die der Tod Max Regers hinterließ, ist noch nicht geschlossen.

Veranstaltungen Durch Siegfried Wagners Tod ist die Frage nach der Berechtigung der *Bayreuther Festspiele* erneut aufgeworfen worden. Nur eine Persönlichkeit ganz überragenden Formats ist imstande die Institution dieser Festaufführungen zu rechtfertigen. Um so befremdender muß es erscheinen, daß die Witwe Siegfried Wagners auf die von der gesamten musikalischen Welt mit Begeisterung begrüßte Nachricht, daß Arturo Toscanini die Oberleitung der Festspiele zu übernehmen bereit sei, mit dem törichtesten Dementi antwortete, wir hätten in Deutschland genug (!) große Dirigenten, die dafür in Betracht kämen.

Anfang September fand in Lüttich das 8. Fest der *Internationalen Gesellschaft für Neue Musik* statt, veranstaltet von ihrer Belgischen Sektion.

Auf der festlichen Tagung des *Reichsverbands Deutscher Tonkünstler* vom 2. bis zum 7. Oktober in Dresden wurden folgende Werke uraufgeführt: Othmar Schöcks Oper *Vom Fischer und syner Fru*, Max Buttings *Heitere Musik für kleines Orchester*, Karl Wieners 6 Orchesterlieder, Herbert Trantows Präludium und Bettina aus Venedig 1790, eine Kantate für Tenor und Orchester, Karol Rathaus' Violinkonzert, Max Trapps 4. Symphonie, ein neues Werk von Kurt von Wolfurt; ferner Kammermusikwerke von Karl Vollmer, Karl Schäfer, Eberhard Wenzel, Theodor Blumer.

In Berlin wurde unter dem Vorsitz Johannes Wolfs und der Mitarbeit Leo Kestenbergs, Georg Schünemanns, Robert Lachmanns eine *Gesellschaft zur Erforschung der Musik des Orients* gegründet. Sie will Forschungsfahrten nach außereuropäischen Ländern ausrüsten. Man hofft die orientalische Musik, deren Untergang man bei der wachsenden Europäisierung des Orients befürchtet, dauernd für die menschliche Kultur, die ihrer bedarf, retten zu können.

Ein Museum zur Sammlung und Prüfung aller bedeutenden Melodien und musikalischen Motive, hauptsächlich auf ihre Verwertbarkeit im *Tonfilm* hin, richtete die First National in Hollywood ein. Das neue Museum besitzt bereits über 20 000 solcher Melodien. Gleichzeitig sind Räume angegliedert, in denen eine Anzahl von Komponisten arbeitet, um neue Melodien für den Tonfilm zu schaffen; diese werden sogleich per Mikrophon übertragen und auf ihre Brauchbarkeit geprüft. Also musikalische "Produktion" am laufenden Band, neben einer Reparaturwerkstatt.

Totenliste Am 22. Juni starb auf einem märkischen Gut an einem Lungenleiden der Operettenkomponist *Robert Winterberg*, im Alter von 46 Jahren. Er war Wiener von Geburt, lebte aber seit langem in Berlin. Er hatte sich zur Aufgabe gestellt das Genre der Operette wieder zu seinem Ursprung, der Spieloper, zurückzuführen. Diesem Ziel vornehmlich sollte sein bekanntestes Werk *Der Günstling der Zarin* näherführen, das in Berlin oft aufgeführt wurde.

Am 12. September starb in Berlin der Musikpädagoge *Wilhelm Klatte*, im Alter von 60 Jahren. Seit 1897 war er Musikkritiker am Berliner *Lokalanzeiger*. Daneben übte er eine ausgedehnte Tätigkeit als Lehrer der musikalischen Theorie und Komposition aus, sowohl im Privatunterricht wie im Sternschen Konservatorium in Berlin. Er setzte sich zudem für die sozialen Interessen der Musiker ein. Seit 1925 war er Vertreter der Tonkunst im Reichswirtschaftsrat. Die Staatliche Akademie für Kirchen- und Schulmusik hatte ihn 1925 als Lehrer berufen. Auch als Musikhistoriker ist Wilhelm Klatte hervorgetreten. Er schrieb eine Geschichte der Programmmusik und eine Schubertbiographie für die Sammlung *Die Musik / Berlin*, Martin Brandus/.

Kurze Chronik Der Sozialistische Kulturbund, der schon einmal Preise für Arbeitermusikwerke ausgeschrieben hat, gab ein neues *Preisausschreiben* bekannt, und zwar für Gesänge, die sich zum Singen bei Massenveranstaltungen, Versammlungen, Festen, Umzügen usw. eignen. Die Preise betragen 500, 300 und 200 Mark. Der letzte Termin für den Wettbewerb ist der 1. Januar 1931. Die dann preisgekrönten Werke sollen möglichst bald nach der Prämierung aufgeführt werden. ◊ Bei Bote & Bock in Berlin erscheint *Arnold Schönbergs* neuestes Werk: 6 Stücke für Männerchor Opus 35. ◊ Ein Jazzoratorium H. M. Royal Oak, Worte von Otto Rombach, schrieb *Erwin Schulhoff* für Solostreichquartett und Blasorchester. ◊ Nach Musik von Jan Pieters Sweelink /1562 bis 1621/ schrieb *Wolfgang Fortner* eine Sweelinksuite für kleines Orchester. ◊ Den Schubertpreis des Leipziger Verlags Hug & Co. für Männerchorkompositionen erhielt *Hermann Wunsch* für seine Messe für Männerchor mit 4 Solostimmen (nicht, wie in dieser Rundschau (1930 II Seite 828) irrtümlich angegeben wurde, für seine Hammerwerksymphonie, die in einem

andern Ausschreiben preisgekrönt wurde). ◊ Der neuen Oper *Paul Graeners* liegt ein Libretto Rudolph Lothars zugrunde; Friedemann Bach. Übrigens wurde Graener jetzt Direktor des Sternschen Konservatoriums in Berlin, als Nachfolger Alexander von Fielitz', der am 29. Juli starb. ◊ Der Orfeo *Monteverdis* kam in der Bearbeitung Carl Orffs im Verlag B. Schotts Söhne in Mainz heraus. Das Werk wurde bereits in Mannheim und München aufgeführt. Und wann wird eines der Berliner Opernhäuser daran gehen es zu bringen? (Erinnert sei daran, daß das geistig entscheidende Kapitel des Werfelschen Verdioromans von Monteverdi handelt.) ◊ Von Ludwig Landshoff wurde die Originalpartitur der Buffooper *Rossinis* Signor Bruschino, die bisher als verschollen galt, wieder aufgefunden. Karl Wolfskehl hat den ursprünglichen Text übersetzt, die Originalpartitur wurde von Landshoff wiederhergestellt und bei Schott in Mainz veröffentlicht. ◊ Von J. G. Prodhomme werden die in der Pariser Opernbibliothek aufbewahrten Briefe *Verdis* an Léon Escudier herausgegeben, etwa 100 Briefe aus den Jahren 1847 bis 1877. Sie handeln meist von Aufführungen Verdischer Opern in Paris. ◊ Aus der *Heinrich-Schütz-Gesellschaft* traten 4 Vorstandsmitglieder aus: die Professoren Willibald Gurlitt und Hans Joachim Moser, der Pastor Chr. Mahrenholz und der Verleger K. Vötterle. Sie gründeten eine neue Heinrich-Schütz-Gesellschaft, die als 1. Veröffentlichung eine Sammlung geistlicher Musik am Hof des Landgrafen Moritz von Hessen plant. Herausgeber wird der Berliner Privatdozent Friedrich Blume sein. ◊ In Paris wurde eine *Mozartgemeinde* gegründet, die es sich zur Aufgabe stellt mit einem eigenen Orchester selten aufgeführte Werke Mozarts zu Gehör zu bringen. ◊ Jörg Mager, der schon früher ein neues Orgelmodell mit 2 Manualen konstruierte, hat vor kurzem eine neue *vielregistrige Orgel* eigener Konstruktion vorgeführt, die 4stimmiges Spiel gestattet. Eine Studiengesellschaft für Elektroakustische Musik in Darmstadt hatte Mager die Mittel verschafft sich einige Jahre hindurch ganz seinen Erfindungen zu widmen. ◊ Die Genossenschaft Deutscher Tonsetzer und die Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte haben sich zu einem großen Zweckverband zusammengeschlossen. Dadurch werden alle Fragen der *musikalischen Tantiemen* jetzt von einer gemeinsamen Stelle aus geregelt.

Literatur

Es wäre unangebracht das *Beethovenbuch* Edouard Herriots /Frankfurt, Rütten & Loening/ vom Standpunkt des Historikers oder des Musikers aus zu beurteilen. Es hat für jeden von ihnen große Werte. Aber das Entscheidende liegt im Nichtfachlichen, in der Art, wie ein Mensch, der Musik liebt, über einen der großen, seinem Empfinden nach vielleicht größten Meister schreibt. Daß dieser Autor als Franzose Beethovens Werk mit dem gleichen Recht für sich in Anspruch nehmen darf wie jeder Deutsche, ist an sich eine Selbstverständlichkeit, aber sie ist dem Leser infolge der Persönlichkeit Herriots als wesentlicher Wert stets gegenwärtig. Das Buch gehört, wie Beethovens Werke, allen Menschen. Darum sollte man es vor vielen anderen Beethovenbüchern vorziehen, und es ist auch denen zu empfehlen, die eine historisch reiche und gründliche Schilderung von Beethovens Leben und Schaffen zu haben wünschen. ◊ Eine wertvolle Neuerscheinung ist Rudolf Werners Buch über *Felix Mendelssohn-Bartholdy* als Kirchenmusiker, das in Frankfurt als Veröffentlichung der Deutschen Musikgesellschaft erschien. Die Darstellung wendet sich in erster Linie an Musiker und Musikforscher, besonders infolge ihrer durch die strenge Methodik beeinflussten Form. Vielleicht hat sich der Verfasser zu dieser Form entschlossen, weil er damit rechnet, daß die Einschätzung der Kompositionen Mendelssohns in unserer Zeit nicht sehr hoch sei; darum glaubt er wohl nicht an den praktischen Wert einer für weitere Kreise berechneten Abhandlung. Aber der Verfasser irrt, wenn er annimmt, daß die heutige Zeit den »Bannfluch« gegen Mendelssohn schleudert. Diesen Fluch hat eher die Spätromantik ausgesprochen. Heute ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß gerade die Kirchenmusik Mendelssohns bald wiederentdeckt wird. Dafür ist das sachliche, reichhaltige Buch Werners ein ausgezeichnetes Hilfsmittel. ◊ Eine interessante Erscheinung ist das Buch *Alfredo Casellas* *L'evoluzione della musica* /London, J. & W. Chester/. Es ist gleichzeitig italienisch, französisch und englisch in einem Band gedruckt. An 100 Beispielen aus dem 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart schildert Casella die Entwicklung der Kadenz, klug und instruktiv, vor allem aber kurz und verständlich. Sein Buch sei allen empfohlen, die Zeit und Konzentration für ein Studium musikalischer Sprachentwicklung aufwenden wollen.

Bewegungskunst / Ernst Kallai

Gruppentanz Eine Matinee der Gruppe *Vera Skoronel* in der Berliner Volksbühne war ein Schulbeispiel, auch in dem Doppelsinn, daß an ihr die Kinderkrankheiten (wenn nicht die Geburtsfehler) des neuen Tanzes besonders deutlich zu sehen waren. Vor allem die peinliche Kluft zwischen großer Absicht und unzulänglicher Ausführung. Die Absicht jede tänzerische Bewegung seelisch-ausdrucksvoll und konstruktiv-beziehungsvoll zu gestalten war immer augenfällig, auch wenn sich die Komposition aus weithergeleiteten und vielfach verzweigten Rhythmen zusammenfand. Die Logik dieser gegenseitigen Zuordnung von Tanzrhythmen war stets ersichtlich. Ihr fehlte nur das sinnliche Erfülltsein, das natürliche Temperament, der einheitliche élan vital. Die einzelnen Tanzphasen, die einzelnen Gliederbewegungen, die einzelnen Tänzerinnen, waren aneinander- und zueinandergereiht wie Perlen an einer komplizierten Schnürefiguration. Sie wuchsen nicht aus einer letzten, zutiefst verschmelzenden Beschwingtheit hervor. So wenig aber Musik die Summe einzelner Töne ist, so wenig ist Tanz die Summe einzelner Bewegungen. Die Musik schwebt und lebt zwischen den Tönen, im Übergang von Ton zu Ton. Der Tanz schwebt und lebt zwischen den Bewegungen, im Übergang von Bewegung zu Bewegung. Dem Tanz der Gruppe Skoronel fehlt die Geschmeidigkeit diese Übergänge dauernd im Fluß zu halten. Es bleibt zu bezweifeln, ob eine solche Geschmeidigkeit durch zähes Üben allein jemals erreicht werden kann. Es sei denn, daß tänzerisches Üben bereits im frühen Kindesalter beginnt, wie beim alten Ballett oder bei der exotischen Tanzerziehung. Aber zu Tanzkompositionen derart anspruchsvoller Absicht, wie sie durch Vera Skoronel und ihre Gruppe versucht worden sind, gehört die Vorarbeit von Generationen, durchdrungen von der tänzerischen Leidenschaft einer ganzen Kultur, einer sozialen Gemeinschaft. Das sind Voraussetzungen, die jeder bewußt erstrebten Kunst des Tanzens vorgelagert in Alltag und Blut pochen müssen. Besitzen wir sie denn in solchem Ausmaß, in solcher Realität? Tragen wir tänzerische Triebe solch elementarer Intensität in uns, daß wir etwa mitten aus dem taghellen praktischen Leben heraus Tänze improvisieren können? Auf der Straße, einzeln oder in Gruppen, wie die Völker des

Südens und Ostens in Europa, um von Negern und Asiaten erst gar nicht zu reden? Das ist die Schicksalsfrage der neuen Tanzbewegung. Was diese Bewegung uns bisher gezeigt hat, leidet offenkundig am Mangel eines solchen Lebensraums, ist dünn und schwach im Triebhaften, ist nicht elementar. Der Atem reicht bestenfalls zur intimen Kleinkunst, zum gepflegten Kunstgewerbe. Bei der Gruppe Skoronel etwa zum Höheren-Töchter-Reigen. Ernüchternd zu sehen, wie die natürlichen Grenzen weit überschritten werden. Viel Geziertes, Erkünsteltes, Krampfhaftes. Zwischendurch einige lebendig erfüllte und erfüllte Rhythmen. Zu wenig, um das Ganze zu rechtfertigen. Aber zum Schluß ist doch der in Berlin weiter nicht verwunderliche Erfolg da. Das Publikum, sehr viel wohlerzogene weibliche Jugend dabei, ist begeistert. Nun wohl. Es bekam die Tanzkunst zu sehen, die es verdient. (Auch im Bachsaal übrigens, dargeboten durch den Amerikaner Caird Leslie, einen Nachzügler auf den Spuren des Russischen Balletts: technisch bemerkenswert, aber ein Epigone, dekadent und feminin.)

Film

Was für Möglichkeiten der Bewegungskunst für den Film offenliegen, ist an dem hier bereits in der Rundschau Vortragskunst (in diesem Band Seite 950 und folgende) gewürdigten Meisterwerk René Clairs *Sous les toits de Paris* zu sehen. Eine unerschöpfliche Beweglichkeit der visuellen und akustischen Phantasie läßt die Kamera zwischen den Objekten, um die Objekte kreisen und die Montage mit den Seh- und Hörbildern spielen, als wären es leichte Bälle, die von Hand zu Hand fliegen. Und weil diese Bewegung *zwischen* den Figuren und Phasen der Geschichte so beflügelt ist, hat der Film über alle Sicherheit der Milieudarstellung im einzelnen auch ein räumlich-atmosphärisches Leben. Er *atmet*. So leicht und erfrischend wie die Malerei der großen französischen Impressionisten. Nicht zuletzt aus dem Grund, weil er die Menschen und ihr schicksalhaftes Zusammenspiel mehr in triebhafter Natürlichkeit als im begrifflichen Bewußtsein erfaßt. Daher seine Amoralität, über die ein Nietzsche in hellste Begeisterung geraten könnte. Daher seine Musikalität, die auch ohne Töne zu erleben wäre. Die allerdings eben nur in diesem Milieu, bei diesem Volk sinnfroher und sinnkluger Temperamente möglich ist.

Auch das sprühend witzige Spiel mit den sich unauhaltsam überstürzenden Verwicklungen einer burlesken Situationskomik im *Florentiner Hut* René Clairs (Berliner Neuaufführung in der Kamera) ist echt französisch. Genial die Bewegungskunst, mit der Clair diese Verwicklungen nicht allein durch alle logisch-alogischen Folgen sondern auch auf allen möglichen und unmöglichen räumlichen Irrwegen herumjagen läßt. Aus den unbegrenzten räumlichen Bewegungsmöglichkeiten des Films werden unbegrenzte Möglichkeiten der Komik herausgeholt. Die vergebliche angstvollnervöse Jagd nach einem Florentiner Hut springt von Ort zu Ort, beschreibt die tollsten Kapriolen und reißt eine ahnungslose Hochzeitsgesellschaft mit sich, gleich einem endlosen Rattenschwanz von lauter Mißverständnissen und Verwirrung. Zwischen Promenadenfahrt, Brautgemach, Standesamt, Hutladen, Straße, Festlokal, fremder Wohnung und Polizeiwache flitzt das Spiel hin und her, alles geht schief, irrt, gestikuliert, tanzt, rennt und stolpert kreuz und quer. Ein Lustspiel, darin den besten Chapliniaden ebenbürtig.

Wo bleibt aber die tragische Filmdichtung gleicher Genialität? Hörte man im verdunkelten Theaterraum den Lautsprecher mit mächtiger Stimme »Richard Oswalds *Dreyfus*« rufen, lapidar und dröhnend wie eine Botschaft vom Jüngsten Gericht, so wäre man fast erschauert, wenn Filmerefahrungen die Skepsis nicht schon längst zur zweiten Natur anezogen hätten. Das Mißtrauen wächst, wenn nun auch noch Takte einer tragischen Beethovenouvertüre ertönen. Das scheint ja geradezu auf eine Schicksalstragödie antiker Erhabenheit loszusteuern, sagt man sich und ist schon von Kopf bis zu Fuß zugeknöpft. Und richtig: Zuerst erscheint ein tüchtiger Intelligenzkopf, Rechtsanwalt oder Literat oder beides, in Großaufnahme und hält uns einen kleinen Vortrag über Justizirrtümer. Eine beherzte Ansprache an unser Gewissen, so beredt, so durchdrungen vom Ethos des Rechts wie ein Pastor von seinem Gottesglauben. Und von der gleichen Mischung ziviler Nüchternheit und gesalbter Funktionärswürde. Verstimmend so etwas, auch wenn das gebeugte Recht in der Affäre Dreyfus mit seinen Helden unser ganzes Herz hat. Vielmehr: eben *deshalb* verstimmend. Weil nämlich dieses Justizdrama, das ein Stück Weltgeschichte war (so sehr, daß die Erinnerung daran noch heute in tiefster Weise erregt), hier

eine Kriminalaffäre bleibt. Schauspielerisch glänzend, gewiß, auch spannend, in manchem stark ergreifend. Aber doch eben nur Reportage und beileibe kein Monument menschlicher Größe und Niedertracht. Kein einziger Zug in dem Film, der die Affäre Dreyfus zu einem zeitlos gültigen Gleichnis der Justiztragödie Mensch steigern könnte. Die Affäre wirkt durchaus als Einzelfall, weil ihre Darstellung subalterner Bericht bleibt. Dies nach dem gewaltigen ethischen Brustton im Auftakt, nach dem monumentalen Posaunenstoß. Genau das Gegenteil des Potemkinfilms, der als nüchterner Textbericht begann und zum monumentalen Heldengedicht wurde.

Der verkappte Kriminalfilm *Dreyfus* läßt an andere, harmlos "aufgezogene" *Kriminalfilme* der Ufa denken. Die Tonfilmtechnik hat auch dem Kriminalfilm neue Möglichkeiten der Spannung erbracht. Sie sind besonders beim Film *Der Schuß im Tonfilmatelier* außerordentlich geschickt ausgenutzt, in dem das Mikrophon zum Verräter des Mörders wird. Aufregend hier und im Greifer das Geräusch turbulenter Kampf- und Panikszene im Dunkel. Man sieht nichts und hört um so gespannter Vorgänge auf Leben und Tod. Der Schuß im Tonfilmatelier hat überdies den Vorzug ungemein interessante Aufnahmen des Atelierbetriebs zu zeigen. Ein kolossaler Apparat an Menschen und technischen Hilfsmitteln, eine gewaltige Industrieanlage. Wieviel Ingenieur- und Unternehmungsgeist, wieviel organisatorischer und wirtschaftlicher Aufwand, wieviel Verbrauch an Energieen jeder Art stecken in der Filmindustrie. Und wie schandbar ist die Menge von übelster Platttheit, die sie auf die Menschheit losläßt. Platttheit, die allmählich sogar dem amerikanischen Publikum zu viel wird. Jedenfalls sollen die Tonfilmoperetten und -revuen "drüben" nicht mehr ziehen. Dafür haben wir jetzt die Bescherung dieser Sorte "Kunst" um so ausgiebiger, ergänzt durch frisch-fröhlich-sentimentale Husaren- und Studentengeschichten und Rheinpoesien. Schwacher Trost: Auch das geht vorüber.

Lehrfilmwesen Unter dem Protektorat des Völkerbunds gibt das Internationale Institut für Lehrfilmwesen in Rom eine Monatschrift heraus, die Internationale Lehrfilmschau genannt wird. Sie erscheint in 5 Ausgaben: deutsch, französisch, italienisch, spanisch. Das Märzheft zum Beispiel enthält rund 150 eng-

bedruckte Textseiten in Großquart. Ein kaum übersehbares reiches internationales Informationsmaterial zu verschiedensten Fragen des Films: Das psychologische Element des Films, Soziale Elemente des russischen Lebens im Film, Kinder als Schauspieler und als Zuschauer, Unmoral, Kriminalität und Film, Film und Zensurverordnungen, Kinogesetzgebung für Minderjährige. Das Kino und seine Möglichkeiten im sozialen Leben: der politische Film, der Reisefilm, der wissenschaftliche Film, der Kriegsfilm, der religiöse Film usw. usw. Dazu mehrere umfangreiche Aufsätze. Vor allem aber 2 Monstrefragebogen. Die eine Rundfrage geht »an alle Gelehrten und Wissenschaftler der ganzen Welt, um wissenschaftlich festzustellen, welche Vorteile oder Schäden das Kino direkt oder indirekt auf das Gemüt oder das Leben des Kindes auszuüben vermag«. Über 100 verschiedene Fragen, in der Hauptsache theoretisch-medizinischer Art, ohne rechte Beziehung zur sozialen und pädagogischen Problematik des Films. Der andere Fragebogen ist an Lehrer gerichtet, »zur Feststellung der Eindrücke, die ihre Schüler durch den Besuch des Kinos empfangen haben, sodann zur Feststellung der Bemerkungen über die augenblicklichen und zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten und schließlich zur Feststellung der direkten oder indirekten Einflüsse des Kinos auf die individuelle Erziehung, die geistige Entwicklung und auf das Benehmen der Schüler«. Weitere, wohl ebenso komplizierte Fragebogen sind in Aussicht gestellt. Den wissenschaftlichen Sammel- und Sichtungseifer der Lehrfilmschau in Ehren. Er häuft Berge von Unterlagen, die zur Begründung einer internationalen Realfilmpolitik höchster geistiger Zielstrebigkeit dienen sollen. Aber es ist bei der Umständlichkeit des Vorgehens kaum abzusehen, wann diese Gelehrsamkeit ihre wirksamen praktischen Früchte tragen soll. Die Lehrfilmschau erscheint wie ein Tausendfüßler, der die Funktion jedes einzelnen Beins erst genau registrieren und theoretisch begründen will, bevor er sich zum Gehen entschließt. Etwas mehr gesunder Menschenverstand und Intuition, und ein sehr großer Teil dieses Aufwands an Forschung könnte zugunsten einer lebendigen, positiven kritischen Aktivität erspart werden. Bezeichnend für die geradezu komische Lebensfremdheit und Unbeholfenheit dieser hochansehnlichen Akademiker ist ein Satz wie der: »Es

wird jedenfalls der Zukunft vorbehalten bleiben endgültig festzustellen, ob das Kino ein notwendiges Instrument für eine soziale und geistige Verbesserung der Menschheit sein kann.« Mehr Vorsicht im Urteil ist schlechthin unmöglich. Freilich muß die Lehrfilmschau bei ihren engen Beziehungen zum Völkerbund diplomatisch-lavierend sein, sobald sie praktische Forderungen vertreten will. Es bleibt also einstweilen bei den langwierigen, aber ungefährlichen theoretischen Vorbereitungen.

Variété

Es sind durchaus nicht immer die mit besonders großer Reklame in Szene gesetzten Nummern die besten. In der Berliner Scala zum Beispiel war Noni als Musikclown liebenswürdiger feiner Komik kennen zu lernen. Aber die von der Reklame erregten Erwartungen blieben um so mehr enttäuscht, je mehr von Noni und um Noni gezeigt wurde. Seine persönlichen Leistungen wurden von einem kleinen Ensemble verschiedener Variétédarbietungen umrahmt, dem er als spiritus rector vorstand. Das ganze eigentlich eine etwas gewaltsame Streckung der an sich schon keineswegs überwältigenden Attraktion Noni. Es war mehr Freude an den equilibristischen Kühnheiten der beiden Heltanos oder, im September, an den beiden Pierrotys, die als Komiker und Akrobaten auf gleicher Höhe stehen, besonders aber in letzter Eigenschaft wirklich Originelles zeigen. Das Septemberprogramm der Scala war reich an hervorragenden Tanzattraktionen. Durch die bekannten Alfred-Jackson-Girls, aber auch durch Norman Thomas junior und Frank Allen vom Norman-Thomas-Quintett mit dem herrlich-zappligen Trommler Sonny Tompson. Ein Jongleur origineller Art und humorvoller Bonhomie ist Gaston Palmer. Er wird aber übertroffen von Torino im Septemberprogramm des Berliner Wintergartens. Torinos Spiel mit Billardqueues und mit dem rotierenden Taler auf dem Papierschirm ist nicht nur eine äußerst seltene und schwierige Attraktion, nicht nur rhythmisch und elegant. Es ist geistvolle Kunst. Auch sonst haben die letzten Programme des Wintergartens manchen Vogel abgeschossen. So mit den akrobatischen Tänzen der Carlos & Co., die ihre Partnerin Chita einem Schleuderball gleich durch die Luft sausen und wirbeln lassen. Oder mit den an Tisch- und Stuhlreppen sich auf- und abwärts überschlagenden Equilibristen, den 5

Maunters. Sie bewegen sich in kombinationsreichen Figuren. Ähnliches ist von den 3 Parterreakrobaten Pierrots de Vilette zu sagen. Eine fast ununterbrochene, ausgezeichnet durchkomponierte Folge verschiedenster Kräfteleistungen. Rhythmische Akrobatik, Bewegungskunst. Auch die Leiterequibristen und ikarischen Spieler Bedini-Tafani verdienen diese Bezeichnung. Man sieht sie tausendmal lieber als die meisten ihrer Kollegen und Kolleginnen mit "mondänen" oder "klassischen" Tänzen, die oft hart den Rand des eben noch Erträglichen streifen: Tänze falscher Erotik, falscher Pracht, echt nur im Kitsch. Rhythmisch außerordentlich prägnant die Marsch- und Tanzschlager Neville Bishops, gespielt auf allerlei Küchengerät. Auch was die Bewegungen des dauernd herumtornenden komischen Musikers anlangt. Rhythmus, Rhythmus und noch einmal Rhythmus in jeder Bewegung des Zauberkünstlers Frakson. Der eleganteste und liebenswürdigste seines Fachs, den man in Berliner Variétés seit langem zu sehen bekam.

Kurze Chronik Mitte September wurde in Hannover ein *Ballett Darius Milhauds* zum erstenmal in Deutschland aufgeführt. Das Buch zu dieser »getanzten Operette« (wobei das Wort Operette in seinem ursprünglichen Sinn genommen ist) hatte Jean Cocteau geschrieben, der mit der modernen französischen und russischen Musik aufs engste verbunden ist. Das Werk, *Badeexpress* betitelt, wurde durch die Tanzkünstler Harald Kreutzbergs und Yvonne Georgis getragen, denen sich Ruth Marcus zugesellte. Es ist zu wünschen, daß ihm in Deutschland ein besseres Schicksal beschieden sei als den früheren bedeutenden Tanzschöpfungen Milhauds, der *Création du monde* und der *Salade*, die nach wenigen Aufführungen in der Berliner Staatsoper wegen des Falls Terpis verschwinden mußten (aber hoffentlich einmal doch wieder aufgenommen werden). ◊ Der Nachfolger Max Terpis' an der Berliner Staatsoper, Rudolf von Laban, hat sich nun am 11. Oktober mit den (durch die nie zu vergessenden Aufführungen des Russischen Balletts in Deutschland bereits bekannten) *Polowetzer Tänzen* in der Berliner Erstaufführung der Borodinschen Oper Fürst Igor mit einem großen Erfolg bei den Zuschauern und in der Presse eingeführt; einem Erfolg, der allerdings bei der hinreißenden Musik Borodins unausbleiblich war. Man wird auf diese

Tat Labans bei der Gesamtwürdigung der neuen Tanzära im Berliner Opernhaus noch zurückkommen müssen. ◊ In der 2. Hälfte des Juli fanden die *Münchener Filmfestwochen 1930* statt. Das Programm sollte die Entwicklung der deutschen Filmkunst in den letzten 10 Jahren darstellen, also eine historische Linie ziehen, markiert durch Spitzenleistungen des stummen Films. Die Verwirklichung war jedoch weder im Wertmaßstab noch im Technischen von genügender Konsequenz. Neben einigen repräsentativen Werken wurde auch viel Belangloses gezeigt. Die Schwäche des Programms ist zum Teil durch die merkwürdige Politik der Filmindustrie zu erklären, die eine Anzahl bedeutender stummer Filme den Festwochen vorenthielt. Der Erfolg der Veranstaltung war sehr mäßig. ◊ Am 8. September beging die *Film- und Bildarbeitsgemeinschaft Groß Berlin* (Filmseminar), die Berliner Ortsgruppe des Deutschen Lichtspielbunds, ihr 10jähriges Bestehen. Sie hat für die Lehrfilmarbeit dadurch Bedeutung erlangt, daß sie, zunächst privat, die Berliner Lehrfilm- und Schulkinoarbeit organisierte und die Ausbildung von Lehrenden betrieb. Aus ihrem Kreis und auf Grund ihrer Erfahrungen wurden Sonderklassen für Filmlehrlinge in der Berufsschule und die Fachschule für das Filmgewerbe angeregt und eingerichtet. ◊ Am 12. September ließ die Foxfilmgesellschaft im Mozartsaal in Berlin eine Auswahl ihrer in aller Welt hergestellten Tonfilmreportagen zeigen. Es war die erste *Tonfilmwochenschau*, die man in Berlin zu sehen bekam. Seither laufen in allen größeren Kinoteatern ausschließlich tönende Wochenschaubilder. Sie steigern die Illusion der fernen Wirklichkeit und sind als Berichte über diese Wirklichkeit sehr zu begrüßen. Die Zusammenstellung der Wochenschauprogramme läßt allerdings nach wie vor viel zu wünschen übrig. Das ist auch von dem tönenden Terrafilmmagazin zu sagen. Ein Ragout wie die gedruckten Magazine auch. ◊ In Amerika wurde als neueste Sensation der *Breitfilm* gezeigt. Er scheint aber zunächst nicht durchzudringen. Er projiziert Bilder bis zu 14 Meter Breite, die unübersichtlich sind, zumal sie auch in der Tiefe die gleiche Blickschärfe haben wie im Vordergrund. Dieser Umstand macht den raschen Bildwechsel, somit die wesentlichste filmische Wirkung, unmöglich. Der Breitfilm wäre also ein Bühnensurrogat, soweit er nicht zu besonderen Ausdrucksmöglichkeiten gelangt.

Bühnenkunst / Walther Petry

Habimah Die Krisis des Theaters wird durch die Antithese "Klassiker oder Zeittheater?" nur in einem ihrer Symptome bezeichnet. Sie bliebe bestehen, wenn man auch in diesem Punkt zu einer Lösung gekommen wäre, Shakespeare oder Goethe nicht mehr und ausschließlich modernes Problemtheater spielte. Sie träte an diesem Punkt nur in ein anderes Stadium. Dennoch gilt es diesen Punkt zu erreichen. Das Grundsätzliche dieser Meinung sei an praktischen Beispielen, die die beginnende Theatersaison in Berlin gibt, entwickelt.

Eine jüdische Schauspielergemeinschaft, Habimah, in Berlin längst rühmlich bekannt, übte für eine Europatournee einige Stücke der europäischen Literatur ein und brachte in einer von Michael Tschechow geleiteten Einstudierung im Theater am Nollendorfplatz zuerst Shakespeares *Was ihr wollt* heraus. Dieses Experiment hat besondere Voraussetzungen. Die Bimah, als palästinensisch-hebräische Truppe, spielt nicht eigentlich für Europa, sie spielt für Palästina und will von dorthier beurteilt werden. Dieser Standpunkt ist nicht übernehmbar, er mußte, der Gerechtigkeit wegen, der Kritik vorangestellt werden. Von Palästina her gesehen ist der Ausbau des Spielplans, die Einbeziehung der europäischen Literatur, organisch, folgt der allgemeinen geistigen Richtung und entspringt einem neuen Aufbauwillen der jüdischen Nation, die, wie jede Nation, auch die anderen Kulturen stofflich in sich aufnehmen will. Das Ziel ist eigentümliche Gestaltung des neuen jüdischen Weltbilds auf der Grundlage des neuen Hebraismus; Weg und Mittel dazu bietet die Auseinandersetzung mit dem geistigen Europa. In solchem Rahmen ist die Shakespeareaufführung der Bimahtruppe kein artistisches Experiment, sie steht nicht isoliert und kann, selbst wenn sie mißlungen wäre, als Anfang eines neuen Wegs gültig bleiben.

Bevor diese Aufführung näher geprüft wird, sei es versucht den Charakter der Truppe an ihrer Aufführung des *Dybuk* (den sie auch jetzt wieder zeigte) zu skizzieren. Der *Dybuk* ist naives jüdisches Volksstück, keine Form, eine theatermäßige Abkürzung des östlichen Judentums. In 3 Bildern, die eine talmudische Schule, eine chassidische Hochzeit, einen Besuch beim Zaddik zeigen, werden der Volks- und der Glaubenscharakter bis hin zu magischen Kulturen

dargestellt. Der Inhalt ist, kurz gesagt, eine Dämonenaustreibung, der Zaddik beschwört eine Besessene. Solcher Inhalt verlangt Wirklichkeitsnähe, typische Zeichnung der Figuren, Echtheit des Milieus. Aus diesen Bedingungen hat sich der Stil der Bimah organisch entwickelt. Aus der bewegten Gestikulation des östlichen Menschen, aus der Pathetik des hebräischen Sprechgesangs kam die Truppe, allein durch Steigerung dieser volksmäßigen Elemente, zu ihrem Darstellerstil eines sehr wirkungsvollen pathetischen Naturalismus. Die Stilisierung, etwa der Geste, war weder willkürlich noch artistisch sondern lediglich Zusammenfassung der natürlichen Bewegungssprache zu großen eindrucklichen Formen. In diesem Punkt wirkte die Truppe zugleich sehr echt und sehr theatralisch. Jede Starrheit war durch die Modulation der Sprache, ihren Nuancenreichtum, ihre Kraft der Akzentuierung, ihre rhythmische Erhebung bis zum reinen Gesang vermieden. Es trafen hier also zur Vollendung eines künstlerischen Charakters die verschiedensten Umstände glücklich zusammen; der *Dybuk* zeigte ihn deutlich und rein.

Mit diesem Stück errang die Truppe ihre Erfolge. Daß aber der Erfolg nicht der eines neuen Darstellungsstils sondern der eines Theaters war, das durch die Substanz einer besonders, charakteristisch umschriebenen Volksgemeinschaft lebte, wurde nicht sogleich verstanden. Trotzdem lag allein hierin der erfrischende Gegensatz zum europäischen Theater. In einer Zeit (wir leben in ihr noch heute), in der keine wirklichen Bindungen kultureller oder gesellschaftlicher Art die Form des Theaters bestimmen, in der man nur das individuelle Experiment, die Regiewillkür, den Wechsel kunstgewerblicher Stilmoden kennt, mußte eine sorgfältig eingespielte, in sich geschlossene Truppe, deren Geschlossenheit die eines Volkstums repräsentiert, deren Ausdruckskraft, Farbe, Sprachrhythmus durch die Gemeinschaft bestimmt und gehalten war, höchst lebendig, vorbildlich, echt wirken. Die organische Fortbildung des Inhaltlichen, nämlich der Gebräuche, des Religiösen und Kultischen, zur Form war hier vollzogen und war in keinem Fall des europäischen Theaters mehr gegeben.

An dieser Einheit der jüdisch-hebräischen Form mit dem jüdisch-hebräischen Wesen mußte festgehalten werden, denn allein auf dieser Einheit stand die Bedeutung, ruhte die Kraft der Truppe. Diese Einheit wird aufgelöst, wenn man

europäische Literatur ins Hebräische übersetzt, eine Mischung von östlicher Darstellung, westlichen Inhalten, von Bimahstil und Shakespeare versucht; übrig bleibt ein artistisches Experiment, eine interessante Regieleistung, ein Kuriosum, kein Organismus.

Zu alledem hat man sich die Aufgabe zu leicht gemacht. Zu erreichen galt eine wirkliche Einfügung Shakespeares ins Hebräische, in den Bimahspielplan; dazu wäre eine getreue Textnachfolge nötig gewesen. Man nahm aber die Komödie, die bei Shakespeare aus dem besondern Ineinander von Ernst und Spiel, von Bedeutung und Komik bestand, nur als Anlaß zu einer theatralischen Paraphrase, die nur die pantomimischen, regielichen Möglichkeiten der Truppe zur Entfaltung brachte. Durch die Kürzung, durch die Schwerpunktsverlegung wurde die Komödie Shakespeares entspannt, entdramatisiert, zu einem heiter harmlosen Spiel erleichtert. Dieses Spiel wurde mit Talent, mit Einfällen und lebendiger Laune dargeboten. Man wurde zu Vergleichen mit Wsewolod Meyerhold, mit dem Moskauer Jüdischen Theater, mit Max Reinhardt aufgefordert und zu der Feststellung gezwungen, daß diese Aufführung, soweit sie eben im nur Artistischen blieb, nicht mehr der Wirklichkeit, der Fülle, der Kraft des Volksempfindens sondern ästhetischen Absichten entsprang.

Zusammengefaßt: Habimah stellte mit ihrer Dybukaufführung ein Theater dar, das aus lebendigen Wurzeln lebte, zwar als Theater erst mit einiger Entfernung vom Judentum möglich wurde, aber die Verbindung mit ihm doch durch die Darstellung seiner Elemente, seiner Sitten und seiner Religion erhielt; ein Theater, das seinen szenischen Stil aus der Anlage des Volks entwickelte, seine Bühnensprache nicht durch willkürliche, individuelle Versuche sondern durch Fortentwicklung des Volksidioms gewann. Sie brachte nicht nur ein Stück Theaterentwicklung sondern ein Weltbild zur Darstellung. Bricht man aus diesem Ganzen das Substantielle, die jüdische Lebenswirklichkeit, heraus, so behält man eine Darstellungsmethode übrig, die an allen Stoffen versucht werden kann; dieser Rest zählt immer noch in der europäischen Theatergeschichte bedeutend mit, wirkt aber nicht mehr beispielhaft, nicht mehr vorbildlich.

Zeittheater und Ein Versuch im europäischen Theater die Verbindung mit der Wirklichkeit des heutigen Lebens wiederanzu-

knüpfen ist die absichtliche Beschränkung auf das Zeitstück. Es gilt hier zu unterscheiden. Nicht, daß Shakespeare, Goethe oder Calderon heute weniger lebendig oder wirklich als zur Zeit ihres Wirkens wären; sie bleiben als große Kunstformen für alle Zeiten gültig, sind allerdings, als hohe Bezirke, nicht von jedem Zeitalter aus erreichbar. Die krampfhaften Versuche das klassische Drama, gar die antike Tragödie, auf das Niveau unserer Lebenskräfte, unserer künstlerischen Möglichkeiten herabzuziehen sind der Beweis, daß es uns nicht mehr gelingt zu ihnen aufzusteigen. Die geistige Lage der Shakespeareschen Dramen bleibt unverrückt, was wechselvoll auf- und absteigt, sind die Zeitalter. Ahnungslos, einsichtslos gibt die Epoche mit ihren Textvergewaltigungen, Bearbeitungen, mit der hartnäckigen Willkür ein strenges Formbild zu zerschlagen und als Bruchstücke, modisch bemalt, für den geistigen Wirrwarr der Gegenwart herzurichten die Tatsache zu, daß wir für die künstlerische Erfüllung einer klassischen Form zu schwach, zu ungebunden, zu fragwürdig sind. Einer Erneuerung des klassischen Dramas bedarf es nicht, wohl einer immerwährenden Erneuerung der jeweiligen Epoche sich zu seiner Kunsthöhe heraufzubilden. Vernünftig also ist es, wenn dieses Obere unerreichbar ist, wieder bescheiden von unten her zu bauen. Ein solches Zurückgehen ist das Zeitstück.

Die Problemlage der Wirklichkeit zur Problemstellung des Theaterstücks aufzurichten, nicht also die faktische Wirrnis der Zeit mit reinen harmonischen Lösungen der großen Kunst zu betrügen sondern die Spielebene der Bühne dicht über dem wirklichen Parterre des Lebens zu lassen, nicht den Helden sondern uns selbst zu spielen, ist grundsätzlich richtig. Richtig auch, weil sich damit die Bühnensprache, also Bewegung, Bild und Wort, wieder aus dem Leben entwickeln, sich im Fortgang zu einem künstlerischen Organismus ausbilden kann. Mitten in dieser Bewegung steht das Stück Ernst Tollers *Feuer aus den Kesseln*, das im Theater am Schiffbauerdamm in Berlin aufgeführt wird. Sein Inhalt ist der Kieler Matrosenaufstand, den Dokumenten nachgeführt, mit gutem Bühnenverstand in wenigen Bildern dargestellt. Die Elemente dieses Theaterstücks haben den Vorzug der erkennbaren Echtheit: Die Sprache ist die Prosa der tatsächlichen Ereignisse, die Figuren bewegen sich und handeln, wie sie wirklich sich bewegt und gehandelt

haben können, das Bühnenbild steht mit seinem konstruktiven Aufbau in der technischen Sphäre des Stücks. Jede Einzelheit, vom Schauspieler angefangen bis zum technischen Requisit, deutet auf die Wirklichkeit, bleibt an ihr meßbar, gewinnt durch sie Bedeutung. Die Aufgabe, die ein solches Zeitstück stellt, bleibt noch so kompliziert, daß sie ungelöst bleiben kann, auch hundertfach ungelöst bleibt. Auch hier, wo die Herrichter solcher Stücke die Handhaben der Wirklichkeit fassen, bedarf es geistig ordnender Kräfte. Das Geschehnis muß geordnet, komponiert, aufgebaut, aus dem Fluß der Tatsachen ausgehoben und, ohne daß es dadurch an Wahrheit verliert, in sich geschlossen und beendet werden. Die Figur muß zum Typischen hin vereinfacht und verstärkt werden, ohne dabei ihren lebendigen individuellen Umriß zu verlieren. Diese Bedingungen hat das Stück Tollers erfüllt. Verfasser, Regisseur und Schauspieler haben mit Geschick an ihrem Platz ihre Verpflichtung eingelöst. Das Ganze ist keine Tendenzrhetorik sondern lebendige Nachbildung eines wirklichen Problems. Der Zuschauer wird nicht aufgefordert einer Partei beizutreten, die Internationale mitzusingen, sondern vor einen menschlichen Konflikt gestellt, dessen Tragweite ihn umfaßt, der ihn zur Entscheidung auffordert. Hier wird klar, daß Stoff, Darstellung und Publikum wieder zur Einheit zusammengebracht worden sind. Aus dieser Einheit hat sich jede kommende Bühnenform zu entwickeln. Dennoch wird auch mit ihr die Krisis des Theaters nicht aufgehoben. Wir kommen auf unsere anfänglichen Bemerkungen zurück.

Das Zeitstück verliert sofort dann an Wert, wenn es, statt Situationsberichte zu zeichnen, in denen wir unsern Platz haben, statt Probleme aufzustellen, die von uns ihre Entscheidung fordern, dogmatische Lehren vorträgt. Damit wird der Stoff, den man aufgreift, entgültigt, der Mensch, zu dem man spricht, nicht erreicht. Die Komplexität jedes lebendigen Geschehens wird dürftiges Schema, die Vielfalt der Lösungen jedes menschlichen Problems zur Parteientscheidung vereinfacht. Gegeben muß aber die soziale Wirklichkeit, nicht ein Programm werden. Keine Rhetorik also (der ganze Fall Piscator (siehe dazu auch weiter unten Seite 1056 den Abschnitt Piscator) ist Rhetorik, technischer Rumor, komplizierte Kulisse um die Buchstabenschrift eines Parteiprogramms) sondern lückenlos gefügte Lebensreihe, zu der

sich der einzelne Stirn zu Stirn zu stellen hat. Wer vor solchem Anspruch beiseite tritt, ins Ästhetische ausweicht, die Mittel beklatscht, statt sich das Problem, dem sie dienen, bewußt zu machen, ist unrettbar verloren. Nach der Klassenideologie wäre aber von vornherein die Unsinnigkeit auch dieses Theaters evident. Nach ihr sind die Probleme nur solche der soziologischen Schichtung und könnten nur durch soziologische Umschichtung gelöst werden. Im aktuellen Teil des Tollerschen Stücks wäre demnach der menschliche Anspruch des einfachen Soldaten, den er gegen das Unrecht, das Verbrechen erhebt, ein Klassenanspruch, ein Anspruch des Proletariats gegen die bürgerlichen Gewalthaber. Zugleich aber fordert die wirtschaftliche Institution des Theaters eben diese Bürgerlichkeit auf Publikum zu sein. Die Richtigkeit der These zugegeben, würde sich also eine soziale Klasse durch die Darstellung ihrer eigenen Schwächen bis zur Begeisterung unterhalten lassen, was einen Zynismus voraussetzt, der schon die Zeichen der Größe trüge. In Wahrheit spricht aus dem Darsteller der Mensch, ist die dargestellte Problemlage eine menschliche und wendet sich wiederum im Publikum an den Menschen. Seine menschliche Komplexität liegt aber wesentlich auch außerhalb der jeweiligen Klasse, in die man ihn, soziologisch zusammenfassend, einreicht. Der Zuschauer kann also, klassenmäßig, "Bürger" sein, dennoch von den Bühnenvorgängen ergriffen werden; wie weit aber diese Aufforderung zur Besinnung trägt, ist nicht abzuschätzen. Es müssen also, noch einmal, Zeitstücke gespielt werden; sie erfordern von ihren Herrichtern Ehrlichkeit, geistige Einsicht, Durchsicht der Zeit auf ihre Problemlage, Sinn für Echtheit, Geschick der Anordnung, Klarheit, gesundes Empfinden. Diese Voraussetzungen können durch keine Parteibindung ersetzt werden. Der Sinn der Zeitstücke ist nicht für einen Gedanken zu werben sondern die Augen für die Wirklichkeit des Lebens, das das unsrige, allgemeine, ist, zu öffnen. Erfüllt man diesen Kreis, so ist die ästhetische Luftleere, in der der heutige Kunstbetrieb läuft, vermieden, ist das Theater wieder auf festen Boden gegründet. Von ihm aus ist eine dauernde Form vielleicht zu erreichen.

Piscator Erwin Piscator hat, wie hier bereits erwähnt wurde, bei Adalbert Schultz in Berlin ein Buch erscheinen lassen, dem er

den Titel *Das politische Theater* gab, und das bestimmt ist die Entwicklung der Person Piscators in ihrer politischen Eindeutigkeit zu beweisen, das politische Theater als selbstverständliche Strebung dieser Person festzustellen, die Leistung selbst zu verteidigen und mit dem Buch, im schriftstellerischen Raum, fortzuführen. Piscator löst diese Aufgaben auf sympathische aufrichtige Weise. Hinter der politischen Terminologie, der Schlagwörtlichkeit der Argumente und Folgerungen, wird er als naiver optimistischer Mensch deutlich, ein protestantisches Temperament, das den theologischen Kampfgeist der Vorfahren zeitgemäß politisch umformt. Das Kriegserlebnis bestimmt ihn. Eine Konfliktstellung scheint es in seinem Leben, das er als pazifistischer Schauspieler beginnt, über die Stufen der allmählichen "Radikalisierung" als Führer des politischen Theaters bis jetzt beschließt, nicht zu geben. Seinen Weg bestimmen Einsicht und Wille; seine künstlerischen Absichten ordnen sich unter; so wird die Linie dieser Entwicklung logisch und ist, mit diesem Charakter, mit der Bühnenleistung identisch. Zu den einzelnen Etappen dieser Leistung ist in dieser Rundschau (1927 II Seite 1046 und folgende und 1928 I Seite 87) Stellung genommen worden. Die Kritik, zu der seine Arbeit und, als Spiegelung der Arbeit, auch das vorliegende Buch auffordern, und die von den vielfältigsten Punkten angesetzt werden kann, sei mit seinen eigenen Worten angedeutet. In dem Kapitel *Unser Programm* sagt Piscator: »Es fehlt an vielem. Zunächst an Stücken. Das Stück muß trotz Konsequenz und Schärfe der Gesinnung auch die Erfolgchance haben. Es genügt nicht der bloße Leitartikel. Das Theater braucht, was des Theaters ist.« Doch klafft, um Piscators eigene Feststellung anzuführen, »immer wieder der Widerspruch zwischen dem Willen zu einer Idee und dem erreichbar Möglichen«. Um zusammenzufassen: »Warum«, fragt Piscator, »warum immer wieder diese kraft-, geld- und zeitfressenden Ungeheuer von Aufführungen, in denen ich doch nur immer für Momente das erreiche, was mir als das eigentliche Wesen des Theaters erscheint?« Und er zögert nicht darauf zu antworten: »Unsere Aufgabe beschränkt sich nicht auf die einzelne Aufführung. Es ist fast gleichgültig, wie die einzelne Aufführung wirkt, an welchen Schwächen sie leidet, wieweit sie Fehler enthält, ob sie ein Irrtum ist. Unser Ziel ist die Aufhebung des bürgerlichen Theaters,

weltanschaulich, dramaturgisch, räumlich, technisch. Worum wir kämpfen, ist die Neugestaltung des Theaters, eine Neugestaltung, die nur auf der Linie der gesellschaftlichen Umgestaltung vor sich gehen kann. Deswegen werden wir wahrscheinlich immer und immer wieder in gewissem Sinne an den Unzulänglichkeiten der Verhältnisse scheitern müssen, weil diese Neugestaltung nicht isoliert vor sich gehen kann. So viel erkenne ich jetzt.« Diese Feststellung, gewichtig als Fazit, ist phraseologisch unklar, ein dialektischer Rückzug. Zu viel wird in ihr der Absicht zugute geschrieben, aber die ideologische Struktur fordert auf der Ebene der Kunst (»das Theater braucht, was des Theaters ist«) Übersetzung. Das Mißlingen wird aus dem Fehlen der Stücke und dem fehlenden Gleichlauf der gesellschaftlichen Umgestaltung erklärt; zugleich wird auf die positive Arbeit kein Wert gelegt (dialektisch, um ein Mißlingen dieser Arbeit nicht als Mißlingen werten zu müssen), und als Ziel wird gesetzt, was allenfalls Anfang heißen dürfte: die Aufhebung des bürgerlichen Theaters. Aufgehoben aber kann etwas nur kritisch werden; in der Ebene der produktiven Leistung kann man nur ersetzen. Daß das durch die Aufführungen Piscators geschehen ist, bestreitet Piscator selbst, und er bestreitet es prinzipiell, mit ideologischen Gründen. Seine Arbeit bleibt also Intention, Leitartikel. »Aber der bloße Leitartikel genügt nicht.« Das Buch zeigt mit viel Fleiß die Person, ihre Entwicklung; es erinnert und dokumentiert die Arbeit und stellt sich, selbst urteilend, negativ dazu. Seinen Weg bestimmen, wie gesagt, Einsicht und Wille, aber das politisch protestierende Pathos muß, damit es nicht bei »kraft-, geld- und zeitfressenden Ungeheuern von Aufführungen« bleibt, damit nicht nur »für Momente das eigentliche Wesen des Theaters verwirklicht« wird, den dogmatischen Programmbuchstaben in der künstlerischen Neuform des Theaters verschwinden lassen.

Totenliste Der älteste Schauspieler Münchens, *Alois Wohlmuth*, starb Mitte Juli im Alter von 83 Jahren. Noch bis vor kurzem trat er gelegentlich auf den Bühnen der Bayrischen Staatstheater auf. Ende Juli starb in Frankfurt *Emil Claar*, 88 Jahre alt. Eine Reihe von Jahren war er Oberregisseur am Landestheater in Prag, später übernahm er die Leitung des Berliner Residenztheaters, das er zu einer hervorragenden Bühne

für das Konversationsstück machte. Dann siedelte er nach Frankfurt über, leitete dort 33 Jahre lang die Frankfurter Vereinigten Stadttheater als Intendant. Claar war noch ein Schüler Heinrich Laubes, wirkte selbst als Schauspieler und Regisseur, versuchte sich auch vielfach als Dramen- und Lustspiieldichter. Im Jahr 1926 veröffentlichte er seine Lebenserinnerungen, unter dem Titel 50 Jahre Theater /Frankfurt, H. Keller/.

Mitte August starb in Marseille *André Silvain*, Ehrenmitglied der Comédie Française, im Alter von fast 80 Jahren. Noch wenige Tage vor seinem Tod spielte er auf Pariser Bühnen. Während des Spiels in einer Freiluftaufführung, in der er trotz Gewitter weiterspielte, hatte er sich eine Lungenentzündung geholt, der er dann erlag. Silvain war berühmt als Darsteller der großen klassischen Rollen des französischen Theaters. Eine seiner Glanzleistungen war der Tartuffe.

Am 15. September schied in Wien, wo sie im Raimundtheater spielen sollte, die junge Schauspielerin *Margarete Koepcke* freiwillig aus dem Leben. Sie ist 34 Jahre alt geworden. Sie kam aus Wien nach Berlin, wo sie große Erfolge hatte. Ihre Eigenart war die Darstellung sensibler Gestalten, die ihre Erscheinung glaubhaft machte. Eigentümlich traurig und ergreifend war sie beim Vortrag eines Chansons, als kleines unglückliches Mädchen. Sie hatte schon einmal einen Selbstmordversuch gemacht. Innere Schwermut war es wohl, die sie aus dem Leben trieb.

Kurze Chronik Rudolf Borchardt richtete in den Münchener Neuesten Nachrichten einen Offenen

Brief an Max Reinhardt, in dem er ihn aufforderte einen *Hofmannsthalzyklus*, vor allem die Tragödie *Der Turm*, aufzuführen. Beides: die Aufforderung, die nur erinnert einer einfachen Pflicht nachzukommen, die sich nach einem langen Arbeits- und Freundschaftsverhältnis von selbst verstehen sollte, und daß Borchardt hier der Mahner des Gewissens ist, ist richtig. Es bleibt zu hoffen, daß der Nachhall dieser leidenschaftlichen Stimme groß genug ist das Geforderte auch zu bewirken. ◊ Eine große Überraschung brachte am 29. August in den *Salzburger Festspielen* dieses Jahres das unvermutete Auftreten John Forsells als Don Juan. Forsell hatte vor etwa einem Jahrzehnt von der Bühne Abschied genommen. Und nun zeigte es sich, daß er nicht nur seine Stimmkraft wiedergewonnen und an Ge-

sangskunst nichts eingeübt hatte, sondern daß er jetzt, nachdem Francesco d'Andrade, der Unvergleichliche, nicht mehr ist (siehe diese Rundschau, 1921 I Seite 368 und folgende), als der größte, ja einzige Darsteller des Don Juan anerkannt werden muß. Es war aber auch insgesamt eine hinreißende Aufführung dieser "Oper der Opern", wie man sie seit 2 Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Ein besonderes Erlebnis war die Elvira der Luise Helletsgruber; wie sie den "Verführer", in dem herrlichen Quartett des 1. Akts, "entlarven" will und sich dabei dem Geliebten, hilflos liebend, ohne Bewußtsein hingibt, so die innere Wahrheit des Don Juan gegen jede äußere Konvention enthüllt: das wird nicht vergessen werden. ◊ Der englische Schauspieler und Theatermann Alfred Denville will die *Oberammergauer Passionsspiele* nach England verpflanzen. Sie sollen entweder in London selbst oder in einem nahen Naturtheater zur Aufführung gebracht, und die Überschüsse aus den Aufführungen für Wohltätigkeitszwecke verwandt werden. Oberammergau ist ohnehin schon eine angelsächsische Angelegenheit geworden; die Verpflanzung nach dem Zentrum des Angelsachsentums wäre also nur folgerichtig. ◊ Am 21. September feierte die *Berliner Volksbühne* ihr 40jähriges Bestehen durch eine Aufführung von Hauptmanns Webern. Das Datum stimmt nicht genau, denn Bruno Wille's Aufruf zur Gründung der Volksbühne erschien im März 1890, und die Eröffnungsvorstellung hat, mit den Stützen der Gesellschaft, im Oktober 1890 stattgefunden. Die Berliner Freie Volksbühne war mit den armseligsten Mitteln ins Leben gerufen worden, entwickelte sich aber durch das brennende und aufrichtige Interesse der Mitglieder in einem Jahrzehnt, trotz allen Polizeischikanen des alten Regimes, so großartig, daß sie 1914 das eigene Haus am Bülowplatz in Berlin beziehen konnte. Auch der Krieg hat sie nicht vernichtet. Von Berlin aus dehnte sich dann die Volksbühnenbewegung über ganz Deutschland, griff auch in andere Länder über. ◊ Das *Hamburger Deutsche Schauspielhaus* feierte in diesem Sommer sein 30jähriges Bestehen. Seinem ältesten Schauspieler, dem Charakterdarsteller Robert Nhil, wurde von dem Mitbegründer des Theaters Ernst Köhne bei dieser Gelegenheit ein von ihm gestifteter Ifflandring übergeben, mit der Bestimmung, daß ihn Nhil später an einen von ihm zu bestimmenden Nachfolger übertragen solle. Der

Hamburger Senat sandte an den jetzigen Direktor des Schauspielhauses Hermann Röbbeling ein Anerkennungsschreiben für seine Führung des Theaters. Ernst Köhne wurde Ehrenmitglied des Hauses. \diamond Die reizvolle Sängerin *Maria Rajdl*, die in der Berliner Städtischen Oper unter anderm mit ihrer *Frasquita* in Hugo Wolfs *Corregidor* außerordentlichen Erfolg hatte, wurde für weitere 3 Jahre an die Dresdener Oper verpflichtet. Es wäre ein künstlerischer Verlust, wenn sie in diesen 3 Jahren den Berliner Opernbühnen fern bliebe. \diamond Das erste deutsche Theaterensemble, das nach dem Krieg in Paris gastierte, war von *Eugen Robert* geleitet. Robert suchte auch wiederholt französische Gastspiele in Deutschland zustande zu bringen; er ist einer der zunächst noch sehr seltenen Nachkriegsdeutschen, die den Zusammenhang des geistigen Deutschlands mit der Kunst Frankreichs wiederherzustellen sich bemühen. Der Präsident der Französischen Republik machte ihn jetzt zum Mitglied der Ehrenlegion.

Literatur Zur Krise des Theaters bringt *Herbert Jhering* eine ernsthafte sachliche Untersuchung, betitelt *Reinhardt, Jessner, Piscator oder Klassikertod?* /Berlin, Ernst Rowohlt/, die nur durch die Terminologie, durch unscharfe Begriffsbilder verwirrt wird. Jhering diagnostiziert den Klassikertod; für Sophokles und Shakespeare gibt er noch Mittel an sie lebendig zu erhalten: auf ihren »Kern, ihre Fabel« zurückzugehen und diese Fabel »episch objektiv« verwandelt darzustellen. Zu dieser Meinung wurde oben Stellung genommen. Jhering nimmt die Epoche als Maßstab für die klassischen Werke, wir nehmen die klassischen Werke als Maßstab für die Epoche. Die Werke sind geschlossen, in ihre Form getreten, man kann sie in Stücke schlagen und tut es; die Epoche aber ist mit ihren Kräften beweglich, in lebendiger Entwicklung, sie hat sich, als noch in lebendigem Fluß, in die Form des Werks zu ergießen, um sie zu erfüllen, nicht haben umgekehrt Sophokles oder Shakespeare sich der Zeit zu fügen. Die Gegenwart, indem sie sich gerade bildet, eben entsteht, hat keine Gesetzlichkeit, keine Formgültigkeit, nur Möglichkeiten der Bewegung, der Ausbildung, des geistigen Aufbaus. Erreicht sie mit diesen Möglichkeiten die feststehende klassische Form, gut, erreicht sie sie aber nicht, so kann die episch objektive Darstellung des »Kerns der Fabel« nicht helfen. Man

kann nicht aus dem dichterischen Gebilde den Inhalt, der sich im Wort, damit auch als Form, konstituiert, ausbrechen. Ein entschälter, entformter Shakespeare ist nicht Shakespeare. Man trete, dies erkennend, eine Zeitlang von den großen Werken zurück und übe, was auch Jhering empfiehlt, am aktuellen Zeitstück die Kräfte. \diamond Im Verlag Benno Filser in Augsburg erschien ein Buch *Drama und Theater der Humanistenschulen in Deutschland von Johannes Maassen*. Der Verfasser sieht seine Arbeit als Grundlegung einer Geschichte des Schuldramas und Schultheaters im 16. und 17. Jahrhundert an; das beigebrachte und erschlossene Material, der literarhistorische Apparat, mögen diese Meinung rechtfertigen. Das Buch zeigt die besonderen Formen des Humanismus, ihre Spiegelung in den Schulen, in den einzelnen deutschen Stämmen auf, bezieht die pädagogischen Grundlinien der Humanistenschulen auf die 3gliederte geistig-soziale Struktur des Zeitalters: Reformation, Humanismus, Bürgertum, entwickelt also den Gehalt der Epoche, soweit er in der humanistischen Pädagogik beschlossen war, religiös, geistig und sozial. Diese Darstellung ist klar (wiewohl zu schematisch) disponiert, paragraphisch trocken ausgeführt, bleibt also für eine lebendige Verwendung, durch eine strikte historische Tendenz, durch das Fehlen jeden Bezugs auf eine geistige Gegenwartslage, unergiebig. Der Verfasser zitiert am Schluß seiner Schrift, sich selber zum schärfsten Korrektiv, das Görreswort: »Ich suche das Leben; man muß tief die Brunnen in die Dürre graben, bis man auf die Quellen stößt.« Im Sinn dieser Worte vermessen wir in der Arbeit gerade diesen Antrieb: die Suche des Lebens; sie bleibt Materialskeizze. \diamond Ein originales Gegenbeispiel jeder philologisch-historischen Stoffbewegung ist das bis zur Dunkelheit gehaltreiche Buch *Walter Benjamins Ursprung des deutschen Trauerspiels* /Berlin, Ernst Rowohlt/, das, ausgehend von einem literarhistorischen Thema, eine Ideenfiguration so verschlungen wie tief sinnig vorführt. Das Stoffliche des Werks ist von einem sachlichen und energisch transzendierenden Denken zur Darstellung, zur »Fülle der gedrängten Positivität« erhoben. Seinen Charakter deutet die Inhaltsangabe nicht an. Es bewahrt seine Einzigkeit in der Stilform, in der Einschmelzung des bloß Empirischen, in der Übersetzung der fraglichen veränderlichen Wissensinteressen in die konkreten gehaltenen Formen philosophischer Ideenbelegung.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Deutsche Ernte 1930

Gegenüber dem Vorjahr ist die deutsche Ernte 1930 für einzelne Erzeugnisse

wesentlich höher (Kartoffeln, Zuckerrüben, Futterrüben und Weizen), für andere Produkte bleibt sie hinter der Vorjahrshöhe zurück (Roggen, Gerste und insbesondere Hafer). Zum Teil stellt sie uns vor große neue Probleme.

Die Roggenernte ist mit 7,7 Millionen Tonnen um rund 400 000 Tonnen, das heißt um 5%, geringer als im Vorjahr. Da jedoch große Roggenmengen aus dem alten Erntejahr in das Wirtschaftsjahr 1930-1931 übernommen werden mußten, ist die gesamte zur Verfügung stehende Roggenmenge kaum kleiner als im Vorjahr. Während von der letzten Ernte noch ein Teil zur Ausfuhr gelangte, mußte das Exportventil infolge des Sturzes der Roggenpreise auf dem Weltmarkt geschlossen werden. Ein Export hätte unerträglich hohe Zuschüsse aus der Reichskasse erfordert. Die Gesamternte muß im Inland verwertet werden. Durch Einführung des Brotgesetzes und die Roggenpropaganda versucht man den menschlichen Roggenkonsum zu steigern. Das Brotgesetz bringt insbesondere eine Zwangsbegrenzung der Roggenausmahlung auf 60%. Welche Wirkung diese Maßnahmen auf den Roggenbrotverzehr haben werden, ist abzuwarten. An Stelle der Roggenausfuhr ist die Verwendung von mit Eosin gefärbtem Roggen für Futtergetreide in Nordwestdeutschland getreten. Bei der Einfuhrscheinerteilung gegenüber dem Vorjahr gemachte Ersparnisse wurden größtenteils zur Stützung der Getreidepreise durch die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft und zur Verbilligung des Eosinroggenverkaufs in Nordwestdeutschland verwendet. Die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft hat sich jedoch zu große Macht und Kraft auf dem Roggenmarkt zugetraut. Die von ihr im August verstärkte und mit starker Preissteigerung verbundene Roggenstützung hat zu weitgehender Illiquidisierung ihrer Mittel geführt, so daß 2 Tage nach den Reichstagswahlen die Stützungsaktion aufgegeben werden mußte. Die Roggenpreise fielen in den folgenden Tagen und Wochen von 187 Mark pro Tonne auf 140 Mark. Die Absperrung der Einfuhr von ausländischem Futtergetreide nach Deutschland wird nicht nur in Nordwestdeutschland sondern auch im Osten Deutschlands zu einer verstärkten Roggenverfütterung füh-

ren. Die durch das Überangebot an Roggen im letzten Wirtschaftsjahr bewirkte Preisentwicklung dürfte im Wirtschaftsjahr 1930-1931 den Roggenbau nicht unwesentlich einschränken. Die Schätzungen und Repräsentativerhebungen lassen einen Rückgang des Roggenbaus um vielleicht 10% erwarten.

Der Weizenverbrauch für menschliche Ernährung hat sich in den letzten Jahren von seinem Tiefstand im Krieg und in der Inflation wieder ungefähr auf den Vorkriegsstand erhoben und den Roggen teilweise aus dem Brot verdrängt. Im letzten und laufenden Jahr dürfte diese Verschiebung infolge der großen Preisdifferenz zwischen Roggen- und Weizenmehl zum Stillstand gekommen oder sogar rückläufig geworden sein. Die deutsche Ernte 1930 liegt mit rund 3,5 Millionen Tonnen um zirka 8% über der Ernte des Vorjahrs. Der Bedarf wird in diesem Jahr zu 60 bis 65% aus inländischer Ernte gedeckt sein. Dadurch, daß auch bei bestem Ernteausfall der deutsche Weizenverbrauch, wenn er wie bisher weitergeht, die inländische Erzeugung überschreitet, waren bisher die Maßnahmen zur Stützung der Weizenpreise, wie insbesondere Zoll und Vermahlungszwang, recht wirksam. Für die auf Vermahlung ausländischen Weizens eingestellten, an den Weizeneinfallsorten Deutschlands gelegenen Großmühlen brachte der Vermahlungszwang eine starke Erschwerung des Betriebs. Da die Preisspanne zwischen Roggen und Weizen im neuen Wirtschaftsjahr zu einer Steigerung des Weizenanbaus um 10 bis 20% führen dürfte, ist in nicht allzu ferner Zeit eine Selbstversorgung Deutschlands mit Weizen, eventuell unter Zukauf kleiner Mengen ausländischen Weizens zur Qualitätsverbesserung des Mehls, möglich. Je mehr sich Deutschland der Bedarfsdeckung aus inländischer Erzeugung nähert, desto mehr muß sich herausstellen, daß ein großer Teil der deutschen Weizenmüllerei, deren Standort bei Vermahlung von Auslandsgetreide günstig war, nunmehr standortlich ungünstig liegt.

Mit 2,66 Millionen Tonnen bleibt die Gerstenernte um rund 10% hinter der des Vorjahrs zurück. Die lange anhaltende Trockenheit in den Frühlingsmonaten hat den Ernteausfall verursacht, während sie den Ertrag des Wintergetreides nicht im selben Maß herabmindern konnte. Der im laufenden Jahr stark ansteigende Schweinebestand erfordert gegenüber dem Vorjahr eine erhöhte Futtermenge. Infolge der Zoller-

höhung für Futtergerste und Einführung des Maismonopols im Frühjahr 1930 ist aber, nach Überwindung des Übergangs, die Mais- und Futtergersteinfuhr auf einen Bruchteil der Vorjahrseinfuhr reduziert worden. Sie wird zu einem kleinen Teil durch nach Nordwestdeutschland transportierten und durch Reichszuschüsse verbilligten Eosinroggen und Kartoffelflocken ersetzt. Andererseits scheint sich eine Wanderung der deutschen Schweinehaltung aus dem durch wirtschaftspolitische Maßnahmen verengerten Schweinemastgebiet Nordwestdeutschlands in die Hauptproduktionsgebiete der Kartoffeln und des Roggens im Osten zu vollziehen.

Am stärksten unter der Trockenheit hat der Hafer gelitten, der mit 5,47 Millionen Tonnen um 26% hinter der Vorjahresternte zurückbleibt. Da auch an Hafer noch große Vorräte aus der letzten Ernte bei Beginn dieses Wirtschaftsjahrs vorhanden waren, da ferner die Haferausfuhr eingestellt werden mußte, und der Hafer bei der Pferdefütterung durch anderes teilweise verdrängt wird, ist ein Hafermangel nicht zu erwarten.

An Hackfrüchten bringt das Erntejahr 1930 eine Rekordernte. Die Kartoffelernte wird auf 44, vielleicht auch auf 48 Millionen Tonnen geschätzt und überschreitet damit den höchsten Vor- und Nachkriegsertrag. Die Verwertung dieser enormen Kartoffelmengen stößt auf große Schwierigkeiten, da die Verwertungsarten, nämlich menschliche Ernährung, Pflanzgut, Brennerei, Stärkefabrikation und Kartoffeltrocknung, nur sehr begrenzt ausdehnungsfähig sind. Der größte Teil des Mehrertrags kann nur durch Verfütterung an Schweine, teilweise auch an Pferde und Rinder, untergebracht werden. Der deutsche Schweinebestand kann diese starke Verfütterung aufnehmen. Obwohl bereits in den letzten Monaten die Schweinepreise zurückgehen und als Folge der zyklischen Überproduktion in Verbindung mit dem durch die Wirtschaftsdepression bewirkten Kaufkraftausfall im Frühjahr 1931 unter die Preise des Baissejahrs 1927-1928 fallen dürften, bleibt die Verfütterung der Kartoffeln die wirtschaftlichste Verwertung. Die Kartoffelpreise sind infolge des Überangebots so stark gesunken, daß in Ostdeutschland die Futterkosten bei Kartoffelmast unter Einsetzung der Marktpreise kaum mehr als die Hälfte der Futterkosten bei Getreidemast betragen. Trotz zu erwartenden ungünstigeren Schweinepreisen ist daher die Nach-

frage nach Ferkeln in den ostdeutschen Gebieten groß. Die letzte Schweinezählung ergab in dieser Roggen- und Kartoffelüberschußzone eine wesentlich stärkere Zunahme als in den großenteils auf Futtermittelzukauf angewiesenen nordwestdeutschen Gebieten.

Auch die Zuckerrübenenernte bringt außerordentlich hohe Erträge. Die gesetzlich fixierten Zuckerpreise haben eine Ausdehnung der Anbauflächen zur Folge gehabt. Zusammen mit der Steigerung der Hektarerträge ergibt sich daraus ein Gesamttrübenenertrag von 14,1 Millionen Tonnen, das ist 18,6% mehr als im Vorjahr. Der Zuckergehalt bleibt hinter dem des Vorjahrs etwas zurück, so daß die Gesamtweißzuckererzeugung im laufenden Jahr auf 19,78 Millionen Mark, gegen 17,86 im Vorjahr, geschätzt wird. Der inländische Verbrauch ist dagegen seit der Neueregung der Zuckerzölle im Dezember 1928 nicht mehr angestiegen sondern im letzten Jahr sogar etwas hinter dem des Vorjahrs zurückgeblieben. Auch hier wirken sich Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung in einer Verbrauchsminderung aus. Während von der letztjährigen Zuckererzeugung 15% durch die in einer Ausfuhrvereinigung zusammengeschlossene Zuckerindustrie ausgeführt werden mußten, um den gesetzlichen Inlandspreis zu halten, wird sich in diesem Jahr ein Ausfuhrüberschuß von 25 bis 30% ergeben. Die Weltmarktpreise, zu denen diese Ausfuhr erfolgen muß, betragen zurzeit kaum $\frac{1}{2}$ der deutschen Inlandspreise. Der Ausfuhrerlös deckt knapp die Produktionskosten der Fabriken. Ein Erlös für die Rüben selbst bleibt nicht übrig. Während im vergangenen Jahr durch diese verlustreiche Ausfuhr der deutschen Zuckerwirtschaft eine Belastung von 60 Millionen Mark aufgebürdet wurde, sind für das kommende Jahr rund 150 Millionen Mark zu erwarten. Diese müssen auf den inländischen Zuckerabsatz umgelegt werden, sich also in einer Hochhaltung der innerdeutschen Preise unter gleichzeitiger starker Senkung der Zuckerrübenübernahmepreise für den Landwirt auswirken. Für die Zukunft wird von der Zuckerindustrie eine Kontingentierung des Anbaus gefordert. Für dieses Jahr plant man nicht den gesamten Zuckerüberschuß zu exportieren; vielmehr sollen auch Rübenrücklieferungen an die Landwirtschaft und Zuckerverfütterung auf die Ausfuhrquote der einzelnen Fabriken angerechnet werden. Dadurch werden sich die Verluste der Gesamtheit verringern.

Tagungen Auf der 45. Jahresversammlung der *Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst*, die Anfang August in Karlsruhe tagte, debattierte man über die Frage der Hochschulbildung für Gärtner. Man forderte die Verbindung der neugeschaffenen Abteilung Gartenkunst an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin mit der Technischen Hochschule auszubauen. Dagegen sprach sich die Versammlung gegen den Beschluß des Preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten aus, der vor dem Studienbeginn 2 bis 3 Jahre praktischer Arbeit verlangt und nach Schluß des Studiums den Studierenden den Titel *Diplomgärtner* verleihen will.

In der letzten Septemberwoche hielt die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* ihre alljährliche Herbsttagung in Stettin ab. Unter den Referaten waren bemerkenswert Ausführungen über zweckmäßige Gebäudeerrichtung mit dem Ziel der Arbeitersparnis und Mitteilungen über die technischen Fortschritte in der Einrichtung von Gebläse- und Förderanlagen in Bauernbetrieben. Dadurch werden wesentliche Ersparnisse an Arbeitszeit gerade in der Zeit größter Arbeitsanspannung erzielt. Eine wichtige Rolle spielte auf der Tagung auch das (angesichts der großen Ernte aktuelle) Problem der Kartoffeleinsäuerung.

Jubiläen Dieses Jahr darf als das Jubiläumsjahr für die *Entdeckung des Chilesalpeters* gelten. Diese Entdeckung ist auf den Böhmen Tadeus Haenke zurückzuführen, der zu gleicher Zeit Arzt, Physiker, Chemiker, Botaniker und Landwirt war. Mit Unterstützung durch den Kaiser Joseph II. konnte er eine große Forschungsreise durch den südlichen Teil Südamerikas machen, auf der er neben anderen wichtigen Ergebnissen (so entdeckte er auch die *Victoria regia* im Jahr 1801) in der Nähe seines Wohnsitzes Cochabamba die Caliche, den natürlichen Chilesalpeter, auffand. Er untersuchte auf seinem eigenen Gut die Wirkungen des Chilesalpeters als Düngemittel und wurde so zum eigentlichen Entdecker der künstlichen Düngung überhaupt. Haenke stellte auch aus dem Chilesalpeter durch chemische Umsetzung den für die Schießpulverfabrikation wichtigen Kalisalpeter her. 1830 wurde der Chilesalpeter zum erstenmal zu Düngezwecken verschifft, daher jetzt das Jubiläum. Haenke starb im chilenischen Freiheitskampf 1817.

Zuerst im Jahr 1770 wurde in Preußen, und zwar in Berlin, eine *Forstakademie* als Bildungsstätte für Forstwirte gegründet; aus Mangel an Mitteln ging sie aber bereits 1806 wieder ein. Dann konnte eine solche Studienanstalt erst wieder im Jahr 1830 in Eberswalde errichtet werden. Alexander von Humboldt hatte sich stark dafür eingesetzt. Der 3. Leiter, der Landforstmeister Dankelmann /1866 bis 1901/ gab der Hochschule ihre jetzige Struktur. 1921 erhielt die Anstalt Promotionsrecht. In diesem Jahr studieren dort 109 Studenten, gegen nur 33 im Jahr 1830. Anfang Juni feierte die Hochschule ihr 100jähriges Bestehen, das mit einer Festaufführung von Aischylos' Persern begangen wurde. Der Eberswalder Hochschule sind zugleich die Preußische Forstliche Versuchsanstalt und, seit der Hundertjahrfeier, ein Holzforschungsinstitut angegliedert.

Totenliste Anfang Juli starb auf Burg Zievel bei Köln der Landesökonomierat *Josef Krewel*, im Alter von 72 Jahren. Krewel hatte Jura studiert, wandte sich dann der Landwirtschaft zu. Nach mehrjähriger Ausbildung übernahm er ein Pachtgut und siedelte auf die im Besitz seiner Familie befindliche Burg Zievel über. Der Landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen, Pferde- und Rindviehzuchtvereine verdanken ihm viel. 1889 war er bei der Gründung der Rübenbauverbände richtunggebend beteiligt. 35 Jahre vertrat er rheinische Interessen in der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

In Göttingen starb Anfang Juli der ehemalige ordentliche Professor für Landwirtschaft an der Universität *Conrad von Seelhorst*, in seinem 78. Lebensjahr. Er war ursprünglich Seeoffizier, studierte dann nach mehrjähriger praktischer Arbeit in Halle und Jena und habilitierte sich 1890 in Jena. 1896 wurde er als Direktor des Landwirtschaftlichen Versuchsfelds nach Göttingen berufen, 1901 erhielt er ein Ordinariat, das er bis zu seiner Emeritierung innehatte. Seine Arbeiten behandeln hauptsächlich Pflanzenernährungslehre und Betriebswirtschaft. Er gab 1913 auch ein Handbuch der Moorkultur heraus.

Am 25. August starb in Darmstadt, 87 Jahre alt, *Paul Wagner*, der bedeutende Forscher der Agrikulturchemie auf dem Gebiet der Pflanzenernährung. Er hat die Lehren Liebig's weiter ausgebaut und sich um die Entwicklung der Kunstdüngerindustrie in Deutschland ein erhebliches Verdienst erworben.

Kurze Chronik Im Juli wurde in Berlin ein *Arbeitsausschuß für Agrarpropaganda* gebildet, dem Karl Brandt, Paul Kuhn, F. von Lochow und Heinrich Nicklisch angehören. Der Arbeitsausschuß will eine rege Propagandatätigkeit entfalten. Die Tagung des Deutschen Reklameverbands in Königsberg am 28. August war dem Thema Reklame und Landwirtschaft gewidmet. \diamond Die *Zwangsversteigerungen*, die während der Inflation völlig geruht hatten, haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Im Rechnungsjahr 1929-1930 haben sie 100 000 Hektar überschritten. In der Hauptsache sind wieder die Provinzen Ostpreußen, Pommern und die Grenzmark betroffen. In Ostpreußen wurde eine Notgemeinschaft Ruinierter Landwirte gegründet. \diamond Die Hochschule für Landwirtschaft und Brauerei im Weihenstephan wird vom Wintersemester ab mit der Technischen Hochschule München vereinigt. Die Professuren des *Brauereifachs* mit ihren Instituten bilden die 8. Abteilung der Technischen Hochschule. \diamond Nach Angaben des britischen Landwirtschaftsministeriums ist die Landwirtschaft *Englands* in diesem Jahr wiederum zurückgegangen. Die bebaute Fläche nahm um rund 50 000 Hektar, die Zahl der Beschäftigten um 28 000, der Viehbestand um 111 000 ab. Nur der Zuckerrübenbau nahm um 50% zu. \diamond Der Reichsernährungsminister *Martin Schiele* legte kurz nach den Reichstagswahlen sein Reichstagsmandat nieder. Kurze Zeit darauf schied er, ebenso wie Karl Hepp, aus dem Präsidium des Reichslandbunds aus. \diamond Zum 1. April 1931 wird sich *Friedrich Aereboe*, der Begründer der modernen Betriebslehre und Rektor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, emeritieren lassen. Aereboe zieht sich von seiner bisherigen Tätigkeit zurück, um sich ganz wichtigen betriebswissenschaftlichen und agrarpolitischen Arbeiten zu widmen. \diamond Zu seinem Nachfolger an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule wurde *Hans Zörner*, bisher Extraordinarius, bestellt. \diamond Der ehemalige Bearbeiter dieser Rundschau, *Fritz Baade*, jetzt Leiter der Reichsforschungsstelle für Landwirtschaftliches Marktwesen in Berlin, erhielt den Auftrag an der Berliner Universität über Marktbeobachtungen zu lesen.

Literatur Von dem Getreidefachmann des Konjunkturforschungsinstituts *N. Jasny* sind als Sonderhefte der Vierteljahrs-

hefte zur Konjunkturforschung /Berlin, Reimar Hobbing/ 2 außerordentlich interessante Arbeiten über das Getreide-, besonders das Roggenproblem erschienen. In der Arbeit Neuzzeitliche Umstellung der überseeischen Getreideproduktion und ihr Einfluß auf den Weltmarkt zeigt Jasny die rapide Verbreitung von Traktor und Mähdrescher in der überseeischen Landwirtschaft und als Folge dessen die Verringerung des tierischen und menschlichen Arbeitsbedarfs und eine wesentliche Senkung der Produktionskosten. Er weist nach, daß in den überseeischen Ländern die Getreideerzeugung auch bei verhältnismäßig sehr niedrigen Preisen nicht zurückgehen sondern sich ausdehnen wird, allerdings unter Freimachung von Menschen, denn die Verwendung von Mähdrescher und Traktor hat eine allmähliche Vergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebe zur Folge. Die andere Arbeit betitelt sich Die Zukunft des Roggens. In ihr wird zuerst die Entwicklung der Roggenwirtschaft in außereuropäischen Ländern dargelegt. Daran anschließend wird das deutsche Roggenproblem untersucht. Leider ist die Arbeit bereits im Mai abgeschlossen, so daß sie die interessante neuere Entwicklung nicht mitumfaßt. Diese mit vielen instruktiven Zahlen und Materialien belegte Arbeit ist eine scharfe Kritik an der gegenwärtigen Getreidepolitik. \diamond Auf Veranlassung des Vereins für Sozialpolitik wurden 1929 Untersuchungen über die *Vererbung des ländlichen Grundbesitzes* in der Nachkriegszeit eingeleitet. Gerade auf diesem Gebiet bestand in der Literatur eine Lücke. An der Arbeit hat das Deutsche Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen mitgewirkt. Herausgeber sind Max Sering und Constantin von Dietze. Die Untersuchungen sind eine Sammelarbeit einer großen Zahl von Wissenschaftlern und stellen eine wertvolle Ergänzung und Fortsetzung zu den vor dem Krieg von Sering angestellten Untersuchungen dar. Der 1. Band umfaßt in 12 Abschnitten regional untergeteilt das Deutsche Reich, der 2. Band in 10 Abschnitten die Nachbarländer Deutschlands; in einem 3. Band sind die Anerbengesetze in den deutschen und außerdeutschen Ländern veröffentlicht. Ein Mangel dieser gründlichen Arbeit ist, daß die Ergebnisse der Einzeluntersuchungen nicht in einer Übersicht unter großen Gesichtspunkten zusammengefaßt sind. Das Werk ist, wie alle Schriften des Vereins für Sozialpolitik, bei Duncker & Humblot in München erschienen.

Innenkolonisation / Otto Karutz**Landeskultur-
ausstellung**

Im Rahmen der anlässlich der diesjährigen Grünen Woche (siehe die Rundschau Landwirtschaft, 1930 I Seite 196) auf dem Berliner Messegelände errichteten landwirtschaftlichen Fachausstellungen kam der Landeskulturausstellung ganz besondere Bedeutung zu. An ihr haben die für das Landeskulturwesen zuständigen Behörden des Reichs, der Länder und der Stadt Berlin, die einschlägigen Hochschulen, Forschungsanstalten sowie Berufs- und Wirtschaftsverbände lebhaft mitgearbeitet. So ist es gelungen in dieser Ausstellung einen fach- und ausstellungstechnisch ausgezeichneten Überblick über die Entwicklung, den Zweck und die Ziele, die naturwissenschaftlich-technische Grundlegung, schließlich über die Formen und die agrarpolitische Verflechtung großzügiger Landeskulturarbeiten zu geben. Die 16 500 Quadratmeter umfassende Halle I des Ausstellungsgeländes enthielt ausschließlich die Landeskulturausstellung. Sie war in 5 Abteilungen mit je 4 bis 7 Gruppen aufgliedert, deren Bearbeitung jeweils 1 oder 2 besonders geeigneten Sachverständigen übertragen war. Die 1. Abteilung behandelte die geschichtliche Entwicklung, den Zweck und die Ziele meliorationstechnischer Maßnahmen zur Förderung der Landeskultur. Gerade diese Abteilung bot dem Fachmann wie dem Laien gleich viel Interessantes. Besonders anschaulich waren die Tafeln und Bilder, die die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung sowie den privatwirtschaftlichen Nutzen neuzeitlicher Meliorationen veranschaulichten. Ebenso verdienen die Darstellungen der Arbeit und Zielsetzung von Verwaltung, wissenschaftlich-praktischen Forschungsanstalten und des Schul- und Ausbildungswesens der deutschen Länder hervorgehoben zu werden. Die Geschichte der Landeskultur bot wertvolle Aufschlüsse, ebenso die Gruppe der Berufs- und Wirtschaftsverbände auf allen Gebieten des Meliorationswesens. In der 2. Abteilung hatten die deutschen Länder, Provinzen, Landkreise und Städte sowie einzelne ausländische Staaten in Einzelkojen ihre Arbeiten und Zukunftspläne auf landeskulturellem Gebiet entwickelt. Meteorologie, Klimatologie und Wettervorhersage, Gewässer- und Grundwasserkunde, Bodenkunde und vermessungstechnische Gebäudeaufnahme in ihrer Bedeutung und Beziehung zur Landeskultur wurden

in der 3. Abteilung behandelt, während die 4. Abteilung den Spezialfragen von Kulturtechnik und Wasserwirtschaft wie Bodenent- und -bewässerung einschließlich Beregnung, ferner Abwässerungsverwertung, Neulandgewinnung, Fischteichanlagen und Fischgewässern, Vorflutbeschaffung und Hochwasserschutz sowie der ländlichen Wasserversorgung gewidmet war. Mit der neuzeitlichen Bodenbewirtschaftung und Bodenkultur als Folgeeinrichtung von Meliorationen beschäftigte sich die 5. Abteilung, in der die Gruppen Flurbereinigung, Grünlandwirtschaft, Gartenbauwirtschaft, Forstwirtschaft, Moor-, Heide- und Ödlandkultur sowie Bodenmergelung und Bodendüngung besonders hervorgehoben zu werden verdienen. In allen diesen Abteilungen waren die Hauptausstellungsmittel Bilder, Pläne, statistische Tafeln, Dioramen und Modelle. Das großartigste Modell verdient hier besonders hervorgehoben zu werden, nämlich die plastische Darstellung der schematischen Übersicht der Zusammenhänge von Wasserwirtschaft und Landeskultur unter Zuerundelegung des Weserlaufs.

Die großartige, mit Sachverständnis und mit innerer Hingabe an die Idee der Landeskulturarbeiten aufgebaute Ausstellung kann bei geeigneter Pflege und Instandhaltung auch nach der sachlichen Seite ein ausgezeichnetes Lehrmittel für jeden Techniker sein. Sie kann ebenso für die unendlich wertvolle Arbeit der Bodenverbesserung allgemeineres Interesse erregen. Dazu genügen aber nicht die 8 Ausstellungstage der Grünen Woche. Dazu genügt auch nicht die Eingliederung in große Fachausstellungen. Die Landeskulturausstellung muß, wenn sie ihren eigentlichen Zweck erfüllen soll, eine ständige moderne Lehrwanderschau werden, die etwa mit festem Sitz in Berlin ganz oder in Teilen in die Provinz wandert, dort ohne Entgelt und verbunden mit systematischen Vorträgen, Filmen, Besichtigungen für die deutsche Landeskulturarbeiten wirkt. Es ist daher auf das lebhafteste zu begrüßen, daß der preußische Landwirtschaftsminister sie als Dauerwanderausstellung tatsächlich erhalten will.

Großsiedlung Im März 1929 wurde von einer Reihe führender Architekten, wie Walter Gropius, Friedrich Paulsen und Stefan Fischer, ein eingetragener Verein Großsiedlung begründet, der sich zur Aufgabe setzte in gut erreichbarer Nähe Berlins eine Trabantenstadt von etwa

5400 Wohnungen auf der Grundlage neuester städtebaulicher und bautechnischer Erfahrungen und Forderungen zu Mietsätzen zu errichten, die nicht wesentlich über Vorkriegsmieten für entsprechende Wohnungen lägen. Die Planung lehnte sich an den von der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen preisgekrönten Entwurf einer solchen Großsiedlung in Haselhorst bei Spandau von Gropius und Fischer an (siehe diese Rundschau, 1929 II Seite 972 und folgende). Der Plan begegnete von Anfang an lebhafter Kritik. In dieser Rundschau wurde auch von dieser Kritik gesprochen, im übrigen aber unter Trennung von Idee und spezieller Planung das Gute des Gedankens einer solchen Großsiedlung unterstrichen. Eine Diskussion im Architekten- und Ingenieurverein Berlin Anfang November 1929 zeitigte etwa das selbe Ergebnis. Die Idee der Großsiedlung wurde unter anderem auch von dem Staatssekretär im preußischen Wohlfahrtsministerium Adolf Scheidt durchaus anerkannt, die wirtschaftlichen Grundlagen und die Kalkulation des Vereins Großsiedlung aber wurden scharf kritisiert. Die neueste Entwicklung der Großsiedlung hat die Berechtigung dieser Kritik erwiesen. Nach unliebsamen persönlichen Vorgängen, die zunächst zu einem Ausscheiden Gropius' aus dem Verein führten, wurde am 3. Juni 1930 die Liquidation der Großsiedlung beschlossen.

Es wäre sehr zu bedauern, wenn das Fiasko dieser ersten Organisation, die sich für die Verwirklichung der Idee einer Großsiedlung als Trabantenstadt im Sinn der Gropiusschen Vorschläge einsetzte, dazu führen würde die Idee überhaupt zu erschlagen. Es sollte eine der wichtigsten und vornehmsten Aufgaben der jetzt völlig in der Umstellung zu einer Forschungsstelle befindlichen Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen sein die technischen und finanziellen Möglichkeiten einer Großsiedlung des von Gropius gedachten Umfangs bis ins einzelne zu klären, um damit die Grundlagen für eine Verwirklichung auf gesunder Basis zu schaffen. Daß es Wege dazu gibt, beweisen ähnliche Gründungen allerdings kleinern Umfangs, wie sie Ernst May in Frankfurt, die Gemeinnützige Heimstättenbau- und Sparaktiengesellschaft in Britz und Zehlendorf und neuerdings Otto Rudolf Salvisberg und Bruno Ahrends in Rejnickenendorf geschaffen haben.

Beamtenheimstätten Am 20. Februar konnte das Heimstättenamt der Deutschen Beamtenschaft, das auf Vorschlag Johannes Lubahns vom Deutschen Beamtenbund, der damals einzigen Beamtenberufsorganisation, 1920 begründet worden war, auf sein 10jähriges Bestehen und erfolgreiches Wirken zurückblicken. Heute sind in ihm sämtliche Beamtenspitzenorganisationen zu gemeinsamer Arbeit im Interesse des Wohls der deutschen Beamtenschaft vereinigt. Johannes Lubahn, Ernst Remmers, und Albert Falkenberg sind seine Leiter. Neben ihnen und seinen vielen im Land wirkenden Vertretern müssen als selbstlose Förderer seiner Bestrebungen besonders genannt werden der Führer der deutschen Bodenreformer Adolf Damaschke, der Universitätsprofessor Heinrich Erman, der Staatssekretär Hans Krüger und der Generaldirektor der Westfälischen Heimstätte Heinrich Vormbrock. Eine große Zahl von Heimstättentagungen in Berlin, Köln, Königsberg, Stuttgart usw., die Beamtenheimstättenverordnung, das Beamtenheimstättengesetz, die Beamtenbausparkasse sind die Etappen, die den aufsteigenden Weg der Arbeit des Heimstättenamts kennzeichnen.

Im Juli wurde von seiner Schwesterorganisation, der Beamtenbausparkasse, Heimstättengesellschaft der Deutschen Beamtenschaft, der Geschäftsbericht für das Jahr 1929 veröffentlicht. Die Anzahl der Bausparer hat sich danach im Berichtsjahr von 2903 auf 4306 vermehrt. Die Vertragssumme dieser Sparer stieg von 20 auf 30 Millionen Mark. Im Durchschnitt belief sich die Vertragssumme des einzelnen Sparers auf 7000 Mark. Im Jahr 1929 fanden 3 Verlosungen statt, in denen für 275 Sparer Baudarlehen im Betrag von 1 858 000 Mark bereitgestellt wurden. Insgesamt sind damit seit Gründung der Beamtenbausparkasse 441 Sparern 2 799 000 Mark Baudarlehen gewährt worden. An Sparbeiträgen waren 2 199 000 Mark eingezahlt, von denen wieder 1 464 000 Mark an 305 Sparer in Hypotheken ausgezahlt wurden. 1930 fanden inzwischen 2 weitere Verlosungen statt. Außerdem wurden über die Beamtenbanken bis Ende 1929 für 433 Sparer freie Darlehen im Betrag von 1 604 000 Mark, bis Juni 1930 für 610 Sparer solche im Betrag von 2 276 000 Mark beschafft. Im Jahr 1930 wurde neben dem bisherigen Auslosungsverfahren das neue Schlüsselzahlverfahren Bausparsystem Eigenheim bei der Beamtenbausparkasse eingeführt.

Der verdiente Direktor des Heimstättenamts und der Beamtenbausparkasse Johannes Lubahn ist während der Diskussion über die sogenannte Reichshilfe der Beamten und Festbesoldeten Anfang Juli mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten diese Reichshilfe durch eine »Selbsthilfe der Beamten« in Form obligatorischer Abführung von Gehaltsteilen für den Bau von Genossenschaftswohnungen und Heimstätten für Beamte zu ersetzen. Die nach dem Voranschlag des Reichsfinanzministeriums aufkommenden 135 Millionen Mark Reichshilfe sollen als Beamten selbsthilfe an die Beamtenbausparkasse mit der Verpflichtung abgeführt werden sie den Beamten nach 10 Jahren zinslos zurückzuzahlen; würde dann gleichzeitig der selbe Betrag im Anleiheweg unter Reichsbürgerschaft beschafft, so könnten in großem Umfang Beamtenbauten gefördert werden. Bringe die Reichshilfe etwa 270 000 Arbeitslosen notdürftige Arbeitslosenunterstützung, so ermögliche die Beamten selbsthilfe produktive wertschaffende Beschäftigung der gleichen Anzahl Arbeitsloser. Es ist im Prinzip der Gedanke, der schon vor Jahren in den Sozialistischen Monatsheften von Ludwig Quessel geäußert, aber damals von denen, die ihn hätten verwirklichen können, nicht aufgegriffen wurde. Auch jetzt ist ihm kein besseres Schicksal beschieden. Heute ist die Voraussetzung Lubahns 135 Millionen Mark im Anleiheweg zu beschaffen schwer realisierbar. Der innere und der ausländische Geldmarkt haben in der letzten Zeit selbst für direkt produktive Anlagen trotz monatelangen Bemühungen keine Anleihemöglichkeit gezeigt. Selbst die geringen Mittel des Reichs für den Kleinwohnungsbau haben aus diesem Grund schon durch Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn aufgebracht werden müssen.

Hypothekenfrage

Anfang August fand in Rostock der 12. Deutsche Maklertag statt. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand unter anderem die Mitarbeit des Maklergewerbes bei der Hypothekenrückzahlung aus den Aufwertungshypotheken ab 1932. Dem Grundstücksmakler falle dabei besonders die Vermittlung von Gütemoratorien (Verlängerung der Aufwertungshypotheken) zu, wobei die Maklerverbände im Interesse der Sache die Maklergebühren auf das notwendige Mindestmaß festzusetzen haben werden. Mit der gleichen Frage beschäftigte sich besonders die diesjährige Hauptver-

sammlung des Zentralverbands Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, die zum gleichen Zeitpunkt in Danzig stattfand. Der Verbandspräsident, der Stadtrat Josef Humar /München/, hatte in langwierigen Vorverhandlungen erreicht, daß auf der Tagung seitens der Hypothekenbanken, Pfandbriefanstalten, Sparkassen und Versicherungsinstitute Erklärungen dahin abgegeben wurden, daß diese Institute ihre Aufwertungshypotheken in weitestem Maß stehen lassen oder in Zusammenarbeit mit dem Haus- und Grundbesitz in neue Hypotheken für die gesamten Aufwertungskosten des einzelnen Grundstücks umschulden würden. Danach bleibt als das große Problem für 1932 die Mobilisierung der Aufwertungshypotheken aus Privathand und von den Privatbanken. Auch für die Umschuldung dieser Beträge haben die genannten Institute ihre Mithilfe zugesagt. Eine besondere Rolle werden hierfür auch die Hausbesitzer-genossenschaftsbanken spielen, deren Zentrale, der Deutsche Verband für Hausbesitzergenossenschaften, ebenfalls und zur selben Zeit in Danzig seinen 25. Verbandstag abgehalten hat.

Informationsmittel

Es gibt zwar in Deutschland eine umfangreiche Literatur über rechtliche und wirtschaftliche Einzelfragen der *ländlichen Siedlung*, es fehlte aber bisher ein Leitfaden, der Rechtsgrundlagen, Verfahren und Zielsetzung der ländlichen Siedlung einer weitem Öffentlichkeit nahebringt. Die vom preußischen Landwirtschaftsministerium herausgegebene, mit einem Geleitwort des Ministers versehene Publikation *Die deutsche ländliche Siedlung: Formen, Aufgaben, Ziele* /Berlin, Paul Parey/ ist bestimmt das zu tun. Die Einzelbeiträge über die Landeskulturgesetzgebung der Nachkriegszeit, Siedlungsverfahren und Siedlungstechnik bei der Neusiedlung, die Finanzierung der landwirtschaftlichen Siedlung, die verschiedenen Spezialsiedlungsarten (Gärtner, Landarbeiter, Hühnerfarmer usw.), die Anliegersiedlung, die siedlungswissenschaftliche Forschung und die Organisation der Landeskulturbehörden sind von den Fachreferenten der Siedlungsabteilung des Landwirtschaftsministeriums bearbeitet. Wie dringend das Buch gebraucht wurde, erhellt aus der Tatsache, daß die 1. Auflage bereits 8 Wochen nach Erscheinen vollständig vergriffen war, so daß jetzt eine voraussichtlich erweiterte Neuauflage vorbereitet wird.

Totenliste Am 1. September verschied nach langem und schwerem Leiden *Hans Georg Klinke*, der Verbandsdirektor des Hauptverbands Deutscher Baugenossenschaften. Klinke wurde am 24. November 1878 in Forst in der Lausitz geboren. Er studierte die Rechte, ließ sich 1910 als Notar in Tsingtau nieder, nachdem er längere Zeit ausgedehnte Studienreisen durch Europa, Amerika und Asien unternommen hatte. Nach kurzer Zeit bereits wurde er Syndikus der Deutsch-Asiatischen Bank. Sein besonderes Interesse wandte sich dem Tsingtauer Bodenreformrecht zu, das, von Wilhelm Schrammeier eingeführt, Tsingtau zu großer Blüte bringen half. Im Krieg geriet er in japanische Kriegsgefangenschaft. 1920 kehrte er nach Deutschland zurück. Auf Grund seiner eingehenden Kenntnisse der Bodenreform in Tsingtau wurde er ins Reichsarbeitsministerium als Referent in die Abteilung für Wohnungswesen berufen. 1924 schied er beim Beamtenabbau aus. Im selben Jahr vereinigten sich die Revisionsverbände der Baugenossenschaften, die bis dahin nur in einer losen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen waren, zu einer festen Spitzenorganisation, dem Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften, und wählten Klinke zum Direktor. Seine langjährige Beschäftigung mit den Fragen des Wohnungswesens im In- und Ausland ließen ihn für seinen neuen Posten besonders geeignet erscheinen. Klinke hat in seinem Amt für die Festigung und Förderung des Baugenossenschaftswesens Außerordentliches geleistet. Das große Vertrauen der Baugenossenschaften zu ihm veranschaulicht deutlich die Wahl zum Verbandsvorsitzenden des größten ihrer Revisionsverbände, des Reichsverbands Deutscher Baugenossenschaften, der den gesamten Osten umfaßt, im Jahr 1928. Klinke wird als ein Förderer der Baugenossenschaften nicht vergessen werden.

Am 6. September starb, 69 Jahre alt, der frühere Präsident des Landeskulturamts Frankfurt an der Oder *Martin Petersen*, einer aus der alten Generation der preußischen Siedlungsbeamten. Er stammte aus Breslau, studierte Jura, wurde 1889 Gerichtsassessor und trat 1890 in die landwirtschaftliche Verwaltung über. Zunächst war er im Bereich der Generalkommission Hannover tätig, 1891 wurde er Spezialkommissar in Neumünster in Holstein, 1899 Regierungsrat. 1901 kam er als Hilfsarbeiter ans

Landwirtschaftsministerium, 1903 an die Generalkommission Frankfurt an der Oder, 1905 holte man ihn ins Landwirtschaftsministerium zurück, wo er 1906 Vortragender Rat wurde. Als dann 1907 der um das Werk der Ostsiedlung besonders verdiente Generalkommissionspräsident in Frankfurt Hermann Metz als Präsident des Oberlandeskulturgerichts nach Berlin berufen wurde, versetzte man Petersen an seine Stelle nach Frankfurt. 20 Jahre hat er dann dort an der Spitze der größten, die Provinzen Brandenburg und Pommern umfassenden Generalkommission, oder, wie es jetzt heißt, des Landeskulturamts, gewirkt, dem 1919 noch das Gebiet der Grenzmark Posen-Westpreußen zugeteilt wurde. Mit großem Geschick führte er die Landeskulturbehörden seines Bezirks besonders durch die ersten Wirrnisse und Schwierigkeiten der Siedlungs- und Landeskulturarbeit der Nachkriegszeit. Daß sie sich den großen Anforderungen der Jahre 1919 bis 1925 trotz dem vielfach noch ungeschulten Beamtenkörper voll gewachsen zeigten, ist sein großes Verdienst. Seinen Beamten war er stets ein hilfsbereiter Freund und Kamerad. Als er infolge Erreichung der Altersgrenze 1927 sein Amt verlassen mußte, ging seine Arbeitskraft der Innensiedlung nicht verloren. Bis zu seinem Tod hat er als Beirat der Deutschen Gesellschaft für Innere Kolonisation gewirkt.

Kurze Chronik Die Agrarpolitische Arbeitsgemeinschaft an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, eine Vereinigung von agrarpolitisch besonders interessierten Studenten, veranstaltete im Juli 2 Vortragsabende über *Bodenprobleme*. Hans Krüger sprach über Boden und Bodenrecht, Adolf Damaschke über die Agrarfrage und die Grundsteuer. Damaschkes Vortrag warf eine solche Fülle ungeklärter Probleme auf, daß beschlossen wurde im kommenden Winter eine besondere Arbeitsgruppe für Bodenbewertungs- und Grundbesteuerungsfragen anzusetzen. ◊ Das 8. Heft der Wohnungswirtschaft, das am 15. April erschien, ist ein Sonderheft über die Arbeit der *Deutschen Wohnungsfürsorgegesellschaft* und ihrer Tochterorganisation in Oberschlesien. Es zeigt, daß die Deutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft sowohl baukünstlerisch wie auch dem Umfang ihrer Bauleistung nach in dieser wohnungspolitisch noch sehr förderungsbedürftigen Provinz führend gewesen ist.

Von großem Interesse unter den abgedruckten Bautypen ist ein in Hindenburg ausgeführter kombinierter Laubengangtypus Albrecht Jägers und Hugo Leipzigers, der bei guter Grundrißlösung eine besonders günstige Raumausnutzung zeigt. ◊ Im letzten Baujahr ist die bekannte *Britzer Hufeisensiedlung* der freigewerkschaftlichen Gemeinnützigen Heimstättenbau- und Spargesellschaft bei Berlin um weitere 483 Wohnungen vergrößert worden. Auch im neuen Bauteil sind teils Etagenwohnungen teils Einfamilienhäuser errichtet worden, wobei die so bewährte Auflockerung der Etagenwohnungsgruppen durch dazwischengelegte Freiflächen und Einfamilienhausgruppen beibehalten ist. ◊ Als Nachfolger des in den evangelischen Kirchendienst übertretenden Ministerialdirektors Friedrich Conze wurde der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete *Hermann Meyer* aus Solingen Ministerialdirektor und Leiter der Wohnungs- und Siedlungsabteilung im Preußischen Wohlfahrtsministerium. Meyer kommt aus der Praxis des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaus. Er war lange Jahre in Westfalen als Bauvereinsgeschäftsführer tätig. Im Landtag galt er als Autorität auf seinem Arbeitsgebiet.

Literatur

Eine der für die Zukunft der ländlichen Siedlung in Deutschland wichtigsten Fragen ist die Ausbildung des als Siedlernachwuchs besonders in Frage kommenden Jungbauernstands. Es ist daher zu begrüßen, daß *Friedrich Lembke*, der verdienstvolle Geschäftsführer des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege, auf Grund einer Studienreise einmal einen Überblick über die Jungbauernarbeit in Schweden gegeben hat (Berlin, Verlag des Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege). In dem Heft stellt Lembke in Form eines Reiseberichts die wertvolle und mustergültige Förderung der wirtschaftlichen Fortbildung und der kulturellen Festigung des schwedischen Bauernstands durch die Arbeit der sehr entwickelten schwedischen Jungbauernorganisationen dar. Wer als Landwirtschaftslehrer, Kulturamtsvorsteher, Wirtschaftsberater bei Siedlungsgesellschaften usw. Ansiedlerfürsorge zu treiben hat, sollte das lehrreiche Heftchen gründlich studieren. Er kann aus seinen Anregungen für die praktische Arbeit in Deutschland viel lernen. ◊ Der sogenannte Bodenreformartikel der Weimarer Verfassung, der Artikel 155, ist in sei-

ner rechtlichen und politischen Bedeutung außerordentlich umstritten. Es ist daher zu begrüßen, daß *Heinrich Erman*, in seiner Schrift *Die Bodenreform in der Reichsverfassung* (Berlin, Reimar Hobbing) eine zusammenfassende Arbeit über diesen Artikel geschrieben hat. Erman gibt zunächst einen Überblick über die Stellung des Artikels 155 innerhalb der Reichsverfassung, insbesondere seiner Abgrenzung gegen die Bestimmungen der Artikel 153 und 156. Er erläutert weiter in einem geschichtlichen Abriss über die Entstehung des Artikels 155 die Absichten, die der Gesetzgeber bei der Einfügung dieses Artikels in den Abschnitt der Verfassung über die Grundrechte und Grundpflichten des deutschen Volks verfolgte. Im Hauptteil gliedert Erman dann die einzelnen Bestimmungen des Artikels 155 nach ihrer rechtlichen und politischen Bedeutung und ihrer unmittelbaren Wirkung. Er trennt zunächst die programmatischen von den rechtlich sofort wirksamen Sätzen des Artikels, zwischen denen weiter noch eine Reihe verpflichtender Anweisungen an den Staat steht. Programmatisch sind nach seiner Aufgliederung die Sätze über die Überwachung der Verteilung und Nutzung des Bodens von Staats wegen, über die Pflicht zu seiner Bearbeitung und Ausnutzung und über die Nutzbarmachung seiner Wertsteigerung ohne Arbeits- und Kapitalaufwendung auf das Grundstück für die Gesamtheit. Unmittelbares Recht enthalten die Sätze, nach denen Grundbesitz, dessen Erwerb zur Befriedigung des Wohnbedürfnisses oder zur Förderung der Siedlung und Urbarmachung oder zur Hebung der Landwirtschaft notwendig ist, enteignet werden kann, und alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte unter der Aufsicht des Staats stehen. Die Sätze von der Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer bei dem zu schaffenden Heimstättenrecht, von der Auflösung der Fideikommiss und von der Überführung privater Regale im Weg der Gesetzgebung auf den Staat sind verpflichtende Anweisungen, denen der Staat nachzukommen hat. Erman untersucht dann unter Heranziehung der Auslegungen anderer Kommentatoren, wie weit diesen verschiedenen Bestimmungen des Artikels bereits entsprochen wurde, wie weit Möglichkeiten der Ausschöpfung noch vorhanden sind, und wieweit aus Artikel 155 Verpflichtungen für den Staat noch bestehen. Ermans Schrift ist eine wertvolle Bereicherung unserer verfassungsrechtlichen Literatur.

Außenkolonisation / Herman Kranold

Sozialismus und Kolonialpolitik Im Juli 1928 hielt der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs eine Tagung ab, die sich unter anderem auch mit der Kolonialfrage beschäftigte. Zu einer Resolution, die der Exekutivrat hierzu vorlegte, sprach im Namen einer starken Delegation der Sozialisten Französisch Nordafrikas Joachim Durel, um gewisse Vorbehalte, mit denen die Delegation der Resolution des Exekutivrats zustimmen wollte, und gleichzeitig auch eine von der Delegation eingereichte Ergänzungsresolution zu begründen, die dann auch vom Nationalrat einstimmig angenommen wurde. Die Rede Durels, die inzwischen im Buchhandel erschienen ist (La politique coloniale du Parti Socialiste /Tunis, Editions de Tunis Socialiste/) ist so interessant und lehrreich, daß einige wenige Sätze daraus im folgenden übersetzt und ihre Gedanken im ganzen referiert seien. Durel begann mit der Feststellung, daß die französischen Sozialisten Nordafrikas sich seit langem durch die Zurückhaltung der Sozialisten des Mutterlands in Kolonialangelegenheiten behindert fühlten. Die Sozialistische Partei Frankreichs habe hierin immer eine rein negative Haltung eingenommen. Die Kolonien seien für sie eine Gelegenheit gewesen von Zeit zu Zeit einige sensationelle Skandale aufzudecken, einige entrüstete Betrachtungen über die Ausbeutung der Eingeborenen vorzubringen, aber nicht mehr. »Daß der Sozialismus seine Kolonialpolitik haben könnte, das war den Kämpfern wie den Lehrern niemals eingefallen.« Und weshalb? »Weil eine Art von religiösem Bann auf der bloßen Tatsache der Kolonisation lag, die als ein abscheuliches Werk des Kapitalismus beurteilt und als solches verurteilt wurde.« Freilich verkennt Durel den ausbeuterischen Charakter der kapitalistischen Kolonisation nicht; an vielen Stellen seiner Rede hebt er ihn vielmehr nachdrücklich hervor. Aber das koloniale Problem sei viel komplizierter als die Sozialisten Frankreichs zu glauben schienen, und die Einteilung der Kolonien in die beiden großen Typen der Handels- und der Siedlungskolonie werde den Tatsachen in keiner Weise gerecht. Demgegenüber verlangten die nordafrikanischen Genossen ein realistisches Werk; »Der Antrag des Exekutivrats spricht zum Beispiel von den unterdrückten Völkern, von der Notwendigkeit den Eingeborenen die ganze soziale Verwaltung ihres Landes vorzubehalten;

er sagt insbesondere, daß die Sozialisten der Kolonien die nationalistischen Bewegungen unterstützen müssen, während er gleichzeitig den eingeborenen Völkern sagt, daß sie das Interesse an den internationalen Zwecken nicht verlieren dürfen. . . Wir gestehen, daß wir das nicht verstehen. . . Die Sozialistische Partei darf sich weder vor die Wagen der eingeborenen Nationalismen spannen noch hinter ihnen herlaufen.« Denn »wer ein Volk befreit, befreit noch nicht sein Proletariat«. Das bewiesen die neugebildeten Nationalstaaten in Europa: »Sagt mir, ob der Sozialismus bei diesem Aufsteigen des Nationalen viel gewonnen hat. . . Und wenn morgen ein Wunder den mohammedanischen Bourgeoisien von Nordafrika die Herrschaft über ihre Länder gäbe, so seid gewiß, daß jene eingeborenen Arbeiter, deren Geschick mit Recht euch bewegt, unter ihren neuen Herren eine unvergleichlich härtere Sklaverei kennen lernen würden.« Daran könnten und wollten die Sozialisten Nordafrikas nicht mithelfen. Sie bestritten, daß die Kolonisation eine spezifisch kapitalistische Erscheinung ist. »Die Kolonisation ist älter als der Kapitalismus. . . und sie ist legitim. . . Das sagen wir auch im Namen der mohammedanischen und jüdischen Eingeborenen, die unsere Bezirke bevölkern. . . Die Kolonisation ist nichts anderes als eine Art des Ausstrahlens der menschlichen Tätigkeit. . . Das Volk, das schneller als ein anderes gewesen ist, das schneller marschiert ist als das andere, hat das andere kolonisiert. . . Durch die Kolonisation hat die Zivilisation sich ausgebreitet. . . ist der menschliche Fortschritt verwirklicht worden. Nicht allein die Menschen wandern; die Ideen wandern mit ihnen. . . Um das griechisch-lateinische Meer herum sind die Menschenrechte, der Staat, die Republik, das Vaterland geboren. Sie alle sind abendländisches Gedankengut, und von den großen Ereignissen, die die Welt erschüttern, ist das bewegendste zu dieser Stunde die Kolonisation der ganzen Welt durch das abendländische Denken.« Ihm entstammen auch die Freiheitsbestrebungen unterdrückter Völker. »Wenn wir sie die Befreiung durch den Sozialismus lehren, was anderes tun wir als ihre Gehirne mit einem abendländischen Gedanken kolonisieren? . . . Die Kolonisation ist eine Art der menschlichen Betätigung, so alt wie die Welt; die Zivilisation ist auf dieser großen Straße marschiert, der Kapitalismus rückt bei der Eroberung der Märkte auf ihr vor, und Pflicht des So-

zialismus ist es ihm dort zu folgen, um das Proletariat zu organisieren, zu bilden und zu emanzipieren, das der Kapitalismus überall schafft, wohin er kommt. . . Wenn wir die kapitalistische Kolonisation verurteilen, die auf die Ausbeutung der Eingeborenen begründet ist, so müssen wir eine sozialistische Kolonisation fördern, die sie befreien wird, indem sie sie zu unseresgleichen macht. . . Die orientalischen Vaterländer . . . stellen sich uns in jenem Nordafrika, das wir kennen, nur zu sehr als schmachvolle Wiederholung, ja Karikatur jener Vaterländer von Sklaven dar, deren Ende wir wollen.« Durel zeigt dann, daß seit dem Kriegsende die tunesischen Sozialisten die selbe Politik verfolgten. Sie haben das tunesische Vaterland auch gegen den französischen Nationalismus verteidigt. Aber wahrlich nicht, um einer einzelnen Gruppe der Eingeborenen den Weg zu einer neuen Klassenherrschaft zu eröffnen. Sie wollen die Rassen von Tunis (Mohammedaner, Juden, Franzosen, Italiener) zusammenfassen. Daher verweigern sie ihre Unterstützung jeder nationalistischen oder konfessionellen Bewegung, »sie kennen nur einen Feind: den gehässigen und lügnischen Nationalismus, welche Marke er auch tragen möge, sei es die französische oder die panislamische Marke«. Der Abzug der Franzosen aus Nordafrika werde nur einer ändern europäischen Herrschernation das Land freigeben. Damit die erst zu bildende, aus den sehr verschiedenen Bestandteilen zusammenschmelzende nordafrikanische Nation frei, auch von Klassenvorherrschaft, sein kann, müssen die Menschen dort erst einmal lernen, was dazu gehört, um in sozialistischem Sinn sich selbst zu regieren. Daher ist es so wichtig sie dazu durch Bildung zu befähigen; durch die Schule, die Gemeinde, die Gewerkschaft. Enge und aufrichtige Zusammenarbeit der Eingeborenen und der Europäer ist deshalb der »Urgrund unserer ganzen Politik«. Der eingeborene Nationalismus aber ist gerade der beste Bundesgenosse des Kapitalismus; er ermöglicht es diesem das koloniale Proletariat zu spalten und seine Teile gegen einander auszuspielen. Ganz in diesem Sinn ist es auch, wenn Durel nicht nur mit dem Hinweis, daß schon ein anderes imperialistisches Volk bereitsteht »to jump into the claim«, die Forderung der "Evakuationspolitik" ablehnt. Diese Forderung besteht in der Behauptung, daß ein »kolonisierendes Volk die Pflicht habe das Kolonialland zu räumen, wenn es dieses zur politischen

Mündigkeit geführt hat«. Wie sieht, im Licht der nordafrikanischen Tatsachen, dieses angebliche Postulat der praktischen sozialistischen Vernunft aus? »Seit 4 und mehr Generationen sind Europäer gekommen, deren geduldige Arbeit dieses Land umgestaltet hat. Oran und das Departement Alger sind durch ihre Anstrengung ein Wunder der Kultur und des Reichtums geworden. Die selbe glückliche Verwandlung bemerkt man in Tunesien, wo der landwirtschaftliche und industrielle Aufschwung die Reichtümer vervielfacht und den alten Ländern ein neues Antlitz gibt. Geht nun hin und sagt diesen Menschen aus Europa: Siedlern, Industriellen, Arbeitern, Beamten, vom Vater auf den Sohn mit dem afrikanischen Boden verbunden, den sie durch die Arbeit, mit der sie ihn durchdrungen haben, zu dem ihren gemacht haben, diesen Menschen, die sich da unten und nicht mehr in Europa, das sie seit langem verlassen haben, zuhause fühlen, sagt ihnen, daß sie eines Tags dieses Vaterland, das sie schaffen, verlassen sollen.« Und so ist denn die Resolution, die Durel vorlegte, die alles dies noch einmal kurz zusammenfaßt, rund um den Satz herum gebaut: »Der Sozialismus bestätigt also seine Pflicht in das Leben der Kolonialvölker einzugreifen.« Mit Recht sagt Durel, diese Gedanken abschließend: »Sie genügen den Forderungen unseres Ideals, aber sie passen auch auf die lebendige Wirklichkeit, außerhalb deren die Behauptung des Ideals nur Dunst ist. Wir glauben, daß die Stunde da ist, zu der unsere Partei ihre Kolonialdoktrin nicht mehr auf Worte sondern auf Tatsachen aufbauen muß.«

Ausstellungen Ein Plan zu einer *Internationalen Kolonialausstellung*, die im April oder spätestens im Mai 1931 in Paris stattfinden soll, ist in Frankreich entworfen worden. Generalkommissar der Ausstellung wird der Marschall Lyautey, der Kolonisator Marokkos, sein. Die Ausstellung, an der bereits lebhaft gearbeitet wird, wird im Park von Vincennes stattfinden. Sie soll eine Fläche von 120 Hektar einnehmen und grandiose Bauten enthalten, meist Nachahmungen der echten Bauten der verschiedenen französischen Kolonialgebiete, in denen die Ausstellungsgegenstände zusammengestellt werden. So wird die Indochinesische Abteilung eine getreue Wiedergabe des berühmten Tempels von Angkor bringen. Ferner wird man eine Nachbildung des alten Königspalasts von Madagaskar,

das Haus eines vornehmen Kreolen der Kolonie Réunion, ein Fischerdorf aus Saint Pierre und Miquelon, tunesische, algerische Gebäudekomplexe usw. betrachten können. Ein großes Diorama von Marrakesch und Fez führt in die Kenntnis dieser Orte ein. Ferner wird ein Kolonialmuseum gebaut, das als ständiges Museum erhalten bleiben soll. Sammlungen statistischen Materials, Proben aller Kolonialprodukte werden weiter den Interessenten anregen. Italien, Holland, Belgien, Portugal und die Vereinigten Staaten von Amerika beteiligen sich mit besonderen Pavillons.

Das Tripolismesseamt will im Herbst 1931 in Rom die erste *Internationale Kolonialkunstausstellung* organisieren. Sie soll Gemäldesammlungen, Skulpturen, Zeichnungen für Architektur, kunstgewerbliche Gegenstände und dergleichen mehr vorführen. Die Stadtverwaltung Roms wird das Ausstellungsgebäude zur Verfügung stellen.

Informations- Von den Lehrbüchern des
mittel *Acherbaus* in den Tropen
ist die neue, von John

Henry Holland bearbeitete Ausgabe des alten Werks Sir Henry Alford Nicholls' *A Textbook of Tropical Agriculture* /London, Macmillan & Co./ deshalb vielleicht das empfehlenswerteste, weil es am meisten auf die Interessen des nicht wissenschaftlich forschenden Lesers eingestellt ist. Unter Voranschickung einer Reihe kurzer, aber guter Kapitel über gewisse Elemente der Anatomie und Physiologie der Pflanzen sowie der Boden- und Ackerbaulehre wird, unter Benutzung vieler Abbildungen, die mit hervorragendem pädagogischen Geschick ausgewählt sind, praktische Anweisung für die Kultur der wichtigeren tropischen Nutzpflanzen gegeben. Tierzucht und Waldbau sind nicht berücksichtigt. Wer einen wirklichen Begriff davon bekommen will, was es heißt in den Tropen Landwirtschaft zu betreiben, sei deshalb, trotz vielen Vorzügen anderer Werke, vor allem auf dieses Buch verwiesen.

Für die Verwaltung der frühern deutschen Kolonie in *Neuguinea* ist jetzt als Mandatsinhaber das Commonwealth of Australia verantwortlich. Glücklicherweise ist man mit den da erzielten Erfolgen bisher nicht; insbesondere ist es den Australiern nicht gelungen mit der Eingeborenenfrage fertig zu werden. Sehr interessant ist unter diesen Umständen ein Sammelband, der eine Reihe von Vorträgen über diesen Gegenstand von verschiedenen Autoren enthält (*The Austra-*

lian Mandate for New Guinea, herausgegeben von F. W. Eggleston /Melbourne, Melbourne University Press/). Der Band ist um so aufschlußreicher, als die meisten Beiträge bemerkenswert vorurteilsfrei sind und sich ehrlich bemühen an die Probleme selbst heranzukommen. Wie Eggleston in der Einleitung sagt: Das Land ist unterentwickelt, die Eingeborenen haben anscheinend nicht genug zu essen, um ihre Zahl und ihr persönliches Wohlbefinden aufrechtzuerhalten. Australien ist aber Schuldnerland und hat für die Entwicklung Neuguineas kein Kapital übrig. Es fehlt an Kolonialbeamten; die weißen Einwanderer wollen (was sie demokratisch nennen) mitregieren; natürlich, ohne die Eingeborenen mitregieren zu lassen; aber, sagt Eggleston mit Recht, »Erfahrung zeigt, daß örtlicher Europäereinfluß in tropischen Ländern nicht immer der Wohlfahrt der Eingeborenen günstig ist«. Damit ist die Grundtonart des Buchs gegeben. Zur Kenntnis von Land, Leuten, Wirtschaft tragen die einzelnen Kapitel sehr viel bei. Im ganzen erweckt das Buch wenig Hoffnung, daß die Mandatsmacht bald ihre Aufgabe besser lösen werde.

Von dem ausgezeichneten, hier schon wiederholt empfohlenen, für die *mittel-amerikanischen* Besitzungen Englands aufschlußreichen *Yearbook of the Bermudas, the Bahamas, British Guiana, British Honduras and the British West Indies* /Montreal, Thomas Skinner of Canada/ liegt der Jahrgang 1930 vor, auch er inhaltreich, belehrend und fesselnd. Ein interessanter Bericht über die politische und wirtschaftliche Entwicklung der britischen Besitzungen im Caraibischen Meer und ein solcher über ihre Beziehungen zu Canada seien besonders hervorgehoben. Außerordentlich eingehende statistische Daten, für mehrere Jahre vergleichbar, stellen einen großen Vorzug des Werks dar. Leider gibt der Abschnitt über Jamaica keine nähere Auskunft über das Genossenschaftswesen der eingeborenen Bauern, das seit der Verwaltung der Insel durch Sidney Olivier zu großer Bedeutung erwuchs.

Propaganda Eine sehr hübsche kurze und übersichtliche Darstellung der weltwirtschaftlichen Bedeutung *Britisch Malayas* ist das auf der Brüsseler Kolonialausstellung dieses Jahres von englischer Seite zur Propagandazwecken verbreitete Heft von D. H. Grist; *Malaisie, Agriculture* /London, Department of Agriculture of the Federated Malay States/. Kautschuk,

Kokos- und Ölpalmen sind der Hauptgegenstand der Darstellung. Bei der Lektüre darf man die bedeutende Rolle nicht vergessen, die dieses Gebiet in der Mineralienwirtschaft der Welt (Zinn) spielt, von der in diesem Heft, der Themabegrenzung wegen, weiter nicht die Rede ist. Dem Propagandazweck der Arbeit entspricht es, daß dieses halbamtliche englische Werk in französischer Sprache gegeben ist. Sehr knapp ist leider der Gehalt an Angaben über die Eingeborenenkulturen, die kolonisationsmäßig das Interessanteste sein würden. Eine gute Propagandabroschüre gibt die Heaton Publishing Company in Toronto über den Nordteil der canadischen Obst-, Holz- und Industrieprovinz *Ontario* heraus: *Ontario, Ready Reference I*. Alle wichtigen Daten über die Wirtschaft des Gebiets sind übersichtlich zusammengefaßt, und die Darstellung ist durch gute Karten verdeutlicht.

Totenliste Am 18. August starb auf seiner Besetzung in Pommern der Vorsitzende des Kolonialwirtschaftlichen Komitees *Friedrich Lenz*, im Alter von 82 Jahren. Er hat seinerzeit in Deutsch Ostafrika die Usambarabahn gebaut, später die Togo- und Kamerunbahnen und die Südbahn in Deutsch Südwestafrika. Als Vorsitzender des Kolonialwirtschaftlichen Komitees erwarb er sich große Verdienste um die wirtschaftliche und technische Förderung der kolonisationsmäßigen Arbeit. Am 30. September starb, im Alter von 58 Jahren, *Frederick Edwin Smith Lord Birkenhead*, der von 1925 an Minister für Indien im Kabinett Baldwin war, jedoch 1928, noch während der Amtsdauer dieses Kabinetts, sein Amt niederlegte und zu seinem Beruf als Anwalt und Industrieller zurückkehrte.

Kurze Chronik In einem Aufsatz *Nuages à l'horizon* in der wichtigen Monatsschrift *Le Monde Nouveau* erzählt das frühere Mitglied des britischen Parlaments *Thomas Barclay* folgende Geschichte: »Ich frage mich, ob man, um die Revanchelust [der Deutschen], die *Georges Clemenceau* vorausgesagt hat, zu bändigen, nicht Deutschland zum Beispiel einen Teil seiner Kolonien zurückgeben könnte. Ich erschloß deswegen mein Herz einem *deutschen Staatsmann* in Berlin. »Um Gotteswillen, reden Sie davon nicht«, sagte er zu mir, »das würde unsere finanzielle Lage weiter erschweren. Mögen Sie unsere Kolonien sich aufgeladen haben,

das ist eher eine Entlastung für uns.« Den Namen dieses deutschen "Staatsmanns" verrät *Barclay* allerdings nicht. Schade. Erinnerung sein Wort nicht sehr an *Caprivis* berühmten Satz im Reichstag, es könne uns nichts Schlimmeres passieren, als wenn uns einer ganz Afrika schenkte? ◊ Im Gegensatz zum preußischen Kultusminister, der in einem Erlaß für die preußischen Schulen bestimmte, die Besprechung kolonialer Fragen in den Schulen solle auf die Erörterung der »Problematik der Kolonialfrage« beschränkt bleiben, will das bayerische Kultusministerium die Pflege des kolonialen Gedankens zur Pflicht der Schulen machen; diese sollen darauf hinweisen, »daß für ein großes Volk ein Kolonialbesitz aus politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen notwendig ist«. ◊ Im Mandatsgebiet *Tanganyika* sind von englischen und deutschen Sachverständigen riesige *Kohlenvorkommen* entdeckt worden. ◊ Versuche von *E. F. English* haben zur Ausarbeitung eines wirtschaftlich aussichtsreichen Verfahrens geführt aus *südafrikanischen Harthölzern*, namentlich *Eukalypten* und einer *Akazienart* (*black wattle*), Rohstoff zur Erzeugung von Druck- und Packpapier zu gewinnen. ◊ In *Palästina* wurde eine Vereinigung *Achwath Hapoalim* gebildet, die gemeinsame Organisierung jüdischer und arabischer Arbeiter zum Ziel hat. Die palästinensische Regierung hat diese Vereinigung verboten. Offenbar wünscht sie keine Annäherung der Proletariat der beiden Völker. Ganz richtig bemerkt zu dem Vorgang der *Dawar* vom 9. Juli 1930: »Es handelt sich nicht um bloße administrative Willkür sondern um Willkür mit einer bestimmten Tendenz.« ◊ Ein Plan zur Elektrifizierung *Tanganyikas* ist von der Mandatsverwaltung aufgestellt worden. Er beruht in erster Linie auf einer Ausnutzung der Kraft der *Panganifälle* und will das *Zwischenseengebiet*, namentlich die *Sisalverarbeitung*, versorgen. ◊ Die Wahlen haben in *Canada* den Konservativen die Mehrheit im Parlament gebracht, und diese bilden nun nach 9 Jahren wieder das Kabinett. Die bisherige liberale Regierung *Mackenzie King* war für *preference* und für *Loslösung* von der Umstrickung durch die *Vereinigten Staaten von Amerika*, der neue Ministerpräsident *Bennett* will die *Zölle* ohne *preference* für das *Mutterland* erhöhen. Die neue Regierung hat zunächst einmal die *Einwanderung* nach *Canada* gesperrt und die *Einwanderungsverträge* mit dem *Mutterland* gekündigt.

Literatur

Von den Erinnerungen W. A. S. Hewins' *The Apologia of an Imperialist* liegt der mit sehr schönen Bildern ausgestattete 1. Band vor /London, Constable & Co./ Er umfaßt das Wirken des Verfassers in der Vorkriegszeit, in der er, mehr im Verborgenen, als Vertrauensmann Joseph Chamberlains und als Sekretär der Tarifkommission die engere wirtschaftliche Zusammenfassung der Teile des Britischen Reichs zu fördern suchte: ein Weg, der ihn 1912 ins Parlament und 1917 bis 1919 in das Amt des Unterstaatssekretärs für die Kolonien führte. Das Buch gibt reichste Auskunft über die Geschichte des britischen Imperialismus; die Gestalt Chamberlains wird in ihm sehr lebendig. Besonders interessant sind die Berichte über die Versuche Canada zur Gewährung von Vorzugszöllen an das Mutterland ohne Gegenleistung auf dem Gebiet der Agrarerzeugnisse zu bringen, und sehr charakteristisch für den von dem deutschen Imperialismus der Vorkriegszeit sehr verschiedenen Charakter dieser Bewegung in Großbritannien ist, daß »Konservativismus, losgelöst von seiner geschichtlichen Politik der sozialen Reform, nicht die geringste Aussicht in England hat«. Dementsprechend hat Hewins die Bedeutung der Arbeiterbewegung früh erkannt und mit manchen ihrer Führer, vor allem mit Sidney und Beatrice Webb, trotz politischen Gegensätzen, stets Fühlung, ja Freundschaft gehalten. Webb hat ihn denn auch, da er die Londoner Schule für Wirtschafts- und Staatspolitik gründete, zunächst zu ihrem Sekretär, dann für 8 Jahre zu ihrem Direktor gemacht. ◊ Das Buch W. A. Carrothers' *Emigration from the British Isles with Special Reference to the Development of the Oversea Dominions* /London, P. S. King & Son/ ist eine vorwiegend historische Darstellung, die sich insbesondere mit dem Einfluß der Auswanderung aus Großbritannien und Irland auf die Entwicklung der überseeischen Selbstverwaltungsgebiete des Britischen Reichs befaßt. Der Hauptteil besteht in einer außerordentlich lebendigen Schilderung des Verlaufs dieser Auswanderung und der Erörterung des Zusammenhangs der quantitativen und qualitativen Schwankungen der Auswanderungsbewegung mit Veränderungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Britischen Inseln. In diesem Zusammenhang werden auch die Komplexe der Kolonisationstheorien R. J. W. Hortons einerseits und E. G. Wakefields

andererseits und ihre Wirkungen auf die Gestaltung des Britischen Imperiums eingehend und sehr klar erörtert. Das Hauptinteresse nimmt naturgemäß die Darstellung in Anspruch, je näher sie der Gegenwart rückt; leider wird sie (nach der schlechten Manier historischer Schullehrbücher in Deutschland) dann auch um so kürzer. Besonders lehrreich ist die Übersicht über die Ergebnisse des Overseas Settlement Act von 1922, der jährlich 3 Millionen Pfund Sterling als Beitrag des Mutterlands zur überseeischen Ansiedlung vorsah, während die Kolonien zusammen ebensoviel geben sollten. Das Ziel der neuen Politik: die Bevölkerung des Britischen Reichs planmäßig neu zu verteilen, »ist verfehlt worden«. Die im Schlußkapitel ausführlich besprochenen Gründe sind nach Carrothers' Meinung vorwiegend wirtschaftlicher Natur. Hervorgehoben werden muß aber, daß von jeher die organisierten Arbeiter in den Dominions, weil sie die Entstehung von Reservearmeen von Arbeitslosen befürchteten, der Förderung der Zuwanderung in ihre Länder Hindernisse bereiteten und auch jetzt dort, wo sie zeitweise großen politischen Einfluß hatten (Australien, Neuseeland, Südafrika), diese Bestrebungen nicht gerade unterstützten, ihnen nicht selten sogar positiv Schwierigkeiten machten. In neuerer Zeit kommen dazu vielfach Befürchtungen der landwirtschaftlichen Dominionbevölkerung wegen agrarischer Überproduktion, in Südafrika schließlich noch die Abneigung des burischen Elements gegen eine vorwiegend britische Einwanderung, die die Buren politisch und wirtschaftlich zurückdrängen könnte. Auch Carrothers ist übrigens der Meinung, daß für Maßnahmen großen Stils jetzt und in näherer Zukunft kein Platz ist. Vor allem glaubt er, daß, wegen des relativen Schwundes der agrarischen Bevölkerung in England, es in absehbarer Zeit an brauchbaren Einwanderern für die Dominions im Vereinigten Königreich fehlen wird; der Rückgang der Geburtenhäufigkeit mit Kriegsende trägt dazu das seine bei; die Massen Erwerbsloser in den Städten stellten keine erwünschten Kolonisatoren dar. Daher nimmt mit dem Verlauf der Zeit auch die Notwendigkeit der Neuverteilung der weißen Bevölkerung im Britischen Reich von selbst ab. Alle diese Probleme sind natürlich nicht nur für das angelsächsische Reich wichtig. Daher kommt dem Buch allgemeine Bedeutung für die Beurteilung der kolonialen Probleme zu, und es kann sehr zum Studium empfohlen werden.



ROBERT SEIDEL / NACH EINER AUF-
NAHME AUS DEM JAHR 1876